

KÄMMEREI KREIS PADERBORN

# Beteiligungsbericht 2022

Kreis Paderborn



## Vorbemerkungen

Gem. § 116 der Gemeindeordnung (GO NRW) ist eine Kommune grundsätzlich verpflichtet, zum Stichtag 31.12. eines jeden Jahres einen Gesamtabchluss aufzustellen, in dem die Jahresabschlüsse aller verselbständigten Aufgabenbereiche mit dem Jahresabschluss der Kommune zu konsolidieren sind.

Mit dem zweiten NKF-Weiterentwicklungsgesetz wurde in § 116a GO NRW ab dem Jahr 2019 erstmalig die Möglichkeit der größenabhängigen Befreiung von der Pflicht, einen Gesamtabchluss aufzustellen, geschaffen.

Die Gesetzesbegründung zum zweiten Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (Landtag NRW, DS 17/3570) führt zur Schaffung der Befreiungsmöglichkeit u.a. wie folgt aus:

„Aus den gemeindlichen Erfahrungen mit der Erstellung und der Beratung von Gesamtab schlüssen ergibt sich, dass die damit erwartete Transparenz der kommunalen Mutter – der Stadt – zu ihren Unternehmensbeteiligungen überwiegend nicht im Ergebnis erzielt worden ist. ... Die Zielsetzung ist es, gegenüber den Mitgliedern der kommunalen Vertretungskörperschaft sowie den Bürgerinnen und Bürgern das kommunale (Verwaltungs-)Handeln transparent und nachvollziehbar darzulegen. Der Gesamtabchluss und der Gesamtlagebericht in seiner bisherigen Form hat diese Zielsetzung überwiegend – als Rückspiegelung aus der kommunalen Verwaltungspraxis sowie aus kommunalen Vertretungskörperschaften - nicht erreicht.“

Sofern eine Gemeinde von der größenabhängigen Befreiung im Zusammenhang mit der Erstellung eines Gesamtabchlusses Gebrauch macht, ist ein Beteiligungsbericht gemäß § 117 GO NRW zu erstellen.

Für das Jahr 2022 hat der Kreistag in seiner Sitzung am 11.09.2023 beschlossen, von der Befreiungsmöglichkeit Gebrauch zu machen.

Bereits in den vergangenen Jahren wurde seitens des Kreises Paderborn ein umfangreicher (rd. 340 Seiten) Beteiligungsbericht aufgestellt und als Anlage dem Gesamtabchluss beigelegt.

Der nachfolgende Beteiligungsbericht 2022 wurde auf die Gliederung des vorgeschriebenen Musters geändert und um die zusätzlich geforderten Angaben ergänzt.

Da der Beteiligungsbericht in öffentlicher Sitzung vom Kreistag zu beschließen ist, enthält dieser keine Informationen, die nur in nichtöffentlicher Sitzung beraten/beschlossen werden dürften.

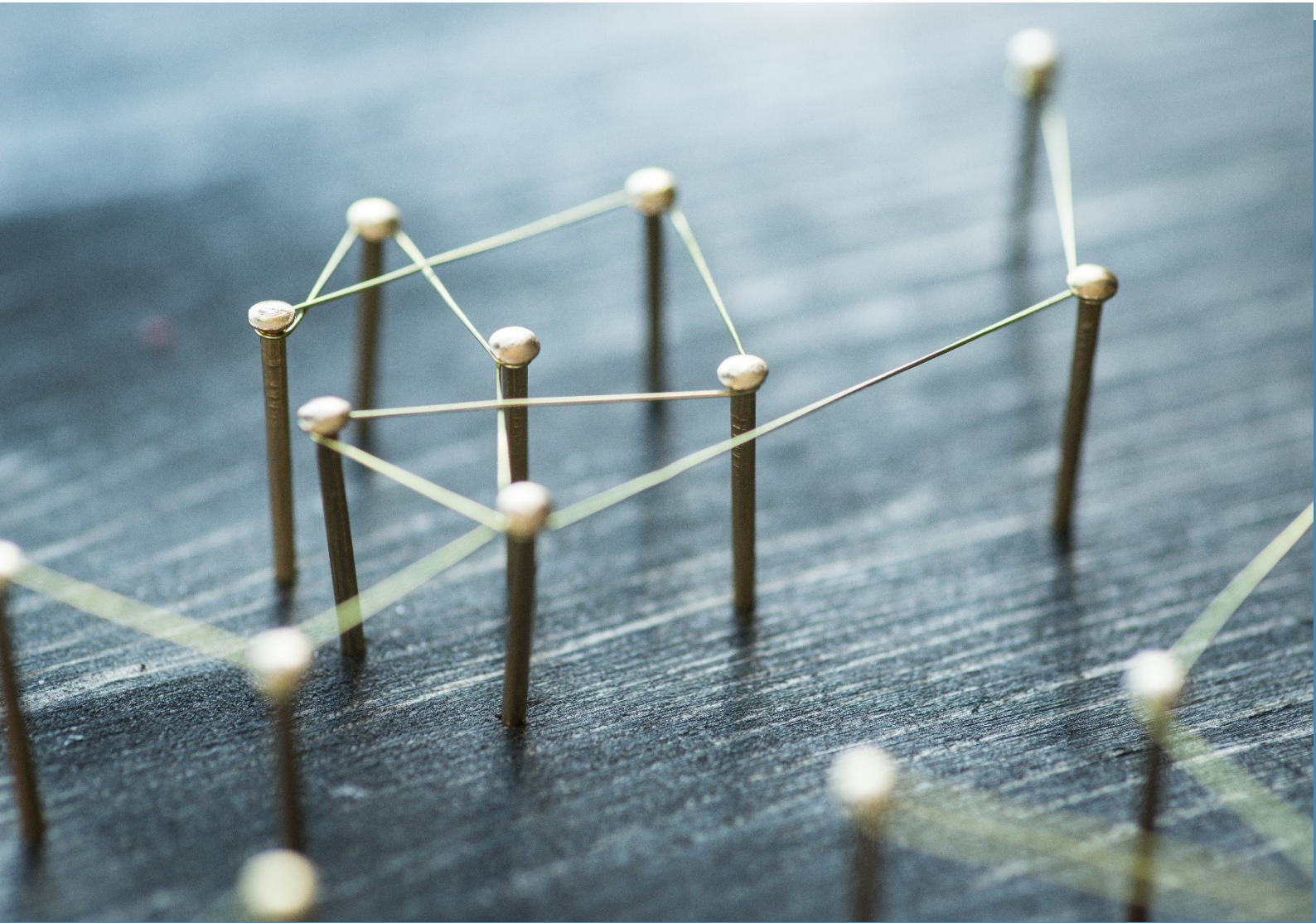


## Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen .....	2
Inhaltsverzeichnis .....	4
1.1 Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung des Kreises Paderborn .....	8
1.2 Erläuterung von Kennzahlen .....	10
2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes .....	14
2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes .....	14
3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio im Jahr 2022 .....	18
3.2 Beteiligungsstruktur .....	19
3.3 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen .....	26
3.4 Unmittelbare Beteiligungen des Kreises Paderborn zum 31. Dezember 2022 .....	27
4.1 Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH .....	30
4.2 RWE AG .....	44
4.3 Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG .....	50
4.4 Theater Paderborn - Westfälische Kammerspiele GmbH .....	62
4.5 Kurverwaltung Bad Wünnenberg GmbH .....	70
4.6 A.V.E. Paderborner Abfallverwertung und Energie GmbH .....	76
4.7 Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG .....	84
4.8 Wege durch das Land gGmbH .....	94
4.9 „OstWestfalenLippe GmbH“ Gesellschaft zur Förderung der Region .....	102
4.10 Paderborner Kommunalbetriebe GmbH (PKB) .....	110
4.11 Vereinigung der kommunalen RWE-Aktionäre Westfalen GmbH i. L. ....	118
4.12 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre Gesellschaft mit beschränkter Haftung Essen .	122
4.13 Interargem GmbH .....	130
4.14 Landestheater Detmold GmbH .....	138
4.15 Deutscher Jugendwandertag 2020 gGmbH i.L. ....	146
4.16 PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH .....	148
4.17 Klärschlammverwertung OWL GmbH .....	162
4.18 Abfallverwertungs- und Entsorgungsbetrieb des Kreises Paderborn (A.V.E-E) .....	170
4.19 Zweckverband Bevorzugtes Erholungsgebiet Bad Wünnenberg / Büren .....	186
4.20 Gemeindeforstamtsverband Willebadessen .....	188
4.21 Gemeinschaft für Kommunikationstechnik, Informations- und Datenverarbeitung Paderborn	190
4.22 Nahverkehrsverbund Paderborn/Höxter .....	194
4.23 Zweckverband Naturpark Teutoburger Wald / Eggegebirge .....	198
4.24 Sparkassenzweckverband .....	200
4.25 Sparkasse Paderborn-Detmold .....	202

4.26 Studieninstitut für kommunale Verwaltung Hellweg Sauerland .....	218
4.27 Zweckverband Wertstofffassung und -verwertung Paderborner Land .....	220
4.28 Wasserverband Aabach-Talsperre.....	226
4.29 Wasserverband Obere Lippe .....	236
4.30 Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Ostwestfalen-Lippe .....	244
4.31 d-NRW AöR.....	258
4.32 Breitband OWL eG.....	268
5.1 Organisation der Beteiligungsverwaltung.....	276

7



# 1. EINFÜHRUNG





## 1.1 Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung des Kreises Paderborn

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen sind gem. Art. 78 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts anderes vorschreiben. Durch diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsgarantie haben die Kommunen die Möglichkeit, sich über den eigenen Hoheitsbereich hinausgehend wirtschaftlich zu betätigen. Ihren rechtlichen Rahmen findet die wirtschaftliche Betätigung im 11. Teil (§§ 107 ff.) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Hierin ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung zulässig ist („ob“) und welcher Rechtsform –öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich –die Kommunen sich dabei bedienen dürfen („wie“). Gemäß § 107 Absatz 1 GO NRW darf sich eine Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3). Von der wirtschaftlichen Betätigung ist die sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 107 Absatz 2 GO NRW abzugrenzen. Hierunter fallen Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist (Nummer 1), öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen (Nummer 3), Einrichtungen des Umweltschutzes (Nummer 4) sowie Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen (Nummer 5). Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

Die Aufgaben des Kreises Paderborn können sowohl durch die eigene Behörde als auch durch öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich organisierte Unternehmen erfüllt werden. Die kommunale Selbstverwaltung nach Artikel 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, die Errichtung kommunaler Unternehmen, um die den Gebietskörperschaften zugewiesenen öffentlichen Aufgaben zu erfüllen.

In § 109 sind die allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze, die sowohl für die wirtschaftliche als auch für die nichtwirtschaftliche Betätigung gelten, niedergelegt. Demnach sind die Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird. Bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Betätigung liegt es vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen im Ermessen der Kommunen, neben öffentlich-rechtlichen auch privatrechtlichen Organisationsformen zu wählen. So dürfen Kommunen unter den Voraussetzungen des § 108 GO NRW Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich daran beteiligen.

Unter anderem muss die Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut gewährleistet sein und eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt. Da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist, muss jedes Handeln der öffentlichen Hand einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die gesetzliche Normierung der Erfüllung des öffentlichen Zwecks als Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer wirtschaftlichen und nicht wirtschaftlichen Betätigung einer Kommune soll daher gewährleisten, dass sich diese stets im zulässigen Rahmen kommunaler Aufgabenerfüllung zu bewegen hat. Es ist daher nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben. Stattdessen kann eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein. Die Ausgestaltung des öffentlichen Zwecks ist dabei so vielfältig wie der verfassungsrechtlich umrissene Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Der „öffentliche Zweck“ stellt einen unbestimmten Rechtsbegriff dar, für dessen inhaltliche Bestimmung zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich ist.

## 1.2 Erläuterung von Kennzahlen

Zur Bewertung von Informationen aus Jahresabschlüssen, Prüfberichten und Wirtschaftsplänen sind finanzwirtschaftliche Kennzahlen bzw. Kennzahlensysteme ein geeignetes Instrument. Die Bewertung von Unternehmen anhand von Kennzahlen erfordert umfangreiche zusätzliche Informationen sowie branchenspezifische Fachkenntnisse. Unternehmensvergleiche über Branchengrenzen hinweg sind daher nicht tunlich. Gleichwohl können durch eine mehrjährige Darstellungsform Entwicklungen und Trends von wichtigen Kenngrößen aufgezeigt werden. Nachstehend sind die in diesem Beteiligungsbericht verwendeten Kennzahlen näher erläutert. Die Definition der einzelnen Kennzahlen orientiert sich weitgehend am NKF-Kennzahlenset Nordrhein-Westfalen. Insofern ist es nicht auszuschließen, dass im Unternehmensabschluss Kennzahlen mit gleichem Namen aufgeführt sind, die jedoch anders definiert werden. Die Kennzahlen werden im Übrigen nicht immer in der vollen Breite bei jeder Beteiligung aufgeführt. So ist mit Blick auf die Regelung in § 52 Abs. 1 Nr. 5 KomHVO NRW nur bei den wesentlichen Beteiligungen ein breites Kennzahlenspektrum dargestellt.

### **Analyse der Vermögens- und Kapitallage**

#### a) Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote ist eine Kennzahl, die den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital bzw. an der Bilanzsumme eines Unternehmens angibt. Die Eigenkapitalquote zeigt den Grad der finanziellen Unabhängigkeit. Sie wird von Banken oft zur Beteiligung der Kreditwürdigkeit herangezogen. Je höher die Eigenkapitalquote ist, desto geringer ist das Finanzierungsrisiko und desto höher die finanzielle Stabilität und die wirtschaftliche Sicherheit einer Gesellschaft. Je geringer die Eigenkapitalquote, umso abhängiger ist das Unternehmen von fremden Geldgebern.

Berechnung: 
$$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital (Bilanzsumme)}}$$

#### b) Eigenkapitalrentabilität

Bei der Eigenkapitalrentabilität handelt es sich um eine Kennzahl, die es Anlegern, Investoren oder Unternehmern ermöglicht, die Verzinsung des eigenen eingesetzten Kapitals festzustellen.

Berechnung: 
$$\frac{\text{Bilanzgewinn} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$$

#### c) Anlagendeckungsgrad 2

Die Kennzahl „Anlagendeckungsgrad 2“ gibt an, wieviel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Ein Anlagendeckungsgrad 2 von 100% bedeutet, dass das Anlagevermögen zu 100% mit Eigenkapital und langfristigem Fremdkapital gedeckt ist. Damit ist die Finanzierung der langfristig gebundenen Vermögensgegenstände über langfristig zur Verfügung stehende Finanzmittel sichergestellt. Die sogenannte „goldene Bilanzregel“ fordert einen Anlagendeckungsgrad 2 von mindestens 100%. Je weiter der Anlagendeckungsgrad 2 über 100% liegt, umso mehr ist neben dem Anlagevermögen auch das Umlaufvermögen durch langfristiges Kapital finanziert und damit -zumindest stichtagsbezogen -die Fähigkeit gegeben, fällig werdende Verbindlichkeiten fristgerecht bedienen zu können. Ist das Anlagevermögen hingegen

zum Teil kurzfristig finanziert (Anlagendeckungsgrad 2 unter 100%) könnte ein privates Unternehmen bei Fälligkeit der kurzfristigen Verbindlichkeiten in Zahlungsschwierigkeiten geraten, da das Umlaufvermögen zur Deckung nicht ausreicht und das Anlagevermögen nicht so schnell liquidierbar ist.

Berechnung:  $\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{langfristiges Fremdkapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$

#### d) Verschuldungsgrad

Der Verschuldungsgrad gibt an, wie hoch die Verschuldung des Unternehmens ist. Dazu werden Eigenkapital und Fremdkapital ins Verhältnis gesetzt. Die betriebswirtschaftliche Kennzahl ist eine Ergänzung zur Fremdkapitalquote und Eigenkapitalquote, die ebenfalls über die Kapital- und Finanzierungsstruktur des Unternehmens informiert. Grundsätzlich gilt:

Je höher der Verschuldungsgrad, desto mehr Schulden hat das Unternehmen gegenüber Gläubigern. Und je höher die Schulden, desto stärker ist wiederum die Abhängigkeit des Unternehmens.

Berechnung:  $\frac{\text{Fremdkapital} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$

#### e) Umsatzrentabilität

**Umsatzrentabilität** (Umsatzrendite). Sie ist im Rahmen jeder Unternehmensanalyse von Bedeutung und gibt das prozentuale Verhältnis des Jahresüberschusses zum erzielten Umsatz an. Sie lässt somit erkennen, wie viel Cent Gewinn mit jedem Euro Umsatz erwirtschaftet wurde.

Berechnung:  $\frac{\text{Gewinn (nach Steuern)}}{\text{Umsatz}}$



## 2. BETEILIGUNGSBERICHT



## 2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes

Grundsätzlich haben sämtliche Kommunen gemäß § 116 Absatz 1 GO NRW in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss, der die Jahresabschlüsse sämtlicher verselbständigter Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form konsolidiert, sowie einen Gesamtlagebericht nach Absatz 2 aufzustellen. Hiervon abweichend sind Kommunen gemäß § 116a Absatz 1 GO NRW von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der drei im Gesetz genannten Merkmale zutreffen. Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses entscheidet der Kreis Paderborn gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres. Der Kreistag des Kreises Paderborn hat 11.09.2022 gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW entschieden, von der nach § 116a Absatz 1 GO NRW vorgesehenen Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses und Gesamtlageberichts Gebrauch zu machen. Daher hat die Kommune gemäß § 116a Absatz 3 GO NRW einen Beteiligungsbericht nach § 117 GO NRW zu erstellen. Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Absatz 2 GO NRW grundsätzlich folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten:

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Über den Beteiligungsbericht ist nach § 117 Absatz 1 Satz 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen. D

## 2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über sämtlichen unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form des Kreises Paderborn. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbständigten Aufgabenbereiche des Kreises Paderborn, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabschluss angehören würden. Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit des Kreises Paderborn durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben des Kreises Paderborn durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation des Kreises Paderborn insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

Adressat der Aufstellungspflicht ist die Kommune. Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen der Kommune die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

Hierzu kann der Kreis Paderborn unmittelbar von jedem verselbständigten Aufgabenbereich alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz1 Satz 2 i. V. m. § 116 Absatz6 Satz 2 GO NRW).

Die verwendeten wirtschaftlichen Daten beruhen auf den im Laufe des Jahres 2023 festgestellten Abschlüssen für das Geschäftsjahr 2022. Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen das gesamte Jahr 2022 aus.

Rechtliche Grundlagen für den Beteiligungsbericht

Rechtsgrundlage des Beteiligungsberichtes ist § 117 GO NRW. Inhaltlich gilt für die Erstellung des Beteiligungsberichtes § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW entsprechend. Über den Beteiligungsbericht ist ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen.

Der Beteiligungsbericht hat Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten, so

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.





### 3. DAS BETEILIGUNGSPORTFOLIO DES KREISES PADERBORN



### 3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio im Jahr 2022

Im Jahr 2022 hat es verschiedene Änderungen in der unmittelbaren wirtschaftlichen Betätigung des Kreises Paderborn gegeben.

#### **Zugänge**

Keine

#### **Veränderung der Beteiligungsquote**

Keine

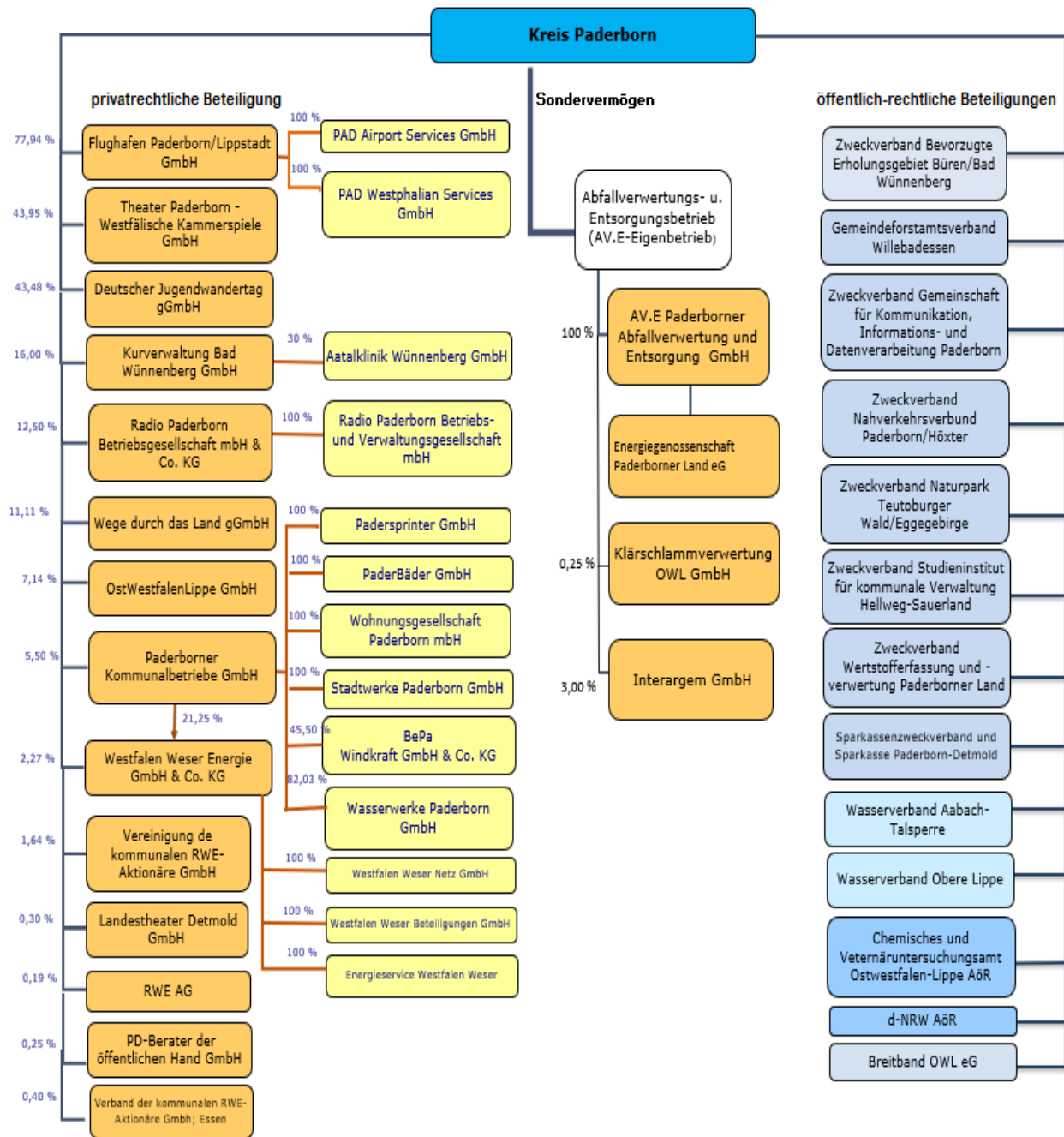
#### **Abgänge**

Vereinigung kommunaler Aktionäre Westfalen GmbH (VKA)

Die Gesellschafterversammlung stellte die Schlussrechnung wie vorgelegt fest und beschloss das Restvermögen der Vka Westfalen GmbH i. L gemäß der Schlussrechnung an die Gesellschafter auszukehren. Der Anteil des Kreises Paderborn an der Auskehrung betrug 1.726,15 €.

### 3.2 Beteiligungsstruktur

Der Kreis Paderborn war 2022 unmittelbar an 32 Unternehmen beteiligt.



Lfd. Nr.	Unternehmen	Jahresergebnis zum 31.12.2022	Höhe des Nennkapitals zum 31.12.2022	Anteil des Kreises Paderborn am Nennkapital		Beteiligungsart
		T€	T€	T€	%	
1.	A.V.E. GmbH*	452	1.023	1.023	100,00	unmittelbar
2.	Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH	463	10.000	779	77,941	unmittelbar
3.	Theater Paderborn - Westfälische Kammerspiele GmbH	-4.309	26	11	43,95	unmittelbar
4.	Deutscher Jugendwandertag 2020 gGmbH	*2	25	11	43,478	unmittelbar
5.	Kurverwaltung Bad Wünnenberg GmbH	561	51	8	16,00	unmittelbar
6.	Radio Paderborn	144	520	65	12,50	unmittelbar
7.	Wege durch das Land gGmbH*2	*2	99	11	11,11	unmittelbar
8.	OstWestfalenLippe GmbH	-71	29	2	7,15	unmittelbar
9.	Paderborner Kommunalbetriebe GmbH	-1.319.	2.127	117	5,50	unmittelbar
10.	Interargem GmbH*	33.808	2.200	66	3,00	unmittelbar
11.	Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG	40.703	72.842	1.656	2,27	unmittelbar
12.	Vereinigung der kommunalen RWE-Aktionäre Westfalen GmbH i.L.	-1	32	1	1,64	unmittelbar
13.	Landestheater Detmold GmbH	-855	3.000	9	0,30	unmittelbar
14.	PD -Berater der öffentlichen Hand GmbH	9.353	2.004	1<	0,25	unmittelbar
15.	Klärschlamm OWL GmbH*	-482	50	>1	0,25	unmittelbar
16.	RWE AG	670.000	1.731.000	3	0,171	unmittelbar
17.	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	-256	128	>1	0,40	unmittelbar

\*Als Beteiligungen des A.V.E. Eigenbetriebes (ohne eigene Rechtspersönlichkeit) werden die A.V.E. GmbH, Interargem GmbH und die Klärschlamm OWL GmbH sowie die Energiegenossenschaft eG im Folgenden als unmittelbare Beteiligungen betrachtet.

\*2 Die Jahresabschlüsse wurden zum Stichtag noch nicht festgestellt. Daher können für die hier behandelte Gesellschaften keine Angaben zum Jahresergebnis gemacht werden.

Lfd. Nr.	Öffentlich-rechtliche Betriebe	Jahresergebnis zum 31.12.2022	Summe aller Stimmrechte	Stimmrechtsanteil des Kreises Paderborn		Beteiligungsart
		T€		absolut	%	
18.	Abfallverwertungs- und Entsorgungsbetrieb des Kreises Paderborn	416	24	24	100,00	unmittelbar
19.	Nahverkehrsverbund Paderborn/ Höxter*2	*2	22	13	59,09	unmittelbar
20.	GKD Paderborn*2	*2	39	11	28,21	unmittelbar
21.	Sparkasse Paderborn-Detmold	11.942	76	21	27,63	unmittelbar
22.	Sparkassenzweckverband	./.	./.			unmittelbar

23.	Zweckverband Naturpark Teutoburger Wald/ Eggegebirge*2	*2	23	6	26,09	unmittelbar
24.	Zweckverband Bevorzugtes Erholungsgebiet Büren/ Bad Wünnenberg*2	*2	13	3	23,08	unmittelbar
25.	Studieninstitut für kommunale Verwaltung Hellweg-Sauerland *2	*2	7	1	14,29	unmittelbar
26.	Zweckverband Wertstofffassung und –verwertung Paderborner Land	29	22	2	9,09	unmittelbar
27.	Gemeindeforstamtsverband Willebadessen*2	*2	806	15	1,86	unmittelbar

Lfd. Nr.	Wasserverbände	Jahresergebnis zum 31.12.2022	Summe aller Stimmrechte	Stimmrechtsanteil des Kreises Paderborn		Beteiligungsart
		T€		absolut	%	
28.	Wasserverband Obere Lippe	89	15	11	73,33	unmittelbar
29.	Wasserverband Aabach-Talsperre	0	25	4	16,00	unmittelbar

Lfd. Nr.	Anstalten öffentlichen Rechts	Jahresergebnis zum 31.12.2022	Summe aller Stimmrechte	Stimmrechtsanteil des Kreises Paderborn		Beteiligungsart
		T€		absolut	%	
30.	Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Ostwestfalen-Lippe	649	14	1	7,14	unmittelbar
31.	d-NRW AöR	0	13	0	0,081	unmittelbar

Lfd. Nr.	Andere Rechtsformen	Jahresergebnis zum 31.12.2022	Summe aller Stimmrechte	Stimmrechtsanteil des Kreises Paderborn		Beteiligungsart
		T€		absolut	%	
32.	Breitband OWL*2	*2	10	1	10,00	unmittelbar

Die meisten **mittelbaren** Beteiligungen werden in tabellarischer Form wiedergegeben:

#### Anteilseigner: Flughafen Paderborn/ Lippstadt GmbH

Nr.	Firma und Sitz des Unternehmens	Gegenstand des Unternehmens	Nennkapital in €	Anteil	
				€	%
1.	PAD Airport Services GmbH	Erbringung von Bodenverkehrsdienstleistungen und sonstigen Serviceleistungen in Flughäfen, insb. Bodenabfertigung und Passagierhandling	25.000,00	25.000,00	100,00
2.	PAD Westphalian Ground Services GmbH	Durchführung von Sicherheitsmaßnahmen nach den Vorgaben des Luftsicherungsgesetzes	25.000,00	25.000,00	100,00

## Anteilseigner: RWE

Der Geschäftsbericht der RWE weist als Anteilsbesitz rund 1.100 Beteiligungen aus. Aufgrund der enormen Anzahl wurde auf eine einzelne Nennung an dieser Stelle verzichtet. Der Jahresabschluss 2022 der RWE AG ist auf der Internetseite der Gesellschaft<sup>1</sup> bereitgestellt und weist auf den Seiten 17 - 50 den Anteilsbesitz der RWE AG aus.

## Anteilseigner: Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG

Der Jahresabschluss 2022 der **Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG** weist den Anteilsbesitz der Gesellschaft als Anlage, die Bestandteil des Anhangs ist, wie folgt aus:

lfd. Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	u = unmittelbar m = mittelbar	Anteil am Kapital %	beteiligt über	Eigen- kapital T€	Ergeb- nis T€	
1.	Westfalen Weser Netz GmbH, Paderborn	u	100,00		517.312	0	1)
2.	Energieservice Westfalen Weser GmbH, Kirchlengern	u	100,00		21.205	0	1)
3.	Westfalen Weser Beteiligungen GmbH, Paderborn	u	100,00		23.353	0	1)
4.	Westfalen Weser Energie Verwaltungsgesellschaft mbH, Paderborn	u	100,00		37	1	
5.	Wassernetz-Servicegesellschaft mbH, Paderborn	m	50,00	1	324	27	2)
6.	GWAdriga GmbH & Co. KG, Berlin	m	21,00	1	958	-2.526	2)
7.	GWAdriga Verwaltungs GmbH, Berlin	m	21,00	1	25	0	2)
8.	Blomberg Netz GmbH & Co. KG, Blomberg	m	49,00	1	5.124	108	2)
9.	Ostwestfalen Netz GmbH & Co. KG, Bad Driburg	m	74,90	1	4.128	814	2)
10.	Westfälische Energie Effizienz GmbH, Kirchlengern	m	100,00	2	181	23	2)
11.	Naturgas Emmerthal GmbH & Co. KG, Emmerthal	m	71,43	2	541	-71	2)
12.	Nahwärmeversorgung Kirchlengern GmbH, Kirchlengern	m	50,00	2	337	-143	2)
13.	Gesellschaft zur energetischen Nutzung nachwachsender Rohstoffe mbH, Brakel	m	33,33	2	169	-23	2)
14.	Wärmeservice Paderborn GmbH, Paderborn	m	50,00	2	191	-5	2)
15.	Mindener Wärme GmbH, Minden	m	100,00	2	9.696	0	3)
16.	AWP GmbH, Paderborn	m	100,00	3	902	487	1)
17.	EPOS Bioenergie Verwaltungs-GmbH, Herford	m	100,00	3	87	4	2)
18.	Westfalen Weser Energie 3. Vermögensverwaltungs-UG (haftungsbeschränkt), Herford	m	100,00	3	15	-10	2)
19.	AWINTO Beteiligungs GmbH	m	62,00	3	6.093	34	2)

<sup>1</sup> [www.group.rwe/investor-relations/finanzberichte-praesentationen-videos/finanzberichte](http://www.group.rwe/investor-relations/finanzberichte-praesentationen-videos/finanzberichte)

	& Co. KG, Düsseldorf						
20.	AWINTO Windportfolio GmbH, Düsseldorf	m	62,00	3	34	4	2)
21.	AWINTO Windpark Klosterkumbd GmbH & Co. KG, Hagen	m	62,00	19	6.534	353	2)
22.	AWINTO Windpark Rayerschied GmbH & Co. KG, Wiesbaden	m	62,00	19	5	94	2)
23.	AWINTO Windpark Schöneiseiffen GmbH & Co. KG, Hagen	m	62,00	19	1.106	47	2)
24.	ABO Wind UW Hunsrück GmbH & Co. KG, Wiesbaden	m	38,75	21 und 22	27	4	2)
25.	Blomberger Versorgungsbetriebe GmbH/Westfalen Weser Beteiligungen GmbH GbR, Blomberg	m	50,00	3	666	-5	2)
26.	Bad Driburg-EEnergie-Verwaltungsgesellschaft mbH, Bad Driburg	m	49,00	3	47	1	2)
27.	Wasser GmbH Salzhemmendorf, Salzhemmendorf	m	49,00	3	115	7	2)
28.	Bad Driburg-Solar GmbH & Co. KG, Bad Driburg	m	48,93	3	726	106	2)
29.	Stadtwerke Lage GmbH, Lage	m	45,00	3	9.036	1.543	2)
30.	Stadtwerke Hessisch Oldendorf GmbH, Hessisch Oldendorf	m	20,00	3	2.266	90	2)
31.	Stadtwerke Vlotho Stromnetz GmbH, Vlotho	m	24,90	3	3.299	187	2)
32.	Westfalen Weser Ladeservice GmbH, Paderborn	m	100,00	3	1.000	0	3)

Legende:

- 1) Ergebnisabführungsvertrag
- 2) Zahlen 31.12.2021
- 3) Gründung in 2022, Jahresabschluss liegt noch nicht vor

**Anteilseigner: Kurverwaltung Bad Wünnenberg GmbH**

Nr.	Firma und Sitz des Unternehmens	Gegenstand des Unternehmens	Nennkapital in €	Anteil	
				€	%
1.	Aatalklinik Wünnenberg GmbH	Vorsorge- und Rehabilitationsleistungen	51.129,19	15.338,76	30,00

**Anteilseigner: Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG**

Nr.	Firma und Sitz des Unternehmens	Gegenstand des Unternehmens	Nennkapital in €	Anteil	
				€	%
1.	Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH	persönlich haftende Gesellschafterin der Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG und Übernahme dessen Geschäftsführung	25.600,00	25.600,00	100,00



**Anteilseigner: Paderborner Kommunalbetriebe GmbH**

Nr.	Firma und Sitz des Unternehmens	Gegenstand des Unternehmens	Nennkapital in €	Anteil	
				€	%
1.	PaderBäder GmbH	Betrieb des Hallenbades am Maspornplatz sowie anderer Bäder	16.566.917,0	16.566.917,0	100,00
2.	PaderSprinter GmbH	Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs in der Stadt Paderborn	25.000,00	25.000,00	100,00
3.	Stadtwerke Paderborn GmbH	Vertrieb von Energie, insb. Strom und Erdgas	500.00,00	500.000,00	100,00
4.	Wasserwerke Paderborn GmbH	Dienstleistungen im Rahmen der Wasserversorgung	9.140.100,00	7.497.624,03	82,03
5.	Wohnungsgesellschaft Paderborn GmbH	Sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung	500.000,00	500.000,00	100,00
6.	BePa Windkraft GmbH & Co. KG	Planung, Errichtung und der Betrieb einer Windenergieanlage zur Erzeugung regenerativer Energien in der Gemarkung Benhausen	300.006,60	136.521,00	45,51
7.	Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG	regionaler Energieversorger	72.842.000,0	14.881	20,429

**Anteilseigner: Abfallverwertungs- und Entsorgungsbetrieb des Kreises Paderborn**

Nr.	Firma und Sitz des Unternehmens	Gegenstand des Unternehmens	Nennkapital in €	Anteil	
				€	%
1.	A.V.E Paderborner Abfallverwertung und Energie GmbH	Abfallverwertung sowie Erzeugung und Vermarktung regenerativer Energien	1.022.583,76	1.022.583,76	100,00
2.	Interargem	Entsorgungsgeschäfte	2.200.000,00	66.000,00	3,00
3.	Klärschlamm OWL GmbH	Verwertung und Entsorgung der bei der Abwasserentsorgung und –aufbereitung anfallenden Abfälle	50.000,00	125,00	0,25

**Anteilseigner: Gemeinschaft für Kommunikationstechnik, Informations- und Datenverarbeitung Paderborn (GKD)**

Nr.	Firma und Sitz des Unternehmens	Gegenstand des Unternehmens	Nennkapital in €	Anteil	
				€	%
1.	Dachverband kommunaler IT-Dienstleister KDN (Zweckverband)	Betrieb von Rechenanlagen, Daten- und Kommunikationsnetzen und IT-Diensten; Entwicklung, Einführung und Einpflegen von einzelnen Komponenten und IT-Diensten; Beratungsleistungen; Beschaffung von Hard- und Software; Schulungsleistungen und Dienstleistungen zur Einführung und zum Betrieb	/	/	3,33
2.	Zweckverband Ostwestfalen-Lippe-IT	technikunterstützende Informationsverarbeitung im Geschäftsfeld Rechenzentrum	/	/	50,00

**Anteilseigner: Nahverkehrsverbund Paderborn/ Höxter**

Nr.	Firma und Sitz des Unternehmens	Gegenstand des Unternehmens	Nennkapital in €	Anteil	
				€	%
1.	Verbundgesellschaft/ Paderborn Höxter mbH (VPH)	Aufgaben im Bereich des ÖPNV auf Straße und Schiene; Einsatz von durchschnittlich ca. 300 Bussen täglich	26.000,00	3.640,00	14,29

**Anteilseigner: Sparkassenzweckverband**

Nr.	Firma und Sitz des Unternehmens	Gegenstand des Unternehmens	Nennkapital in €	Anteil	
				€	%
1.	Sparkasse Paderborn - Detmold	Geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft	/	/	100,00

**Anteilseigner: Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt**

Nr.	Firma und Sitz des Unternehmens	Gegenstand des Unternehmens	Nennkapital in €	Anteil	
				€	%
1.	Gemeinschaft für Kommunikationstechnik, Informations- und Datenverarbeitung Paderborn (GKD)	Erbringen von Dienstleistungen als Beratungs-, Organisations-, Software- und Hardwareverbund	/	/	3,57

### 3.3 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Übersicht über die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen im Kommunalkonzern Kreis Paderborn nach § 51 KomHVO NRW:

gegenüber		Kreis Paderborn	AV.E-Eigenbetrieb	AV.E-GmbH	Flughafen Paderborn-Lippstadt GmbH
<b>Kreis Paderborn</b>	Forderungen		154,00	0,00	1.267,25
	Verbindlichkeiten		873,55	0,00	16.613,48
	Erträge		311.201,44	5.700,00	69.492,75
	Aufwendungen		63.873,23	0,00	2.088.474,37
<b>AV.E-Eigenbetrieb</b>	Forderungen	11.722,70		7.896.468,94	
	Verbindlichkeiten	26.911,90		16.611,06	
	Erträge	75.248,90		147.305,16	
	Aufwendungen	296.980,86		14.049,78	
<b>AV.E-GmbH</b>	Forderungen		16.611,06		
	Verbindlichkeiten	5.700,00	7.896.468,94		
	Erträge		14.049,78		
	Aufwendungen	5.700,00	147.305,16		
<b>Flughafen Paderborn-Lippstadt GmbH</b>	Forderungen	21.143,70			
	Verbindlichkeiten	1.136,25			
	Erträge	2.088.950,37			
	Aufwendungen	69.361,75			

Die genaue Zusammensetzung der einzelnen Beträge sind in den Einzeldarstellungen erläutert.

### 3.4 Unmittelbare Beteiligungen des Kreises Paderborn zum 31. Dezember 2022

Der Kreis Paderborn war 2022 unmittelbar an 32 Unternehmen und mittelbar an verschiedenen Unternehmen beteiligt.

Die unmittelbaren Beteiligungen werden in der Bilanz unter der langfristigen Vermögensposition „Finanzanlagen“

- als „Anteile an verbundenen Unternehmen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Beteiligungen zum Ausweis, bei denen der Kreis Paderborn einen beherrschenden Einfluss auf die Beteiligung ausüben kann. Dieser liegt in der Regel vor, wenn die Kommune mehr als 50,0 % der Anteile hält,
- als „Beteiligungen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Anteile an Unternehmen und Einrichtungen zum Ausweis, die die Kommune mit der Absicht hält, eine auf Dauer angelegte, im Regelfall über ein Jahr hinausgehende Verbindung einzugehen und bei denen es sich nicht um verbundene Unternehmen handelt,
- als „Sondervermögen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich u.a. um Kommunalvermögen, das zur Erfüllung eines bestimmten Zwecks dient und daher getrennt vom allgemeinen Haushalt des Kreises Paderborn geführt wird. Sondervermögen sind gemäß § 97 GO NRW das Gemeindegliederungsvermögen, das Vermögen rechtlich unselbstständiger örtlicher Stiftungen, Eigenbetriebe (§ 114 GO NRW) und organisatorisch verselbstständigte Einrichtungen (§ 104 Abs. 2 GO NRW) ohne eigene Rechtspersönlichkeit,
- als „Wertpapiere des Anlagevermögens“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Unternehmensanteile, die auf Dauer angelegt werden, durch die jedoch keine dauernde Verbindung zum Kreis Paderborn zum Unternehmen hergestellt werden soll. Aufgrund dessen werden diese lediglich nachrichtlich ausgewiesen.
- als „Ausleihungen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um langfristige Finanzforderungen des Kreises Paderborn gegenüber Dritten, die durch den Einsatz kommunalen Kapitals an diese entstanden sind und dem Geschäftsbetrieb des Kreises Paderborn dauerhaft dienen sollen. Mit Ausnahme von GmbH-Anteilen, die nicht als verbundene Unternehmen oder Beteiligungen ausgewiesen werden, weil sie lediglich als Kapitalanlage gehalten werden, handelt es sich bei den Ausleihungen nicht um Beteiligungen im Sinne der GO NRW. Aufgrund dessen werden diese lediglich nachrichtlich ausgewiesen.



## 4. EINZELDARSTELLUNG DER BETEILIGUNGEN IN PRIVATER UND ÖFFENTLICHER RECHTSFORM



## 4.1 Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH

### 4.1.1 Basisdaten

Flughafen Paderborn/ Lippstadt GmbH

Flughafenstraße 33

33142 Büren

Tel.:02955/77-0, Fax: 02955/77-147, Internet: www.airport-pad.com

Gründungsdatum: 13. Oktober 1969

### 4.1.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der GmbH ist die Errichtung und der Betrieb des Flughafens Paderborn / Lippstadt sowie der Erwerb des dafür benötigten Geländes. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck erreicht und gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich unter den Voraussetzungen des § 108 Abs. 6 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) an ihnen beteiligen und solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben und pachten. Ferner ist die Gesellschaft verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen des § 109 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

### 4.1.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck des Unternehmens besteht darin, für den Flugverkehr einen leistungsgerechten Flughafen bereitzustellen und zu betreiben.

### 4.1.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 10 Mio. € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

Gesellschafter	EUR	%
<b>Kreis Paderborn</b>	<b>7.794.100,00</b>	<b>77,941</b>
Kreis Soest	1.225.500,00	12,255
Hochsauerlandkreis	392.200,00	3,922
Kreis Höxter	392.200,00	3,922
IHK Ostwestfalen zu Bielefeld	156.800,00	1,568
IHK zu Detmold	39.200,00	0,392
<b>Gesamt</b>	<b>10.000.000,00</b>	<b>100,000</b>

### 4.1.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die vom Kreis Paderborn gegenüber der Flughafen Paderborn-Lippstadt GmbH ausgewiesenen Erträge in Höhe von 69.492,75 € setzen sich zusammen aus Personalkostenerstattungen aus dem Projekt „FastGate“ (62.028,00 €), Bauaufsichtsgebühren (6.223,50 €), Entgelte für Leistungen der Kreisfeuerwehrzentrale (1.136,25 €) sowie Verwaltungsgebühren (105,00 €). Dem stehen auf Seite der Flughafen Paderborn-Lippstadt GmbH Aufwendungen in Höhe von 69.361,75 € gegenüber. Die geringe Abweichung resultiert aus der Zuordnung von Bauaufsichtsgebühren in Höhe von 131,00 € in das Wirtschaftsjahr 2023.

Die vom Kreis Paderborn gegenüber der Flughafen Paderborn-Lippstadt GmbH ausgewiesenen Aufwendungen in Höhe von 2.088.474,37 € setzen sich zusammen aus der finanziellen Beteiligung an hoheitlichen Tätigkeiten

(1.987.500,00 €), der Miete für Büroräume und Lagerhalle (85.206,64 €), der Nutzung von Räumlichkeiten für Aus- und Fortbildung (11.075,33 €) sowie sonstiger Aufwendungen (4.692,40 €). Dem stehen auf Seite des Flughafens Erträge in Höhe von 2.088.950,37 € gegenüber. Die geringe Abweichung resultiert aus der unterschiedlichen Zuordnung des Wirtschaftsjahres zu einer Rechnung in Höhe von 476,00 €.

Die vom Kreis Paderborn gegenüber der Flughafen Paderborn-Lippstadt GmbH ausgewiesenen Forderungen in Höhe von 1.267,25 € setzen sich zusammen aus den Entgelten für Leistungen der Kreisfeuerwehrzentrale (1.136,25 €) sowie Bauaufsichtsgebühren (131,00 €). Demgegenüber weist die Flughafen Paderborn-Lippstadt GmbH Verbindlichkeiten in Höhe von 1.136,25 € aus. Die geringe Abweichung resultiert aus der Zuordnung von Bauaufsichtsgebühren in Höhe von 131,00 € in das Wirtschaftsjahr 2023.

Die vom Kreis Paderborn gegenüber der Flughafen Paderborn-Lippstadt GmbH ausgewiesenen Verbindlichkeiten in Höhe von 16.613,48 € setzen sich zusammen aus Erbbauzinsen (9.900,00 €), Entgelte für Raumnutzung (3.067,08 €) sowie der ersten Rate für einen Grundstückskauf (3.646,40 €). Demgegenüber weist die Flughafen Paderborn-Lippstadt GmbH Forderungen in Höhe von 21.143,70 € aus. Die Abweichung in Höhe von 4.530,22 € resultiert aus der unterschiedlichen Zuordnung von Rechnungen zum Wirtschaftsjahr 2023.

#### **4.1.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals**

Mit Eröffnung des Insolvenzverfahrens begann gem. § 155 Abs. 2 Satz 1 InsO ein neues Geschäftsjahr, so dass vom 1. Januar 2020 bis zum 30. November 2020 ein Rumpfgeschäftsjahr entstand. Mit Aufhebung des Insolvenzverfahrens zum 30. April 2021 entstand ein weiteres Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Dezember 2020 bis 30. April 2021. Aufgrund der Fortsetzung der Gesellschaft ab dem 1. Mai 2021 entsteht ein weiteres Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Mai 2021 bis zum 31. Dezember 2021, so dass die Gesellschaft beginnend ab dem 1. Januar 2022 auf den Geschäftsjahresrhythmus laut Satzung zurückkehrt.

Eine Vergleichbarkeit mit den Vorjahresangaben ist daher insoweit nur eingeschränkt möglich.



Bilanz (in €)	2022	01.05.2021 bis 31.12.2021
<b>Aktiva</b>		
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>30.562.392,02</b>	<b>32.819.182,91</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	137.642,09	55.981,00
II. Sachanlagen	30.374.749,93	32.713.201,91
III. Finanzanlagen	50.000,00	50.000,00
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>8.434.739,86</b>	<b>6.006.281,05</b>
I. Vorräte	448.715,94	288.987,70
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.856.016,13	2.126.892,96
III. Flüssige Mittel	5.130.007,79	3.590.400,39
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>107.225,08</b>	<b>173.107,96</b>
<b>Summe Aktiva</b>	<b>39.104.356,96</b>	<b>38.998.571,92</b>
<b>Passiva</b>		
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>30.205.013,41</b>	<b>29.742.513,16</b>
I. Gezeichnetes Kapital	10.000.000,00	10.000.000,00
II. Kapitalrücklage	276.859,61	276.859,61
III. Gewinnrücklagen	19.465.653,55	17.347.199,30
IV. Jahresüberschuss / -fehlbetrag	462.500,25	2.118.454,25
<b>B. Sonderposten für Investitionszuschüsse</b>	<b>2.787.406,59</b>	<b>3.289.638,34</b>
<b>C. Rückstellungen</b>	<b>981.517,75</b>	<b>1.200.304,80</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	<b>5.083.335,92</b>	<b>4.719.032,33</b>
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>47.083,29</b>	<b>47.083,29</b>
<b>Summe Passiva</b>	<b>39.104.356,96</b>	<b>38.998.571,92</b>

#### 4.1.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2022	01.05.2021 bis 31.12.2021
1. Umsatzerlöse	27.891.446,74	6.927.576,63
2. sonstige betriebliche Erträge	3.778.668,92	7.052.112,37
<b>3. Materialaufwand</b>	<b>-21.016.478,18</b>	<b>-5.493.147,85</b>
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-14.370.563,66	-2.290.827,59
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-6.645.914,52	-3.202.320,26
<b>4. Personalaufwand</b>	<b>-4.772.199,22</b>	<b>-2.834.626,88</b>
a) Löhne und Gehälter	-3.959.104,17	-2.141.570,60
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	-813.095,05	-693.056,28
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-2.975.991,37	-2.039.216,74
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.504.848,18	-1.476.523,93
7. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	204.550,09	111.972,64
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.750,86	0,00
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-21.965,29	-52.498,69
<b>10. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>591.934,37</b>	<b>2.195.647,55</b>
11. Sonstige Steuern	-129.434,12	-77.193,30
<b>12. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</b>	<b>462.500,25</b>	<b>2.118.454,25</b>

## 4.1.8 Kennzahlen

### Finanzkennzahlen

	31.12.2022	01.05.2021 bis 31.12.2021
	%	%
Eigenkapitalquote	77	76
Eigenkapitalrentabilität	2	7
Anlagendeckungsgrad 2	119	109
Verschuldungsgrad	20	20
Umsatzrentabilität	2	31

## 4.1.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag 31.12.2022 beschäftigt die Gesellschaft 110 Mitarbeiter (2021: 110 MA).

## 4.1.10 Geschäftsentwicklung

### Vorbemerkung

Bereits zum 30.04.2021 wurde das in 2020 eingeleitete und erdöfnete Planinsolvenzverfahren in Eigenverwaltung durch Gerichtsbeschluss aufgehoben. Während das darauffolgende Rumpfgeschäftsjahr 01.05.2021-31.12.2021 noch von den Auswirkungen der weltweiten Pandemie insbesondere auch auf die Touristik- und Luftverkehrsbranche geprägt war, ließ dieser Einfluss im Berichtsjahr 2022 immer mehr nach und es setzte eine deutliche Erholung des Luftverkehrs ein.

### Darstellung des Geschäftsverlaufs

Bei einem sehr großen Teil der Kostenpositionen handelt es sich um Fixkosten, die durch die Bereitstellung und den Erhalt der Infrastruktur sowie die Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft des Verkehrsflughafens entstehen.

Die Erlöse der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH lassen sich grundsätzlich in die fünf Gruppen

- Aviation
- Non Aviation
- Treibstoffverkauf
- sonstige Umsatzerlöse und
- sonstige betriebliche Erträge

einteilen.

Die Aviation-Erlöse, wie z.B. Anflug- und Landeentgelte sowie der Treibstoffrohertrag werden maßgeblich von der Entwicklung der Verkehrsarten „Linie“ und „Touristikflugverkehr“ mit größerem Fluggerät beeinflusst. Die Non Aviation-Erlöse, die z.B. durch das Parkgeschäft und die Vermietung von Einzelhandels-, Gastronomie- und sonstigen Gewerbeflächen erzielt werden, sind zum Großteil ebenfalls verkehrsabhängig. Damit hat die Luftverkehrsentwicklung, die die Verkehrsflughafen allgemein nur begrenzt steuern können, auf den größten Teil der Erlöse der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH unmittelbare Auswirkungen.

Wie oben bereits erläutert, konnte in 2022 eine sehr deutliche Erholung des Luftverkehrs am Flughafen Paderborn/Lippstadt verzeichnet werden. In der Folge stiegen sowohl die Aviation als auch die Non Aviation-Erlöse im Vergleich zu den beiden Vorjahren sehr spürbar an.

## **Darstellung des Flugbetriebes allgemein**

Im Jahr 2022 wurden laut der Statistik des Flughafenverbandes ADV (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Flughafen) an den deutschen Flughafen 165 Mio. Fluggäste gezählt. Das entspricht einem Zuwachs von rund 110% gegenüber dem Jahr 2021. Allerdings beträgt der Ruckstand gegenüber dem Vor-Pandemie-Niveau aus 2019 immer noch rund 34%. Der innerdeutsche Luftverkehr lag mit 18,8 Mio. Passagieren um 97,6% über Vorjahr und um 59,45% unter dem Vor-Pandemie-Jahr 2019, der Europaverkehr wuchs um 101,4% auf 116,6 Mio. Passagiere, lag damit aber immer noch um 27,1% unter dem Vor-Krisen-Niveau von 2019. Der Interkontinentalverkehr verzeichnete mit 169,1% das stärkste Wachstum gegenüber dem Vorjahr, lag jedoch nach wie vor um 33,1% unter dem Niveau von 2019.

## **Darstellung des Flugbetriebes am Paderborn-Lippstadt Airport**

Die Fluggastzahlen sind im Geschäftsjahr 2022 gegenüber dem Vorjahr um rund 289% auf 502: 629 Fluggäste gestiegen. 455.878 der Fluggäste generierte der Touristikflugverkehr, £40.644 der Linienflugverkehr und 6.107 die allgemeine Luftfahrt.

Im Berichtszeitraum fanden 38.034 Flugbewegungen statt, rund 16% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. 90% der Flugbewegungen entfielen auf die Allgemeine Luftfahrt.

## **Personal- und Sozialbereich**

Der von der weltweiten Pandemie ausgelöste erhebliche Einbruch des Verkehrsaufkommens und der daraus resultierende geringere Personalbedarf hatte im Vorjahr einen sehr deutlichen Personalabbau nötig gemacht, der im Zuge des o.g. Planinsolvenzverfahrens umgesetzt wurde.

Im Berichtsjahr 2022 gab es vor dem Hintergrund, dass einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die eine Kündigung erhalten hatten, dagegen Kündigungsschutzklage eingereicht hatten, noch einige Verhandlungstermine vor dem Arbeitsgericht. Ein Großteil dieser Verfahren konnte auf dem Vergleichswege beendet werden. Mit einigen wenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wurde das Arbeitsverhältnis fortgesetzt. Mit dem Betriebsrat und der Gewerkschaft Komba steht die Geschäftsleitung in einem regelmäßigen vertrauensvollen und konstruktiven Austausch.

## **Darstellung der Lage**

### **Ertragslage**

Das Berichtsjahr 2022 war zwar immer noch, jedoch bereits deutlich weniger durch die Pandemie beeinflusst. Mit Beginn des Sommerflugplans setzte eine deutliche Erholung des Flugverkehrs am Flughafen Paderborn/Lippstadt ein. Die Umsatzerlöse betragen 27.891 TEUR. Die Erlöse im Bereich Aviation beliefen sich inklusive Treibstoffverkauf auf 22.388 TEUR. Im Geschäftsbereich Non-Aviation betragen die Erlöse 5.282 TEUR. Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen im Berichtszeitraum 3.779 TEUR. Der Materialaufwand (ohne Treibstoffeinkauf) betrug 7.900 TEUR. Der Personalaufwand belief sich auf 4.772 TEUR. Die Abschreibungen beliefen sich im Berichtszeitraum auf 2.976 TEUR. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 2.505 TEUR. Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen betragen 22 TEUR. Unter Berücksichtigung der sonstigen Steuern (Grund- und Kfz-Steuern) in Höhe von 129 TEUR ergibt sich ein Geschäftsjahresergebnis von 463 TEUR.

## **Vermögens- und Finanzlage**

Die Rückstellungen zum 31.12.2022 belaufen sich auf 982 TEUR. Die Eigenkapitalquote beträgt 77,24 % (vorheriger Berichtszeitraum 01.05.-31.12.2021: 76,27 %). Im Berichtszeitraum wurden Investitionen in Höhe von 900 TEUR getätigt. Diese wurden vollständig aus den laufenden Mitteln finanziert. Das Anlagevermögen belauft sich auf 78,16 % (vorheriger Berichtszeitraum 01.05.-31.12.2021: 81,59 %) der Bilanzsumme. Im Berichtsjahr ergibt sich ein Finanzmittelbestand zum 31.12.2022 in Höhe von 5.130 TEUR.

## **Chancen-, Risiko- und Prognosebericht**

### **Weiterbetrieb des Flughafens nach Abschluss der Planinsolvenz**

Das Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung konnte zum 30.04.2021 beendet werden. Die durchgeführten Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Verfahrens führten zu einer sehr deutlichen Reduktion der Fixkosten, insbesondere im Personalbereich. Schon im Laufe des Jahres 2021 waren die pandemiebedingten Einschränkungen teilweise gelockert worden, so dass neben der Allgemeinen Luftfahrt auch der Linien- und Touristikflugverkehr wieder anlaufen konnten. Gerade im Touristikflugverkehr zeigte sich schnell eine rückkehrende Nachfrage, die zu guten Ladefaktoren auf den angebotenen Flügen führte. Diese Entwicklung setzte sich im Berichtsjahr 2022 deutlich verstärkt fort, so dass bereits 502.629 Fluggäste gezahlt werden konnten.

Auf Basis der aktuellen Planungen der Fluggesellschaften und Reiseveranstalter wird für das Jahr 2023 mit einer weiteren Steigerung der Fluggastzahlen auf 550.000 gerechnet. 2. Künftige Finanzierung der Flugsicherungskosten

Im Jahr 2021 konnte ein Durchbruch bei der seit langem angestrebten Übernahme der Flugsicherungskosten durch den Bund erreicht werden. Das Luftverkehrsgesetz wurde geändert, so dass nunmehr auch der Flughafen Paderborn/Lippstadt seit September 2021 von dieser Kostenentlastung profitiert.

Neben der Reduktion der Personalkosten trägt diese Maßnahme erheblich zur Absenkung der Fixkosten bei. Ohne die Übernahme der Flugsicherungskosten durch den Bund, wurde ohne Berücksichtigung der bisher vereinnahmten Abflugentgelte und abhängig von der Intensität des Flugbetriebes eine Unterdeckung in einer Größenordnung zwischen 1,7 und 2,0 Mio. EUR verbleiben.

### **Chancen und Risiken aus dem Flugverkehrsgeschäft**

Nach der erfolgten Sanierung der Gesellschaft durch das Planinsolvenzverfahren sehen wir folgende wesentliche Chancen und Risiken.

Im Laufe des Jahres 2022 zeigte sich sehr deutlich, dass die Nachfrage im Touristikflugverkehr nach der weitgehenden Aufhebung der pandemiebedingten Beschränkungen nach wie vor in großem Umfang vorhanden ist. Die Reiseveranstalter und touristischen Fluggesellschaften haben ihr Sitzplatzangebot gegenüber dem Vorjahr nach und nach wieder stark ausgebaut, so dass die Kapazität während der Sommerferien NRW 2022 schon fast das Niveau von 2019 erreichte. Auch die Allgemeine Luftfahrt erweist sich als sehr robust. Innerhalb dieses Segments verzeichnete die sog. Business Aviation, also die individuelle Reisetätigkeit mit Geschäftsreiseflugzeugen, im Jahr 2022 gar ein Wachstum gegenüber dem Vor-Pandemie- Jahr 2019 von 21,6%.

Im ebenfalls geschäftsreiselastigen Linienflugverkehr nach München zeigt sich hingegen derzeit noch ein anderes Bild. Die Lufthansa bedient die Strecke zwar seit Ende März 2022 wieder, allerdings bislang nur mit zwei statt vier Frequenzen pro Tag. Auch die Auslastung lag bis zum Ende des Winterflugplans 2022/23 noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Dies verortet wir zum einen in den noch fehlenden Weiterflugverbindungen nach Fernost, verbunden mit den dortigen pandemiebedingten Einreisebeschränkungen. Zum anderen scheinen derzeit Geschäftsreisen durch in der Pandemie weiterentwickelte digitale

Kommunikationsformen ersetzt zu werden. Hier besteht ein gewisses Risiko, dass das Geschäftsreisevolumen das Vorkrisenniveau erst mittel- bis langfristig oder gar nicht wieder erreichen wird.

Seit Anfang April 2023 können wir allerdings wieder eine deutliche Verbesserung der Auslastung auf der München-Strecke beobachten.

Für den Touristikflugverkehr kann sich ein Risiko aus den Preisentwicklungen an den Energiemärkten und der momentan noch relativ hohen Inflation ergeben. Die zusätzlichen Belastungen für die privaten Haushalte könnten zu einer reduzierten Nachfrage bei \_ Reiseprodukten führen. Aktuell kann allerdings wieder eine gewisse Entspannung der Lage "an den Energiemärkten beobachtet werden.

~ Chancen hingegen bieten die noch nicht ausgeschöpften Potentiale bei bisher nicht bedienten touristischen und ethnischen Destinationen. So ergeben entsprechende Analysen, dass insbesondere Ziele in Südeuropa (z.B. spanisches Festland, Kanarische Inseln, Kroatien etc.) derzeit nicht oder nicht ausreichend bedient werden, obwohl eine erhebliche Reisetätigkeit aus unserer Region zu diesen Zielen festgestellt werden kann, derzeit jedoch benachbarte Flughäfen dafür genutzt werden.

Eine Chance für den Flughafen Paderborn/Lippstadt kann sich auch aus operativen Herausforderungen der größeren Flughäfen ergeben. Während der Pandemie haben sich viele Arbeitskräfte hin zu anderen Branchen orientiert, was dort jetzt beim Wiederanlaufen des Verkehrs zu großen Personalengpässen führt. In Verbindung mit dem demographischen Wandel und dem Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge im Laufe der kommenden Jahre, ist zu erwarten, dass große Standorte ihren Personalbedarf nur schwer decken können und insofern auch aus dieser Sicht an Kapazitätsgrenzen stören werden. Im Übrigen konnte im Jahr 2022 eine große Öffentlichkeit beobachten, dass kleinere Flughafenstandorte beim Wiederanlaufen des Luftverkehrs kaum oder zumindest erheblich weniger Probleme haben. Auch Fluggesellschaften machten die Erfahrung, dass die operativen Abläufe an kleineren Standorten reibungsloser und damit verzögerungsfreier ablaufen. Vor diesem Hintergrund gewinnen kleinere Standorte sowohl für Endkunden als auch für Systempartner an Attraktivität. Nicht zuletzt die 24-stündige Öffnungszeit des Flughafens stellt einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Flughäfen dar, aus dem sich Wachstumschancen ergeben.

### **Künftige Entwicklung**

Wie oben bereits erläutert, entwickelten sich insbesondere die Allgemeine Luftfahrt und der Touristikflugverkehr seit 2021 und noch mehr in 2022 wieder sehr positiv. Auch für den Linienflugverkehr nach München wird trotz der beschriebenen Risiken im Laufe der kommenden Jahre wieder mit einer Erholung gerechnet. Diese Erwartung basiert zum einen darauf, dass sich Geschäftsbeziehungen langfristig nur durch persönliche Kontakte aufrechterhalten lassen. Zum anderen arbeiten wir gemeinsam mit den Systempartnern daran, die Drehkreuzanbindung nach München auch für touristische Reisen, insbesondere Fernreisen, attraktiv zu machen. Durch Ansprache auch touristischer Zielgruppen kann der Linienflugverkehr resilienter aufgestellt

werden. Die seit April 2023 zu beobachtende Erholung der Auslastung auf der München-Strecke ist ein sehr positives Signal. Die Luftverkehrsnachfrage der Region wird derzeit durch unseren Flughafen noch nicht vollständig bedient. Zusätzliche Verkehre sollen durch die Abschöpfung der Potentiale bisher nicht oder nicht ausreichend bedienter Ziele generiert werden.

Daher finden fortlaufend Verhandlungsgespräche auch mit Fluggesellschaften statt, mit denen der Flughafen Paderborn/Lippstadt bisher noch nicht kooperiert. Die Streckenaufnahmen nach Malaga, Alicante und Palma durch die Fluggesellschaft Ryanair mit Beginn des Sommerflugplans 2023 sind in diesem Zusammenhang ein wichtiger Erfolg.

Für die kommenden Jahre werden daher bei einer weiteren Erholung der Verkehrszahlen und einem moderaten Wachstum, einer Fortführung der Übernahme der Flugsicherungskosten durch den Bund sowie der Übernahme der Kosten für hoheitliche Aufgaben, insbesondere für die Flughafenfeuerwehr, durch die kommunalen' Gesellschafter ausgeglichene Jahresergebnisse angestrebt. Die Fluggastzahlen sollen bis 2025 auf ein Niveau von 800.000 gesteigert werden.

**Berichterstattung nach § 108 Abs. 2 Nr. 2 GO NW**

Nach § 108 GO NW ist über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung Stellung zu nehmen: Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages die Errichtung und der Betrieb des Flughafens sowie der Erwerb des "“dafür benötigten Geländes. Da es sich um ein Infrastrukturunternehmen des öffentlichen (Flug)Verkehrs handelt ist somit die öffentliche Zwecksetzung erfüllt.

**4.1.11 Organe und deren Zusammensetzung**

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung

Roland Hüser, Paderborn (ab 08/2021)

Gesellschafterversammlung

Seit 2021 sind die Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung die Herren Kreistagsabgeordneten Bernd Langer und Carsten Birkelbach sowie Herr Dezernent Tiemann.

Aufsichtsrat

Name	
Landrat Christoph Rüther (Aufsichtsratsvorsitzender)	Kreis Paderborn
Landrat Dr. Karl Schneider	Hochsauerlandkreis
Landrat Michael Stickeln	Kreis Höxter
Stefan Sievers	IHK Lippe zu Detmold
Petra Pigerl-Radtke	IHK Ostwestfalen zu Bielefeld
Horst Bernsdorf	Kreis Soest

#### 4.1.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehört eine Frau an (Frauenanteil: 16,67 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent unterschritten.

#### 4.1.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und §5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.

#### 4.1.14 Beteiligungen

An folgenden Unternehmen bestehen Beteiligungen:

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %
PAD Airport Services GmbH, Büren	100,00
PAD Westphalian Ground Services GmbH, Büren	100,00

#### **PAD Airport Services GmbH**

##### Zweck / Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der GmbH ist die Erbringung von Bodenverkehrsdienstleistungen und sonstigen Serviceleistungen in Flughäfen, insbesondere Bodenabfertigung und Passagierhandling. Das Ziel der Beteiligung ist im Zusammenhang mit der Muttergesellschaft zu sehen. Gegenstand der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH ist u. a. der Betrieb des Flughafens Paderborn / Lippstadt. Zur Erreichung dieses Zieles ist die Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH auch berechtigt, Unternehmen zu errichten, wovon die Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH mit der Gründung der PAD Airport Services GmbH auch Gebrauch gemacht hat.

##### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck des Unternehmens besteht darin, Dienstleistungen für die Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH zu erbringen, die wiederum den Flughafen betreibt.

##### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschaft ist eine 100 %-ige Tochtergesellschaft der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr in T€
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>16.805,00</b>	<b>14.449,00</b>	<b>2</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1,00	300,00	0
II. Sachanlagen	16.804,00	14.149,00	3
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>307.796,02</b>	<b>108.213,53</b>	<b>200</b>
I. Vorräte	4.705,42	7.955,92	-3
II. Forderungen /sonstige Vermögensgegenstände	19.443,88	5.826,06	14
III. Flüssige Mittel	283.646,72	94.431,55	189
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>641,28</b>	<b>134,55</b>	<b>1</b>
<b>Summe Aktiva</b>	<b>325.242,30</b>	<b>122.797,08</b>	<b>202</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>25.000,00</b>	<b>25.000,00</b>	<b>0</b>
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	0
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>42.707,49</b>	<b>39.112,64</b>	<b>4</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>257.534,81</b>	<b>58.684,44</b>	<b>199</b>
<b>Summe Passiva</b>	<b>325.242,30</b>	<b>122.797,08</b>	<b>202</b>

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	1.936.102,40	1.416.852,33	519
2. sonstige betriebliche Erträge	10.511,54	18.438,75	-8
3. Materialaufwand	38.609,15	19.076,29	20
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	33.286,88	16.775,95	17
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.322,27	2.300,34	3
4. Personalaufwand	1.400.387,41	1.153.490,41	247
a) Löhne und Gehälter	1.175.902,93	965.146,63	211
b) soziale Abgaben und Aufwendungen	224.484,48	188.343,78	36
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	5.652,62	4.489,01	1
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	354.541,74	145.570,73	209
<b>7. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>147.423,02</b>	<b>112.664,64</b>	<b>35</b>
8. Sonstige Steuern	692,00	692,00	0
9. Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages abgeführte Gewinne	146.731,02	111.972,64	35
<b>10. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>

Der durchschnittliche Personalbestand setzt sich im Berichtsjahr zusammen aus 6,5 Vollzeit- und 46,5 Teilzeitbeschäftigten (VJ.:6 bzw. 43).

### Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführerin: Frau Nadja Bliss

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Gemäß § 9 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages hat die Geschäftsführung dem Aufsichtsrat der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH in dem in § 90 AktG genannten Umfang zu berichten.



## Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zwischen der Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH und der PAD Airport Services GmbH besteht ein Ergebnisabführungsvertrag, wonach die PAD Airport Services GmbH die Verpflichtung hat, das jeweilige Jahresergebnis an die Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH abzuführen.

Zwischen der Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH und der PAD Airport Services GmbH besteht ein Dienstleistungsvertrag über die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der Passagierabfertigung und von Sicherheitsleistungen sowie die personelle Besetzung der Flughafeninformation, der Serviceeinrichtungen TSA, des Kundendialogs sowie über die Dienstleistungen „Terminal Beauftragter“ und der Betreuung des Reisebüros.

Zwischen der Flughafen Paderborn / Lippstadt GmbH und der PAD Airport Services GmbH besteht ein Geschäftsbesorgungsvertrag über die Erbringung von Dienstleistungen in den Bereichen Buchhaltung, IT-Betreuung, elektronische Betreuung, Brandschutzbetreuung sowie sonstiger Leistungen.

## **PAD Westphalian Ground Services GmbH**

### Beteiligungsziel und Unternehmenszweck

Gegenstand der GmbH sind sämtliche Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Flughafenbetrieb sowie mit dem vorgenannten Unternehmenszweck im Zusammenhang stehende Umfeldleistungen.

### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Bis auf weiteres ist die Gesellschaft operativ nicht tätig, sodass die Erfüllung eines öffentlichen Zwecks derzeit nicht gegeben ist.

### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschaft ist ein 100 %-ige Tochtergesellschaft der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH.

### Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>56.077,00</b>	<b>0,00</b>	<b>56</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>280.078,90</b>	<b>30.754,99</b>	<b>249</b>
I. Vorräte	26.330,35	5.328,34	21
II. Forderungen	215.640,76	1.951,38	214
III. Flüssige Mittel	38.107,79	23.475,27	15
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>662,95</b>	<b>0,00</b>	<b>1</b>
<b>Summe Aktiva</b>	<b>336.818,85</b>	<b>30.754,99</b>	<b>306</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>13.031,15</b>	<b>13.031,15</b>	<b>0</b>
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	0
II. Gewinn-/ Verlustvortrag	-11.968,85	-8.542,42	-3
III. Jahresüberschuss / -fehlbetrag	0,00	-3.426,43	3
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>8.520,00</b>	<b>2.520,00</b>	<b>6</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>315.267,80</b>	<b>15.203,84</b>	<b>300</b>
<b>Summe Passiva</b>	<b>336.818,95</b>	<b>30.754,99</b>	<b>306</b>

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr in T€
1. Umsatzerlöse	1.361.270,84	0,00	1.361
<b>2. Gesamtleistung</b>	<b>1.361.270,84</b>	<b>0,00</b>	<b>1.361</b>
3. sonstige betriebliche Erträge	24.431,88	8.520,28	16
4. Materialaufwand	-1.682,99	0,00	-2
5. Rohergebnis	<b>1.384.019,73</b>	<b>8.520,28</b>	<b>1.375</b>
6. Personalaufwand	<b>-986.008,90</b>	<b>-5.565,28</b>	<b>-980</b>
a) Löhne und Gehälter	-803.841,55	-4.500,00	-799
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-182.167,35	-1.065,28	-181
7. Abschreibung	-28.469,46	-1.618,78	-27
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	-311.498,59	-4.762,65	-307
<b>9. Betriebsergebnis</b>	<b>58.042,78</b>	<b>-3.426,43</b>	<b>61</b>
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-23,71	0,00	0
<b>11. Finanzergebnis</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>
<b>12. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>58.019,07</b>	<b>-3.426,43</b>	<b>61</b>
13. Sonstige Steuern	-200,00	0,00	0
14. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne	-57.819,97	0,00	-58
<b>15. Jahresfehlbetrag</b>	<b>0,00</b>	<b>-3.426,43</b>	<b>3</b>

#### Personalbestandes

Der durchschnittliche Personalbestand setzt sich im Berichtsjahr zusammen aus 2 Vollzeit- und 32 Teilzeitbeschäftigten (Vj: 7 bzw. 52).

#### Leistungen der Beteiligung

##### **Grundlagen der Gesellschaft**

Die Gesellschaft PAD Security Services GmbH wurde am 20. August 2013 als 100 % prozentige Tochtergesellschaft der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH gegründet. Am 03.02.2021 erfolgt die Änderung der Firma in PAD Services GmbH sowie am 01.09.2022 in Westphalian Ground Services GmbH.

Gegenstand des Unternehmens laut Gesellschaftsvertrag vom 03.02.2021 sind sämtliche Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Flughafenbetrieb sowie dem vorgenannten Unternehmenszweck im Zusammenhang stehende Unternehmensleistungen.

##### **Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft**

Die Gesellschaft führte im Auftrag der FHG die Flugzeugabfertigung durch. Beschränkte sich die Tätigkeit zunächst nur auf die Be- und Entladung, wurden nach und nach weitere Aufgaben übernommen. Des Weiteren wurden die Tätigkeiten in der Vorfeldkoordination und der Einsatz der Ramp Agenten im ersten Quartal 2022 übernommen. Im ersten Quartal 2022 wurde entschieden, dass die KFZ- und Gerätewerkstatt zukünftig durch die Westphalian Ground Services GmbH betrieben wird. Die Umsetzung erfolgt zum 01.04.2022. Zudem wurden verschiedene weitere Aufgaben (zum Beispiel Pflege der Grün- und Außenanlagen, Bewachung von Fremdfirmen, Hausmeister Tätigkeiten, etc.) im Auftrag der Muttergesellschaft durchgeführt.

Beschäftigt waren im Berichtsjahr 2022 2 Vollzeit- und 32 Teilzeitbeschäftigte sowie 26 geringfügig Beschäftigte. Der Jahresüberschuss vor Gewinnausschüttung im Berichtsjahr betrug 57.819,07 €.

## **Prognosebericht**

Ab dem 01.01.2022 wurde der operative Geschäftsbetrieb aufgenommen und das Tätigkeitsspektrum nach und nach erweitert, was sich im Jahr 2023 fortsetzt.

Ab 01.01.2023 wurden Teile der Gebäudereinigung und die Flugzeuginnenreinigung übernommen. Zudem ist die Westphalian Ground Services ab Mai Agenturpartner der Firma Sixt und betreibt eine Mietwagenstation am Flughafen Paderborn/Lippstadt. Im Jahr 2023 werden rd. 100 Mitarbeiter beschäftigt sein, was einem Vollzeitäquivalent von rd. 30 Personen entspricht.

Die Unternehmensplanung geht für das Jahr 2023 von einem Jahresergebnis in Höhe von 80.000 € aus, wobei aktuell noch nicht vollständig einzuschätzen ist, wie sich der Betrieb der Sixt Agentur auf das Ergebnis auswirkt.

**Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt durch selbst erwirtschaftete Mittel.**

## **Chancen und Risikobericht**

Aufgrund der Aufgabenstellung besteht aktuell eine nahezu vollständige Abhängigkeit von der Muttergesellschaft und dem Betrieb des Flughafens Paderborn/Lippstadt. Es ist geplant, die Abhängigkeit durch Erschließung externer Einnahmequellen zu verringern. Im Jahr 2023 konnte dieses Ziel durch die Übernahme von zusätzlichen Aufgaben im Auftrag der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH und entsprechenden Personalbedarf am Standort, noch nicht realisiert werden.

## **Berichterstattung nach § 108 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW**

Die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung ist durch die satzungsmäßigen Aufgaben auf dem Gelände und für den Betrieb des Flughafens Paderborn/Lippstadt als Unternehmen der Öffentlichen Infrastruktur gewährleistet.

### Zusammensetzung der Organe

#### Geschäftsführung:

Thomas Keck, Industriekaufmann, Büren

Die Gesellschaft hat keinen eigenen Aufsichtsrat. Gemäß § 9 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrags hat die Geschäftsführung dem Aufsichtsrat der Flughafen Paderborn/Lippstadt GmbH in dem in § 90 AktG genannten Umfang zu berichten.



## 4.2 RWE AG

### 4.2.1 Basisdaten

RWE AG

Altenessener Straße 35

451141 Essen

Tel.: 0201/12-00, Fax: 0201/12-15199, Internet: [www.group.rwe](http://www.group.rwe)

Gründungsdatum: 25. April 1898

### 4.2.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Die RWE AG leitet eine Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf folgenden Geschäftsfeldern tätig sind:

- Erzeugung und Beschaffung von Energie, einschließlich erneuerbarer Energien,
- Gewinnung, Beschaffung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen,
- Versorgung und Handel mit Energie,
- Errichtung, Betrieb und Nutzung von Transportsystemen für Energie,
- Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser,
- Erbringung von Dienstleistungen auf den vorgenannten Gebieten, einschließlich Energieeffizienzdienstleistungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann auf den o. g. Geschäftsfeldern auch selbst tätig werden.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen, insbesondere an solchen, deren Unternehmensgegenstände sich ganz oder teilweise auf die vorgenannten Geschäftsfelder erstrecken. Sie kann Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, unter ihrer einheitlichen Leitung zusammenfassen oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken. Sie kann ihren Betrieb ganz oder teilweise in verbundene Unternehmen ausgliedern oder verbundenen Unternehmen überlassen.

### 4.2.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Insbesondere mit dem Engagement in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung leistet die RWE AG einen entscheidenden Beitrag zur Grundversorgung der Bevölkerung und betreibt klassische kommunalwirtschaftliche Aufgaben. Unter dem Aspekt der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger einerseits und der Aufrechterhaltung des öffentlichen Einflusses bei der RWE AG andererseits ist eine Beteiligung geboten.

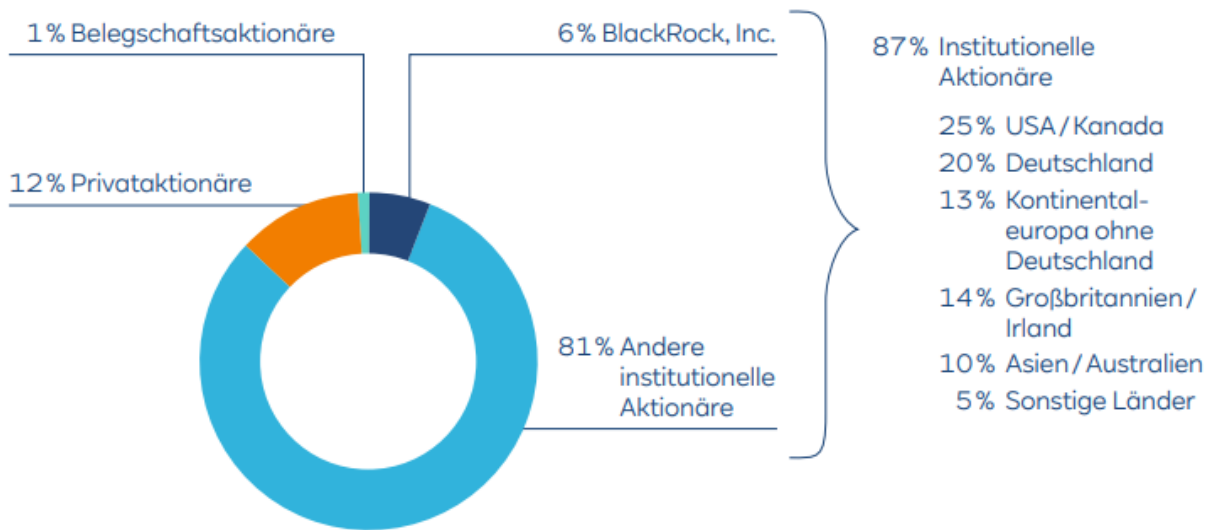
### 4.2.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Grundkapital beträgt rd. 1.904 Mio. € und besteht aus 743.841.217 auf den Inhaber lautenden Stückaktien.

Der Kreis Paderborn ist mit 1.273.917 Stück Stammaktien (3.260.827,60 €) an der RWE AG beteiligt. Dies entspricht einer Beteiligung am Grundkapital der Gesellschaft von rd. 0,171 %

## Aktionärsstruktur (Stand: Ende 2022):

### Aktionärsstruktur der RWE AG<sup>1</sup>



### 4.2.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis vereinnahmte im Jahr 2022 eine Ausschüttung in Höhe von 965.087 €. Die Ausschüttung wurde auf dem Konto 465100 „Erträge aus Gewinnanteilen aus Beteiligungen“ des Produktes 010601 „Finanzmanagement“ verbucht.

### 4.2.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in Mio. €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr Mio.€
<b>Aktiva</b>			
Anlagevermögen	19.174	17.866	1.308
<b>flüssige Mittel</b>	<b>40.052</b>	<b>20.239</b>	<b>19.813</b>
Forderungen	24.339	8.530	15.809
Wertpapiere	10.633	6.941	3.692
Flüssige Mittel	5.080	4.768	312
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>19</b>	<b>8</b>	<b>11</b>
<b>Summe Aktiva</b>	<b>59.245</b>	<b>38.113</b>	<b>21.132</b>
<b>Passiva</b>			
<b>Eigenkapital</b>	<b>9.091</b>	<b>8.359</b>	<b>732</b>
Stammaktien	1.731	1.731	0
Kapitalrücklage	4.234	4.228	6
Andere Gewinnrücklagen	2.456	1.791	665
Bilanzgewinn	670	609	61
<b>Rückstellungen</b>	<b>3.067</b>	<b>2.245</b>	<b>822</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>47.087</b>	<b>27.509</b>	<b>19.578</b>
<b>Summe Passiva</b>	<b>59.245</b>	<b>38.113</b>	<b>21.132</b>

## 4.2.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in Mio. €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr Mio.€
Umsatzerlöse	33	31	2
Ergebnis aus Finanzanlagen	1202	378	824
Zinsergebnis	-803	318	-1121
sonstige betriebliche Erträge	1908	756	1152
Personalaufwand	-132	-93	-39
sonst. betriebliche Aufwendungen	-991	-562	-429
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	118	280	-162
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>1335</b>	<b>1.108</b>	<b>227</b>
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>1335</b>	<b>1.108</b>	<b>227</b>
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	0	0	0
Einstellung in andere Gewinnrücklagen	-665	-499	-166
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>670</b>	<b>609</b>	<b>61</b>

0=Betrag in geringer Höhe

## 4.2.8 Kennzahlen

### Finanzkennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	15	22	-7
Eigenkapitalrentabilität	7	7	0
Anlagendeckungsgrad 2	293	201	92
Verschuldungsgrad	552	356	196
Umsatzrentabilität	29	41	-12

### Individuelle Leistungskennzahlen

Stromerzeugungskapazität (in MW)	31. Dezember 2022	31. Dezember 2021	Veränderung (in %)
Steinkohle	1.469	1.469	0
Braunkohle	8.250	7.638	-612
Kernenergie	1.482	1.482	0
Gas	14.269	14.301	32
Erneuerbare Energien	13.039	10.697	-2.342
Pumpwasser, Sonstige	426	199	-227
<b>Gesamt</b>	<b>38.935</b>	<b>35.786</b>	<b>-3.149</b>

Stromerzeugung (in Mrd. kWh)	31. Dezember 2022	31. Dezember 2021	Veränderung (in %)
Steinkohle	7,2	7,1	0
Braunkohle	50,0	45,9	-4
Kernenergie	11,9	22,7	11
Gas	51,7	52,4	1
Erneuerbare Energien	35,5	32,2	-3
Pumpwasser, Sonstige	0,1	0,0	0
<b>Gesamt</b>	<b>156,4</b>	<b>160,3</b>	<b>4</b>

Außenabsatz des RWE-Konzerns (in Mrd. kWh)	2022	2021	Veränderung (in %)
Gas	39,5	45,7	6,20
Strom	193,9	203,1	9,20
<b>Summe</b>	<b>233,4</b>	<b>248,8</b>	<b>15,40</b>

Quelle: <http://rwe-kennzahlentool.de/>

#### 4.2.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 beschäftigt die AG 18.310 Mitarbeiter (VJ. 18.246).

#### 4.2.10 Geschäftsentwicklung

Aufgrund der Länge des Geschäftsberichts wird auf eine Darstellung im Beteiligungsbericht verzichtet. Der Beteiligungsbericht kann unter dem Link:

[www.rwe.com/investor-relations/finanzkalender-und-veroeffentlichungen/2022-GJ/](http://www.rwe.com/investor-relations/finanzkalender-und-veroeffentlichungen/2022-GJ/)

aufgerufen werden.

#### 4.2.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer Aktiengesellschaft sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Hauptversammlung.

Vorstand: Den Vorstand der RWE AG bilden Dr. Markus Krebber, Dr. Michael Müller und Zvezdana Seeger.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus zwanzig Mitgliedern, von denen zehn von der Hauptversammlung und zehn von den Arbeitnehmern gewählt werden. Der Kreis Paderborn ist im Aufsichtsrat der RWE AG nicht vertreten. Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

lfd. Nr.	Name	
1	Dr. Werner Brandt	Bad Homburg
2	Ralf Sikorski	Hannover
3	Michael Bochinsky	Grevenbroich
4	Sandra Bossmeyer	Duisburg
5	Dr. Hans Friedrich Bünting	Mühlheim an der Ruhr
6	Matthias Dürbaum	Heimbach
7	Ute Gerbaulet	Düsseldorf
8	Prof. Dr. -Ing. Dr. -Ing. E.h. Hans -Peter Keitel	Essen
9	Mag. Dr. h. c. Monika Kircher	Krumpendorf, Österreich
10	Thomas Kufen	Essen
11	Reiner van Limbeck	Dinslaken
12	Harald Louis	Jülich
13	Dagmar Paasch	Solingen
14	Dr. Erhard Schipporeit	Hannover
15	Dirk Schuhmacher	Rommerskirchen
16	Ullrich Sierau	Dortmund
17	Hauke Stars	Königstein
18	Helle Valentin	Birkeroed, Dänemark
19	Dr. Andreas Wagner	Grevenbroich
20	Marion Weckes	Dormagen



#### **4.2.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht**

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 20 Mitgliedern 5 Frauen an (Frauenanteil: 25 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent unterschritten.

#### **4.2.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG**

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG befindet sich in Erstellung.

#### **4.2.14 Beteiligungen**

Die Aufstellung des Anteilsbesitzes ist nach § 285 Nr. 11 und 11a und § 313 Abs. 2 i.V. m. § 315 e Abs. 1 HGB Teil des Anhangs. Aufgrund der vielen Beteiligungen wird hier von der Auflistung abgesehen. Die Übersicht kann im Jahresabschluss RWE AG 2022 auf den Seiten ab 21 (Internetseite:

**[www.rwe.com/-/media/RWE/documents/05-investor-relations/finanzkalender-und-veroeffentlichungen/2022-GJ/2023-03-21-rwe-jahresabschluss-2022.pdf](http://www.rwe.com/-/media/RWE/documents/05-investor-relations/finanzkalender-und-veroeffentlichungen/2022-GJ/2023-03-21-rwe-jahresabschluss-2022.pdf)**

eingesehen werden.



## 4.3 Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG

### 4.3.1 Basisdaten

Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG

Tegelweg 25

33102 Paderborn

Tel.:05251/503-0, Fax: 05251/503-6278, Internet: westfalenweser.com

Gründungsdatum: In der Mitte des Jahres 2013 hat die E.ON Energie AG ihre Beteiligung an der E.ON Westfalen Weser AG (EWA) an Kommunen und kommunale Unternehmen im Netzgebiet der EWA veräußert. Am Ende des Veräußerungsprozesses war die EWA rekommunalisiert und die Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG (WWE) entstanden.

### 4.3.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens sind, im Rahmen der kommunalen Aufgabenerfüllung,

a) die Verwaltung der Komplementärin sowie von Beteiligungen an Unternehmen, die in den Bereichen Bezug, Transport und Verteilung von Strom, Gas, Wärme, Wasser, Abwasser, die Erzeugung von Strom und Wärme sowie allen dazugehörigen versorgungswirtschaftlichen Aufgaben unmittelbar oder mittelbar in der Region Westfalen-Weser tätig sind, insbesondere die Verwaltung von Beteiligungen

1. an der Westfalen Weser Netz GmbH, die als Verteilnetzbetreiberin die Leitungsnetze Strom, Gas und Wasser in der Region Westfalen-Weser betreibt und das Eigentum an den Leitungsnetzen Strom, Gas und Wasser in der Region Westfalen-Weser sowie an dem von der Energieservice Westfalen Weser GmbH betriebenen Kraftwerk und den von der AWP GmbH betriebenen Abwasseranlagen inne hat;

2. an der Energieservice Westfalen Weser GmbH, die in den Bereichen der Erzeugung von Strom und Erzeugung und Verteilung von Wärme auf Basis fossiler und erneuerbarer Energieträger sowie im Bereich Contracting tätig ist und zu diesem Zweck Erzeugungsanlagen betreibt;

3. an der Westfalen Weser Beteiligungen GmbH; deren Unternehmensgegenstand im Rahmen der kommunalen Aufgabenerfüllung ist der Erwerb, die Verwaltung und Veräußerung von Mehrheits-, Minderheits- oder alleinigen Beteiligungen an Unternehmen, die insbesondere in den Bereichen Bezug, Transport und Verteilung von Strom, Gas, Wärme, Wasser und Abwasser sowie Erzeugung von Strom und Wärme sowie allen dazugehörigen versorgungswirtschaftlichen Aufgaben unmittelbar oder mittelbar primär in der Region Westfalen-Weser tätig sind, sowie die Erbringung und Vermittlung von administrativen, kaufmännischen und technischen Dienstleistungen, insbesondere gegenüber Beteiligungsunternehmen;

b) die Verwaltung von Tochtergesellschaften, die auf dem Gebiet der Energieerzeugung, der Energie- und Wasserversorgung, der Abwasserwirtschaft, der Abfallentsorgung und des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in der Region Westfalen-Weser Dienstleistungen erbringen, soweit diese den Hauptzweck des jeweiligen Unternehmensgegenstandes der Tochtergesellschaften fördern sowie die im Zusammenhang mit den Unternehmensgegenständen anfallende Informationsverarbeitung. Bei der Erbringung von verbundenen Dienstleistungen durch Tochtergesellschaften auf dem Gebiet der Energieversorgung sind die Anforderungen des § 107a Abs. 2 Satz 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) zu beachten.

c) die Erbringung von Dienstleistungen in den Bereichen Unternehmenskommunikation, Kommunalmanagement, Controlling, Recht, Finanzen, IT und Personal für Konzerngesellschaften.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen im Inland beteiligen und Unternehmensverträge aller Art abschließen. Die Gesellschaft ist ferner berechtigt, Zweigniederlassungen im Inland zu errichten.

Die Gesellschaft beachtet im Rahmen ihrer unternehmensgegenständlichen Tätigkeit insbesondere kommunalrechtliche und vergaberechtliche Vorschriften. Das Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz - LGG) vom 09.11.1999 findet in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.

#### **4.3.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Insbesondere mit dem satzungsrechtlich festgelegten Unternehmensgegenstand der Dienstleistungen in den Bereichen Bezug, Transport und Verteilung von Strom, Gas, Wärme, Wasser, Abwasser, die Erzeugung von Strom und Wärme sowie allen dazugehörigen versorgungswirtschaftlichen Aufgaben leistet die Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG einen entscheidenden Beitrag zur Grundversorgung der Bevölkerung und betreibt klassische kommunalwirtschaftliche Aufgaben. Damit nimmt das Unternehmen wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge wahr.

#### **4.3.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse**

Die WWE hat 56 Kommanditisten, die ausschließlich Kreise, Städte und Gemeinden der Region sowie deren Eigengesellschaften sind. Die Kapitalanteile der Kommanditisten betragen insgesamt 72.841.505 €. Hieran ist der Kreis Paderborn mit 1.656.110,00 € beteiligt. Dies entspricht einer Quote von rund 2,27 %.

Die Komplementärin der WWE ist die persönlich haftende Gesellschafterin, die Westfalen Weser Energie Verwaltungsgesellschaft mbH, deren alleiniger Gesellschafter die WWE ist.

#### **4.3.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen**

Der Kreis Paderborn vereinnahmte im Jahr 2022 eine Ausschüttung in Höhe von 917.111,10 €. Die Ausschüttung wurde auf dem Konto 465100 „Erträge aus Gewinnanteilen aus Beteiligungen“ des Produktes 010601 „Finanzmanagement“ verbucht.

#### 4.3.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>951.703.031,38</b>	<b>951.810.345,38</b>	<b>-107</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0
II. Sachanlagen	120.232,00	197.546,00	-77
III. Finanzanlagen	951.582.799,38	951.612.799,38	-30
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>43.000.629,98</b>	<b>18.522.364,06</b>	<b>24.478</b>
I. Vorräte	44.424,34	32.609,38	12
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.853.784,03	4.539.708,11	5.314
III. Flüssige Mittel	33.102.421,61	13.950.046,57	19.152
<b>C. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung</b>	<b>65.983,35</b>	<b>76.425,33</b>	<b>-10</b>
<b>Summe Aktiva</b>	<b>994.769.644,71</b>	<b>970.409.134,77</b>	<b>24.361</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>619.515.670,00</b>	<b>611.927.670,00</b>	<b>7.588</b>
I. Kapitalanteile der Kommanditisten	72.841.505,00	72.841.505,00	0
II. Rücklagen	546.674.165,00	539.086.165,00	7.588
<b>B. Ausgleichsposten für aktivierte eigene Anteile</b>	<b>25.000,00</b>	<b>25.000,00</b>	<b>0</b>
<b>C. Investitionszuschüsse</b>	<b>10.334,00</b>	<b>16.149,00</b>	<b>-6</b>
<b>D. Rückstellungen</b>	<b>19.456.273,92</b>	<b>20.799.140,26</b>	<b>-1.343</b>
1. Rückstellungen für Pensionen	12.131.504,82	13.092.547,80	-961
2. Steuerrückstellungen	5.757.201,61	6.000.300,00	-243
3. sonstige Rückstellungen	1.567.567,49	1.706.292,46	-139
<b>E. Verbindlichkeiten</b>	<b>355.762.366,79</b>	<b>337.641.175,51</b>	<b>18.121</b>
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	117.605.000,00	155.193.000,00	-37.588
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	38.974,80	6.171,58	33
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	202.474.930,45	146.382.387,30	56.093
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	27.398.971,13	23.466.080,33	3.933
5. sonstige Verbindlichkeiten	8.244.490,41	12.593.536,30	-4.349
<b>Summe Passiva</b>	<b>994.769.644,71</b>	<b>970.409.134,77</b>	<b>24.361</b>

### 4.3.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	7.565.225,82	8.597.045,71	-1.032
2. sonstige betriebliche Erträge	663.521,51	88.138,83	575
3. Personalaufwand	2.450.501,35	4.141.838,49	-1.691
a) Löhne und Gehälter	1.958.634,01	3.406.315,00	-1.448
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	491.867,34	735.523,49	-244
4. Abschreibungen auf Sachanlagen	41.079,00	44.294,39	-3
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	3.844.615,89	5.295.626,40	-1.451
6. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	57.963.336,78	59.339.409,41	-1.376
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	933.097,38	950.891,37	-18
8. Aufwendungen aus Verlustübernahme	2.191.379,85	2.619.565,37	-428
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.424.771,62	8.328.409,70	-904
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	10.469.935,75	7.844.205,04	2.626
<b>11. Ergebnis nach Steuern / Jahresüberschuss</b>	<b>40.702.898,03</b>	<b>40.701.545,93</b>	<b>1</b>
12. Gutschrift auf Rücklagenkonten	7.588.000,00	7.588.000,00	0
13. Gutschrift auf Verbindlichkeitenkonten	33.114.898,03	33.113.545,93	1
<b>14. Ergebnis nach Verwendungsrechnung</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>

### 4.3.8 Kennzahlen

#### Finanzkennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	62	63	-1
Eigenkapitalrentabilität	7	7	0
Anlagendeckungsgrad 2	105	102	3
Verschuldungsgrad	61	59	2
Umsatzrentabilität	538	473	65

#### Individuelle Leistungskennzahlen

Regenerative Energien im Netzgebiet	2020	2021	Veränderung (in %)	2022	Veränderung (in %)
<b>Installierte Anlagen</b>					
Windenergieanlagen	617	620	0,49	639	3,06
PV-Anlagen	34.447	38.571	11,97	44.092	14,31
Biomasseanlagen	155	157	1,29	156	-0,64
Wasserkraftanlagen	63	63	0,00	66	4,76
Klär- und Deponiegasanlagen	7	7	0,00	9	28,57
<b>Gesamtleistung (in MW)</b>	<b>1.743</b>	<b>1.803,00</b>	<b>3,44</b>	<b>2.042,00</b>	<b>13,26</b>
Anteil regenerative Energien am Endverbrauch (in %)	58,20	49,70	-14,60	58,80	18,31

### 4.3.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2022 beschäftigte die GmbH & Co. KG durchschnittlich 26 Mitarbeiter.

### 4.3.10 Geschäftsentwicklung

#### I. Gesellschaftsstruktur und Geschäftsfelder

Die Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG (WWE) mit Sitz in Paderborn hat derzeit 56 Kommanditisten, die ausschließlich kommunale Gebietskörperschaften der Region sowie deren Eigengesellschaften sind.

Die persönlich haftende Gesellschafterin der WWE, die Westfalen Weser Energie Verwaltungsgesellschaft mbH (WWV), Paderborn, ist nicht am Kapital der WWE beteiligt ist. Alleinigere Gesellschafter der WWV ist wiederum die WWE.

WWE beschäftigte zum 31.12.2022 26 (Vj. 32) Mitarbeiter.

Die WWE erbringt als dienstleistende Holding für den gesamten WWE-Konzern auf Basis entsprechender Verträge Zentralfunktionen und Dienstleistungen.

Im Geschäftsjahr 2022 wurden Dienstleistungen in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Beteiligungsmanagement, Geschäftsprozess- und Risikomanagement sowie Gremien, Revision und Compliance erbracht. Die Verwaltungstätigkeiten werden in der Hauptverwaltung in Herford sowie am Unternehmenssitz in Paderborn erbracht.

Die Tochtergesellschaften Westfalen Weser Netz GmbH (WWN), Energieservice Westfalen Weser GmbH (ESW) und Westfalen Weser Beteiligungen GmbH (WWB) sind als regionale Dienstleister der kommunalen Daseinsvorsorge in Ostwestfalen-Lippe, im Weserbergland und im nördlichen Sauerland tätig.

Die WWN betreibt in Ostwestfalen-Lippe, im Weserbergland und im nördlichen Sauerland regionale Verteilnetze für Strom und Gas. Die Länge des eigenen Stromnetzes beläuft sich auf rund 29.500 Kilometer und die des Erdgasnetzes auf rund 3.300 Kilometer.

Die ESW ist ein Energiedienstleistungsunternehmen in der Region Ostwestfalen-Lippe, im Weserbergland und nördlichen Sauerland. Die Geschäftsfelder umfassen die Wärmeversorgung von Endkunden, den Betrieb von Fern- und Nahwärmenetzen, den Bau und Betrieb von Blockheizkraftwerken, Kesselanlagen, Biogasanlagen, Wind- und Wasserkraftanlagen sowie Photovoltaikanlagen und den Betrieb des Kraftwerkes Kirchlingern insbesondere zur Netzlastoptimierung sowie das Bilanzkreismanagement Strom. Neben den vorgenannten Geschäftsfeldern verfügt die ESW unter anderem noch über ein umfangreiches Contracting-Angebot in den Bereichen Kälteanlagen, unterbrechungsfreie Stromversorgungsanlagen-, Reinraum- und Druckluftanlagen. Auch zum Thema Energieeinsparung und kommunale Infrastrukturdienstleistungen steht die ESW den Kommunen, der Industrie und der Wohnungswirtschaft als Ansprechpartner zur Verfügung.

Die WWB bündelt weitgehend die Beteiligungen der WWE-Gruppe. Bei den direkten und indirekten Beteiligungen handelt es sich um Unternehmen des Energiesektors sowie des energienahen Bereichs. In den Finanzanlagen sind weitgehend Fondsanlagen ausgewiesen, die zur Drittsicherung von Pensionsverpflichtungen von Konzerngesellschaften über Treuhandmodelle gebunden sind (sog. CTA-Deckungsvermögen). Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Verwaltung und Veräußerung von Mehrheits- und Minderheitsbeteiligungen an Unternehmen sowie die Erbringung von administrativen, kaufmännischen und technischen Dienstleistungen. Die Steuerung der eigenen Beteiligungen stellt dabei die Kernaufgabe der unternehmerischen Tätigkeit dar.

## **Geschäftsverlauf**

Die Wahrnehmung der zentralen Holdingfunktionen für die Westfalen Weser Gruppe ist eine Kernaufgabe der WWE; diese beinhalten die aktive Steuerung der Tochterunternehmen, die Weiterentwicklung des Konzerns als Dienstleister mit einem wesentlichen Fokus auf kommunale Kunden und die Sondierung von profitablen Wachstumsfeldern.

Hierzu zählten u.a. die Prüfung von Investitionsalternativen und Kooperationsmodellen sowie der intensive Austausch mit den Anteilseignern sowie mit potenziellen neuen Anteilseignern.

Die wirtschaftliche Lage der WWE wurde entsprechend ihrer Holdingfunktion auch im laufenden Jahr von den Entwicklungen in den Tochtergesellschaften dominiert.

Der in den politischen Diskussionen und den zahlreichen Gesetzesinitiativen der Bundesregierung deutlich sichtbare politische Wille nach einer deutlichen Beschleunigung der Energie- und Wärmewende wird auch die Westfalen Weser Gruppe vor große Herausforderungen stellen. Die Wirksamkeit, der im Osterpaket skizzierten Maßnahmen zum beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und dem dafür notwendigen Netzausbau wird für die erfolgreiche Umsetzung die wesentliche Voraussetzung sein. Der darüber hinaus existierende stetige gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel sowie insbesondere zunehmender Ergebnisdruck, der immer intensiver werdende Wettbewerb im Konzessionsgeschäft, die demografische Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die flächendeckende Digitalisierung in allen Geschäftsbereichen erfordern neben effizientem Handeln und modernen Formen der Zusammenarbeit vor allem eine erhöhte Anpassungsfähigkeit des Unternehmens. Das gruppenweite Projekt „Strategie 2030“ liefert eine nachhaltige, und ganzheitliche unternehmerische Antwort für eine weiterhin erfolgreiche Zukunft der gesamten Westfalen Weser Gruppe.

### **a) Ertragslage**

Die Ertragslage der WWE hängt maßgeblich von der wirtschaftlichen Situation der mit einem Ergebnisabführungsvertrag angebotenen Tochtergesellschaften und somit vom Finanzergebnis ab.

Das Finanzergebnis lag im Berichtsjahr bei 49,3 Mio. € (Vorjahr 49,3 Mio. €) und war von den Ergebnisabführungen der WWN (51,6 Mio. €; Vorjahr 57,9 Mio. €), ESW (-2,2 Mio. €; Vorjahr -2,6 Mio. €) und WWB (6,4 Mio. €, Vorjahr 1,4 Mio. €) bestimmt. Die Zinsaufwendungen beliefen sich auf 7,4 Mio. € (Vorjahr 8,3 Mio. €)

Die Umsatzerlöse wurden unverändert aus erbrachten Dienstleistungen erwirtschaftet und sanken entsprechend des geleisteten Umfangs auf 7,6 Mio. € (Vorjahr 8,6 Mio. €).

Die Personalaufwendungen sanken auf 2,5 Mio. € (Vorjahr 4,1 Mio. €). Dies ist weitgehend durch die Verschiebung von Mitarbeiterkapazitäten innerhalb des Konzerns (Vorruhestand) begründet.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verringerten sich auf 3,8 Mio. € (Vorjahr 5,3 Mio. €).

Unter Berücksichtigung der steuerlichen Organschaft mit der WWN, ESW und WWB waren Ertragsteuern von 10,1 Mio. € zu erfassen. Per Saldo konnte ein Jahresüberschuss von 40,7 Mio.€ (Vorjahr 40,7 Mio.€) erzielt werden.

Zum 31.12.2022 wurden 7,6 Mio. € (Vorjahr 7,6 Mio.€) in die Rücklagen eingestellt und 33,1 Mio.€ (Vorjahr 33,1 Mio. €) den Entnahmekonten gutgeschrieben.



## **b) Vermögenslage**

Die Bilanzsumme betrug 994,8 Mio. € (Vorjahr 970,4 Mio.€) und wurde erneut maßgeblich vom Finanzanlagevermögen 951,6 Mio. € (Vorjahr 951,6 Mio. €) geprägt. Es machte rd. 96 % des Gesamtvermögens aus.

Zum Bilanzstichtag bestanden Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 33,1 Mio. € (Vorjahr 14,0 Mio. €).

Das Eigenkapital betrug nach entsprechenden Zuweisungen auf die Entnahmekonten der Kommanditisten 619,5 Mio.€ (Vorjahr 611,9 Mio. €), wodurch sich eine Eigenkapitalquote von rd. 62 % ergab.

Die Verbindlichkeiten betrugen 355,8 Mio.€ (Vorjahr 337,6 Mio. €) und resultieren maßgeblich aus langfristigen Darlehen im Rahmen des Finanzierungskonzepts der Rekommunalisierung gegenüber Banken (117,6 Mio. €; Vorjahr 155,2 Mio. €) und gegenüber der WWN (unverändert 132,8 Mio. €). Zudem bestanden Verbindlichkeiten aus dem Cash-Pooling in Höhe von 69,1 Mio.€ (Vorjahr 11,3 Mio. €) und für Gewinnansprüche der Kommanditisten (35,0 Mio.€; Vorjahr 35,1 Mio.€).

Die Rückstellungen reduzierten sich insbesondere auf Grund geringerer Rückstellungen für Pensionen um 1,3 Mio. € auf 19,5 Mio. €.

## **c) Finanzlage**

Es erfolgt ein Konzern-Cash-Pooling bei der WWE mit den Tochtergesellschaften WWN, ESW, WWV und WWB.

Die Liquidität war während des gesamten Geschäftsjahres gewährleistet. Die langfristigen Verbindlichkeiten wurden planmäßig mit 7,6 Mio.€ getilgt. Das im Vorjahr zur Deckung einer möglichen Liquiditätslücke aufgenommene kurzfristige Darlehen in Höhe von 30,0 Mio. € wurde planmäßig im Jahr 2022 zurückgeführt.

Aus der Investitionstätigkeit ergab sich ein positiver Cashflow von 112,4 Mio. € (Vorjahr 59,3 Mio. €).

## **d) Finanzielle Leistungsindikatoren**

Die Steuerung der WWE erfolgt auf der Basis der handelsrechtlichen Rechnungslegung, wobei das Ergebnis vor Ergebnisverwendung und Rücklagenveränderung der zentrale Leistungsindikator ist. Für das Geschäftsjahr 2022 betrug das Ergebnis entsprechend dem Budget und unverändert zum Vorjahr 40,7 Mio. €.

## **III. Chancen und Risikobericht**

Der WWE-Konzern hat für das Risikomanagement (RM) einen Bereich eingerichtet, der direkt an die jeweilige Geschäftsführung berichtet. Das Risikomanagement ist für die Koordination der Risikomanagementaktivitäten verantwortlich. Die Einbeziehung der einzelnen Geschäftsbereiche und relevanten Tochtergesellschaften wird über benannte Risikobeauftragte und Risikoverantwortliche sichergestellt.

Eine interne Geschäftsanweisung regelt die Organisation des Risikomanagements, die Zuständigkeiten sowie die Grundsätze zur Chancen-/Risikoerfassung und -bewertung.

Das Risikomanagementsystem ist integraler Bestandteil des gesamten Planungs-, Steuerungs- und Reportingprozesses und zielt auf die systematische Identifikation, Beurteilung, Überwachung und Dokumentation der Chancen und Risiken. Die Risikoverantwortlichen in den einzelnen Geschäftsbereichen bewerten die identifizierten Chancen sowie Risiken hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und möglichen Schadenshöhe. Weiterhin werden risikobezogen die getroffenen Maßnahmen zur Risikovermeidung, -reduzierung und -absicherung dargestellt, bewertet und dezentral in einem EDV-System dokumentiert. Über das EDV-System erfolgen die Meldungen an das Risikomanagement.

Das Risikomanagement erstellt auf Basis dieser freigegebenen Chancen und Risiken quartalsweise einen Bericht, den die Geschäftsführung erhält. Es werden dabei Risiken mit Netto-Schadenspotentialen von jeweils über 5 Mio.€ für die WWE und WWN sowie die wesentlichen Risiken der Tochtergesellschaften aufgenommen. Darüber hinaus wird die Geschäftsführung bei gegebenem Anlass jederzeit über Veränderungen der Risikosituation mit ad-hoc-Berichten informiert.

Anhand dieser Berichte werden die Risiken auch an die Aufsichtsgremien berichtet. Bei der WWE selbst wurden keine Risiken identifiziert, die über den Umfang der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hinausgehen.

Über die operativ tätigen Tochtergesellschaften WWN, ESW und WWB wirken mittelbare Chancen und Risiken auf die Gesellschaft ein.

Ein wesentlicher Risikoaspekt bei der WWN bezieht sich auf die reduzierte Kostenanerkennung Strom, der Senkung des Effizienzwertes in der 4. Regulierungsperiode Strom/Gas sowie einer Minder-Mengenabweichung 2023 im Strombereich.

Die WWN hat Zahlungsmittel in Wertpapierspezialfonds angelegt. Das weiterhin noch niedrige Marktzinsniveau und die stark zunehmende Volatilität auf den Kapitalmärkten belasten die Renditepotentiale der Anlageportfolios. Durch eine festgelegte Anlagestrategie und professionelles Fondsmanagement wird das daraus resultierende Kursschwankungsrisiko gemindert.

Die Eintrittswahrscheinlichkeiten der identifizierten Risiken wurden als „möglich“ (21 % - 50 %) eingestuft.

Die Nettoeinzelrisiken wurden mit einem Volumen zwischen 20 bis 65 Mio. € bewertet.

Die wesentlichen Chancen für das zukünftige Geschäft der WWN resultieren aus der positiven Entwicklung der regulatorischen Rahmenbedingungen.

Nach den aktuell vorliegenden Erkenntnissen bestehen für WWN unter Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeiten somit keine bestandsgefährdenden Risiken.

Die wesentlichen Risiken der ESW bestehen in einem Turbinenschaden im Kraftwerk sowie in einem Margenverlust durch eine Gasmangellage.

Die Eintrittswahrscheinlichkeiten der identifizierten Risiken wurden als „unwahrscheinlich“ (6 % - 20 %) eingestuft.

Die Nettoeinzelrisiken wurden mit einem Volumen von jeweils 2,1 Mio. € bewertet.

Nach den aktuell vorliegenden Erkenntnissen bestehen für ESW unter Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeiten somit keine bestandsgefährdenden Risiken.

Die Risiken der WWB bestehen in einem Vermögensverlust im Beteiligungsportfolio sowie in der Nicht-Realisierung der geplanten Beteiligungserträge.

Die Gesellschaft hat Zahlungsmittel in Wertpapierspezialfonds angelegt. Das anhaltend niedrige Marktzinsniveau und die stark zunehmende Volatilität auf den Kapitalmärkten belasten die Renditepotentiale der Anlageportfolios. Durch eine festgelegte Anlagestrategie und professionelles Fondsmanagement wird das daraus resultierende Kursschwankungsrisiko gemindert.

Die Eintrittswahrscheinlichkeiten der Risiken Vermögensverlust im Beteiligungsportfolio und Wertpapierspezialfonds wurden als „möglich“ (21 % - 50 %) eingestuft.

Das Risiko Nicht-Realisierung der geplanten Beteiligungserträge wurde mit der Eintrittswahrscheinlichkeit „unwahrscheinlich“ (6 % - 20 %) bewertet.

Die Nettoeinzelrisiken wurden mit einem Volumen zwischen 1,6 bis 2,4 Mio. € bewertet.

Die wesentliche Chance resultiert aus der positiven Entwicklung der Ertragslage bei den Windparkbeteiligungen.

Nach den aktuell vorliegenden Erkenntnissen bestehen für WWB unter Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeiten somit keine bestandsgefährdenden Risiken.

Durch die regelmäßige Erfassung und ordnungsgemäße Abbildung der jeweiligen Chancen und Risiken sowie durch adäquate Steuerungsmaßnahmen ist ein umfassendes Risikomanagement im WWE-Konzern gewährleistet.

Die wesentlichen Chancen für das zukünftige Geschäft der WWE resultieren aus der kommunalen Ausrichtung und der damit verbundenen strategischen Bindung von Kreisen, Städten und Gemeinden der Region an den WWE-Konzern. Diese wird auch durch die Möglichkeit der Beteiligung weiterer Kommanditisten an der WWE und der daraus resultierenden positiven Auswirkungen auf die Chancen der Gruppe unterstützt. Diese bestehen im Besonderen in der größeren Wahrnehmung und Wertschätzung als kommunaler Partner im regionalen Konzessionswettbewerb sowie in der Umsetzung von Maßnahmen in Folge der Energiewende. Zudem stärken Kapitalerhöhungen von hinzutretenden Kommanditisten der WWE das Wachstum der WWE-Gruppe.

Nach den aktuell vorliegenden Erkenntnissen bestehen somit für die WWE unter Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeiten keine bestandsgefährdenden Risiken.

#### **IV. Prognosebericht**

Im energiewirtschaftlichen Umfeld - welches maßgeblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Situation der Tochtergesellschaften der WWE hat - führen die kontinuierlichen gesetzgeberischen und auch aufsichtsrechtlichen Aktivitäten weiterhin zu großen unternehmerischen Herausforderungen. Diese Herausforderungen werden zudem verstärkt durch die Auswirkungen der sich fortsetzenden volatilen geopolitischen Veränderungen, die umfangreiche Anpassungen auch der gesamten Energiemarktbedingungen erwarten lassen. Die WWE wird die Auswirkungen dieser verschiedenen Einflussfaktoren aufmerksam beobachten und mit geeigneten Maßnahmen reagieren.

Die Folgen des Ukraine-Krieges sind weiterhin schwer abzuschätzen. Ausgehend von einer weiterhin lokalen Begrenzung des Kriegsgeschehens geht die WWE in der Prognose von folgendem Szenario aus:

Die Energiewende, der Klimaschutz, die regenerativen Energien, die sich verändernden rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der Regulierung sowie die fortlaufende Prüfung von Beteiligungen und Kooperationen im energienahen Umfeld und auf sonstigen zukunftssträchtigen Märkten der Branche werden daher weiterhin wichtige Handlungsfelder der WWE bleiben. Es wird dabei grundsätzlich für alle Geschäftsfelder ein hoher Kosten-, Wettbewerbs- und Margendruck sowie für attraktive Beteiligungsoptionen eine hohe Nachfragesituation erwartet.

Dem somit anhaltenden Effizienzdruck wird durch die konsequente Identifizierung und Umsetzung von Effizienzsteigerungsmaßnahmen sowohl in der WWE als auch in den Tochtergesellschaften begegnet werden müssen. Die durch die Digitalisierung notwendige Weiterentwicklung des IT-Umfeldes wird neben mittelfristigen Lösungen für die Folgen des demographischen Wandels ein weiterer Schwerpunkt der unternehmensinternen Aktivitäten sein. Die damit verbundene Fähigkeit, schnell und flexibel auf permanente Veränderungen zu reagieren, wird ein elementarer Baustein für den wirtschaftlichen Erfolg sein. Mittelfristig bedarf es zudem des Ausbaus bestehender und der Erschließung neuer Geschäftsmodelle, um das bisherige Ergebnisniveau zu sichern. Die notwendige Definition dieser Ziele und der daraus abgeleiteten Strategien wird Ergebnis des laufenden Projektes „Strategie 2030“ sein, welches im Jahr 2023 konzeptionell finalisiert werden wird.

Kapitalmarktbedingte Anforderungen an das Finanzmanagement der WWE-Konzerns gewinnen auf Grund der aktuellen Entwicklung des Zins- und Inflationsniveaus zunehmend an Bedeutung. Angesichts der Relevanz von Pensionsverpflichtungen und deren Deckung über Treuhandmodelle hat der erwartete weitere Anstieg des Marktzinsniveaus bzw. die weitere Entwicklung und Volatilität der globalen Kapitalmärkte auch weiterhin einen großen Einfluss auf die Ergebnissituation der WWE.

Vor dem Hintergrund der insbesondere in China noch nicht vollständig überwundenen Corona-Krise, erhöhten Inflationsraten, weiterhin zu erwartender Eingriffe der Notenbanken in die Kapitalmärkte und vor allem der aktuellen geopolitischen Risiken wird auch das Jahr 2023 durch hohe wirtschaftliche Unsicherheit gekennzeichnet sein. Einer Ergebnisbelastung auf Grund höherer Volatilitäten auf den Kapital- und Energiemärkten, weiter steigender Zinsen und geopolitischer Risiken sowie daraus resultierenden gesamtwirtschaftlich rezessiven Tendenzen wird sich auch die WWE nicht vollständig entziehen können. Auf Basis der aktuellen Prognosen der Bundesregierung zur geopolitischen und gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und keiner weiteren Eskalation des Ukraine-Krieges erwarten wir jedoch derzeit keine wesentlichen Abweichungen von dem geplanten Ergebnis vor Ergebnisverwendung und Rücklagenveränderung in Höhe von 40,7 Mio. €.

#### 4.3.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat sowie eine Kommanditistenversammlung gebildet werden.

Geschäftsführung: Die Westfalen Weser Energie Verwaltungsgesellschaft mbH, vertreten durch ihren Geschäftsführer Herr Jürgen Noch, ist zur Geschäftsführung und Vertretung berechtigt.

Gesellschafterversammlung: Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung ist Herr Landrat Rütter.

Aufsichtsrat: Im Aufsichtsrat ist Herr Landrat Rütter mit einem Gastmandat vertreten.

Mitglieder des Aufsichtsrats zum 31.12.2022:

lfd. Nr.	Name
1	Tim Kähler
2	Michael Dreier
3	Michael Berens
4	Reiner Brombach
5	Franz-Josef Henze
6	Michael Jäcke
7	Matthias Kalkreuter
8	Rüdiger Meier
9	Jürgen Müller
10	Bernd Poggemöller
11	Dr. Klaus Schröder
12	Michael Schweiß
13	Michael Stickeln
14	Jochen Strieckmann
15	Oliver Theiß

## Kommanditistenversammlung

Vertreter des Kreises in der Kommanditistenversammlung/ Gesellschafterausschuss ist Herr Landrat Rüther. Ist eine Teilnahme von Herrn Landrat Rüther an der Gesellschafter- oder Kommanditistenversammlung nicht möglich, so ist Herr Kämmerer Tiemann der 1. Verhinderungsvertreter und Herr Dezernt Hübner der 2. Verhinderungsvertreter (siehe DS.-Nr. 17.0049 vom 16.11.2020 sowie DS.-Nr. 17.0537 vom 22.08.2022).

### 4.2.13 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 15 Mitgliedern keine Frauen an (Frauenanteil: 0 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

### 4.3.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

### 4.3.14 Beteiligungen

Name und Sitz der Gesellschaft	u = unmittelbar m = mittelbar	Anteil am Kapital %	beteiligt über	Eigen- kapital T€	Ergeb- nis T€	
Westfalen Weser Netz GmbH, Paderborn	u	100,00		517.312	0	1)
Energieservice Westfalen Weser GmbH, Kirchlengern	u	100,00		21.205	0	1)
Westfalen Weser Beteiligungen GmbH, Paderborn	u	100,00		23.353	0	1)
Westfalen Weser Energie Verwaltungsgesellschaft mbH, Paderborn	u	100,00		37	1	
Wassernetz-Servicegesellschaft mbH, Paderborn	m	50,00	1	324	27	2)
GWAdriga GmbH & Co. KG, Berlin	m	21,00	1	958	-2.526	2)
GWAdriga Verwaltungs GmbH, Berlin	m	21,00	1	25	0	2)
Blomberg Netz GmbH & Co. KG, Blomberg	m	49,00	1	5.124	108	2)
Ostwestfalen Netz GmbH & Co. KG, Bad Driburg	m	74,90	1	4.128	814	2)
Westfälische Energie Effizienz GmbH, Kirchlengern	m	100,00	2	181	23	2)
Naturgas Emmerthal GmbH & Co. KG, Emmerthal	m	71,43	2	541	-71	2)
Nahwärmeversorgung Kirchlengern GmbH, Kirchlengern	m	50,00	2	337	-143	2)

Gesellschaft zur energetischen Nutzung nachwachsender Rohstoffe mbH, Brakel	m	33,33	2	169	-23	2)
Wärmeservice Paderborn GmbH, Paderborn	m	50,00	2	191	-5	2)
Mindener Wärme GmbH, Minden	m	100,00	2	9.696	0	3)
AWP GmbH, Paderborn	m	100,00	3	902	487	1)
EPOS Bioenergie Verwaltungs-GmbH, Herford	m	100,00	3	87	4	2)
Westfalen Weser Energie 3. Vermögensverwaltungs-UG (haftungsbeschränkt), Herford	m	100,00	3	15	-10	2)
AWINTO Beteiligungs GmbH & Co. KG, Düsseldorf	m	62,00	3	6.093	34	2)
AWINTO Windportfolio GmbH, Düsseldorf	m	62,00	3	34	4	2)
AWINTO Windpark Klosterkumbd GmbH & Co. KG, Hagen	m	62,00	19	6.534	353	2)
AWINTO Windpark Rayerschied GmbH & Co. KG, Wiesbaden	m	62,00	19	5	94	2)
AWINTO Windpark Schöneiseiffen GmbH & Co. KG, Hagen	m	62,00	19	1.106	47	2)
ABO Wind UW Hunsrück GmbH & Co. KG, Wiesbaden	m	38,75	21 und 22	27	4	2)
Blomberger Versorgungsbetriebe GmbH/Westfalen Weser Beteiligungen GmbH GbR, Blomberg	m	50,00	3	666	-5	2)
Bad Driburg-EEnergie-Verwaltungsgesellschaft mbH, Bad Driburg	m	49,00	3	47	1	2)
Wasser GmbH Salzhemmendorf, Salzhemmendorf	m	49,00	3	115	7	2)
Bad Driburg-Solar GmbH & Co. KG, Bad Driburg	m	48,93	3	726	106	2)
Stadtwerke Lage GmbH, Lage	m	45,00	3	9.036	1.543	2)
Stadtwerke Hessisch Oldendorf GmbH, Hessisch Oldendorf	m	20,00	3	2.266	90	2)
Stadtwerke Vlotho Stromnetz GmbH, Vlotho	m	24,90	3	3.299	187	2)
Westfalen Weser Ladeservice GmbH, Paderborn	m	100,00	3	1.000	0	3)

1) Ergebnisabführungsvertrag

2) Zahlen 31.12.2021

3) Gründung in 2022, Jahresabschluss liegt noch nicht vor

## 4.4 Theater Paderborn - Westfälische Kammerspiele GmbH

### 4.4.1 Basisdaten

Theater Paderborn - Westfälische Kammerspiele GmbH

Neuer Platz 6

33098 Paderborn

Tel.:05251/2881-102, Fax: 05251/2881-116, Internet: www.theater-paderborn.de

Gründungsdatum: 12. März 1991

### 4.4.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der GmbH ist der Betrieb des Theaters. Das Geschäftsjahr ist das Spieljahr, d. h. die Zeit vom 1. August bis zum 31. Juli des folgenden Jahres.

### 4.4.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand der Gesellschaft. Der Betrieb von kulturellen und pädagogischen Einrichtungen wie z.B. eines Theaters gehört zum Gebiet der öffentlichen Daseinsfürsorge im engeren Sinne. Die Gesellschaft verfolgt damit ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige kulturelle Zwecke.

### 4.4.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 26.050,00 € und verteilt sich auf die Gesellschafter wie folgt:

Gesellschafter	Anteil in €/%
<b>Kreis Paderborn</b>	<b>11.450,00 € (43,95 %)</b>
Stadt Paderborn	11.450,00 € (43,95 %)
Theaterfreunde Paderborn e. V.	3.150,00 € (12,10 %)

### 4.4.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gesellschafter Stadt Paderborn und Kreis Paderborn haben am 1. April 1992 eine Vereinbarung getroffen, in der sie sich im Innenverhältnis verpflichten, die zur Weiterführung der Geschäftstätigkeit notwendigen finanziellen Mittel mit der Maßgabe zur Verfügung zu stellen, dass nach Abzug der Einnahmen und Spenden sowie Landeszuschüsse für ein jedes Rechnungsjahr der GmbH der zu erwartende Verlust durch einen Zuschuss von Kreis und Stadt Paderborn abgedeckt wird, und zwar im Verhältnis 1/3 Kreis und 2/3 Stadt Paderborn. Die Zuschusszahlungen sind in das Rücklagekapital einzustellen.

Die Vereinbarung wurde in den Jahren 1996, 2000, 2006 und 2019 jeweils verlängert. Die Vereinbarung wurde zuletzt am 04. Januar 2019 mit Wirkung vom 1. August 2019 bis 31. Juli 2024 verlängert (siehe DS.-Nr. 16.1069). Der Kreis Paderborn hat 2022 von seinem Kündigungsrecht nicht Gebrauch gemacht, sodass die Vereinbarung sich um weitere 5 Jahre (31. Juli 2029) verlängert hat. Die Verlängerung von dem Jahr 2014 sieht unter anderem vor, dass die Vereinbarung nur für Wirtschaftspläne gilt, denen der Kreis Paderborn in den Aufsichtsgremien der Gesellschaft zugestimmt hat.

Die Zahlungen des Kreises im Haushaltsjahr 2022 von insgesamt 1.370.059,14 € erfolgten aus dem Produkt 040201 „Allgemeine Kulturpflege“ und dort von dem Konto 531512 „Zuschüsse Theater Paderborn“.

#### 4.4.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

	Bilanz (in €)	2021 / 2022	2020 / 2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
<b>Aktiva</b>				
<b>A. Anlagevermögen</b>		<b>264.501,00</b>	<b>271.392,00</b>	<b>-7</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte		5.816,00	3.742,00	2
II. Sachanlagen				
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		258.525,00	267.490,00	-9
III. Finanzanlagen				
Genossenschaftsanteile		160,00	160,00	0
<b>B. Umlaufvermögen</b>		<b>2.187.101,48</b>	<b>1.507.697,48</b>	<b>679</b>
I. Vorräte				
Waren		1.151,48	1.582,16	-0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		387.546,13	430.427,08	-43
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		127,50	0,00	0
2. sonstige Vermögensstände		387.418,63	430.427,08	-43
III. Kassenbestand				
Guthaben bei Kreditinstituten		1.798.403,87	1.075.688,24	723
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		<b>63.902,07</b>	<b>64.811,45</b>	<b>-1</b>
<b>D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag</b>		<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>
<b>Summe Aktiva</b>		<b>2.515.504,55</b>	<b>1.843.900,93</b>	<b>672</b>
<b>Passiva</b>				
<b>A. Eigenkapital</b>		<b>1.358.207,14</b>	<b>928.137,85</b>	<b>430</b>
I. Gezeichnetes Kapital		26.050,00	26.050,00	0
II. Kapitalrücklage		1.332.157,14	903.062,06	429
III. Bilanzverlust		0,00	974,21	-1
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		0,00	0,00	0
<b>B. Rückstellungen</b>		<b>172.850,00</b>	<b>378.650,00</b>	<b>-206</b>
sonstige Rückstellungen		172.850,00	378.650,00	-206
<b>C. Verbindlichkeiten</b>		<b>667.423,82</b>	<b>317.689,85</b>	<b>350</b>
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		176.532,46	141.824,99	35
2. sonstige Verbindlichkeiten		490.891,36	175.864,86	315
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		<b>317.023,59</b>	<b>219.423,23</b>	<b>98</b>
<b>Summe Passiva</b>		<b>2.515.504,55</b>	<b>1.843.900,93</b>	<b>672</b>



#### 4.4.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2021 / 2022	2020 / 2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	323.079,18	99.900,23	223
2. sonstige betriebliche Erträge	896.461,45	815.578,33	81
3. Materialaufwand Aufführungskosten	271.957,17	126.905,48	145
4. Personalaufwand	3.177.381,79	2.888.763,13	289
a) Löhne und Gehälter	2.510.902,25	2.289.278,36	222
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	666.479,54	599.484,77	67
5. Abschreibungen	83.086,61	72.778,99	10
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	83.086,61	72.778,99	10
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.995.592,01	1.610.507,23	385
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3,54	7,33	-0
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	222,61	0,00	0
<b>9. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>-4.308.696,02</b>	<b>-3.783.468,94</b>	<b>-525</b>
<b>10. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</b>	<b>-4.308.696,02</b>	<b>-3.783.468,94</b>	<b>-525</b>
11. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	0,00	974,21	-1
12. Entnahme aus der Kapitalrücklage	4.308.696,02	3.783.468,94	525
<b>13. Bilanzverlust</b>	<b>0,00</b>	<b>-974,21</b>	<b>1</b>

#### 4.4.8 Kennzahlen

##### Finanzkennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	54	50	7
Eigenkapitalrentabilität	-317	-408	-22
Anlagendeckungsgrad 2	831	599	39
Verschuldungsgrad	62	75	-18
Umsatzrentabilität	-1334	-3787	-65

##### Individuelle Leistungskennzahlen

Spieljahr	Vorstellungen davon			Besucher davon		
	insgesamt	im Theatergebäude Paderborn	auswärts	insgesamt	im Theatergebäude Paderborn	auswärts
2011/2012	340	325	15	66.387	62.798	3.589
2012/2013	379	362	17	67.307	63.880	3.427
2013/2014	358	350	8	63.259	62.843	416
2014/2015	381	370	11	65.714	63.414	2.300
2015/2016	400	378	22	69.202	65.739	3.463
2016/2017	378	357	21	64.716	59.413	5.303
2017/2018	392	372	20	61.147	56.578	4.569
2018/2019	351	336	15	56.987	53.003	3.984
2019/2020	235 <sup>*1</sup>	235	0 <sup>*2</sup>	36.839	36.839	0
2020/2021	110 <sup>*3</sup>	96	14	3596 <sup>*4</sup>	2.569	1.027
2021/2022	229 <sup>*5</sup>	176	539 <sup>*6</sup>	17.100	13.406	3.694

<sup>\*1</sup> Pandemiebedingte Einstellung des Vorstellungsbetriebs ab dem 14.3.2021

<sup>\*2</sup> Pandemiebedingt fanden keine Vorstellungen im Freilicht statt

<sup>\*3</sup> erneute pandemiebedingte Einstellung des Vorstellungsbetriebes (Lockdown): 6.11.2020 bis 07.05.2021

<sup>\*4</sup> Über den Lockdown hinaus weitgehende Beschränkung der Platzkapazitäten

<sup>\*5</sup> Schrittweise Rückkehr zum Normalbetrieb, allerdings noch kein reguläres Abonnement und Vorstellungen im Abendspielplan ausschließlich im Großen Haus

\*6 Vorstellungen der neugebildeten Kinder- und Jugendtheatersparte findet vermehrt in mobilen Spielbetrieben statt, daher großer Anstieg

#### 4.4.9 Personalbestand

Im Berichtsjahr beschäftigte die GmbH durchschnittlich 74 Mitarbeiter (Vj. 74).

#### 4.4.10 Geschäftsentwicklung

##### Geschäftsentwicklung

##### Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben

Die Einnahmen der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2021/2022 setzen sich wie folgt zusammen:

Einnahmen	T€	323,1
Zuschüsse (ohne Gesellschaftereinlage) - netto	T€	693,3
Übrige	T€	203,2

Von den Einnahmen entfallen T€ 265,1 auf Eintrittsgelder aus dem freien Verkauf. Die weiteren Einnahmen entfallen mit T€ 1,6 auf Thekeneinnahmen, mit T€ 14,7 auf Vermietung und mit T€ 41,7 auf sonstige Einnahmen.

Die Umsatzerlöse haben sich im Berichtszeitraum im Vergleich zum Vorjahr um T€ 223,2 erhöht. Die Veränderungen betragen bei den einzelnen Positionen (jeweils in T€:

(Rückgang = "-")

Freier Verkauf	189,8	
Abonnement	-5,6	
Spenden/Sponsoren/zweckgebundene Drittmittel	-1,6	
Thekeneinnahmen	0,4	
Vermietung	8,0	
sonstige Einnahmen	32,2	

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Wirtschaftsplans für die Spielzeit 2021/2022 ging man von einem Pandemiebedingt eingeschränkten Spiel- bzw. Vorstellungsbetrieb aus. Im Unterschied zur vorangegangenen Spielzeit 2020/2021 konnte jedoch nicht mehr sicher angenommen werden, dass die formalen Voraussetzungen zur Einführung von Kurzarbeit als weitreichender Kompensationsmechanismus gegeben sein würden. So entschloss man sich bereits in der Planung abzubilden, wie prognostizierte Mindereinnahmen durch Minderausgaben – insbesondere im Bereich der Personalkosten, Aufführungskosten und auf führungsbezogenen Fremdleistungen – ausgeglichen werden sollten, um den in der mittelfristigen Planung angesetzten Fehlbetrag nicht zu überschreiten.

Die Gesamtbesucherzahlen beliefen sich in der Spielzeit 2021/2022 auf 15.525.

Im Abendspielplan konnten wie vorgesehen 7 Produktionen im Großen Haus sowie eine Produktion im Freilicht realisiert werden. Im Kinder- und Jugendtheater wurden 5 Produktionen erfolgreich aufgeführt.

Die Zuschüsse und Zahlungen der Gesellschafter für das Geschäftsjahr 2021/2022 betragen T€ 4.737,8. Die Einzahlung in die Kapitalrücklage für das Geschäftsjahr 2021/2022 erhöht sich für die Stadt Paderborn im Vergleich zum Vorjahr um T€ 34,1 auf T€ 3.405,0 (Vorjahr: T€ 3.370,9). In dieser Einzahlung sind T€ 739,5 für die Nutzungsgebühr (Miete) des Theaters enthalten. Die Einzahlung in die Kapitalrücklage des Kreises Paderborn für den gleichen Zeitraum erhöht sich um T€ 17,1 auf T€ 1.332,8 (Vorjahr: T€ 1.315,7).

Der Zuschuss des Landes Nordrhein-Westfalen beträgt zeitanteilig für das Geschäftsjahr 2021/2022 ins gesamt T€ 693,3 (Vorjahr: T€ 728,5). Die Bezirksregierung Düsseldorf bewilligte dem Theater im November 2020 Mittel in Höhe von insgesamt T€ 1.081,9 im Rahmen des Förderprogramms Neue Wege (Land NRW) für den Zeitraum vom 05.11.2020 bis 31.12.2023. Diese Förderung erhält das Theater für die Bildung einer vollständigen Kinder- und Jugendtheatersparte. Auf das Wirtschaftsjahr 2021/2022 entfallen aus diesen Mitteln T€ 273,6.

Weitere T€ 100,0 gewährt das Land NRW mittels Betriebskostenzuschuss zu den Personalkosten als Festbetragsfinanzierung der bereits vor Spartengründung des "jott" durch geführten Kinder- und Jugendtheaterarbeit. Für den Zeitraum 01.06.2019 bis 31.05.2022 hat die Bezirksregierung Detmold einen Zuschuss für das Projekt Theater Lytics mit Bescheid vom 21.05.2019 in Höhe von insgesamt T€ 105,8 gewährt. Im Wirtschaftsjahr 2021/2022 ist der vorbezeichnete Zuschuss mit T€ 35,4 enthalten. Der Zuschuss ist in Form der Anteilsfinanzierung in Höhe von 80 % der zuwendungsfähigen Ausgaben bewilligt worden.

Die Aufwendungen der Gesellschaft haben sich insgesamt um T€ 829,3 erhöht.

### Entwicklung des Zuschuss- und Einzahlungsbedarfs

Im Rahmen der Planung für das Geschäftsjahr 2021/2022 wurde ein Zuschuss- und Einzahlungsbedarf in Höhe von T€ 5.361,5 (Vorjahr: T€ 4.686,5) ermittelt. Die Zuschüsse und Einzahlungen der Gesellschafter setzen sich wie folgt zusammen: T€ 2.665,5 für den Betrieb und T€ 739,5 für Gebäudeunterhalt durch die Stadt Paderborn; T€ 1.332,8 entfallen auf den Kreis Paderborn und T€ 623,7 auf das Land NRW.

### Wirtschaftsplan

Nachfolgend sind die Zahlen des Wirtschaftsplanes 2021/2022 den Ist-Zahlen des Geschäftsjahres gegenübergestellt. Gleichzeitig wird der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2022/2023, der durch Beschluss in der Aufsichtsratssitzung vom 24. März 2022 einstimmig genehmigt wurde, dargestellt:

	Plan 2022/2023	Plan 2021/2022	Ist 2021/2022
<u>Einnahmen</u>	T€	T€	T€
Erlöse aus Kartenverkauf	432,0	203,0	265,1
„Neue Wege“	6,0	6,0	0,0

Abonnement/Gruppen	400,0	0,0	0,0
sonstige Einnahmen			
(u.a. zweckgebundene Drittmittel)	174,2	100,0	261,2
Stiftungsmittel	0,0	0,0	0,0
Zuschüsse Land NRW	684,6	623,7	693,3
<hr/>			
Gesamteinnahmen	1:696,8	932,7	1.219,6
<hr/>			
<u>Ausgaben</u>			
Personalkosten	4.352,5	3.604,0	3.177,4
Aufführungskosten (Materialaufwand)	394,9	264,3	272,0
Raumkosten	1.385,6	1.247,7	1.187,0
Reparaturen	67,2	65,7	102,7
Versicherungen und Beiträge	24,9	26,1	28,5
Fahrzeugkosten	21,2	23,0	7,4
Werbe- und Reisekosten	165,7	163,1	130,9
Abschreibungen	62,5	62,5	83,1
sonstige Ausgaben	228,7	214,1	539,3
<hr/>			
Gesamtausgaben	6.703,2	5.670,5	5.528,3
<hr/>			
Ergebnis	-5.006,4	-4.737,8	-4.308,7
<hr/>			
Zuzahlungen Gesellschafter:			
-Stadt Paderborn	2.844,6	2.665,5	2.665,5

-Kreis Paderborn	1.422,3	1.332,8	1.332,8
-Stadt Paderborn(GMP)	739,5	739,5	739,5
Gesamtzahlungen Gesellschafter	5.006,4	4.737,8	4.737,8
Abweichung	0,0	0,0	429,1

Die zwischen den Gesellschaftern Stadt und Kreis Paderborn geschlossene „Vereinbarung über die Finanzierung der Westfälischen Kammerspiele GmbH“ und die Verlängerung dieser Verlustübernahmeerklärung läuft bis zum 31.07.2024 (Ende des Geschäftsjahres 2023/2024). Sie verlängert sich jeweils um weitere 5 Jahre, sofern sie nicht seitens des Kreises oder der Stadt Paderborn mit einer Frist von 2 Jahren zum jeweiligen Ablauf der Vertragslaufzeit schriftlich gekündigt wird.

### Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung

Mit Beginn der Spielzeit 2022/2023 gelang die Rückkehr zu einem vollumfänglichen Spielbetrieb auf Vor-Pandemie-Niveau. Dies war mit entsprechender personeller und finanzieller Ausstattung realisierbar, die im Wirtschaftsplan 2022/2023 abgebildet war.

Das Risiko erneuter Pandemie-bedingter Einschränkungen lässt sich inzwischen fast vollständig ausschließen.

Schwer vorhersehbar sind nun die Mehrkosten aufgrund erheblich gestiegener Energiekosten in Folge des Krieges in der Ukraine. Es sind jedoch bereits Hilfsprogramme des Bundes zur teilweisen Kompensation der Mehrkosten aufgelegt. Des Weiteren ist das Theater Paderborn in der Lage, auf die Kapitalrücklage zurückzugreifen.

#### 4.4.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

##### Geschäftsführung

Geschäftsführerin ist Intendantin Katharina Kreuzhage.

##### Gesellschafterversammlung

Vertreterin des Kreises in der Gesellschafterversammlung ist als Leiterin der Stabstelle Recht und Grundsatzangelegenheiten Frau Hering.

##### Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

lfd. Nr.	Name
1	Michael Dreier
2	Ingo Tiemann
3	Carsten Venherm
4	Claudia Steenkolk
5	Alexander Senn
6	Wofgang Glunz

7	Sabine Kramm
8	Carsten Grabenstroer
9	Andrea Klausing
10	Susanne Schüssler
11	Rita Vahle-Kuhlmann
12	Rainer Rings

#### 4.4.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern 5 Frauen an (Frauenanteil: 42 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent erreicht.

#### 4.4.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.

## 4.5 Kurverwaltung Bad Wünnenberg GmbH

### 4.5.1 Basisdaten

Kurverwaltung Wünnenberg GmbH

Poststraße 15

33181 Bad Wünnenberg - Fürstenberg

Tel.:02953/709-0, Fax: 02953/709-78, Internet: -

Gründungsdatum: 12. März 1991

### 4.5.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der GmbH ist das Betreiben von Kuranlagen in Bad Wünnenberg und aller damit im Zusammenhang stehenden Aufgaben. Insbesondere sollen alle Maßnahmen ergriffen werden, die Bad Wünnenberg zu einem anerkannten Fremdenverkehrs- und Kurort fortentwickeln.

Die Gesellschaft ist berechtigt, andere Unternehmen gewerblicher und / oder gemeinnütziger, gleicher oder anderer Art zu errichten, zu erwerben oder sich an solchen Unternehmen zu beteiligen.

Die Gesellschaft soll sich insbesondere an der Aatalklinik Wünnenberg GmbH zum Betreiben einer Rehabilitationsklinik in Bad Wünnenberg beteiligen.

### 4.5.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gegenstand des Unternehmens. Das „örtliche Gesundheitswesen“ bzw. die Errichtung und Unterhaltung von „Einrichtungen der Gesundheit“ gehört zu den Aufgaben kommunaler Körperschaften, insofern hier Bedarf besteht. Der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks spiegelt sich im Geschäftsverlauf wieder.

### 4.5.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 51.200,00 € und verteilt sich auf die Gesellschafter wie folgt:

Gesellschafter	Anteil in €/%
<b>Kreis Paderborn</b>	<b>8.192,00 € (16,00 %)</b>
Stadt Bad Wünnenberg	43.008,00 € (84,00 %)

### 4.5.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2022 waren keine finanziellen Auswirkungen zu verzeichnen.

## 4.5.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>14.427.191,77</b>	<b>14.972.402,77</b>	<b>-545</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0
II. Sachanlagen	14.411.558,53	14.956.769,53	-545
III. Finanzanlagen	15.633,24	15.633,24	0
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>1.312.719,03</b>	<b>798.171,54</b>	<b>515</b>
I. Vorräte	0,00	0,00	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	26.189,32	43.099,50	-17
III. Flüssige Mittel	1.286.529,71	755.072,04	531
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten.</b>	<b>902,76</b>	<b>902,76</b>	<b>0</b>
<b>Summe Aktiva</b>	<b>15.740.813,56</b>	<b>15.771.477,07</b>	<b>-31</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>8.478.496,67</b>	<b>7.917.223,75</b>	<b>561</b>
I. Gezeichnetes Kapital	51.200,00	51.200,00	0
II. Kapitalrücklage	3.940.028,68	3.940.028,68	0
III. Andere Gewinnrücklagen	300.000,00	0,00	300
IV. Bilanzgewinn	4.187.267,99	3.925.995,07	261
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>46.700,00</b>	<b>43.700,00</b>	<b>3</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>6.014.529,22</b>	<b>6.701.652,65</b>	<b>-687</b>
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>104.166,67</b>	<b>104.166,67</b>	<b>0</b>
<b>E. Passive latente Steuern</b>	<b>1.096.921,00</b>	<b>1.004.734,00</b>	<b>92</b>
<b>Summe Passiva</b>	<b>15.740.813,56</b>	<b>15.771.477,07</b>	<b>-31</b>

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Nach § 5 des am 7. November 1997 mit der Patienten-Heimversorgung gemeinnützige Stiftung, Bad Homburg (PHV), geschlossenen Gestattungsvertrages hat sich die Gesellschaft verpflichtet, die von der PHV errichteten Gebäude bei Vertragsbeendigung zu übernehmen und an die Pächterin eine Entschädigung für das Gebäude in Höhe des Brandversicherungswertes zu leisten.

Aus heutiger Sicht ist nicht festzustellen, ob der Brandversicherungswert den Zeitwert des Gebäudes wesentlich übersteigt. Zum Zeitpunkt der Jahresabschlusserstellung haben sich keine Anhaltspunkte für die Inanspruchnahme aus diesem Vertrag ergeben.



#### 4.5.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	1.294.606,42	1.508.008,90	-213
2. Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	0,00	0
4. sonstige betriebliche Erträge	58.647,00	189.507,00	-131
5. Materialaufwand	0,00	0,00	0
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	0,00	0,00	0
6. Personalaufwand	40.836,00	40.354,80	0
a) Löhne und Gehälter	36.000,00	36.000,00	0
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	4.836,00	4.354,80	0
7. Abschreibungen	545.211,00	545.211,00	0
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	186.530,41	117.297,54	69
9. Erträge aus Beteiligungen	150.000,00	0,00	150
10. Erträge a. Wertpapieren und Ausleihungen Finanzanlagen	0,00	0,00	0
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0
12. Abschreibungen	0,00	0,00	0
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	63.842,91	290.941,95	-227
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	105.560,18	111.352,00	-6
15. Sonstige Steuern	0,00	0,00	0
<b>16. Ergebnis nach Steuern/ Jahresüberschuss</b>	<b>561.272,92</b>	<b>592.358,61</b>	<b>-31</b>

#### 4.5.8 Kennzahlen

##### Finanzkennzahlen

	Berichtsjahr in %	Vorjahr in %	Veränderung Berichts- zu Vorjahr %
Eigenkapitalquote	54	50	4
Eigenkapitalrentabilität	7	7	0
Anlagendeckungsgrad 2	101	98	3
Verschuldungsgrad	71	87	-15
Umsatzrentabilität	43	39	4

#### 4.5.9 Personalbestand

Neben der Geschäftsführung beschäftigte die GmbH im Jahr 2022 kein weiteres Personal.

#### 4.5.10 Geschäftsentwicklung

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland war im Jahr 2022 geprägt von den Ausläufern der Corona Pandemie und den Auswirkungen des Ukraine- Krieges. Trotz Inflation, Ukraine-Krieg und anhaltender Lieferprobleme und extremer Energiepreiserhöhungen ist die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr gewachsen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg nach den ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) um 1,9 Prozent (kalenderbereinigt um 2,0 %).

Wachstumsstütze war der private Konsum, der im Vergleich zu dem Jahr 2021 preisbereinigt um 4,6 % zulegte und damit fast das Vorkrisenniveau von 2019 erreichte. Zu dieser Entwicklung trugen vorwiegend der robuste Arbeitsmarkt, die Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung sowie die Aufhebung fast aller Corona

Schutzmaßnahmen bei. Auch die Ausfuhr nahm trotz steigender Preise zu. Es wurden preisbereinigt mehr Waren und Dienstleistungen exportiert als im Jahr 2021. Dagegen nahmen die Importe mit preisbereinigt 6,7 % deutlich stärker zu, so dass der Außenhandel insgesamt das BIP- Wachstum etwas bremste.

Die Verbraucherpreise sind in Deutschland im Jahr 2022 deutlich gestiegen. Die Inflationsrate – gemessen als Veränderung des Verbraucherpreisindex des Vorjahres – lag im Jahresdurchschnitt bei ca. 8,6 %.

Die wirtschaftliche Lage der Kurverwaltung Bad Wünnenberg GmbH (Kurverwaltung) ist maßgeblich von der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Aatakllinik Wünnenberg GmbH (Aatakllinik) abhängig, da der überwiegende Teil des Grundbesitzes mit Vertrag vom 03. August 2020 über eine Dauer von 20 Jahren an die Aatakllinik Wünnenberg verpachtet wird. Darüber hinaus sind beide Gesellschaften gesellschaftsrechtlich miteinander verflochten. Der von der Aatakllinik an die Kurverwaltung zu entrichtende Pachtzins beträgt ab dem 1. Juli 2021 T€ 1.250 p.a., also monatlich ca. T€ 104. Über die Umlage, welche die Aatakllinik an die Kurverwaltung entrichtet, werden die laufenden öffentlichen Lasten der verpachteten Grundstücke, namentlich die Grundsteuer, an die Aatakllinik weiterberechnet. Der Geschäftsverlauf des Jahres 2022 entspricht im Wesentlichen dem im Vorjahr aufgestellten Wirtschafts- und Finanzplan. Bei einer Gesamtleistung von T€ 1.353 hat die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von T€ 561 (Vorjahr T€ 593) und einen Cash-Flow von T€ 1.201 (Vorjahr T€ 1.249) erzielt. Der Ergebnisrückgang von T€ 32 gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus der um T€ 344 gesunkenen Gesamtleistung und den um T€ 69 erhöhten sonstigen betrieblichen Aufwendungen, die durch die um T€ 150 erhöhten Erträgen aus Beteiligungen, die um T€ 227 verminderten Zins- sowie die um T€ 5 rückläufigen Ertragssteueraufwendungen nicht vollständig kompensiert werden konnten. Die Gesellschaft weist in der Bilanz zum 31. Dezember 2022 mit T€ 8.478 (53,8 % der Bilanzsumme) ein positives Eigenkapital aus, das sich bei weiterer planmäßiger Entwicklung des Geschäftsverlaufes in den nächsten fünf Jahren jährlich um durchschnittlich ca. T€ 367 erhöht.

Mittelfristig kann daher weiterhin von einer sehr soliden Eigenkapitalausstattung der Kurverwaltung ausgegangen werden.

Die Finanzlage der Gesellschaft ist durch Vorhaltung einer ausreichenden Barliquidität gesichert. Mit zwei Darlehensverträgen jeweils vom 28. Oktober 2020 über insgesamt € 6,9 Mio. wurde mit der VerbundVolksbank OWL eG eine Anschlussfinanzierung für die am 30. September 2021 auslaufenden Konsortialdarlehen mit der VerbundVolksbank OWL eG und der NRW.Bank Anstalt des öffentlichen Rechts vereinbart. Die Kreditmittel werden ab dem 30. September 2021 allein durch die VerbundVolksbank OWL eG bereitgestellt. Die Darlehen über € 4,4 Mio. und € 2,5 Mio. haben eine vertragliche Laufzeit bis zum 30. September 2031 und werden über die Gesamtlaufzeit mit einem Festzinssatz von nominal 1,00 % p.a. verzinst. Die Darlehen valutieren zum 31. Dezember 2022 mit insgesamt € 6,0 Mio.

Neben einer erstrangigen grundbuchlichen Absicherung, lastend auf dem Grundbesitz der Gesellschaft, wurde der kreditgebenden Bank zur Besicherung des Darlehens die Miet- und Pachtpreiszinsforderung aus dem Pachtverhältnis abgetreten und eine Ausfallbürgschaft der Stadt Bad Wünnenberg in Höhe von 80 % des jeweils zur Rückzahlung fälligen Darlehensbetrages zuzüglich anteiliger Zinsen und Nebenforderungen zur Verfügung gestellt. Mit dieser Anschlussfinanzierung wurde ein wesentlicher Beitrag zur Festigung der Kapitaldienstfähigkeit der Gesellschaft geleistet.

## **Chancen und Risiken**

Der Geschäftsverlauf der Kurverwaltung Bad Wünnenberg GmbH ist von den kontinuierlichen Einnahmezufüssen aus der Verpachtung der Klinik und damit indirekt von der Belegungsquote der Aataalklinik und der zumindest kostendeckenden Vergütung der gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen sowie der Beihilfe für die Patientenversorgung abhängig.

Bei einer gegenüber dem Vorjahr verbesserten Belegung von 83,2 % (Vorjahr 78,9 %) und demzufolge ansteigenden Umsatzerlösen (+ T€ 1.034) erwirtschaftete die Aataalklinik bei leicht rückläufigen Personalkosten einen gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöhten Jahresüberschuss von T€ 690 (Vorjahr T€ 557). Ursächlich für die Ergebnisverbesserung waren der um T€ 584 verbesserte Rohertrag und die auf T€ 213 gegenüber dem Vorjahr rückläufige Pachtaufwendungen.

Gegenläufig haben sich die sonstigen betrieblichen Erträge (- T€ 671) entwickelt, dessen Rückgang im Wesentlichen auf die gegenüber dem Vorjahr verminderten Ausgleichszahlungen für die Mindereinnahmen aus coronabedingten Belegungsausfällen und für Mehrausgaben für notwendige Coronaschutzmaßnahmen begründet war. Die Vergütung der Leistungen der Aataalklinik durch die Kostenträger hat sich gegenüber dem Vorjahr auf nahezu gleichbleibendem Niveau stabilisiert. Insgesamt zeichnet sich auch für das Jahr 2022 eine zurzeit ausreichende, aber restriktive Haltung der Kostenträger bei der Berücksichtigung der tatsächlichen Kostensteigerungen der Aataalklinik ab.

Inwieweit sich hier zukünftig die Auswirkungen der Corona-Pandemie und des aktuellen Ukraine- Krieges niederschlagen werden, ist aus heutiger Sicht nicht einschätzbar. Nach den bisherigen Einschätzungen der Geschäftsleitung der Aataalklinik wird aber eine signifikante Erhöhung der Betriebskosten, insbesondere bei den Strom- und Gaskosten, aufgrund der für den Prognosezeitraum bestehenden Verträge nicht erwartet. Bisher wurden die Pachtzahlungen durch die Aataalklinik stets fristgerecht geleistet.

Aus den vorgenannten Gründen und insbesondere vor dem Hintergrund der Kapitalausstattung der Aataalklinik ist davon auszugehen, dass eine Bestandsgefährdung der Kurverwaltung nicht vorliegt. Es wird zunächst weiterhin von einer Nachhaltigkeit der von der Aataalklinik an die Kurverwaltung zu entrichtenden Pachtzahlungen ausgegangen.

## **Prognose/Ausblick**

Für das Geschäftsjahr 2023 und 2024 werden die Umsätze aus Pächterlösen mit T€ 1.250 auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2022 geplant. Infolgedessen werden für die Geschäftsjahre 2023 und 2024 – im Wesentlichen bedingt durch erhöhte Instandhaltungsmaßnahmen an dem verpachteten Klinikgebäude – ein gegenüber dem Jahr 2022 verminderter Jahresüberschuss von jeweils ca. T€ 360 erwartet. Der Cash-Flow der Gesellschaft wird sich dementsprechend für beide Prognosejahre auf ca. T€ 970 reduzieren. Die vorstehende Prognose steht unter dem Vorbehalt, dass die Aataalklinik Wünnenberg GmbH weiterhin nicht übermäßig von den Auswirkungen der Corona-Krise und der Ukraine- Krieges betroffen sein wird und ihre Zahlungsverpflichtungen aus dem Pachtvertrag wie in der Vergangenheit fristgerecht einhalten kann.

### **4.5.11 Organe und deren Zusammensetzung**

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

#### Geschäftsführung:

Geschäftsführer der Gesellschaft sind Herr Bürgermeister a.D. Winfried Menne, Helmern und seit dem 01.10.2022 Herr Bürgermeister Christian Carl, Bad Wünnenberg.

#### Gesellschafterversammlung

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung sind Herr Kreistagsabgeordnete Hubert Nolte sowie Herr Landrat Rüther.

Aufsichtsrat: Ein Aufsichtsrat wurde nicht eingerichtet.

### 4.5.12 Beteiligungen

An folgenden Unternehmen bestehen Beteiligungen:

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %
Aatalklinik Wünnenberg GmbH, Bad Wünnenberg	30,00

Die Aatalklinik teilt mit, dass der Jahresabschluss und der Prüfbericht nur für interne Zwecke vom Wirtschaftsprüfer freigegeben ist und nicht an Dritte weitergegeben bzw. veröffentlicht werden darf.

Herr Landrat Rüther wurde in der Gesellschafterversammlung der Kurverwaltung Bad Wünnenberg GmbH am 25.01.2021 als Mitglied für die Gesellschafterversammlung der Aatalklinik Wünnenberg GmbH gewählt

## **4.6 A.V.E. Paderborner Abfallverwertung und Energie GmbH**

### **4.6.1 Basisdaten**

A.V.E. Paderborner Abfallverwertung und Energie GmbH (AV.E- GmbH)

Alte Schanze

33106 Paderborn

Tel.:05251/1812-0, Fax: 05251/1812-13, Internet: -

Gründungsdatum: 25. November 1991

### **4.6.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft**

Die Gesellschaft nimmt alle dem Kreis Paderborn aufgrund des Abfallgesetzes für das Land NRW sowie des Gesetzes zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen und des Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz obliegenden Aufgaben, insbesondere die Abfallverwertung wahr, soweit sich der Kreis Paderborn im Rahmen des rechtlich Zulässigen zur Erfüllung dieser Aufgaben der Gesellschaft bedient. Die Gesellschaft kann andere Entsorgungs- und Verwertungsleistungen erbringen, z. B. im Rahmen des Dualen Systems.

Ebenso nimmt die Gesellschaft Aufgaben des Kreises Paderborn zur Umsetzung des am 12.12.2011 vom Kreistag des Kreises Paderborn beschlossenen Integrierten Klimaschutzkonzeptes wahr. Zweck der Gesellschaft ist in diesem Zusammenhang insbesondere die Erzeugung und Vermarktung regenerativer Energien, z. B. aus Großwindkraftanlagen und Photovoltaikanlagen und damit unmittelbar verbundene Dienstleistungen einschließlich öffentlicher Energieberatungen im Gebiet des Kreises Paderborn.

### **4.6.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Die Kommunen sind gesetzlich dazu bestimmt, dem Bürger als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger zu dienen. Ebenso dient die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

### **4.6.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse**

Das Stammkapital beträgt 1.022.583,76 €. Alleiniger Gesellschafter ist der AV.E-Eigenbetrieb des Kreises Paderborn.

### **4.6.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen**

Bei den von der AV.E-GmbH gegenüber dem AV.E-Eigenbetrieb (vgl. Tab. 3.3) ausgewiesenen Verbindlichkeiten in Höhe von 7.896.468,94 € handelt es sich um Darlehen, der Pacht der „Windenergieanlage 1 sowie der Abrechnung von Umlagen und Zinsen für das Jahr 2022. Auf der Seite des AV.E-Eigenbetriebes werden Forderungen in gleicher Höhe gegenüber der AV.E-GmbH ausgewiesen.

Aus Nutzungsentgelten für eine Photovoltaikanlage werden gegenüber dem AV.E-Eigenbetrieb Erträge in Höhe von 14.049,78 € und Forderungen in Höhe von 16.611,06 € ausgewiesen, denen dort entsprechende Aufwendungen und Verbindlichkeiten in jeweils gleicher Höhe gegenüberstehen.

Weiterhin werden gegenüber dem AV.E-Eigenbetrieb 147.305,16 € Aufwendungen aus Windenergieanlagen, Zinsen und Umlagen ausgewiesen, die dort als entsprechende Erträge verbucht werden.

Gegenüber dem Kreis Paderborn werden Aufwendungen sowie Verbindlichkeiten in Höhe von 5.700,00 € aus der Erstattung von Personalkosten für die Geschäftsführung ausgewiesen, die dort entsprechend als Erträge verbucht werden.

#### 4.6.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€2
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>13.943.111,71</b>	<b>8.236.748,18</b>	5.706
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	67.614,00	115.342,00	-47.728
II. Sachanlagen	13.870.497,71	8.116.406,18	5.754
III. Finanzanlagen	5.000,00	5.000,00	0
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>2.084.392,18</b>	<b>1.777.247,86</b>	307
I. Vorräte	0,00	0,00	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	754.743,39	206.198,03	549
III. Wertpapiere	0,00	0,00	0
IV. Flüssige Mittel	1.329.648,79	1.571.049,83	-241.401
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>6.988,56</b>	<b>7.333,29</b>	-345
<b>Summe Aktiva</b>	<b>16.034.492,45</b>	<b>10.021.329,31</b>	<b>6.013</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>1.929.096,29</b>	<b>1.476.953,71</b>	452
I. Stammkapital	1.022.583,76	1.022.583,76	0
II. Allgemeine Rücklage	0,00	0,00	0
III. Gewinnrücklagen	919.460,20	919.460,20	0
IV. Verlustvortrag	465.090,25	360.020,65	105
V. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	452.142,58	-105.069,60	557
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>230.349,22</b>	<b>128.456,04</b>	102
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>13.875.046,94</b>	<b>8.415.919,56</b>	5.459
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	0
<b>Summe Passiva</b>	<b>16.034.492,45</b>	<b>10.021.329,31</b>	<b>6.013</b>

#### 4.6.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	1.807.602,46	1.158.179,98	649
2. sonstige betriebliche Erträge	21.675,00	263,70	21
3. Materialaufwand	39.085,76	38.533,24	1
Aufwendungen für bezogene Leistungen	39.085,76	38.533,24	1
4. Personalaufwand	85.712,97	56.228,22	29
a) Löhne und Gehälter	69.184,10	46.599,81	23
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	16.528,87	9.628,41	7
- davon für Altersversorgung € 247,78 (€ 18,75)			0
5. Abschreibungen	718.370,31	715.007,00	3
auf immat. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	718.370,31	715.007,00	3
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	284.778,33	244.828,44	40
7. Erträge aus Beteiligungen	0,00	179,29	
davon aus verbundenen Unternehmen €			0

225,00 (€ 250,00)			
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	195.095,02	193.924,21	1
9 Steuern v. Einkommen u. vom Ertrag	55.059,17	-0,42	55
<b>10. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>451.175,90</b>	<b>-89.897,72</b>	<b>541</b>
11. Sonstige Steuern	-966,68	15.171,88	-16.139
<b>12. Jahresfehlbetrag/ Jahresüberschuss</b>	<b>452.142,58</b>	<b>-105.069,60</b>	<b>557</b>

#### 4.6.8 Kennzahlen

##### Finanzkennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	12	16	-27
Eigenkapitalrentabilität	23	-6	-476
Anlagendeckungsgrad 2	115	124	-7
Verschuldungsgrad	731	506	44
Umsatzrentabilität	25	-9	-376

#### 4.6.9 Personalbestand

Die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten im Geschäftsjahr ohne Geschäftsführung beträgt 2,0 Mitarbeitende (VJ: 1).

#### 4.6.10 Geschäftsentwicklung

Mit der Änderung des Gesellschaftsvertrages vom 12.01.2015 wurde der Geschäftsbereich „Energie“ neu dem Aufgabenbereich der GmbH zugeordnet. Gedeckt durch Kreistagsbeschlüsse, soll die A.V.E. GmbH die regenerative Energieerzeugung auf kreiseigenen Flächen und Liegenschaften für den Kreis Paderborn prüfen, projektieren und betreiben.

Im Jahr 2022 wurde der mittels Wind- und Ertragsgutachten prognostizierte Ertrag für die Windenergieanlagen (WEA) 1 und 2 von 14,2 Mio. kWh mit 11,46 Mio. kWh deutlich um 19% unterschritten. Da gleichzeitig durch die veränderte Situation auf dem Energiemarkt jedoch der Marktwert des regenerativ erzeugten Stroms im gesamten Jahr 2022 im Mittel ca. 100% über den garantierten EEG-Erlösen lag, lag das finanzielle Ergebnis um ca. 900.000 € über den geplanten Erlösen.

Die Planung der dritten WEA mit 4,2 MW der Fa. Enercon wurde in 2021 abgeschlossen. Um eine sichere Einspeisevergütung nach dem EEG für den Betrieb der Anlage zu bekommen, hat man sich an dem Ausschreibungsverfahren der Bundesnetzagentur für Windenergieanlage beteiligt. Hier wurde ein Zuschlag für die Vergütung von 5,88 Cent/kWh erteilt. Dieser Zuschlag sichert der A.V.E. GmbH die Vergütung zzgl. einem Zuschlag für die Standortgüte von 35% für die Betriebszeit von 20 Jahren zu. Im Geschäftsjahr 2022 wurde die Anlage incl. der Anbindung an das Versorgungsnetz erstellt. Die Inbetriebnahme war für Dezember 2022 vorgesehen. Infolge mangelnder Bauteile können die Anschluss- und Restarbeiten innerhalb der Anlage erst in 2023 ausgeführt werden. Die Anlage ist im März 2023 in Betrieb gesetzt worden und erzeugt elektrische Energie.

Im Geschäftsjahr 2020 wurde durch den Aufsichtsrat der Beschluss gefasst, die Photovoltaikanlagen auf den Hallendächern im Entsorgungszentrum ab dem Jahr 2021 dem A.V.E. Eigenbetrieb zu verpachten. Hierdurch erhält der Eigenbetrieb die kompletten Stromerlöse; sie dient aber auch zur Eigenversorgung der betrieblichen

eigenen Einrichtungen. Der A.V.E. Eigenbetrieb übernimmt hiermit das Betriebsrisiko für den Anlagenbetrieb. Die Pacht ist als Pauschale festgesetzt und wird unabhängig vom wirtschaftlichen Erfolg geleistet. Im Jahr 2022 verlief der Betrieb der PV-Anlage entsprechend den Erwartungen. Nach dem gleichen Betreibermodell hat die A.V.E. GmbH die Planung und den Bau einer PV-Anlage auf dem Gebäude der Kreisverwaltung initiiert. Die Inbetriebnahme erfolgte im Mai 2022. Betreiber dieser Anlage ist der Kreis Paderborn. Beide PV-Anlagen sind im Geschäftsjahr durch einen Tornado beschädigt worden. Die Schäden waren versichert und sind durch die Versicherungen bezahlt worden.

Im Geschäftsjahr 2022 wurde mit der Montage einer weiteren PV-Anlage mit 530 kWp auf dem Kreisbauhof im Entsorgungszentrum begonnen. Diese Arbeiten werden voraussichtlich im April 2023 abgeschlossen. Die fertige Anlage wird mit der Inbetriebnahme ebenfalls an den A.V.E. Eigenbetrieb verpachtet und dient wie die bestehende PV-Anlage im Entsorgungszentrum unter anderem der Eigenversorgung. Die Vermarktungserlöse aus der Stromproduktion erhält der Eigenbetrieb.

Im Jahr 2022 wurde im Aufsichtsrat beschlossen, eine Netzverknüpfung für die Einspeisung von ca. 10 MW zu planen. Hierdurch soll gewährleistet werden, dass im Entsorgungszentrum der Ausbau von Photovoltaikanlagen in der Fläche erfolgen kann. Maßgeblich hierfür ist ein leistungsstarker Zugang zu dem öffentlichen Versorgungsnetz.

Im Rahmen der Initiative HyDrive OWL hat die A.V.E. GmbH eine Förderskizze für eine öffentliche Wasserstofftankstelle im Eingangsbereich des Entsorgungszentrums erarbeitet. Diese Fördermaßnahme ist als ein Baustein in das Gesamtprojekt HyDrive OWL eingebettet, an dem sich der Kreis Paderborn durch die A.V.E. GmbH beteiligt. Die externen Planungskosten werden insoweit durch den Kreis Paderborn erstattet.

Die Vorplanungen für eine PV-Anlage am Flughafen konnten noch nicht zum Abschluss gebracht werden. Durch ein Blendgutachten konnten geeignete Flächen im Bereich des Rollfeldes identifiziert werden. Auf Basis dieses Gutachtens wird nun das signaltechnische Gutachten erstellt, um letztlich einen sicheren Flugbetrieb zu gewährleisten.

Die Eigenkapitalquote beläuft sich zum Bilanzstichtag auf rund 12 %. Die Liquidität und Zahlungsbereitschaft der Gesellschaft war jederzeit gesichert.

## **I. Prognose-, Chancen- und Risikobericht**

### **Windenergieanlagen**

Haftungsrisiken durch den Betrieb der Anlagen gegenüber Dritten sind durch eine Haftpflichtversicherung abgedeckt.

Wirtschaftliche Risiken bestehen durch erhöhte Ausfallzeiten beim Betrieb der WEAs durch Schäden an der Anlagentechnik. Dieses Risiko wird durch zwei Mechanismen weitgehend ausgeschlossen. Zum einen besteht mit der Fa. Enercon, ausgeführt durch die Fa. Lackmann Phymetric ein Vollwartungsvertrag über die Laufzeit von 20 Jahren, der eine Verfügbarkeit der Anlagen von 97% bzw. ab dem 16. Jahr von 95% garantiert. Darüber hinaus wird für beide Anlagen mit Übergabe der Anlagen die Maschinen- und Betriebsunterbrechungsversicherung vom Projektierer übernommen.

Bestimmt durch das EEG muss der erzeugte Strom vom Betreiber vermarktet werden. Hierzu bedient sich die A.V.E. GmbH seit dem 01.01.2021 des Direktvermarkters WestfalenWind Strom GmbH. Die hieraus erzielten



Erlöse erhält die GmbH in Form des „Marktwertes“. Entsprechend dem EEG zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Windenergieanlagen hat die GmbH einen Vergütungsanspruch in Höhe von 7,68 Cent. Der Differenzbetrag zwischen Anspruch und Marktwert (=Marktprämie) wird durch den Netzbetreiber Westfalen Weser Netz GmbH der A.V.E. GmbH ausgeglichen. Ein Ausfall des Netzbetreibers ist zu keinem Zeitpunkt zu erwarten. Ein Risiko besteht für die GmbH insoweit, dass der Direktvermarkter die Insolvenz beantragt. Hierdurch wäre die Zahlung von ca. zwei Monatserträgen gefährdet. Durch den hohen Marktwert kommt es seit August 2021 zu keiner zusätzlichen Vergütung durch den Netzbetreiber. Auch in 2022 war der Marktwert deutlich höher als der Vergütungsanspruch nach dem EEG. Insoweit ist das Risiko bei einer Insolvenz des Direktvermarkters gestiegen.

Veranlasst durch die hohen Marktwerte, werden nach dem Gesetz zur Strompreisbremse die Zufallsgewinne durch den hohen Marktwert seit Dezember 2022 abgeschöpft. Die Schwelle der Abschöpfung liegt hierbei 3,0 Cent/kWh über dem Vergütungsanspruch des EEG. Ein wirtschaftliches Risiko ist hiernach durch die Abschöpfung nicht gegeben.

Wie auch das Jahr 2022 gezeigt hat, können windschwache Jahre zu erheblichen Einbußen beim Windertrag führen. Finanziell konnten diese durch den erhöhten Marktwert aufgefangen werden. Um die günstigen Marktpreise für die kommenden Jahre abzusichern und windschwache Zeiten abzufedern, sind mit Beschluss des Aufsichtsrates am 21.09.2022 insgesamt 6,87 Mio. kWh je Jahr mit einem Marktwert von 15,8 Cent/kWh für die Jahre 2023 bis 2025 festgeschrieben worden. Hierdurch können ggf. auftretende Mindererträge aus der Stromproduktion in den kommenden Jahren ausgeglichen werden. Die Festpreisbindung wurde mit Beschluss vom 15.03.2023 gegen eine Ablösezahlung in Höhe von 1.007.955 € zurück abgewickelt. Die derzeitige Situation auf den Energiemärkten zeigt, dass wohl auch zukünftig der „Marktwert“ des Stroms gerade in windschwachen Zeiten über den zugesicherten EEG-Erlösen liegen wird.

#### Heizungsanlage

Für die Heizungsanlage haben die Malteser Werke einen Vollwartungsvertrag mit der A.V.E. GmbH geschlossen. Diese wiederum hat die ESW mit allen daraus resultierenden Rechten und Pflichten hieraus beauftragt. Ein Risiko für die A.V.E. GmbH besteht insoweit aus dem Betrieb der Heizungsanlage nicht.

Die Pachtverträge mit ESW haben eine Laufzeit von 20 Jahren; für die KWK-Anlage von 10 Jahren. Die seitens der GmbH geschlossenen Verträge mit den Maltesern haben hingegen nur eine Laufzeit von 15 Jahren bzw. 10 Jahren für die beiden BHKWs. Für den Brennwertgaskessel und die Heizungsverteilung besteht insofern eine Vertragslücke von 5 Jahren. Da sich das Gebäude im Eigentum des Kreises Paderborn befindet und auch nach 15 Jahren eine Nutzung des Gebäudes erfolgen wird, ist das Risiko des Pachtausfalles zu vernachlässigen.

#### Photovoltaikanlagen

Haftungsrisiken durch den Betrieb der Anlagen gegenüber Dritten sind durch eine Haftpflichtversicherung abgedeckt.

Für die bestehenden PV-Anlagen ist durch den Betreiberwechsel das wirtschaftliche Risiko auf den A.V.E. Eigenbetrieb bzw. auf den Kreis Paderborn übergegangen. Die Pachtzahlungen an die GmbH sind hierbei erfolgsunabhängig. Nach politischem Beschluss sollen nach diesem Betreibermodell auch weitere PV-Anlagen

auf Gebäuden des Kreises Paderborn bzw. des Eigenbetriebes errichtet und betrieben werden, sofern die Wirtschaftlichkeit hier vorliegt.

#### Wasserstofftankstelle

Bei der Wasserstofftankstelle handelt es sich zunächst nur um eine Förderskizze. Die bisherigen Kosten werden weitgehend vom Kreis Paderborn übernommen. Erst wenn hier Förderzusagen des Bundes vorliegen, werden weitere Planungsschritte in Verbindung mit einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung umgesetzt.

#### 4.6.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung: Geschäftsführer der A.V.E. GmbH ist Martin Hübner, technischer Dezernent des Kreises Paderborn.

Gesellschafterversammlung: Die Gesellschafterversammlung besteht aus 11 Mitgliedern.

lfd. Nr.	Name
1	Verena Haese
2	Klaus Zündorf
3	Hanswalther Lüttgens
4	Thorsten Jakobsmeier
5	Anke Mersch
6	Ralf Pirsig
7	Klaus Schüssler
8	Burkhard Blienert
9	Johannes Risse
10	Lukas Lambrecht
11	Andre Brandt

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht aus sieben Mitgliedern. Dies sind im Einzelnen:

lfd. Nr.	Name
1	Meinolf Päsche
2	Ulrich Fresen
3	Hubert Nolte
4	Markus Müller
5	Jürgen Schmidt
6	Thomas Anke
7	Ingo Tiemann

#### 4.6.12 Beteiligungen

An folgenden Unternehmen bestehen Beteiligungen:

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil
Energiegenossenschaft Paderborner Land eG	10 Geschäftsanteile à 500,00 €

#### 4.6.13 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 7 Mitgliedern eine Frau an (Frauenanteil: 14,29 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

#### **4.6.14 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG**

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.



## 4.7 Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG

### 4.7.1 Basisdaten

Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG

Frankfurter Weg 22

33106 Paderborn

Tel.:05251/1737-30, Fax: 05251/1737-65, Internet: www.radiohochstift.de

Gründungsdatum: 18. Oktober 1990

### 4.7.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Unternehmenszweck der GmbH & Co. KG ist die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich aus dem Landesmediengesetz (LMG NRW) für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben. Dies sind im Einzelnen:

1. die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen
2. dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen
3. für den Vertragspartner den in § 53 LMG NRW genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen
4. Hörfunkwerbung gemäß LMG NRW zu verbreiten.

Daneben sind alle damit zusammenhängenden Geschäfte zulässig. Die Gesellschaft kann sich an gleichen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen oder solche erwerben sowie Zweigniederlassungen gründen.

### 4.7.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Landesmediengesetz.

### 4.7.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Kommanditkapital beträgt 520.000,00 € und verteilt sich auf die Gesellschafter wie folgt:

Gesellschafter	Anteil in €/%
Zeitungsverlag Neue Westfälische GmbH & Co. KG	390.000,00 € (75,00 %)
Kreis Höxter	65.000,00 € (12,50 %)
<b>Kreis Paderborn</b>	<b>65.000,00 € (12,50 %)</b>

Die Komplementärin der Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG ist die persönlich haftende Gesellschafterin, die Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH, deren alleinige Gesellschafterin die Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG ist. Die Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH ist an der Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG ohne Einlage beteiligt.

### 4.7.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis vereinnahmte im Jahr 2022 eine Ausschüttung in Höhe von 52.874 €. Die Ausschüttung wird auf dem Konto 465100 „Erträge aus Gewinnanteilen aus Beteiligungen“ des Produktes 010601 „Finanzmanagement“ verbucht.

#### 4.7.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz	(in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
<b>Aktiva</b>				
<b>A. Anlagevermögen</b>		<b>64.884,00</b>	<b>76.581,00</b>	<b>-12</b>
I. Immaterielle Vermögen		0,00	0,00	0
II. Sachanlagen		39.284,00	50.981,00	-12
III. Finanzanlagen		25.600,00	25.600,00	0
<b>B. Umlaufvermögen</b>		<b>1.565.349,43</b>	<b>1.951.857,88</b>	<b>-387</b>
I. Vorräte		15.991,79	16.984,94	-1
II. Forderungen		1.250.336,49	892.363,89	358
III. Flüssige Mittel		299.021,15	1.042.509,05	-743
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		<b>22.313,87</b>	<b>19.195,04</b>	<b>3</b>
<b>Summe Aktiva</b>		<b>1.652.547,30</b>	<b>2.047.633,92</b>	<b>-395</b>
<b>Passiva</b>				
<b>A. Eigenkapital</b>		<b>1.152.942,56</b>	<b>1.152.942,56</b>	<b>0</b>
I. Kapitalanteile der Kommanditisten		520.000,00	520.000,00	0
II. Rücklagen		632.942,56	632.942,56	0
<b>B. Sonderposten</b>		<b>25.600,00</b>	<b>25.600,00</b>	<b>0</b>
<b>C. Rückstellungen</b>		<b>16.081,00</b>	<b>29.908,00</b>	<b>-14</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>		<b>457.923,74</b>	<b>839.183,36</b>	<b>-381</b>
<b>Summe Passiva</b>		<b>1.652.547,30</b>	<b>2.047.633,92</b>	<b>-395</b>

#### 4.7.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	2.569.591,73	2.767.872,73	-198
2. sonstige betriebliche Erträge	10.862,20	73.863,56	-63
3. Materialaufwand	1.561.837,97	1.550.201,88	12
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	0,00	0,00	0
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.561.837,97	1.550.201,88	12
4. Personalaufwand	0,00	0,00	0
a) Löhne und Gehälter	0,00	0,00	0
b) soziale Abgaben und Aufwendungen	0,00	0,00	0
5. Abschreibungen auf immaterielle VG	18.413,01	17.341,47	1
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	811.508,89	776.759,00	35
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	16.303,56	12.807,75	3
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	27.897,84	70.385,66	-42
<b>9. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>144.492,66</b>	<b>414.240,53</b>	<b>-270</b>
10. Sonstige Steuern	836,00	748,00	0
<b>11. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</b>	<b>143.656,66</b>	<b>413.492,53</b>	<b>-270</b>
13. Gutschrift auf den Gesellschafterkonten	-143.656,66	-413.492,53	270
<b>14. Bilanzgewinn / Bilanzverlust</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>

## 4.7.8 Kennzahlen

### Finanzkennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	70	56	13
Eigenkapitalrentabilität	12	36	-23
Anlagendeckungsgrad 2	2507	2640	-133
Verschuldungsgrad	41	75	-34
Umsatzrentabilität	6	15	-9

## 4.7.9 Personalbestand

Die Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG hat kein eigenes Personal. Unternehmensbezogene Tätigkeiten wie Verwaltung, Geschäftsführung, Verkauf und Disposition der Werbezeiten, technischer Service, Marketing etc. werden im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages von Fremddienstleistern, insbesondere von am (Bielefeld), erledigt.

## 4.7.10 Geschäftsentwicklung

### Geschäftsmodell

Die Radio Paderborn Betriebsgesellschaft (BG) ist Betreiberin eines privaten lokalen Hörfunksenders für die Kreise Höxter und Paderborn. Die Geschäftstätigkeit erfolgt auf Grundlage des Landesmediengesetzes Nordrhein-Westfalen (LMG NW) innerhalb des sogenannten Zwei-Säulen-Modells. Das bedeutet: Die programmliche Verantwortung liegt allein bei der mit der BG vertraglich verbundenen Veranstaltergemeinschaft Radio Paderborn-Höxter e. V., die Arbeitgeberin für die Beschäftigten in der Redaktion ist. Die Vermarktung des Programms, die Kosten seiner Verbreitung und das wirtschaftliche Risiko liegen allein bei der BG. Die Höhe der zu erwirtschaftenden Werbeerlöse ist wesentlich abhängig von den in den offiziellen Mediaanalysen (MA Audio und EMA NRW) gemessenen Hörerreichweiten des Programms sowie von der konjunkturellen Situation lokal und überregional. Das Geschäftsmodell ist, ein Hörfunkprogramm zu finanzieren, das über eine möglichst hohe Hörerreichweite Werbeeinnahmen generiert, die die Kosten für die Programmproduktion und -verbreitung übersteigen

### Wirtschaftsbericht

#### Entwicklung des Hörfunkwerbemarktes

Der nationale Hörfunk-Werbemarkt entwickelte sich im Berichtsjahr leicht negativ. Die Bruttowerbeeinnahmen aller öffentlich-rechtlichen und privaten Hörfunkanbieter in Deutschland beliefen sich nach einer Erhebung von The Nielsen Company im Jahr 2022 auf TEUR 1.916.011. Das entspricht einem Minus von TEUR 11.662 oder 0,6 % gegenüber dem Vorjahr. Die von der ARD Media (vormals AS&S Radio) vermarkteten, überwiegend öffentlich-rechtlichen Hörfunksender nahmen in ihrer Umsatzentwicklung um TEUR 14.365 auf TEUR 544.689 ab (minus 2,6 %). Die von der RMS vermarkteten Privatradios, zu denen auch radio NRW zählt, verzeichneten in Summe ein Plus von TEUR 807 oder 0,1 % auf TEUR 1.319.251.

Der Gesamt-Marktanteil von Hörfunk im Wettbewerb Werbemedien lag 2022 bei 5,2 % (Vorjahr: 5,0 %), was angesichts des nach wie vor relativ hohen Grades der Radionutzung in Deutschland im Vergleich zu den anderen Werbeträgern ein niedriger Wert ist. Den größten Anteil am Gesamtwerbemarkt hatte auch 2022 das

Fernsehen mit 46,1 % (Vorjahr: 47,1 %), gefolgt von den Tageszeitungen mit 13,7 % (Vorjahr: 13,8 %), den Onlinemedien mit 12,1 % (Vorjahr: 12,2 %) und den Publikumszeitschriften mit 7,6 % (Vorjahr: 7,5 %).

Nach Nielsen beliefen sich die Bruttowerbeaufwendungen in den Werbemedien in Deutschland 2022 insgesamt auf EUR 37,185 Mrd. und lagen damit EUR 1,315 Mrd. oder 3,4 % unter Vorjahr. Laut Nielsen zählten 2022 der Lebensmitteleinzelhandel mit EUR 2,6 Mrd., der E-Commerce mit EUR 1,3 Mrd., der Einzelhandel (ohne Möbel) mit EUR 1,3 Mrd., die Pkw-Branche (Hersteller und Händler) mit EUR 1,2 Mrd. sowie, der Möbelhandel mit EUR 1,1 Mrd. zu den größten Investoren auf dem deutschen Bruttowerbemarkt.

Die Brutto-Werbeinnahmen des mit der BG vertraglich verbundenen Rahmenprogramm Anbieters radio NRW stiegen von EUR 129,1 Mio. in 2021 um EUR 1,5 Mio. auf EUR 130,6 Mio. in 2022 (plus 1,2 %). Parallel nahmen die Brutto-Werbeinnahmen der beiden mit radio NRW auf dem landesweiten Hörfunk-Werbemarkt konkurrierenden Wellen des WDR von EUR 117,7 Mio. um EUR 3,8 Mio. auf EUR 113,9 Mio. ab (minus 3,3 %). Einslive verlor gegenüber dem Vorjahr EUR 4,4 Mio. auf EUR 51,3 Mio. (minus 7,9 %). WDR 2 gewann EUR 0,6 Mio. auf EUR 62,6 Mio. (plus 1,0 %).

Die von der radio NRW GmbH an die 44 mit dem Rahmenprogrammanbieter vertraglich verbundenen Lokalstationen ausgeschüttete BG-Vergütung inklusive der Erlöse aus Telefonmehrwertdienstgewinnspielen, flexibler Werbezeit und Überhangwerbung lag im Geschäftsjahr 2022 bei EUR 20,2 Mio. und damit deutlich unter dem Niveau des Vorjahres (minus EUR 2,6 Mio. oder minus 11,5 %).

Die Entwicklung auf den lokalen Werbemärkten ist von der bundes- bzw. landesweiten Entwicklung zu unterscheiden, weil lokale Hörfunkwerbung eher für örtliche Handelsunternehmen, Handwerker und Dienstleister als für national operierende Discounter und Hersteller bzw. Händler von Markenartikeln interessant ist. Die für die Betriebsgesellschaft relevanten Bereiche a) Erlöse aus lokalem Verkauf (Einzelsenderbelegung, Funkkombi OWL+, Sonderwerbformen) und b) Erlöse aus überregionaler Werbung (radio NRW) sind daher differenziert zu betrachten.

## **Geschäftsverlauf und Lage**

### **Umsatzentwicklung**

Die Gesamtleistung von Radio Hochstift sank von TEUR 2.768 in 2021 um TEUR 198 auf TEUR 2.570 in 2022 (minus 7,2 %).

### **Lokaler Werbemarkt**

Die Erlöse aus Spotsendungen (Funkkombi OWL+, Einzelbelegung des Senders und Sonderwerbformen) nahmen von TEUR 1.661 um TEUR 164 auf TEUR 1.825 zu (plus 9,8 %)

Die Lokalfunk Kombi Westfalen (LKW) wurde zum 31.12.2021 eingestellt

### **radio NRW**

Die auf Radio Hochstift entfallende Gesamt-BG-Vergütung von radio NRW inklusive der Erlöse aus Telefonmehrwertdienst-Gewinnspielen (TMWD), flexibler Werbezeit, Überhangwerbung und dem Sales Board Auftrag Aldi Nord ging um TEUR 345 auf TEUR 633 zurück (minus 35,3 %). In der EMA 2022 I wurde für Radio Hochstift bei der für die Verteilung der BG-Vergütung von radio NRW maßgeblichen Stundenreichweite bei den deutschsprachigen 14- bis 49-Jährigen ein Wert von nur 9,13 % ausgewiesen (Vorjahr 13,10 %). Radio



Hochstift hatte somit im Geschäftsjahr 2022 einen niedrigen Anteil von 3,01 % an der von der Relation der Stundenreichweiten abhängigen BG-Vergütung von radio NRW (Vorjahr: 4,19 %). Die Gesamtvergütung von radio NRW an die 44 Lokalradios lag - wie bereits erwähnt - 2022 mit EUR 20,2 Mio. um EUR 2,6 Mio. unter 2021 (minus 11,5 %).

### **Werbeveranstaltungen**

Der Erlös aus Werbeveranstaltungen stieg von TEUR 14 um TEUR 2 auf TEUR 16 (plus 12,3 %)

### **Sonstige betriebliche Erträge**

Die sonstigen betrieblichen Erträge sanken gegenüber 2021 um TEUR 63 auf TEUR 11 (minus 85,3 %). Besonderheit im Vorjahr war, dass über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren gebildete Rückstellungen für Forderungen der Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutz rechten (GVL) 2021 aufgelöst werden konnten.

### **Aufwandsentwicklung**

#### **Materialaufwand**

Der Materialaufwand stieg gegenüber 2021 um TEUR 12 auf TEUR 1.562 (plus 0,8 %). Ursache bildete vor allem der Anstieg der vom lokalen Werbeumsatz abhängigen Positionen wie z. B. GEMA- und GVL-Gebühren. Die Aufwendungen für den Vertragspartner Veranstaltergemeinschaft nahmen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 26 auf TEUR 877 ab (minus 2,9 %).

#### **Sonstige betriebliche Aufwendungen**

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen nahmen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 35 auf TEUR 812 zu (plus 4,5 %). Das gewöhnlich durch Veranstaltungen und Promotions mit direktem Hörerkontakt geprägte Hörermarketing musste in den beiden Vorjahren coronabedingt erheblich eingeschränkt werden und wurde 2022 wieder aufgenommen. Entsprechend stiegen die Werbe- und Vertriebskosten um TEUR 40 auf TEUR 205 (plus 24,6 %).

#### **Abschreibungen auf Anlagen**

Die Abschreibungen auf Anlagen stiegen geringfügig um TEUR 1 auf TEUR 18 (plus 6,2 %).

#### **Investitionen**

Die Investitionen in 2022 beliefen sich auf TEUR 7. Größte Position war die Anschaffung einer neuen Kücheneinrichtung.

#### **Personal- und Sozialbereich**

Die Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG hat kein eigenes Personal. Unternehmensbezogene Tätigkeiten wie Verwaltung, Geschäftsführung, Verkauf und Disposition der Werbezeiten, technischer Service, Marketing etc. werden im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages von Fremddienstleistern, insbesondere von ams (Bielefeld), erledigt.

Bei der mit der BG vertraglich verbundenen Veranstaltergemeinschaft Radio Paderborn-Höxter e. V. waren auf Basis des jährlich zu verabschiedenden Stellen- und Wirtschaftsplanes im Berichtsjahr unverändert 1 Chefredakteur, 1 CvD, 6,8 Redakteure, 2 Volontärinnen und 1 Redaktionsassistent beschäftigt, aber teilweise

in Elternzeit. Mit Ausnahme des Chefredakteurs fallen die fest angestellten Mitarbeiter unter den Tarifvertrag für die Angestellten im Lokalfunk NRW. Die über den Stellen- und Wirtschaftsplan eingestellten Mittel umfassen die Gehälter, die Aufwendungen für Arbeitgeberanteile an Lohn und Gehalt, Berufsgenossenschaft, Ausbildung, Honorare für freie Mitarbeiter sowie Beiträge für die Künstlersozialkasse.

### **Ertragslage**

Mit der Entwicklung des Geschäftsjahres 2022 und mit dem wirtschaftlichen Ergebnis ist die Geschäftsführung unzufrieden. Der Jahresüberschuss nach Steuern verminderte sich wegen des erheblichen Rückgangs der Ausschüttungen von radio NRW gegenüber dem Vorjahr um TEUR 270 auf TEUR 144 (minus 65,3 %). Die Umsatzrendite belief sich auf 5,6 % (Vorjahr: 14,9 %).

### **Vermögens- und Finanzlage**

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist unverändert gut. Die Eigenkapitalausstattung ist im Hinblick auf die Aufgaben und die Ertragslage der Gesellschaft hinreichend bemessen. Zur Absicherung eventueller Verluste in Folgejahren besteht eine Gewinnrücklage in Höhe von TEUR 633.

Während des Geschäftsjahres traten keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage ein. Auf die Einforderung von Gesellschafterdarlehen konnte verzichtet werden. Zahlungsbereitschaft war stets gegeben.

Die Bonität der Kunden hat sich 2022 nicht wesentlich verschlechtert.

### **Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren**

Neben den in 2.2 und 2.3 erläuterten finanziellen Leistungsindikatoren Umsatz und Ergebnis steuert die Gesellschaft zusätzlich über die nicht finanziellen Leistungsindikatoren Hörerreichweite und Markenentwicklung.

Die Hörerreichweiten von Radio Hochstift entwickelten sich im Verlauf des Jahres 2022 positiv. Die Entwicklung der Marke Radio Hochstift ist ebenfalls weiterhin als positiv zu bezeichnen. Die Bekanntheit der Marke in der Bevölkerung der Kreise Höxter und Paderborn lag in der EMA 2023 I bei 85 % (Vorjahr: 87 %).

Die Transformation der Marke Radio Hochstift vom analogen UKW-Radio zu einer digitalen Medienmarke verläuft weiterhin relativ erfolgreich, was die Nutzungszahlen der Website radiohochstift.de und der Radio Hochstift App belegen. radiohochstift.de verzeichnete 2022 im Monatsdurchschnitt 1.201 Tsd. Visits (Vorjahr: 1.314 Tsd.). Die Radio Hochstift App wurde bis Ende 2022 insgesamt 76 Tsd. Mal heruntergeladen (Vorjahreszeitpunkt: 74 Tsd.). Die Erhebungsmethodik für die Messung der App-Visits hat sich im 2. Quartal 2022 verändert, sodass keine Vergleichbarkeit der Nutzungsdaten mit den Vorjahren möglich ist. Im Zuge der Corona-Pandemie waren die Digitalreichweiten zwischenzeitlich sprunghaft angestiegen.

### **Prognose-, Chancen- und Risikobericht**

#### **Prognosebericht**

Die Radio Paderborn Betriebsgesellschaft hat auch für das Geschäftsjahr 2023 ein positives Geschäftsergebnis geplant. Ambitioniertes Ziel ist ein Jahresüberschuss von TEUR 250 nach Steuern. Realistisch erscheint aber inzwischen ein Überschuss von ca. TEUR 100.

Bei der Etatplanung für 2023 war im Herbst 2022 von einer Steigerung der Gesamtleistung um TEUR 320 auf TEUR 2.890 ausgegangen worden. Dies ist aber nach dem gravierenden Einbruch der BG-Vergütungen von radio NRW zur Jahreswende 2022/2023 nicht erreichbar.

Bei der am 22. Februar 2023 veröffentlichten EMA 2023 I wurde für Radio Hochstift bei der für die Verteilung der BG-Vergütung von radio NRW maßgeblichen Stundenreichweite bei den deutschsprachigen 14- bis 49-Jährigen Wert von 10,03 % ausgewiesen (Vorjahr 9,13 %). Radio Hochstift hat somit im Geschäftsjahr 2023 einen Anteil von 3,18 % an der von der Relation der Stundenreichweiten abhängigen BG-Vergütung von radio NRW (Vorjahr: 3,01 %).

radio NRW rechnet für das Geschäftsjahr 2023 mit einer Verschlechterung seiner Erlössituation und geht bei gleichzeitig genehmigten Kostensteigerungen und einem risikoreichen Investment in das DAB plus-Programm NOXX in seiner Etatplanung von einer Gesamt-BG-Vergütung an die 44 Vertragspartner in Höhe von EUR 19,4 Mio. (inklusive flexibler Werbezeiten, Telefon mehrwertdienstgewinnspielen und Überhangwerbung) aus, was einen weiteren Rückgang gegenüber dem Ist 2022 in Höhe von EUR 0,8 Mio. bedeutet (minus 4,0 %).

### **Chancenbericht**

Chancen für die Entwicklung der Gesellschaft ergeben sich insbesondere aus einer Steigerung der Reichweiten, auch im Internet (Website und App) sowie durch die Sammlung und Vermarktung von Hörer- bzw. Nutzerdaten. Radio Hochstift ist an einer entsprechenden Initiative bedeutender deutscher Radiosender mit dem Titel „Quantyoo“ beteiligt.

### **Risikobericht**

Das wirtschaftliche Gefährdungspotenzial für die Gesellschaft ergibt sich aus der Tatsache, dass die Einnahmen des Unternehmens fast ausschließlich aus dem Verkauf von Radiowerbung und durch die Vergütung von bereitgestellter Werbezeit zur landesweiten Verbreitung durch radio NRW erzielt werden.

Der deutsche Funkwerbemarkt ist zahlreichen Einflüssen konjunktureller Art, dem allgemeinen Werbeklima und dem Image bei den potenziellen Kunden unterworfen. Nur in seltenen Fällen ist Funkwerbung für die Werbungtreibenden ein Basismedium, sondern meistens Ergänzungsmedium. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass schon Veränderungen in der Werbestrategie einzelner Großkunden das Betriebsergebnis eines Lokalradios gravierend beeinflussen können.

Mehrjährige Prognosen für die Zukunft wären daher spekulativ. Hinzu kommen branchenspezifische Entwicklungen bei Schlüsselkunden (Konzentration, Nachfragesituation, Änderung von Rahmenbedingungen), die von der Gesellschaft nicht zu beeinflussen sind und die dazu führen können, dass Funkwerbung in den Mediaplanungen weniger berücksichtigt wird.

Die Höhe der auf die Gesellschaft entfallenden BG-Vergütung der radio NRW GmbH ist a) von der Geschäftsentwicklung bei radio NRW und somit von der Gesamtausschüttungssumme sowie b) von der individuellen Reichweite des Senders abhängig. Sowohl a) als auch b) waren in der Vergangenheit starken Schwankungen unterworfen, weil die Betriebsgesellschaft keinen Einfluss auf die Kosten bei radio NRW besitzt und weil durch das Hinzutreten neuer Werbeträger und durch programmliche Veränderungen im Medienbereich Entwicklungen auf dem Werbemarkt wie auch auf dem Hörermarkt zu verzeichnen waren, die sich vorher nicht quantifizieren ließen.

Seit vielen Jahren wurde diskutiert, ob die Einrichtung weiterer Radioprogramme in NRW möglich ist. Bei Hinzutreten neuer Konkurrenten - insbesondere bei einer Verbreitung über UKW - sind negative Auswirkungen für die Betriebsgesellschaft zu erwarten. Schwer abzusehen sind die Folgen, die sich aus der Digitalisierung der Radio-Verbreitungswege sowie aus dem Angebot privater regionaler bzw. lokaler Fernsehstationen und aus neu hinzukommenden Online-Mediendienstangeboten (Stichwort z. B.: „Social Media“) ergeben können

Das Mediennutzungsverhalten - insbesondere der jüngeren Menschen - verändert sich weiterhin schleichend. Die Tendenz geht weg von den klassischen Massenmedien wie Tageszeitung oder linearem TV hin zu einer verstärkten Nutzung von Online- und Mobile-Medien (Internet und Smartphones), insbesondere auch on Demand, also zeit- und ortsunabhängig.

Seit November 2021 sind in Nordrhein-Westfalen 16 DAB plus Radioprogramme am Markt. Durch diese landesweiten Programme sind nur geringe negative Auswirkungen auf die Hörerreichtweiten und die Wirtschaftlichkeit der BG zu erwarten. Wesentlich größere Bedeutung kann das im Herbst 2022 gestartete neue Programm NRW 1 erlangen, das auf der ehemaligen UKW-Frequenz von BFBS, 103,0 Mhz rund 2,9 Millionen Menschen in Westfalen erreichen kann. Hierdurch ergibt sich für die westfälischen Lokalradios eine deutlich verschärfte Konkurrenzsituation auf dem Hörer- und auf dem Werbemarkt. Hinter NRW 1 steckt die NRW Audio GmbH & Co.KG, die von Antenne Bayern und ffn beherrscht wird, und an der auch radio NRW beteiligt ist.

Das NRW-Lokalfunkmodell ist weiterhin zerbrechlich. Die wirtschaftliche Situation der NRW Lokalradios insgesamt hat sich 2022 gegenüber dem Vorjahr erheblich verschlechtert. Nach einer

Erhebung des Verbandes der Betriebsgesellschaften haben 2022 rund 40 % der Lokalradios in NRW rote Zahlen geschrieben. Weiterhin auffällig ist das große Leistungsgefälle zwischen den reichweitenstarken westfälischen Lokalradios gegenüber den reichweiten schwachen Lokalstationen an Ruhr und Rhein. Unterdessen hat die Landesanstalt für Medien (LfM) eine große Strukturreform des NRW-Lokalfunks angestoßen, um die Zukunft der lokalen Radiostationen zu sichern.

Der Wettbewerb um die Gunst der Hörer verschärft sich. Der Westdeutsche Rundfunk (WDR) entwickelt seine Werbung führenden Programme Einslive und WDR 2 stetig weiter und ist stärker denn je auf möglichst hohe Hörerreichtweiten ausgerichtet. Der WDR regionalisiert und lokalisiert seine redaktionellen Service- und Telemedienangebote.

Bei der am 29. März 2023 veröffentlichten MA Audio 2023 I hat sich der in den vergangenen Jahren bereits zu beobachtende schleichende Abwärtstrend der Gattung Radio in der Hörerakzeptanz fortgesetzt. Der Werbefunk in Deutschland hat gegenüber der MA Audio 2022 II 3,5 % an durchschnittlicher Stundenreichweite in der Zielgruppe 14 bis 49 Jahre verloren. Die Reichweitenverluste der werbeführenden Radiosender in NRW sind überproportional hoch. Radio NRW büßte 86.000 Hörer auf 608.000 Hörer ein (minus 12,4 %), Einslive verlor 34.000 Hörer auf 502.000 Hörer und WDR 2 sank um 64.000 Hörer auf 380.000 Hörer (minus 14,4 %). Die Funkkombi OWL plus erzielte mit der Entwicklung von minus 2.000 Hörern auf 128.000 Hörer (minus 1,5 %) ein stabiles Ergebnis und stellt das reichweitenstärkste Kombinationsangebot im NRW-Lokalfunk.

Die Entwicklung im Geschäftsjahr 2023 sowohl auf dem nationalen Radiowerbemarkt als auch auf den regionalen und lokalen Radiowerbemärkten ist schwer vorauszusehen. Ob die wirtschaftlichen Ziele für die BG erreicht werden können, hängt u. a. auch davon ab, inwieweit sich der andauernde Krieg in der Ukraine negativ auf die Wirtschaftlichkeit auswirken wird.

Unter der lokalen Werbekundschaft herrschte in der Vergangenheit stets eine relativ hohe Fluktuation. Der geringe Kundenbindungsgrad lässt nur eingeschränkte Aussagen über die Zukunft zu und stellt ein potenzielles Risiko dar, weil nicht vorauszusehen ist, ob sich der Saldo aus verlorenen und neu gewonnenen Kunden am Ende des Geschäftsjahres positiv gestalten wird. Gleiches gilt für die Höhe des Umsatzes je Kunde.

Rechtliche Bestandsgefährdungspotenziale oder sonstige Risiken mit besonderem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind nicht bekannt.

#### 4.7.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

##### Geschäftsführung

Die Geschäftsführung obliegt allein der persönlich haftenden Gesellschafterin, der Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH. Geschäftsführer der Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH ist Herr Wollgramm.

##### Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung besteht aus 3 Mitgliedern. Im Einzelnen sind dies die Herren Kallisch (Zeitungsverlag Neue Westfälische GmbH & Co.KG), Rütter (Landrat Kreis Paderborn) und Stickeln (Kreis Höxter).

Aufsichtsrat: Ein Aufsichtsrat wurde nicht eingerichtet.

#### 4.7.12 Beteiligungen

An folgenden Unternehmen bestehen Beteiligungen:

Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %
Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Paderborn	100,00

##### Beteiligungsverhältnisse

Einzige Gesellschafterin der Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH ist die Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG.

##### Beteiligungsziel und Unternehmenszweck

Gegenstand der GmbH ist die Beteiligung an der Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG als persönlich haftende Gesellschafterin sowie die Übernahme der Geschäftsführung und Vertretung dieser Gesellschaft.

##### Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Radio Paderborn Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH ist persönlich haftende Gesellschafterin der Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG, die wiederum Aufgaben wahrnimmt, die sich aus dem Landesmediengesetz (LMG NRW) für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben.

## Entwicklung der Bilanzen

Bilanz (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
<b>Aktiva</b>			
A. Anlagevermögen	0,00	0,00	0
B. Umlaufvermögen	71.091,76	67.449,82	4
I. Forderungen	71.091,76	67.449,82	4
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0
<b>Summe Aktiva</b>	<b>71.091,76</b>	<b>67.449,82</b>	<b>4</b>
<b>Passiva</b>			
A. Eigenkapital	69.531,76	66.175,82	3
B. Rückstellungen	1.560,00	1.274,00	0
C. Verbindlichkeiten	0,00	0,00	0
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0
<b>Summe Passiva</b>	<b>71.091,76</b>	<b>67.449,82</b>	<b>4</b>

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. sonstige betriebliche Erträge	2.560,00	2.580,00	-20,00
2. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.894,47	1.441,80	452,67
3. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.319,88	3.135,11	184,77
4. Steuern vom Einkommen und Ertrag	629,47	675,57	-46,10
<b>5. Ergebnis nach Steuern /Jahresüberschuss</b>	<b>3.355,94</b>	<b>3.597,74</b>	<b>-241,80</b>

## Entwicklung des Personalbestandes

Neben dem Geschäftsführer beschäftigt die GmbH kein Personal.

## Leistungen der Beteiligung

Die GmbH ist an der Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG als persönlich haftende Gesellschafterin beteiligt und übernimmt die Geschäftsführung und Vertretung dieser Gesellschaft.

## Zusammensetzung der Organe

Geschäftsführer: Herr Uwe Wollgramm

In der Gesellschafterversammlung der GmbH ist der Kreis Paderborn nicht vertreten.

## Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine Verwaltungsgesellschaft. Sie erhält von der Radio Paderborn Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG 10 % ihres Stammkapitals als Haftungs- und Geschäftsführungsvergütung.

## 4.8 Wege durch das Land gGmbH

### 4.8.1 Basisdaten

Wege durch das Land gGmbH

Hornsche Straße 38

32756 Detmold

Tel.:05231/308020, Fax: 05231/3080220, Internet: www.wege-durch-das-land.de

E-Mail: info@literaturbuero-owl.de

Gründungsdatum: 03. November 2009

### 4.8.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat den Zweck, durch Veranstaltungen und Veröffentlichungen der Pflege des kulturellen Lebens zu dienen, volksbildend zu wirken, das Kunstverständnis zu wecken und zu vertiefen und damit die Allgemeinheit zu fördern. Ihre Aufgabe besteht darin, alljährlich das bekannte Literatur- und Musikfest „Wege durch das Land“ zu planen, vorzubereiten und durchzuführen sowie durch geeignete Maßnahmen weiterzuentwickeln. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke.

Um die der Gesellschaft obliegenden Aufgaben erfüllen zu können, wird die Gesellschaft nach den Grundsätzen eines ordnungsgemäßen Geschäftsbetriebes, allerdings ohne die Absicht der Gewinnerzielung, geführt. Sie ist selbstlos tätig und verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke.

### 4.8.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner dient dem öffentlichen Zweck. Wie aus dem Gegenstand des Unternehmens hervorgeht, handelt es sich hier um eine kulturelle Einrichtung.

### 4.8.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 99.000,00 € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

Gesellschafter	EUR	%
<b>Kreis Paderborn</b>	<b>11.000,00</b>	<b>11,11</b>
Kreis Minden-Lübbecke	11.000,00	11,11
Kreis Höxter	11.000,00	11,11
Stadt Bielefeld	11.000,00	11,11
Kreis Gütersloh	11.000,00	11,11
Kreis Lippe	11.000,00	11,11
Kreis Herford	11.000,00	11,11
Landesverband Lippe	11.000,00	11,11
Literaturbüro Ostwestfalen-Lippe in Detmold e. V.	11.000,00	11,11
	99.000,00	100,00

### 4.8.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Jahr 2022 zahlte der Kreis Paderborn 17.000,00 € zugunsten des OWL Festivals Wege durch das Land. Die Zahlung wurde auf dem Konto 531700 „Zuschüsse an private Unternehmen“ des Produktes 040201 „Allgemeine Kulturpflege verbucht.

#### 4.8.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>32.551,00</b>	<b>47.007,00</b>	<b>-14</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	32.445,00	45.869,00	-13
II. Sachanlagen	106,00	1.138,00	-1
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>60.335,19</b>	<b>186.705,52</b>	<b>-126</b>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10.033,24	111.501,01	-101
IV. Flüssige Mittel	50.301,95	75.204,51	-25
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>
<b>Summe Aktiva</b>	<b>92.886,19</b>	<b>233.712,52</b>	<b>-141</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>31.836,30</b>	<b>89.322,02</b>	<b>-57</b>
I. gezeichnetes Kapital	99.000,00	99.000,00	0
II. Bilanzverlust	67.163,70	9.677,98	57
<b>B. Sonstige Sonderposten</b>	<b>19.511,00</b>	<b>27.316,00</b>	<b>-8</b>
1. Andere Sonderposten	19.511,00	27.316,00	-8
<b>C. Rückstellungen</b>	<b>10.767,19</b>	<b>12.400,00</b>	<b>-2</b>
1. Steuerrückstellungen	1.367,19	0,00	1
2. sonstige Rückstellungen	9.400,00	12.400,00	-3
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	<b>26.771,70</b>	<b>104.674,49</b>	<b>-78</b>
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	16.633,55	14.668,00	2
2. sonstige Verbindlichkeiten	10.138,15	90.006,49	-80
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>4.000,00</b>	<b>0,00</b>	<b>4</b>
<b>Summe Passiva</b>	<b>92.886,19</b>	<b>233.712,51</b>	<b>-141</b>

#### 4.8.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2021	2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	240.579,23	398.417,71	158
2. Erträge aus Spenden	42.135,00	27.500,00	-15
3. Gesamtleistung	282.714,23	425.917,71	143
4. sonstige betriebliche Erträge	625.713,23	598.866,46	-27
a) Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	7.805,00	7.805,00	0
b) übrige sonstige betriebliche Erträge	617.908,23	591.061,46	-27
5. Materialaufwand	418.506,67	539.366,85	121
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.623,53	16.297,94	15
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	416.883,14	523.068,91	106
6. Personalaufwand	306.175,29	322.078,18	16
a) Löhne und Gehälter	248.990,41	263.792,16	15
b) soziale Abgaben	57.184,88	58.286,02	1



7. Abschreibungen	14.648,00	14.456,00	0
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	14.648,00	14.456,00	0
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	195.725,34	198.208,75	2
a) Raumkosten	8.138,47	8.069,79	-0
b) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	0,00	80,00	0
c) Fahrzeugkosten	17.001,67	22.061,88	5
d) Werbe- und Reisekosten	95.230,19	105.986,95	11
e) verschiedene betriebliche Kosten	75.355,01	62.010,13	-13
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	4.870,38	8.160,11	3
<b>10. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>-31.498,22</b>	<b>-57.485,72</b>	<b>-26</b>
<b>11. Jahresfehlbetrag</b>	<b>31.498,22</b>	<b>57.485,72</b>	<b>26</b>
12. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	21.820,24	9.677,98	-12
<b>13. Bilanzgewinn / Bilanzverlust</b>	<b>9.677,98</b>	<b>67.163,70</b>	<b>57</b>

#### 4.8.8 Kennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	34	38	-4
Eigenkapitalrentabilität	-181	-35	-145
Anlagendeckungsgrad 2	213	439	-226
Verschuldungsgrad	118	131	-13
Umsatzrentabilität	-14	-13	-1

#### Individuelle Leistungskennzahlen

Geschäftsjahr	Besucher	Anzahl der Veranstaltungen
2014	10.000	50
2015	10.400	36
2016	> 7.000	21
2017	7.000	30
2018	> 8.000	27
2019	> 8.300	28
2020	2.000	15
2021	3.300	19
2022	6.300	28

#### 4.8.9 Personalbestand

Im Berichtsjahr beschäftigte die GmbH durchschnittlich 5 Mitarbeiter (Vj. 3,5).

#### 4.8.10 Geschäftsentwicklung

##### Grundlagen und Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Wege durch das Land gemeinnützige GmbH wurde am 3. November 2009 gegründet. Gesellschafter sind das Literaturbüro Ostwestfalen-Lippe in Detmold e.V., der Landesverband Lippe, die Kreise Lippe, Paderborn, Höxter, Minden-Lübbecke und Gütersloh sowie die Stadt Bielefeld. Im Jahr 2019 ist als weiterer Gesellschafter der Kreis Herford der Gesellschaft beigetreten. Die Gesellschaft hat den Zweck, durch Veranstaltungen und Veröffentlichungen der Pflege des kulturellen Lebens zu dienen, volksbildend zu wirken, das Kunstverständnis zu wecken und zu vertiefen und damit die Allgemeinheit zu fördern. Ihre Aufgabe besteht darin, alljährlich das bekannte Literatur- und Musikfestival „Wege durch das Land“ zu planen, vorzubereiten und durchzuführen sowie durch geeignete Maßnahmen weiterzuentwickeln. Das Literatur- und Musikfestival „Wege durch das Land“ ist als regionales Expo-Projekt vom Literaturbüro Ostwestfalen-Lippe in Detmold e.V. konzipiert. Es wird

seit dem Jahr 2000 an verschiedenen Orten in der Region Ostwestfalen-Lippe im Rahmen von Lesungen von Schauspielern und Schriftstellern sowie Konzerte, Einführungen und Gespräche, literarische Exkursionen, Inszenierungen, Publikationen, Reden zur Architektur jährlich in der Zeit von Mai bis Juli durchgeführt.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigte Zwecke. Die Finanzierung des mittlerweile überregional bekannten Festivals erfolgt durch Eintrittsgelder, Sponsoren, Spenden, Gesellschafterbeiträge und öffentliche Zuschüsse.

#### *Geschäftsverlauf*

Das 23. Literatur- und Musikfestival „Wege durch das Land“ fand im Geschäftsjahr 2022 in der Zeit vom 14. Mai bis 31. Juli 2022 an 21 verschiedenen Orten in ganz Ostwestfalen-Lippe mit 28 Veranstaltungen (im Vorjahr 19 Veranstaltungen) und mit über 130 Künstler\*innen statt. Insgesamt haben ca. 6.300 Besucher\*innen das Gesamtprogramm verfolgt. Im Vergleich zum Vorjahr, wo die Veranstaltungen unter strengeren Corona-Bedingungen und damit verbundenen Einschränkungen (Abstandsregelung und Hygienekonzepte) durchgeführt werden mussten, war dies ein Zuwachs von 91 %

Insgesamt konnte das Festival in 2022 wieder so durchgeführt werden, wie es im Vorfeld geplant war. Gleichwohl hat in 2022 die Zahl der Besucher\*innen noch nicht das Niveau von vor Corona erreicht.

#### *Lage der Gesellschaft*

#### *Ertragslage*

Das Gesamtergebnis wird im Folgenden durch eine Erfolgssplattung auf die einzelnen Werttreiber aufgeteilt. So lässt sich die Veränderung zum Vorjahr gut darstellen.

	2022		2021		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Eintrittsgelder	199	19,4	104	11,4	+95
Öffentliche Förderung	271	26,5	343	37,8	-72
Sponsoren/Förderer	303	29,6	237	26,2	+66
Gesellschafterbeiträge	151	14,7	143	15,7	+8
Spender	27	2,6	42	4,6	-15
Übrige Erträge	74	7,2	39	4,3	+35
Betriebliche Erträge i.e.S	1025	100,0	908	100,0	+117
Veranstaltungsaufwand	645	59,6	514	56,6	+131
Personalaufwand	322	29,8	306	33,7	+16

Übrige Aufwendungen	115	10,6	120	13,2	-5
Betriebliche Aufwendungen i.e.S.	1082	105,6	940	103,5	+142
Gesamtergebnis	-57	-5,6	- 32	- 3,5	-25

Gegenüber dem Vorjahr sind die Umsätze aus Eintrittsgeldern um 95 T€ gestiegen. Insgesamt liegt dieser Einnahmenposten weiterhin unterhalb der Vor-Coronazeit. Gründe für die Steigerung liegen in einer Zunahme der Besucherzahlungen aufgrund der in 2022 erfolgten Lockerungen bei den Abstandsregelungen. Im Geschäftsjahr 2022 konnten Mittel des Landes Nordrhein-Westfalen in Höhe von 248 T€ vereinnahmen. Die größten Zuwendungsgeber für das Geschäftsjahr 2022 waren die Kunststiftung NRW mit 125 T€, die Stiftung für Kunst und Kultur mit 5 T€, die Stiftung der Sparkasse Paderborn-Detmold mit 3 T€, der Landschaftsverband Westfalen-Lippe mit 10 T€ und die Sparkassenstiftung für den Kreis Höxter mit 2 T€.

Die Aufwendungen für Veranstaltungen sind um 131 T€ gestiegen. Die Steigerung begründet sich durch eine in 2022 erhöhte Veranstaltungszahl und eine Zunahme an Veranstaltungsorte.

Der Personalaufwand hat im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um 16 T€ zugenommen. Grund dafür sind der gestiegene Bedarf an Aushilfen gegenüber dem Vorjahr und das Auslaufen von Kurzarbeit.

#### *Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren*

Die gesamte Geschäftspolitik der Gesellschaft ist darauf ausgerichtet, langfristig nachhaltig die Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgabe zum Wohl der Allgemeinheit sicherzustellen.

Dafür notwendig ist eine nachhaltige Finanzpolitik, insbesondere dürfen dauerhaft keine Verluste erwirtschaftet werden, erforderlich. Gleichzeitig verlangt das Land Nordrhein-Westfalen als größter Fördermittelgeber, dass Gewinne auf die Förderung angerechnet und zurückzuführen sind. Um diesen finanziellen Spagat gerecht zu werden, wird jährlich ein Wirtschaftsplan aufgestellt, der in seiner Grundaussage das Ziel eines mindestens ausgeglichenen Jahresergebnisses (0 € bis +/-5 T€) entspricht hat. Die Erreichung der wirtschaftlichen Ziele erfolgt unterjährig regelmäßig anhand von Soll-Ist-Vergleichen.

Die Kreditoren- und die Debitorenliste wird wöchentlich durchgesehen. Es erfolgt eine regelmäßige Analyse der Finanzlage unter Beachtung der Vergleichszahlen aus dem Vorjahr. Zusätzlich wird die Entwicklung der Verkaufszahlen, insbesondere aus dem Kartenvorverkauf, beobachtet. Gleichzeitig wird ein monatliches Monitoring des Wirtschaftsplanes zur Finanzrechnung genutzt, um Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen und um korrigierend eingreifen zu können,

Als operative Steuerungsgrößen (Kennzahlen) haben sich auch nicht-finanzielle Indikatoren bewährt, die unterjährig regelmäßig überprüft werden und auch zur Risikosteuerung dienen. Dies sind im Wesentlichen die Entwicklung des Kartenvorverkauf, die Zusagen von Sponsoren und Spendern, die Reputation der engagierten Künstler\*innen und deren Bekanntheitsgrad und die Akzeptanz der für die Veranstaltungen ausgesuchten Örtlichkeiten. Natürlich sind diese einzelnen Steuerungsgrößen nicht frei von Interdependenzen und Unwägbarkeiten, wie etwa die Wetterlage in den Veranstaltungsmonaten. Da die Gesellschaft ihre satzungsmäßigen Aufgaben langfristig nachkommen und in der Region Ostwestfalen-Lippe als führende kulturschaffende Einrichtung wahrgenommen werden möchte, besteht der Anspruch eine bestimmte Anzahl von

Veranstaltungen pro Jahr durch namhafte Künstler\*innen an attraktiven und repräsentativen Orten in Ostwestfalen-Lippe durchzuführen.

## **Prognosebericht**

Im aktualisierten Wirtschaftsplan 2022 ist von einem ausgeglichenen Jahresergebnis mit Gesamterträgen und -aufwendungen von jeweils 1.017 T€ ausgegangen worden. Der Jahresfehlbetrag für 2022 beträgt -57 T€. Die Planung für das Jahr 2022 konnte somit nicht vollumfänglich realisiert werden. Während sich die Erträge in 2022 mit 1.025 T€ vergleichsweise im Plan bewegten, überstiegen die Aufwendungen die Planung um 68 T€.

Die Geschäftsführung ist zuversichtlich, im Geschäftsjahr 2023 wieder ein ausgeglichenes Jahresergebnis zu erreichen. Insgesamt werden für die geplante Veranstaltungsreihe im Jahr 2023 deutlich gesteigerte Einnahmen erwartet. Dieses Ziel scheint realistisch, da Zusagen über Fördergelder vorliegen, erhöhte Spenden und Sponsorengelder zu verzeichnen sind und bereits vor dem Erscheinen des Programmheftes eine hohe Nachfrage nach Karten zu verzeichnen war.

Auch konnten namhafte Künstler gewonnen werden, mit denen entsprechend unterschriebene Verträge vorliegen. Gleichzeitig wurden die Veranstaltungsorte für die 22 Veranstaltungen der Saison 2023 so gewählt worden, dass der ganze Bereich Ostwestfalen-Lippe abgedeckt wird und die Örtlichkeiten klangvoll, aber auch für die Besucher gut erreichbar sind. Insgesamt werden für das Jahr 2023 laut Wirtschaftsplan Gesamterträge in Höhe von 932 T€ erwartet.

Die Aufwendungen, für 2023, insbesondere für die geplanten Veranstaltungen, werden über Ausschreibungen vergeben. Damit kann die Aufwandsseite realistisch geplant und mögliche Risiken für 2023, insbesondere durch einen Vergleich mit dem Wirtschaftsplan für 2023 frühzeitig erkannt werden. Für das Jahr 2023 geht die Gesellschaft laut Wirtschaftsplan von Gesamtaufwendungen in Höhe von 930 T€ aus.

## **Chancen- und Risikobericht**

### **Risikobericht**

#### *Gesamtwirtschaftliche, branchenspezifische Risiken*

Sollte die Inflation auf dem jetzigen hohen Niveau verweilen und die Energiekrise mit weiter bestehen, kann dies die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft, Zuschussgeber, Sponsoren, Förderer, Spender und Veranstaltungsbesucher und damit das Ertragsniveau negativ beeinflussen. Die sich abzeichnende erhöhte Nachfrage nach kulturellen Veranstaltungen könnte einbrechen. Daraus können sich deutliche Ertrags- und Ergebnisrisiken für die Gesellschaft ergeben. Nennenswerte Wettbewerbsrisiken liegen nicht vor, solange das Niveau der Veranstaltungen unverändert hochhalten werden kann.

#### *Ertragsorientierte und finanzwirtschaftliche Risiken*

Eine vorgenommene 5-jährige Finanzplanung für die Geschäftsjahre 2021 bis 2025 zeigt, dass es bei der Annahme nahezu gleichbleibender Rahmenbedingungen möglich ist, ausgeglichene Jahresergebnisse zu erzielen. Voraussetzung hierfür ist ein enges Monitoring zwischen dem jeweiligen Wirtschaftsplan und der Finanzbuchhaltung. Das mögliche Risiko einer Unterkapitalisierung und damit einer möglicherweise einhergehenden Liquiditätslücke wird durch eine in 2023 geplante Stammkapitalerhöhung der Gesellschafter vermieden.

### *Allgemeine betriebliche Risiken*

Im Rahmen der betrieblichen Tätigkeit ergeben sich unterschiedlichste Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft z.T. negativ beeinträchtigen können. Den Risiken begegnet die Gesellschaft neben vorbeugenden Maßnahmen wie Brandschutz und Datensicherungen - und dort, wo es sich empfiehlt, - auch mit Versicherungen.

### *Chancenbericht*

Grundsätzlich ist die Reputation der Gesellschaft sehr gefestigt. An dem deutlich gestiegenen Besucherzuspruch und den Zusagen von Künstler\*innen ist erkennbar, dass die Marke „Wege durch das Land“ bereits einen hohen Bekanntheitsgrad genießt. Dieser ist ein Ansporn neuartige Veranstaltungen zu wagen, weiterhin namhafte Künstler\*innen zu gewinnen und neue Besuchergruppen zu akquirieren.

Durch den Beitritt des Kreises Herford im Jahr 2019 sind nun alle Regionen in Ostwestfalen-Lippe direkt als Unterstützer der Veranstaltungsreihe engagiert. Somit wird die regionale Verbundenheit mit Ostwestfalen-Lippe weiter gestärkt und die Marke „Wege durch das Land“ kann zu einem führenden Anbieter von kulturellen Veranstaltungen in dieser Region weiterentwickelt werden.

Für das Literatur- und Musikfestival 2023 wartet die Gesellschaft mit dem neuen Leitungsduo Frau Dr. Traudl Bünger und Herr Tilman Strasser auf. Durch diese Neubesetzung der Künstlerischen Leitung können kreative Impulse und damit eine Weiterentwicklung des Festivals im künstlerischen Bereich erwartet werden.

Zusätzlich dürfte durch den Wegfall der staatlichen Maßnahmen zur Coronabekämpfung in 2023 und folgende Jahre ein deutlich erhöhtes Interesse der Bevölkerung nach kulturellen Erlebnissen bestehen, dass es zu nutzen gilt.

## **4.8.12 Organe und deren Zusammensetzung**

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

### Geschäftsführung

Geschäftsführerin der GmbH ist Frau Sandra Mathews.

### Gesellschafterversammlung

Vertreter des Kreises Paderborn in der Gesellschafterversammlung ist Herr Dezernent Ingo Tiemann. Dieser wird vertreten von Amtsleiterin des Kulturamtes Frau Kirsten John-Stucke.

### Aufsichtsrat

Ein Aufsichtsrat wurde nicht eingerichtet.



## 4.9 „OstWestfalenLippe GmbH“ Gesellschaft zur Förderung der Region

### 4.9.1 Basisdaten

„OstWestfalenLippe GmbH“ Gesellschaft zur Förderung der Region

Walther-Rathenau-Straße 33 - 35

33602 Bielefeld

Tel.:0521/96733-0, Fax: 0521/96733-19, Internet: [www.ostwestfalen-lippe.de](http://www.ostwestfalen-lippe.de)

Gründungsdatum: 06. Oktober 1992

### 4.9.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Öffentlicher Zweck der Gesellschaft ist die Erbringung von Dienstleistungen (Organisation von Initiativen) zur Entwicklung der Region Ostwestfalen-Lippe. Damit verbunden ist die Aufgabe der regionalen sowie landes-, bundes- und europaweiten Imageförderung für die Region Ostwestfalen-Lippe. Die Gesellschaft koordiniert von der Region ausgehende Werbe- und PR-Maßnahmen, insbesondere auch in den Bereichen Wirtschaft und Tourismus. Darüber hinaus kann die Gesellschaft weitere gesamtregionale Aufgaben wahrnehmen, wie beispielsweise

- Initiativen im Bereich Innovationsförderung (Forschung und Entwicklung),
- die Koordination regionaler Initiativen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik,
- die Koordination von Kulturförderung,
- die Koordination von Tourismusförderung.

Die Gesellschaft bietet einen abgestimmten Rahmen, den die Gesellschafter/-innen für ihre eigenen Aktivitäten zur Imageförderung nutzen können. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur im Rahmen dieser Zwecke verwendet werden. Keine Person darf durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung, begünstigt werden. Die Gesellschaft ist selbstlos tätig, sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

### 4.9.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die öffentliche Zweckerreichung ist durch die unterschiedlichste Umsetzung von Maßnahmen im Bereich der Wirtschaftsförderung, der Förderung von Wissenschaft und Technik, der Förderung arbeitsmarktpolitischer Projekte und der Förderung des Tourismus unter Einsatz und Verwendung erhaltener öffentlicher Mittel gegeben.

### 4.9.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 28.700,00 € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

Gesellschafter	EUR	%
Stadt Bielefeld	2.050,00	7,15
Kreis Gütersloh	2.050,00	7,14
Kreis Herford	2.050,00	7,14
Kreis Höxter	2.050,00	7,14
Kreis Lippe	2.050,00	7,14
Kreis Minden-Lübbecke	2.050,00	7,14
<b>Kreis Paderborn</b>	<b>2.050,00</b>	<b>7,15</b>
Wirtschaft und Wissenschaft für OWL e. V.	14.350,00	50,00
	<b>28.700,00</b>	<b>100,00</b>

#### 4.9.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn zahlte im Jahr 2022 einen Betrag von 154.158,32 € zur Finanzierung der Arbeit der Gesellschaft. Die Zahlungen erfolgten aus dem Produkt 150101 „Wirtschaftsförderung“ und dort von dem Konto 531511 „Zuschüsse OWL GmbH“.

#### 4.9.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>832.168,13</b>	<b>407.860,64</b>	<b>424,31</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	101.576,00	146.457,00	-44,88
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechten und Werten sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	101.576,00	146.457,00	-44,88
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00
II. Sachanlagen	701.592,13	232.403,64	469,19
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen	659.672,00	128.702,00	530,97
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	41.920,13	103.701,64	-61,78
III. Finanzanlagen	29.000,00	29.000,00	0,00
Wertpapiere des Anlagevermögens		29.000,00	-29,00
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>1.903.026,24</b>	<b>2.285.692,11</b>	<b>-382,67</b>
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.015.887,70	466.663,04	549,22
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	36.797,15	80.857,30	-44,06
2. Sonstige Vermögensgegenstände	979.090,55	385.805,74	593,28
II. Wertpapiere	0,00	1.535.790,15	-1.535,79
Sonstige Wertpapiere	0,00	1.535.790,15	-1.535,79
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben Bei Kreditinstituten und Schecks	876.942,89	262.540,20	614,40
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>10.195,65</b>	<b>20.698,72</b>	<b>-10,50</b>
<b>Summe Aktiva</b>	<b>2.735.194,37</b>	<b>2.693.552,75</b>	<b>41,64</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>560.010,15</b>	<b>630.583,96</b>	<b>-70,57</b>
I. Gezeichnetes Kapital	28.700,00	28.700,00	0,00
II. Gewinnvortrag	601.883,96	636.612,77	-34,73
III. Jahresfehlbetrag	-70.573,81	34.728,81	-105,30
<b>B. Sonderposten / mit Rücklagenanteil</b>	<b>560.670,00</b>	<b>189.801,00</b>	<b>370,87</b>
<b>C. Rückstellungen</b>	<b>1.265.282,24</b>	<b>1.669.389,15</b>	<b>-404,11</b>
Sonstige Rückstellungen	1.265.282,24	1.669.389,15	-404,11
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	<b>320.861,97</b>	<b>125.127,57</b>	<b>195,73</b>
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	269.418,72	86.313,17	183,11
2. Sonstige Verbindlichkeiten	51.443,25	38.814,40	12,63
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>28.370,01</b>	<b>78.651,07</b>	<b>-50,28</b>
<b>Summe Passiva</b>	<b>2.735.194,37</b>	<b>2.693.552,75</b>	<b>41,64</b>



## 4.9.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Gesellschafterzuschüsse	1.016.590,35	1.039.249,07	-23
2. Öffentliche Zuschüsse	3.765.523,17	2.333.561,33	1.432
3. Grundstückserträge	6.120,00	8.889,24	-3
4. sonstige betriebliche Erträge	1.598.522,26	1.178.615,30	420
5. Aufwendungen für Projekte	2.516.600,93	1.220.776,36	1.296
6. Personalaufwand	2.725.248,01	2.712.587,79	13
a) Löhne und Gehälter	2.278.100,98	2.262.302,20	16
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung und für Unterstützung	447.147,03	450.285,59	-3
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	71.162,98	40.378,67	31
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.143.269,09	617.502,70	526
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	87,00	2.304,91	-2
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge - davon Zinserträge aus der Abzinsung von Rückstellungen EUR 163,00	163,00	0,00	0
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere Des Umlaufvermögens	0,00	5.268,46	-5
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.083,68	755,42	0
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6,03	12,15	-0
<b>14. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>-70.352,88</b>	<b>34.637,40</b>	<b>-105</b>
15. Sonstige Steuern	220,93	91,41	0
<b>16. Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss</b>	<b>-70.573,81</b>	<b>-34.728,81</b>	<b>-36</b>

## 4.9.8 Kennzahlen

### Finanzkennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	20	23	-3
Eigenkapitalrentabilität	-13	-6	-7
Anlagendeckungsgrad 2	258	595	-337
Verschuldungsgrad	283	285	-2
Umsatzrentabilität	0	0	0

## 4.9.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2022 beschäftigte die GmbH 47 Mitarbeiter (Vj. 51).

## 4.9.10 Geschäftsentwicklung

### Geschäftsverlauf

#### Regionalentwicklung und Regionalmarketing

Der programmatische Fokus der Regionalentwicklungsarbeit der OWL GmbH ist die Initiative Innovation und Wissen, die als Gemeinschaftsinitiative von Wirtschaft und Wissenschaft, Verwaltung und Politik der Region umgesetzt wird. Im Mittelpunkt steht dabei die Förderung der digitalen und nachhaltigen Transformation in OWL. Dazu werden unterschiedliche Förderprogramme umgesetzt. Das im September 2019 gestartete neue Projekt „OWL 2025“ stand dabei im Mittelpunkt und wurde im Jahr 2022 mit den Partnern aus Wissenschaft und Wirtschaft weiter umgesetzt. Das Projekt wird aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und mit Landesmitteln finanziert. Ziel ist es, eine Strategie für die Regionalentwicklung 2023 ff. zu erarbeiten. Partner sind neben dem Fraunhofer Institut IEM in Paderborn insgesamt 40 weitere Organisationen aus OWL.

Die Aufgaben der OstWestfalenLippe GmbH sind die Gesamtkoordination, die Themenmanagements und die Koordination der Kommunikation mit den Partnern, die Kommunikation und die Evaluation sowie die Koordination von ausgewählten Leitprojekten in den Handlungsfeldern, die eine hohe strategische Bedeutung für die Region und überregionale Sichtbarkeit entfalten: Mittelstand-Digital Zentrum Ruhr-OWL, MINT Community 4.OWL, Weiterbildung 4.OWL und 5G Lernorte OWL.

Für diese vier Leitprojekte mit jeweils vier bis sechs Kernpartnern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung sowie einer großen Anzahl von assoziierten Partnern konnte die OstWestfalenLippe GmbH in Ausschreibungen des Bundes und des Landes Fördermittel akquirieren.

Erweitert wird das Portfolio um das Projekt „DigitalBüro OWL“, welches auch durch öffentliche Mittel finanziert ist.

Der Geschäftsführer und der Prokurist der OWL GmbH sind darüber hinaus – in unterschiedlichen Rollen - in die Umsetzung und Kommunikation mit dem Spitzenclusters it's OWL eingebunden.

#### REGIONALE 2022

Die REGIONALE wurde im Jahr 2022 erfolgreich umgesetzt. Hierbei konnten mit 62 REGIONALE Projekten über 175 Mio. Euro in die Region geholt werden. Die damit verbundene Aufmerksamkeit spiegelte sich in einer sehr hohen Medienresonanz wieder. In über 200 Presseberichten und mit 50 Pressemitteilungen konnten die Botschaften der REGIONALE weit über die Grenzen von OWL hinaus gesendet werden.

#### Teutoburger Wald Tourismus

Die OWL GmbH ist mit dem Fachbereich „Teutoburger Wald Tourismus“ die touristische Destinationsmanagementorganisation für die Urlaubs- und Freizeitregion Teutoburger Wald und somit zentraler touristischer Ansprechpartner für OstWestfalen Lippe. Der Bereich wird finanziert durch die Kreise und die kreisfreie Stadt Bielefeld so wie durch kommunale Tourismuspartner und Partner aus der Wirtschaft (Leistungsträger wie Hotels oder touristische Anbieter). Ein großer Teil des Gesamtbudgets wurde über Förderprojekte finanziert. Ein Teil des Budgets war für das originäre Geschäft im Tourismusmarketing vorgesehen und für das Projekt Hermannshöhen. Für die seit 2015 umgesetzten Themenmanagements Wandern, Radfahren und Gesundheit sowie für das Themenmanagement Gruppen- und Busreisen stand jeweils ein gesondertes Budget zur Verfügung. Getragen werden sie von Partnern aus Kreisen und Kommunen sowie im Falle der Busreisen von Leistungsträgern. Weitere Budgets standen für von Land und EU geförderte Projekte (Zukunftsfit Digitalisierung, Auszeit in OWL, Tourismus- Digital-Booster) zur Verfügung. Die Projekte

werden mit Eigenmitteln auch von regionalen Partnern im Wesentlichen aus den Gebietskörperschaften kofinanziert. Die Eigenleistung für das Projekt Zukunftsfit Digitalisierung wird anteilig durch zweckgebundene Spenden und Eigenmittel finanziert.

Die OWL GmbH ist Mitglied im Tourismus NRW e.V., der touristischen Dachorganisation des Landes NRW.

### **OWL Kulturbüro**

Im Mittelpunkt der Arbeit des OWL Kulturbüros stehen die Umsetzung des Förderprogramms Regionale Kulturpolitik des Landes NRW, die Pflege, Begleitung und strategische Weiterentwicklung des Netzwerkes Kulturelle Bildung in OWL, die Unterstützung von kulturpolitisch relevanten Projekten in der Region und der Ansatz, Kultur im Regionalmarketing zu stärken. Finanzielle Basis für das Kulturbüro bildet der Zuwendungsbescheid vom 29.11.2021 der Bezirksregierung Detmold für den Zeitraum vom 01.01.2022 bis zum 31.12.2024 (Festbetragsfinanzierung).

Im Rahmen des OWL Kulturbüros wurde am 1. Januar 2020 das REGIONALE 2022 Projekt „OWL.Kultur-Plattform“ gestartet. Ziel ist der Aufbau einer digitalen Informationsplattform für den Kulturbereich in OWL. Die OWL GmbH koordiniert das Projekt, weitere Partner sind die Universität Paderborn und die Fellowmind Deutschland GmbH (vormals aXon GmbH) aus Paderborn. Das Projekt wird aus Mitteln der EU und des Landes (EFRE) gefördert.

### **Regionalagentur OstWestfalenLippe**

Als Bindeglied zwischen den arbeitsmarktpolitischen Partnern und Unternehmen der Region und dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (MAGS) übernimmt die Regionalagentur OWL eine Steuerungs- und Transferfunktion im arbeitsmarktpolitischen Kontext. Sie ist zuständig für die Umsetzung der ESF-kofinanzierten Landesarbeitspolitik in OstWestfalenLippe. Die Kosten wurden zu 85 % vom Land NRW gefördert. Das Projekt endete am 30.06.2022 und wurde zum 01.07.2022 durch eine Landes- und ESF-Förderung fortgesetzt. Aufgabe ist es, die Instrumente der Landesarbeitspolitik und die Entwicklungen und Schwerpunktsetzungen der Region so miteinander zu vernetzen, dass sie ihre Wirkung optimal entfalten können. Das Schwerpunktthema ist die Fachkräftesicherung. Im Jahr 2022 standen vor allem Aktivitäten zur Umsetzung des „Aktionsprogramms Fachkräfte für OWL“ im Vordergrund. Des Weiteren werden von der Regionalagentur Coachingprogramme für die digitale Transformation für KMU in der Region umgesetzt und bekannt gemacht. Bei den Coachingprogrammen handelte es sich um ganzheitliche Beratung von KMU zu betrieblichen Veränderungsbedarfen und den damit verbundenen Veränderungsprozessen. Das Programm „unternehmensWertMensch“ unterstützte insbesondere KMU dabei, eine zukunftsfähige Personalpolitik zu entwickeln. Hierbei wurde zu den Handlungsfeldern Personalführung, Chancengleichheit, Gesundheit und Wissen beraten. Die Regionalagentur steht hier als Ansprechpartnerin für Förderinteressierte zur Verfügung.

### **Kompetenzzentrum Frau und Beruf OWL**

Mit dem Kompetenzzentrum Frau und Beruf soll die verstärkte Erschließung der Fachkräftepotenziale von Frauen gesteigert werden. Darüber hinaus sollen die beruflichen Perspektiven von Frauen verbessert werden. Nachdem die Förderung des Kompetenzzentrums im Jahr 2022 zunächst auslaufen sollte, wurde eine nahtlose Anschlussförderung erreicht. Diese Anschlussförderung wurde erreicht, weil die Landesregierung des Landes NRW die Fördermöglichkeiten wieder eröffnet hat, da das Thema „Frauen und Beruf“ als wichtiges Thema im Bereich Arbeitskräftesicherung eingestuft wurde. Die Förderung soll zunächst bis zum 30.11.2023 dauern. Aktuell berät das Kompetenzzentrum Unternehmen der Region und verleiht für in Frage kommende Unternehmen die Auszeichnung „Familienfreundliches Unternehmen“.

## **Prognose-, Chancen- und Risikobericht**

### **Risiken**

Die kurz- und mittelfristigen Risiken in der finanziellen Ausstattung der Geschäftsprozesse sind durch einen entsprechenden Planungszeitraum transparent und abgrenzbar. Der Fluss der Finanzmittel hinsichtlich der mit öffentlichen Mitteln mitfinanzierten Projekte ist aber mit Unwägbarkeiten behaftet. Dem wechselnden Umfang der Geschäftstätigkeit kann durch entsprechende Anpassungen der Personal- und Sachressourcen begegnet werden. Ebenso wird der Gefahr möglicher Zuschussrückzahlungen durch die Bildung entsprechender Rückstellungen proaktiv begegnet. Darüberhinausgehende Risiken sieht die Geschäftsführung nicht. Aktuelle Unwägbarkeiten bestehen durch den Ukraine Krieg und die dadurch bedingten wirtschaftlichen Einbrüche. Auswirkungen auf das Geschäftsjahr 2023 werden nicht gesehen. Die OWL GmbH passt ihr Arbeitsprogramm an die neue Situation an.

### **Chancen**

Vor dem Hintergrund eines zunehmend dynamischer werdenden Standortwettbewerbs geht es darum, die gesamtregionale Entwicklungsanstrengung zu stärken und so die Position von OstWestfalen-Lippe im Standortwettbewerb zu sichern. Ein wesentlicher Ansatz liegt dabei im Bündeln der regionalen Kräfte. Mit dem Technologienetzwerk it's OWL wird ein erfolgreiches inhaltliches Konzept umgesetzt, das sich insbesondere durch die konstruktive Zusammenarbeit von Projektpartnern aus Wirtschaft und Wissenschaft auszeichnet. Dabei ist die enge Zusammenarbeit zwischen OWL GmbH und it's OWL Clustermanagement GmbH ein Erfolgsfaktor. Sowohl in der strategischen Ausrichtung der Regionalentwicklung als auch insbesondere im Marketing werden gemeinsame Projekte angegangen und Synergien genutzt.

Perspektiven und entsprechende Chancen sieht die Gesellschaft auch in der Entwicklung und Umsetzung der Fokusthemen aus der Fortführung des Strategieprozesses, der daneben auch weitere Optimierungen der Unternehmensprozesse sicherstellen wird. Insgesamt ist geplant, den Grad der Digitalisierung der Unternehmensprozesse zu erhöhen und diese Effizienzinsparungen in die Akquisition von neuen Leuchtturmprojekten einbringen zu können.

### **Zusatzbericht**

#### **Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung**

Die öffentliche Zwecksetzung der OWL GmbH ist die Erbringung von Dienstleistungen (Organisation von Initiativen) zur Entwicklung der Region OstWestfalen-Lippe. Damit verbunden ist die Aufgabe der regionalen sowie landes-, bundes- und europaweiten Imageförderung für die Region OstWestfalen-Lippe. Die Gesellschaft koordiniert von der Region ausgehende Kommunikationsmaßnahmen, insbesondere auch in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Tourismus.

#### **Öffentliche Zweckerreichung**

Die öffentliche Zweckerreichung ist durch die unterschiedlichste Umsetzung von Maßnahmen im Bereich der Wirtschaftsförderung, der Förderung von Wissenschaft und Technik, der Förderung arbeitsmarktpolitischer Projekte und der Förderung des Tourismus und des Kulturbereichs unter Einsatz und Verwendung erhaltener öffentlicher Mittel gegeben.

### **4.9.11 Organe und deren Zusammensetzung**

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung: Geschäftsführer der GmbH: Herbert Weber (bis 30.09.2022), ab 01.10.2022: Björn Böker

Gesellschafterversammlung:

lfd. Nr.	Name
1	Lars Bökenkröger
2	Anna Katharina Bölling
3	Dr. Stefan Breit
4	Pit Clausen
5	Dr. Christine Disselkamp
6	Michael Dreier
7	Oliver Flaskämper
8	Michael Fröhlich
9	Ernst-Michael Hasse
10	Daniel Hartmann
11	Prof. Dr. Martin Hoffmann
12	Tim Kähler
13	Heinz-Günter Koßmann
14	Dr. Axel Lehmann
15	Burkhard Marcinkowski
16	Stefan Sievers
17	Theo Mettenborg
18	Jürgen Müller
19	Petra Pigerl-Radtke
20	Christoph Plass
21	Dr. Jens Prager
22	Prof. Dr. Birgitt Riegraf
23	Christoph Rüter
24	Karin Schlautmann
25	Prof. Dr. Ingeborg 'Schramm- Wölk
26	Michael Stickeln
27	Jörg Timmermann
28	Marianne 'Thomann-Stahl
29	Dr. Christoph von der Heiden
30	Mirco Welsing

Aufsichtsrat: Ein Aufsichtsrat wurde nicht eingerichtet.



## 4.10 Paderborner Kommunalbetriebe GmbH (PKB)

### 4.10.1 Basisdaten

Paderborner Kommunalbetriebe GmbH (PKB)

Rolandsweg 80

33102 Paderborn

Tel.:05251/1487-0, Fax: 05251/1487-99, Internet: -

Gründungsdatum: 1983

### 4.10.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der GmbH sind der Erwerb und die Verwaltung von Vermögensgegenständen jeder Art, insbesondere von Beteiligungen auf dem Energiesektor und an sonstigen kommunalen Gesellschaften sowie die Übernahme der Geschäftsführung derartiger Gesellschaften. Unternehmensgegenstand ist ferner der Betrieb von Einrichtungen im Bäderbereich und des öffentlichen Personennahverkehrs in der Stadt Paderborn, die Energie- und Wasserversorgung sowie die Wohnungsversorgung breiter Bevölkerungsschichten in der Stadt Paderborn. Die Paderborner Kommunalbetriebe GmbH unterstützt die kommunalwirtschaftlichen Beteiligungen der Stadt Paderborn und des Kreises Paderborn sowie deren Wirtschaftsbetriebe durch Beratung, Förderung und die Vermittlung von Leistungen.

### 4.10.3 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 2.126.800,00 € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

<b>Kreis Paderborn</b>	<b>117.000,00</b>	<b>5,50%</b>
Eigenbetrieb Bäderbetriebe der Stadt Paderborn	1.311.700,00	61,7%
Paderborner Kommunalbetriebe GmbH (eigene Anteile)	698.100,00	32,8%
	<b>2.126.800,00</b>	<b>100,00%</b>

### 4.10.4 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der PKB Konzern umfasst ausschließlich Einrichtungen der staatlichen Daseinsfürsorge. Die PaderBäder GmbH stellt Einrichtungen im Bäderbereich als Grundlage für die sportliche Betätigung einer breiten Bevölkerungsmasse zu erschwinglichen Preisen bereit. Dadurch dient die GmbH der Gesundheitsförderung und der Erholung. Die PaderSprinter GmbH und die Kraftverkehrsgesellschaft Paderborn mbH gewährleisten eine ausreichende Quantität und Qualität des öffentlichen Personennahverkehrs zu Fahrpreisen, die den Aufgaben eines Massenverkehrsmittels entsprechen. Die Stadtwerke Paderborn GmbH sowie die Wasserwerke Paderborn GmbH dienen der Grundversorgung der Bevölkerung mit Energie- und Wasser. Die Wohnungsgesellschaft Paderborn mbH widmet sich der sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung in der Stadt Paderborn.

### 4.10.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2022 waren keine finanziellen Auswirkungen zu verzeichnen.

#### 4.10.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

	Bilanz (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
<b>Aktiva</b>				
<b>A. Anlagevermögen</b>		<b>150.270.384,37</b>	<b>142.208.707,11</b>	<b>8.062</b>
I. Sachanlagen		1.141.750,00	1.274.175,00	-132
1. technische Anlagen und Maschinen		1.141.750,00	1.271.947,00	-130
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		0,00	2.228,00	-2
II. Finanzanlagen		149.128.634,37	140.934.532,11	8.194
1. Anteil an verbundenen Unternehmen		44.427.439,97	36.048.244,90	8.379
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		9.768.800,00	10.168.800,00	-400
3. Beteiligungen		94.932.394,40	94.717.487,21	215
<b>B. Umlaufvermögen</b>		<b>17.173.086,46</b>	<b>13.416.673,80</b>	<b>3.756</b>
I. Forderungen und sonstige II. Vermögensgegenstände		13.185.404,22	12.555.023,75	630
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		78.390,31	108.132,70	-30
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		3.747.892,47	3.794.010,87	-46
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		8.066.713,29	8.060.873,62	6
4. Forderungen gegen Gesellschafter		20.607,98	22.910,15	-2
5. sonstige Vermögensgegenstände		1.271.800,17	569.096,41	703
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		3.987.682,24	861.650,05	3.126
<b>Summe Aktiva</b>		<b>167.443.470,83</b>	<b>155.625.380,91</b>	<b>11.818</b>
<b>Passiva</b>				
<b>A. Eigenkapital</b>		<b>115.345.784,78</b>	<b>103.340.154,95</b>	<b>12.006</b>
I. ausgegebenes Kapital		1.428.700,00	1.428.700,00	0
Gezeichnetes Kapital lt. Gesellschaftsvertrag		2.126.800,00	2.126.800,00	0
abzüglich eigene Anteile		-698.100,00	-698.100,00	0
II. Kapitalrücklage		41.570.665,52	28.245.665,52	13.325
III. Gewinnrücklagen		73.665.789,43	75.713.528,67	-2.048
IV. Gewinn- / Verlustvortrag		0,00	133.479,71	-133
V. Jahresfehlbetrag		-1.319.370,17	-2.181.218,95	862
<b>B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen</b>		<b>37.916,67</b>	<b>41.166,67</b>	<b>-3</b>
<b>C. Rückstellungen</b>		<b>2.797.389,50</b>	<b>2.890.102,50</b>	<b>-93</b>
1. Rückstellungen für Pensionen		2.362.641,00	2.461.504,00	-99
2. Steuerrückstellungen		298.248,50	298.248,50	0
3. sonstige Rückstellungen		136.500,00	130.350,00	6
<b>D. Verbindlichkeiten</b>		<b>49.262.379,88</b>	<b>49.353.956,79</b>	<b>-92</b>
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		7.702.244,16	8.102.359,14	-400
2. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistungen		64.520,08	103.018,08	-38
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen.		24.246.159,58	22.692.976,33	1.553
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		0,00	9.831,53	-10
5. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		17.092.628,76	18.387.177,05	-1.295
6. sonstige Verbindlichkeiten		156.827,30	58.594,66	98
<b>Summe Passiva</b>		<b>167.443.470,83</b>	<b>155.625.380,91</b>	<b>11.818</b>



#### 4.10.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	776.907,63	687.991,21	89
2. Sonstige betriebliche Erträge	117.147,06	130.032,17	-13
3. Materialaufwand	276.179,79	261.753,79	14
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	238.913,96	224.443,47	14
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	37.265,83	37.310,32	0
4. Personalaufwand	442.779,32	520.405,71	-78
a) Löhne und Gehälter	331.819,18	353.215,91	-21
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung und Unterstützung	110.960,14	167.189,80	-56
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegen- stände des Anlagevermögens und Sachanlagen	134.196,20	140.250,10	-6
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	408.507,35	380.924,81	28
7. Erträge aus Beteiligungen	9.111.822,34	8.864.146,85	248
8. Erträge aus Gewinnabführung	3.745.683,45	2.431.721,93	1.314
9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	181.704,00	194.594,89	-13
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9.384,58	104.872,28	-95
11. Aufwendungen aus Verlustübernahme	12.559.683,42	11.382.072,31	1.178
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	983.683,33	1.050.246,69	-67
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	456.567,08	858.518,94	-402
14. Ergebnis nach Steuern	-1.318.947,43	-2.180.813,02	862
15. Sonstige Steuern	422,74	405,93	0
<b>16. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</b>	<b>-1.319.370,17</b>	<b>-2.181.218,95</b>	<b>862</b>

#### 4.10.8 Kennzahlen

##### Finanzkennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	69	66	3
Eigenkapitalrentabilität	-1	-2	1
Anlagendeckungsgrad 2	111	109	2
Verschuldungsgrad	45	51	-6
Umsatzrentabilität	-170	-317	147

#### 4.10.9 Personalbestand

Im Berichtsjahr beschäftigte die GmbH durchschnittlich 6 Mitarbeiter (Vj. 6).

#### 4.10.10 Geschäftsentwicklung

Das Jahresergebnis wird, wie bei Holdinggesellschaften, die über einen Ergebnisabführungsvertrag verfügen, üblich, überwiegend durch die vorhandenen Tochter- und Beteiligungsgesellschaften geprägt. Hierbei schlagen sich die schwierigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen grundsätzlich auch bei der PKB nieder, mit unterschiedlichen Auswirkungen in den einzelnen Bereichen.

## **Wasserwerke Paderborn GmbH**

Die Wassergewinnung und die Wasserversorgung in der Stadt Paderborn, der Stadt Bad Lippspringe und der Gemeinde Borchlen waren in den vergangenen beiden Jahren in wirtschaftlicher Hinsicht nur indirekt von der Corona-Pandemie betroffen. Mittelbare wirtschaftliche Folgen, insbesondere auch aufgrund des Angriffskrieges von Russland auf die Ukraine, zeichnen sich im Wesentlichen durch höhere Energiekosten sowie deutlich gestiegene Wasserbezugskosten sowie gestiegene Kosten für Instandhaltungsmaßnahmen ab. Die leichte Erhöhung des Wasserpreises zum 01.01.2022 konnte diese Entwicklung nur zu einem geringen Teil kompensieren, so dass der Ertrag aus der Gewinnabführung (inkl. Steuerumlage) der PKB im Vergleich zum Vorjahr geringer ausfiel.

## **Stadtwerke Paderborn GmbH**

Die Stadtwerke Paderborn beliefern Kunden im Versorgungsgebiet Kreis Paderborn mit Strom und Erdgas. Der Geschäftsverlauf 2022 war dabei im Wesentlichen von der Energiekrise geprägt. So wurden aufgrund der beschaffungsseitigen Preisentwicklung entsprechende Preiserhöhungen gegenüber den Kunden notwendig. Darüber hinaus wurde ein im Dezember 2021 beschlossener Neukundenstopp auch im Geschäftsjahr 2022 weiter beibehalten. Insgesamt konnte die Gesellschaft das Rohergebnis gegenüber dem Vorjahr steigern. Dies lag überwiegend an der Inanspruchnahme einer Rückstellung für Beschaffungskosten, die zum 31.12.2021 gebildet wurde. Insgesamt stieg der Ertrag der PKB aus der Gewinnabführung der Stadtwerke gegenüber dem Vorjahr deutlich an.

## **PaderSprinter GmbH**

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben den Geschäftsverlauf des PaderSprinters auch im Jahr 2022 beeinflusst. So lagen die Fahrgastzahlen mit rd. 16,6 Mio. Personen noch deutlich unter Stand im Jahr 2019 mit rd. 20,1 Mio. Fahrgästen. Im Vergleich dazu stiegen die Umsatzerlöse deutlich unterproportional an. Gleichzeitig führten höhere Aufwendungen im Zusammenhang mit Fahrplananpassungen und Mehrkosten im Bereich der Treibstoffe zu einem deutlichen Anstieg des Materialaufwandes. Insgesamt stieg der Aufwand aus der Verlustübernahme der PKB im Vergleich zum Vorjahr deutlich an.

## **Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG**

Die Ertragslage der WWE hängt grundsätzlich maßgeblich von der wirtschaftlichen Situation der mit einem Ergebnisabführungsvertrag angebotenen Tochtergesellschaften und somit vom Finanzergebnis ab. Dieses blieb mit 49,3 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres. Unter Berücksichtigung der gesunkenen Umsatzerlöse aus erbrachten Dienstleistungen, den niedrigeren Personalaufwendungen sowie an angestiegenen Steueraufwendungen, schloss die WWE - wie im Vorjahr - mit einem Ergebnis in Höhe von 40,7 Mio. € ab.

Mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 1,3 Mio. € hat die PKB das im Wirtschaftsplan 2022 ausgewiesene Jahresergebnis (Defizit in Höhe von 1,8 Mio. €) unterschritten.

## **Lage der Gesellschaft**

### **a. Vermögens- und Finanzlage**

Die PKB schließt das Berichtsjahr 2022 mit einer auf 167,4 Mio. € gestiegenen Bilanzsumme (Vorjahr 155,6 Mio. €) ab. Dies entspricht einer Zunahme von rd. 7,6 %.

Im Wesentlichen bedingt durch die Einlagen in die Kapitalrücklage der Wohnungsgesellschaft Paderborn mbH in Höhe von 8,5 Mio. € stiegen die Finanzanlagen im Berichtsjahr deutlich um 8,2 Mio. € auf 149,1 Mio. € und haben somit - bei der dargestellten Bilanzsummenverlängerung - einen Anteil von 89,1 % an der Bilanzsumme. Das Umlaufvermögen erhöht sich gegenüber dem Vorjahr ebenfalls. Ursächlich hierfür waren neben höheren Steuererstattungsansprüchen der Anstieg der Flüssigen Mittel.

Das Eigenkapital der Gesellschaft erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr infolge des erwirtschafteten Jahresfehlbetrages 2022 in Höhe von 1,3 Mio. € und den erhaltenen Einlagen in die Kapitalrücklagen in Höhe von 13,3 Mio. € von der Stadt Paderborn auf insgesamt 115,3 Mio. € (Vorjahr: 103,3 Mio. €) deutlich. Die Eigenkapitalquote stieg zum Bilanzstichtag trotz der erhöhten Bilanzsumme auf 68,9 % gegenüber 66,4 % zum Vorjahresstichtag. Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft kann damit nach wie vor als gut bezeichnet werden.

Die Rückstellungen reduzierten sich zum 31.12.2022 nur geringfügig auf 2,8 Mio. €.

Prägend für den Bestand der Verbindlichkeiten sind nach wie vor die im Zusammenhang mit der im Jahre 2013 erfolgten Beteiligung an der Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG aufgenommenen Darlehen. Der Rückgang der Verbindlichkeiten aufgrund der planmäßigen Tilgungen der bestehenden Darlehensverpflichtungen wurde durch höhere Verpflichtungen aus der Verlustübernahme nahezu vollständig kompensiert, sodass die Verbindlichkeiten im Ergebnis um 0,1 Mio. € auf 49,3 Mio. € zurückgingen. Sie betragen nunmehr 29,4% der Bilanzsumme. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr jederzeit gewährleistet.

## **b. Ertragslage**

Die Umsatzerlöse in Höhe von 0,8 Mio. € betreffen die eigenen Aktivitäten Wärmeversorgung, Stromerzeugung aus Photovoltaikanlagen und kaufmännischen Dienstleistungen. Sie sind leicht über dem Vorjahresniveau. Unter Einbeziehung des damit im Zusammenhang stehenden Materialaufwands und den sonstigen betrieblichen Erträgen ergab sich ein moderat gestiegenes Rohergebnis.

Das operative Ergebnis der Gesellschaft verbesserte sich im Berichtsjahr auf -0,4 Mio. € unter anderem auf Grund der gesunkenen Personalaufwendungen und rückläufigen Abschreibungen. Lediglich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich leicht.

Mit der Organschaft - einer Zusammenfassung von Beteiligungen an Versorgungsunternehmen, des öffentlichen Personennahverkehrs und einer Bädergesellschaft - wurde neben der einheitlichen Steuerung bis zum Geschäftsjahr 2020 das Ziel erreicht auf Ebene der PKB einen Ergebnisausgleich herzustellen. Diese vollständige Verlustverrechnung (inkl. der damit wirtschaftlich im Zusammenhang stehenden originären Aufwendungen der PKB) war im Geschäftsjahr 2022 erneut nicht vollständig möglich und wird auch in - zumindest mittelfristiger - Zukunft nicht in Gänze zu erfüllen sein. Im Vergleich zum Vorjahr stieg insbesondere die Verlustübernahme des PaderSprinters GmbH erneut an, so dass sich die Aufwendungen aus der Verlustübernahme insgesamt auf 12,6 Mio. € belaufen (Vorjahr 11,4 Mio. €). Die Beteiligungserträge, insbesondere an der Westfalen Weser Energie GmbH Co. KG entwickelten sich nahezu gleichbleibend. Die mit dieser Beteiligung wirtschaftlich im Zusammenhang stehenden Zinsaufwendungen reduzierten sich aufgrund der planmäßigen Tilgungen geringfügig. Die abgeführten Gewinne der Wasserwerke Paderborn und der Stadtwerke Paderborn stiegen hingegen moderat auf zusammen 3,7 Mio. € an.

Der Jahresfehlbetrag verminderte sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Mio. € auf 1,3 Mio. €. Die vorstehend aufgeführten eigenen wirtschaftlichen Betätigungen der Gesellschaft treten gegenüber den Beteiligungserträgen deutlich in den Hintergrund, tragen aber dennoch positiv zum Unternehmensergebnis bei.

### **Gesamtaussage**

Insgesamt bleibt festzustellen, dass die Aufgabe, die finanziellen Verluste aus dem öffentlichen Bäderbetrieb und dem öffentlichen Personennahverkehr, als Bestandteil der Daseinsvorsorge, auszugleichen, für die PKB nicht mehr vollständig möglich ist. Angesichts der weiterhin schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Geschäftsjahr 2022 ist die Geschäftsführung mit der Entwicklung insgesamt zufrieden.

### **Risikomanagement und -prozess**

Die PKB hat ein Risikomanagement eingerichtet, damit Risiken frühzeitig identifiziert und bewertet werden. Entsprechend der möglichen Schadenshöhe werden die Risiken in Klassen eingeordnet und mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit versehen. Die Klassen reichen von „gering“ über „mittel“ und „groß“ bis hin zu „hoch“. Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung gegen finanzielle Risiken jeglicher Art.

### **Prognosebericht**

Die PKB wird im Geschäftsjahr 2023 Einlagen in die Kapitalrücklage der Wohnungsgesellschaft Paderborn mbH, einer 100 %igen Tochtergesellschaft, in Höhe von voraussichtlich 10,5 Mio. € leisten. Diese werden durch Einlagen in die Kapitalrücklage der PKB durch die Stadt Paderborn finanziert. Zusätzlich wird die Stadt Paderborn zur Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und zur Sicherstellung der Liquidität eine weitere Einlage in die Kapitalrücklage in Höhe von voraussichtlich 9,4 Mio. € leisten.

Für das Geschäftsjahr 2023 rechnet die Geschäftsführung mit leicht steigenden Umsatzerlösen aus dem Bereich der Wärmelieferung. Diese positive Entwicklung wird durch die steigenden Materialaufwendungen und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen vollständig aufgezehrt. Die geplanten Beteiligungserträge werden sich voraussichtlich leicht rückläufig entwickeln. Gleichzeitig werden auch die erneut deutlich steigenden Aufwendungen aus der Verlustübernahme, insbesondere des PaderSprinters, das Jahresergebnis erheblich belasten. Die Planung für das Geschäftsjahr 2023 weist einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 7,3 Mio. € aus.

Die PKB ist mit den bestehenden Beteiligungen an Versorgungsunternehmen ertragsmäßig grundsätzlich gut aufgestellt. Die vermutlich weiter steigenden und zu übernehmenden Verluste der PaderBäder und des PaderSprinters werden dazu führen, dass die Gesellschaft zur Sicherung der der Liquidität in den kommenden Jahren und für einen noch nicht abschätzbaren Zeitraum auf externe Mittelzuflüsse angewiesen sein wird

### **Chancen und Risiken**

Aufgrund der geplanten Ausweitung des öffentlichen Personennahverkehrs sowie des bevorstehenden Wechsels der Antriebsarten, hin zu emissionsfreien bzw. emissionsarmen Fahrzeugen, wird das Defizit des PaderSprinters in den kommenden Jahren vermutlich weiter zunehmen. Damit wird die PKB -alleine- nicht in der Lage sein, mit Beteiligungserträgen und eigenen Erlösen die Verlustausgleichsverpflichtungen vollständig zu erfüllen. Zu berücksichtigen sind dabei auch die eigenen Zahlungsverpflichtungen aus den bestehenden Verbindlichkeiten. Andererseits geht die Geschäftsführung davon aus, dass die Ertragslage der

Versorgungsunternehmen, an denen Beteiligungen bestehen, mittelfristig relativ unverändert bleiben und somit langfristige für eine stabile Ertragssituation sorgen wird.

#### 4.10.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung: Geschäftsführer der PKB GmbH ist Herr Markus Tempelmann, Kämmerer der Stadt Paderborn.

Gesellschafterversammlung: Dezernentin Ltd. Kreisrechtsdirektorin Annette Mühlenhoff für den Gesellschafter Kreis Paderborn und Ltd. Städt. Verwaltungsdirektor Rudolf Oberließen für die Gesellschafterin Stadt Paderborn.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat besteht neben den geborenen Mitgliedern (Bürgermeister der Stadt Paderborn) aus 18 weiteren stimmberechtigten Mitgliedern. Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat der PKB GmbH ist Kämmerer Herr Tiemann.

Zusammensetzung des Aufsichtsrats zum 31.12.2022:

lfd. Nr.	Name
1	Dreier, Michael
2	Mertens, Markus
3	Scherhans, Catharina
4	Borgmeier, Reinhard
5	Bürger, Markus
6	Dülme, Matthias
7	Grabenstroer, Carsten
8	Henze, Franz-Josef
9	Honervogt, Dietrich
10	Hoppe, Stephan
11	Kemper, Andreas
12	Koch, Ulrich
13	Konersmann, Ludger
14	Rittmeier, Florian
15	Schaefer, Bernhard
16	Schröder, Dr. Klaus
17	Senn, Alexander
18	Tiemann, Ingo

#### 4.10.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 18 Mitgliedern eine Frau an (Frauenanteil: 5,55 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

#### 4.10.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.

#### 4.10.14 Beteiligungen

An folgenden Unternehmen bestehen Beteiligungen:

	Name der Gesellschaft/ Sitz		Eigen- kapital	Anteil am Kapital	Jahres- ergebnis
	<b>unmittelbare Beteiligung</b>		TEuro	%	TEuro
1.	Wasserwerke Paderborn GmbH, Paderborn		21.486,2	82,027	0,0*
2.	PaderBäder GmbH, Paderborn		16.566,9	100,0	0,0*
3.	PaderSprinter GmbH, Paderborn		11.763,3	100,0	0,0*
4.	Stadtwerke Paderborn GmbH, Paderborn		500,0	100,0	0,0*
5.	Wohnungsgesellschaft Paderborn mbH, Paderborn		7.770,6	100,0	-198,0
6.	Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG, Paderborn		619.515,7	20,429	40.702,90
7.	BePa Windkraft GmbH & Co. KG, Paderborn		300	45,506	617,2
8.	Wärmeservice Paderborn GmbH, Paderborn		157,2	50,0	-33,6
	<b>mittelbare Beteiligung (beteiligt)</b>	<b>über</b>			
9.	Wassernetz- Servicegesellschaft mbH, `` Paderborn	1.	323,9	5,0	26,7
10.	Egge-Wasserwerke GmbH, Paderborn	1.	2.634,0	33,3	0,0
11.	Gemeinschaftswasserwerke Boker-Heide GmbH, Paderborn	1.	26,1	33,3	0,0
12.	Kraftverkehrsgesellschaft Paderborn mbH, Paderborn	3.	29,2	100,0	0,0 *
	* es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag				
	** den Angaben liegt der Jahresabschluss zum 31.12.2021 zugrunde				

## **4.11 Vereinigung der kommunalen RWE-Aktionäre Westfalen GmbH i. L.**

### **4.11.1 Basisdaten**

Vereinigung der kommunalen RWE-Aktionäre Westfalen GmbH (VKA-Westfalen)

c/o DSW21

Deggingstraße 40

44141 Dortmund

Tel.: 0231/50-26045, Fax: 0231/50-27148, Internet: [www.vka-rwe.de](http://www.vka-rwe.de)

Gründungsdatum: 1968

### **4.11.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft**

Gegenstand der GmbH ist die Bildung und Vertretung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen.

### **4.11.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Die Gesellschaft leistet insbesondere im kommunalen Raum Aufklärung in energiewirtschaftlichen Fragen für ihre Anteilseigner.

### **4.11.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse**

Das Stammkapital beträgt 31.720,00 € und ist aufgeteilt in 116 Stammeinlagen zu je 260,00 € sowie 3 Stammeinlagen zu je 520,00 €. Die Gesellschafter Dortmund Stadtwerke AG und Stadtwerke Herne AG halten jeweils vier Geschäftsanteile zu 260,00 €. Die übrigen 19 Gesellschafter halten zum 31.12.2020 jeweils zwei Geschäftsanteile zu 260,00 €.

Die Vka-Westfalen hält zum Bilanzstichtag 70 eigene Geschäftsanteile zu 260,00 € und drei Geschäftsanteile zu 520,00 €. Der Nennwert dieser Anteile wird in der Bilanz offen vom Stammkapital abgesetzt.

Der Kreis Paderborn ist mit 520,00 € an der Vka-Westfalen beteiligt.

### **4.11.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen**

Nach Abschluss der Liquidation, Ablauf des Sperrjahres (09.07.2022), hat der Liquidator eine Schlussrechnung für die Gesellschafter erstellt, um das Restvermögen der Gesellschaft unter den Gesellschaftern nach dem Verhältnis ihrer Geschäftsanteile auszukehren. Das Restvermögen betrug nach Abzug von Notarkosten und Bankgebühren rd. 39,7 T€. Der Anteil des Kreises Paderborn betrug 1.726,15 €. Die Auszahlung erfolgte Ende September 2022.

#### 4.11.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

	31.08.2022 Liquidations- schlussbilanz	30.06.2022	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0
II. Sachanlagen	0,00	0,00	0
III. Finanzanlagen	0,00	0,00	0
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>39.906,05</b>	<b>39.930,30</b>	<b>0</b>
I. Vorräte	0,00	0,00	0
II. Forderungen	0,00	141,62	0
III. Wertpapiere	0,00	0,00	0
IV. Flüssige Mittel	39.906,05	39.788,68	0
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>
<b>Summe Aktiva</b>	<b>39.906,05</b>	<b>39.930,30</b>	<b>0</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Stammkapital	31.720,00	31.720,00	0
./ Nennbetrag eigener Anteile	19.760,00	19.760,00	0
Ausgegebenes Kapital	11.960,00	11.960,00	0
II. Kapitalrücklage	11.850,30	13.111,07	0
III. Gewinnrücklagen	16.120,00	16.120,00	0
IV. Verlustvortrag	0,00	0,00	0
V. Jahresfehlbetrag/überschuss	-158,46	-1.260,77	1
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>134,21</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>
<b>Summe Passiva</b>	<b>39.906,05</b>	<b>39.930,30</b>	<b>0</b>

#### 4.11.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	31.08.2022	zum 30.06.2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	0	0,00	0
2. Bestandsveränderungen	0	0,00	0
3. andere aktivierte Eigenleistungen	0	0,00	0
4. sonstige Erträge	0,75	6.971,82	-6
4.1 Dividende	0	537,00	0
4.2 sonstige betriebliche Erträge	0	6.434,82	-6
5. Materialaufwand	0	0,00	0
6. Personalaufwand	0	0,00	0
7. Abschreibungen	0	0,00	0
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	159,21	889,39	0
9. Erträge aus Beteiligungen	0	0,00	0
10. Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0,00	0
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0,00	0
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0,00	0
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0,00	0
<b>14. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>-158,46</b>	<b>6.082,43</b>	<b>-6</b>
<b>15. Außerordentliches Ergebnis</b>	<b>0</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0,00	0
17. Sonstige Steuern	0	0,00	0
<b>18. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</b>	<b>-158,46</b>	<b>6.082,43</b>	<b>-6</b>



## 4.11.8 Kennzahlen

### Finanzkennzahlen

	Berichtsjahr 31.08.2022	Vorjahr 30.06.2021	Veränderung %
	%	%	%
Eigenkapitalquote	0	0	0
Eigenkapitalrentabilität	-1	51	-52
Anlagendeckungsgrad 2	./.	./.	
Verschuldungsgrad	1	0	1
Umsatzrentabilität	./.	./.	

### 4.11.9 Personalbestand

Herr Thorsren Bittermann (Stadt Dortmund) wurde in der Gesellschafterversammlung vom 24.11.2020 als alleiniger Liquidator und Vertreter der Gesellschaft bestellt. Neben dem Liquidator beschäftigte die Vka GmbH im Jahr 2021 kein weiteres Personal.

### 4.11.10 Geschäftsentwicklung

Bei der Vereinigung der kommunalen RWE-Aktionäre Westfalen GmbH handelt es sich um eine Kleinstkapitalgesellschaft nach § 267a HGB. Von den handelsrechtlich zulässigen Erleichterungen im Rahmen der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wird Gebrauch gemacht. Die Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach § 275 Abs. 5 HGB.

Aus einbehaltener Kapitalertragssteuer und Solidaritätszuschlag bestehen zum 30.06.2022 Forderungen gegenüber dem Finanzamt in Höhe von insgesamt 141,62 €.

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt unverändert 31.720,00 €. Es setzt sich aus 116 Stammeinlagen zu je 260,00 € und 3 Stammeinlagen zu je 520,00 € zusammen.

Die Gesellschaft Dortmunder Stadtwerke AG und Stadtwerke Herne AG halten jeweils vier Geschäftsanteile zu 260,00 €. Die übrigen 19 Gesellschafter halten zum 31.12.2020 jeweils zwei Geschäftsanteile zu 260,00 €.

Die Gesellschaft hält zum Bilanzstichtag 70 eigene Geschäftsanteile zu 260,00 € und drei Geschäftsanteile zu 520,00 €. Der Nennwert dieser Anteile wird in der Bilanz offen vom Stammkapital abgesetzt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung des Geschäftsjahres vom 01.07.2021 bis zum 30.06.2022 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.260,77 € ab. Es wird vorgeschlagen, den Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.260,77 € mit der Kapitalrücklage zu verrechnen.

### 4.11.11 Schlussvermögensauskehrung an die Gesellschafter erfolgen kann Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung/Gesellschafterausschuss. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

#### Geschäftsführung

Herr Thorsten Bittermann (Stadt Dortmund) wurde in der Gesellschafterversammlung vom 24.11.2020 als alleiniger Liquidator und Vertreter der Gesellschaft bestellt.

## Gesellschafterversammlung / Gesellschafterausschuss

<b>Mitglied</b>	
Wolfgang Gurowietz	Stadt Dortmund/Dortmunder Stadtwerke AG
Uwe Waßmann	Stadt Dortmund/Dortmunder Stadtwerke AG
Hendrik Berndsen	Stadt Dortmund/Dortmunder Stadtwerke AG
Thomas Westphal	Stadt Dortmund/Dortmunder Stadtwerke AG <b>(Vorsitzender)</b>
Guntram Pehlke	Stadt Dortmund/Dortmunder Stadtwerke AG
Jörg Jacoby	Stadt Dortmund/Dortmunder Stadtwerke AG
Hans-Wolfgang Neige	Stadt Herne/Stadtwerke Herne AG
Dr. Karl Schneider	Hochsauerlandkreis
Peter Brandenburg	Hochsauerlandkreis
Christoph Rüter	Kreis Paderborn
Dr. Martin Sommer	Kreis Steinfurt
Dr. Olaf Gericke	Kreis Warendorf
Martin Püschel	Stadt Lünen
Lars König	Stadt Witten
Matthias Löb	Landschaftsverband Westfalen-Lippe
Dr. Georg Lunemann	Landschaftsverband Westfalen-Lippe

## 4.12 Verband der kommunalen RWE-Aktionäre Gesellschaft mit beschränkter Haftung Essen

### 4.12.1 Basisdaten

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre Gesellschaft mit beschränkter Haftung (VKA)

Rüttenscheider Str. 62

45130 Essen

Tel.:0201/243439, Fax: 0201/222974, Internet: www.vka-rwe.de

Beteiligungsjahr: 2021

### 4.12.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der GmbH ist die Bildung und Vertretung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen nach innen und nach außen sowie die Unterstützung und Beratung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung der Daseinsvorsorge..

### 4.12.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Handlungen vorzunehmen und alle geschäftlichen Maßnahmen zu ergreifen, die zur Erfüllung des Gesellschaftszweckes notwendig und nützlich erscheinen.

### 4.12.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 127.822,97 €. Der Kreis Paderborn ist mit 511,29 € (=0,40 %) an der Vka-Westfalen beteiligt.

### 4.12.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2022 waren keine finanziellen Auswirkungen zu verzeichnen

### 4.12.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	30.06.2022	30.06.2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>77.357,51</b>	<b>101.574,37</b>	<b>-24</b>
I. Sachanlagen	1.151,68	978,24	0
II. Finanzanlagen	76.205,83	100.596,13	-24
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>297.403,13</b>	<b>87.000,90</b>	<b>210</b>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.120,74	8.826,83	-2
IV. Guthaben bei Kreditinstituten	290.282,39	78.174,07	212
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>2.455,00</b>	<b>2.455,00</b>	<b>0</b>
<b>Summe Aktiva</b>	<b>377.215,64</b>	<b>191.030,27</b>	<b>186</b>

## Passiva

<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Gezeichnetes Kapital	127.822,97	127.822,97	0
./. Nennbetrag eigener Anteile	0,00	-38.981,03	39
Ausgegebenes Kapital	127.822,97	88.841,94	39
II. Kapitalrücklage	255.546,55	185.808,00	70
III. Gewinnrücklagen Ausgleichsrücklage		0,00	0
I V. Bilanzverlust	-255.949,99	-170.269,45	-86
	<b>127.419,53</b>	<b>104.380,49</b>	<b>23</b>
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>10.400,00</b>	<b>10.400,00</b>	<b>0</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>239.396,11</b>	<b>76.249,78</b>	<b>163</b>
<b>Summe Passiva</b>	<b>377.215,64</b>	<b>191.030,27</b>	<b>186</b>

### 4.12.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	30.06.2022	30.06.2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Sonstige Erträge	61.469,63	80.674,00	-19
2. Personalaufwand	239.390,50	222.759,82	17
a) Gehälter	206.392,07	196.908,14	9
b) Soziale Abgaben	32.998,43	25.851,68	7
3. Abschreibung auf Sachanlagen	323,98	236,31	0
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	91.990,14	58.381,71	34
5. Erträge aus anderen Wertpapieren	14.285,00	12.715,00	2
<b>6. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>-255.949,99</b>	<b>-187.988,84</b>	<b>-68</b>
<b>7. Jahresfehlbetrag</b>	<b>-255.949,99</b>	<b>-187.988,84</b>	<b>-68</b>
8. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-170.269,45	2.670.365,29	2.500
9. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	170.269,45	2.288.084,68	-2.118
<b>10. Entnahme aus Gewinnrücklagen/Ausgleichsrücklage</b>	<b>0,00</b>	<b>400.000,00</b>	<b>-400</b>
<b>11. Bilanzverlust</b>	<b>-255.949,99</b>	<b>-170.269,45</b>	<b>-86</b>

### 4.12.8 Kennzahlen

#### Finanzkennzahlen

	Berichtsjahr 30.06.2022	Vorjahr 30.06.2021	Veränderung
	%	%	%
Eigenkapitalquote	34	55	-21
Eigenkapitalrentabilität	-200	-133	-67
Anlagendeckungsgrad 2	488	188	300
Verschuldungsgrad	196	83	113
Umsatzrentabilität	./.	./.	

### 4.12.9 Personalbestand

Zum 30. Juni 2022 waren zwei Mitarbeiter beschäftigt (ohne Mitglieder der Geschäftsführung).

### 4.12.10 Geschäftsentwicklung

Seit dem 1. Juli 2021 (Beginn des Geschäftsjahres) sind die beiden ehemaligen Vka-Verbände Essen (Rheinland) und Dortmund (Westfalen) in der Vka GmbH zusammengeführt. Gegenstand der Gesellschaft ist

nach dem Gesellschaftsvertrag vom 24. November 2020 die Bildung und Vertretung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen nach innen und nach außen sowie die Unterstützung und Beratung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung der Daseinsvorsorge. Hierzu hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr einzelne Gesellschafter in energiewirtschaftlichen Fragen ihrer Gebiete beraten und insgesamt den Informationsaustausch zur Energiewende, Versorgungssicherheit und Energiepolitik gewährleistet. Verbandspositionen wurden gegenüber staatlichen Stellen, der RWE AG, anderen Verbänden und der Öffentlichkeit vertreten. Mit der Durchführung der Aufgaben der Gesellschaft sind laufende Aufwendungen verbunden, die durch Vor- und Nachschüsse der Gesellschafter gedeckt werden. Eigene Umsätze sowie sonstige wesentliche Erträge werden in der Regel nicht erzielt. Dementsprechend führte die Geschäftstätigkeit regelmäßig zu Jahresverlusten, die das Eigenkapital minderten. Die Fehlbeträge wurden zu einem wesentlichen Teil durch Nachschüsse der Gesellschafter, die unmittelbar in die Kapitalrücklage der Gesellschaft eingestellt worden sind, ausgeglichen. Allerdings haben die Nachschüsse in den vergangenen Jahren nicht ausgereicht, um die Fehlbeträge jeweils vollständig auszugleichen. In der Vereinbarung zwischen dem Vka Essen (Rheinland) und der Vka Dortmund (Westfalen) vom 24.11.2020 ist als Ziel die paritätische Finanzierung des Vka durch die „Alt- und Neugesellschafter“ formuliert worden. Die Kosten der Geschäftsstelle werden ab dem 01.07.2021 je zur Hälfte getragen, wobei der Kostenanteil für die ehemaligen Gesellschafter der Vka Dortmund auf maximal 120.000 € jährlich gedeckelt ist. Spätestens für das Geschäftsjahr 2024/2025 soll der Fehlbetrag nicht höher als 240.000 € sein. Bis dahin werden nach dem Beschluss der Gesellschafterversammlung des Vka Essen vom 27.04.2021

auf tretende Liquiditätslücken durch die „Altgesellschafter“ und über den Verkauf von Allianz- Aktien geschlossen. So soll nun auch für den Ausgleich des Verlustvortrags aus dem Geschäftsjahr 2020/2021 (170.269,45 €), des Fehlbetrages im Geschäftsjahr 2021/2022 (255.949,99 €) und zur weiteren Liquiditätssicherung verfahren werden.

Die Geschäftsführung wurde zudem beauftragt, auf der Grundlage einer Kostenanalyse Empfehlungen zur Senkung der Gesamtkosten der Geschäftsstelle bei der personellen und sächlichen Ausstattung zu erarbeiten. In der Gesellschafterversammlung am 02.12.2021 wurden die Ergebnisse der Kostenanalyse vorgestellt. Danach entfallen bezogen auf das Geschäftsjahr 2020/21 rd. 88 % der Gesamtkosten auf das Personal und die Miete einschließlich Nebenkosten, so dass signifikante Aufwandsreduzierungen sich auch nur bei diesen Kostenpositionen erzielen lassen können. Die Erarbeitung von Handlungsoptionen war in den vergangenen Monaten darauf ausgerichtet. In dieser Zeit ist es der Geschäftsführung gelungen, einen Restrukturierungsprozess einzuleiten, dessen Ergebnisse zu einer deutlichen Aufwandsreduzierung führen werden. Und dies nicht erst ab dem Geschäftsjahr 2024/2025, sondern bereits ab 2022/2023, also zwei Jahre früher. Insgesamt ergibt sich eine Aufwandsreduzierung von rd. T€ 31.

Unter Berücksichtigung der übrigen Erlös- und Aufwandspositionen reduzieren sich die Aufwendungen im Wirtschaftsplan 2022/2023 damit auf 258.500 €. Damit ist das Kostensenkungspotenzial bis auf weiteres ausgeschöpft. Mit Blick auf die aktuelle Inflationsrate, zu erwartende Tarifabschlüsse, steigende Energiepreise und die allgemeine Kostenentwicklung werden künftige Wirtschaftspläne auf dem jetzt erreichten Niveau vermutlich sogar wieder Aufwandssteigerungen verkraften müssen. Da das Stammkapital der Gesellschaft zu schützen ist, wird nach dem dadurch begrenzten Verkauf von Allianz-Aktien dann auch kein Weg an einer Erhöhung der Vorschüsse vorbeiführen.

Mit dem Zusammenschluss der beiden Vka-Verbände Essen und Dortmund ist die Anzahl der Geschäftsführer von vier auf zwei reduziert worden. Zumindest bis zum 30.06.2024 wird das nach den Beschlüssen der Gesellschafterversammlung auch so bleiben. Ob es dann zum 01.07.2024 unter strategischen und finanziellen Gesichtspunkten Veränderungen geben soll, bedarf vorbereiteter Entscheidungen der Gesellschafter. Diese sollen in der Herbstsitzung 2023 getroffen werden, um einen hinreichenden Umsetzungszeitraum nutzen zu können. Die Geschäftsführung wird in Abstimmung mit den Vorsitzenden des Verwaltungsrates und der Gesellschafterversammlung rechtzeitig Handlungsalternativen erarbeiten.

Als weitere Konsequenz der Fusion hat die Gesellschafterversammlung am 27.04.2021 personelle Veränderungen in der Geschäftsführung beschlossen. Der bisherige Geschäftsführer Ernst Gerlach ist mit Ablauf des 30.06.2021 ausgeschieden, als Nachfolger wurde zum 01.07.2021 Herr Udo Mager zum Geschäftsführer bestellt. Ferner ist Herr Peter Ottmann mit Ablauf des 31.12.2021 aus der Geschäftsführung ausgeschieden; Herr Ingolf Graul wurde durch die Gesellschafterversammlung am 02.12.2021 zum 01.01.2022 als weiterer Geschäftsführer bestellt.

Am 15.06.2021 und mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.07.2021 sind die vom Vka selbst gehaltenen Geschäftsanteile mit einem Gesamtvolumen von € 38.981,03 an Gesellschafter der Vka Westfalen verkauft worden. Außerdem sind an diesem Tag weitere fünf Geschäftsanteile im Gesamtnennwert von € 3.149,58 von „Altgesellschaftern“ an Gesellschafter der Vka Westfalen mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01.07.2021 verkauft worden. Diese insgesamt € 42.130,61 entsprechen einem Anteil von 32,96 % am Stammkapital von € 127.822,97. Zum 01.07.2021 hatte der Vka damit insgesamt 78 Gesellschafter.

Im laufenden Geschäftsjahr ist die Kreissparkasse Köln aus dem Gesellschafterkreis ausgeschieden. Die Geschäftsanteile wurden von Hochsauerlandkreis übernommen, so dass der Vka zum 30.06.2022 insgesamt 77 Gesellschafter hat.

### **Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage**

Die wesentlichen Veränderungen der Vermögenslage der Gesellschaft im Vergleich zum Vorjahresstichtag betreffen die Finanzanlagen und das Guthaben bei Kreditinstituten. Die Finanzanlagen auf der Aktivseite verringerten sich durch die zur Liquiditätssicherung notwendigen Aktienverkäufe von T€ 101 auf T€ 76 (Buchwert). Bei den Guthaben bei Kreditinstituten sind in den ausgewiesenen T€ 290 bereits für das Geschäftsjahr 2022/2023 angeforderte Vorschüsse der Gesellschafter von T€ 226 (Vorjahr T€ 43) enthalten. Die frühzeitige Anforderung der Vorschüsse für das neue Geschäftsjahr erfolgte zur Sicherung der Liquidität. Insgesamt führte dieses zu einer Erhöhung der sonstigen Verbindlichkeiten um T€ 163 auf T€ 239 bei gleichzeitiger Erhöhung des Eigenkapitals um T€ 23 auf T€ 127 auf der Passivseite.

Wesentlicher Vermögensgegenstand sind die von der Gesellschaft gehaltenen 970 Allianz- Aktien sowie 500 E.ON SE Aktien. Die letzteren wurden ursprünglich erworben, um auch nach der Neustrukturierung von RWE und E.ON die kommunalen Interessen vertreten zu können.

Der Buchwert dieser im Finanzanlagevermögen erfassten Wertpapiere des Anlagevermögens ist zum 30. Juni 2022 mit T€ 76 in der Bilanz ausgewiesen.

Das Eigenkapital beläuft sich zum 30. Juni 2022 auf T€ 127 (30. Juni 2021: T€ 104). Es wurde durch Vorschüsse/Nachschüsse der Gesellschafter i.H.v. T€ 240 (Einstellung in die Kapitalrücklage) gestärkt und entspricht 33,8 % (30. Juni 2021: 54,6 %) der Bilanzsumme. Aus der Durchführung der satzungsmäßigen Aufgaben ergibt sich für das Geschäftsjahr 2021/22 ein Jahresfehlbetrag von T€ 256, der das Eigenkapital entsprechend gemindert hat. Eigenkapitalerhöhend hat sich der mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1.07.2021 an Gesellschafter der Vka Westfalen erfolgte Verkauf der zuvor selbst gehaltenen Geschäftsanteile in Höhe von

insgesamt T€ 39 ausgewirkt. Basierend auf dem Beschluss der Gesellschafter vom 2.12.2021 wurde der Bilanzverlust aus dem Geschäftsjahr 2020/2021 i.H.v. € 170.269,45 mit der zum 30.06.2021 vorhandenen Kapitalrücklage (185.808 €) verrechnet.

Die Ertragslage der Gesellschaft unterlag im Vergleich zum Vorjahr besonderen Einflüssen. Maßgebend dafür waren geringere Buchgewinne aus dem Verkauf von Allianz-Aktien (T€ -45) sowie einmalig gestiegene Personalkosten (T€ +17) für Urlaubsabgeltungen ausgeschiedener Mitarbeiter. Hinzu kommt, dass für die bis zum Geschäftsjahresende angefallenen Aufwendungen anlässlich einer kapitalmarktrechtlichen Beratung i.H.v. T€ 35 zunächst nur Erstattungen der Gesellschafter in Höhe von T€ 25 in Anspruch genommen wurden. Im Folge- Geschäftsjahr 2022/23 erfolgt die vollständige Kostenerstattung analog zu der finalen Honorarnote für restliche Beratungsleistungen.

Über die mit der Fusion der beiden Vka-Verbände getroffene Finanzierungsvereinbarung stehen dem Jahresfehlbetrag von T€ 256 Nachschüsse der Gesellschafter von T€ 240 und ein Bestand der Kapitalrücklage zum 30.06.2022 von T€ 16 gegenüber. Im Rahmen der Beschlüsse über die Ergebnisverwendung im Geschäftsjahr 2022/2023 wird damit ein vollständiger Ausgleich erzielt.

Die Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens betragen T€ 14 (2020/2021: T€ 13) und resultieren aus Dividendenzahlungen der Allianz-Versicherung sowie der E.ON SE. Die Finanzierung der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2021/22 jederzeit sichergestellt.

#### **Internes Kontrollsystem und Risikomanagement**

Das interne Kontrollsystem umfasst die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung, zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Aufgrund der einfachen und übersichtlichen Strukturen der Gesellschaft werden sämtliche Aufgaben im Rahmen des internen Kontroll- und Überwachungssystems von der Geschäftsführung wahrgenommen. Es gilt durchgängig ein striktes Vier-Augen-Prinzip. Sämtliche Genehmigungen und Freigaben erfolgen entweder durch beide Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen. Ein formelles Risikomanagement besteht nicht, aber Chancen und Risiken werden regelmäßig durch die Geschäftsführung identifiziert, analysiert und bewertet. Bei Bedarf greift die Geschäftsführung zudem auf externe Fachleute zurück, die die Gesellschaft bei Entscheidungen unterstützen.

#### **Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung**

Grundsätzlich wird der Fortbestand der Gesellschaft davon abhängen, dass der Bestand an Gesellschaftern weitgehend erhalten bleibt und die vollständige Finanzierung durch die Gesellschafter auch bei steigenden Kosten für den Geschäftsbetrieb getragen wird. Die Weichen für eine auskömmliche Finanzierung sind durch die zuvor beschriebenen Konsolidierungsmaßnahmen gestellt.

In 2022 hat die RWE AG eine Dividende für das Geschäftsjahr 2021 in Höhe von € 0,90 pro Aktie gezahlt. Gegenüber der Dividende für 2020 ergibt das ein Plus von € 0,05. In Zukunft soll die RWE-Dividende zunächst auf diesem Niveau gehalten und weiteres Ergebniswachstum den Investitionen in den Transformationsprozess zugeführt werden.

Obwohl der Gründungsgedanke der Anteilseigner des Vka unverändert fortbesteht, kann nicht ausgeschlossen werden, dass auch künftig Gesellschafter ihre RWE-Aktien verkaufen und aus dem Vka auszuscheiden. Die Geschäftsführung stuft diese Entwicklung als ein latentes Risiko ein. Zu beachten ist allerdings auch, dass die ehemaligen Gesellschafter der Vka Dortmund erklärt haben, in diesem Fall ihre Gesellschaftsanteile auf bis zu 50 v. H. aufstocken zu wollen.

In der zum 01.07.2021 erfolgten Zusammenführung der beiden Vka-Verbände wird – neben einer angestrebten auskömmlichen Finanzierung des Vka – aber auch die Chance gesehen, dass für die 77 Gesellschafter und RWE-Aktionäre eine noch stärkere Verwirklichung des Gesellschaftszwecks verbunden werden kann. Die Geschäftsführung möchte dabei auch weiterhin den Weg des offenen Dialogs fortsetzen und ihre Verbandsarbeit profilieren. Über regelmäßige Meetings, Veranstaltungen sowie über Rundschreiben werden die Gesellschafter kontinuierlich über alle wichtigen Diskussionsergebnisse mit Vertretern des RWE-Konzerns und relevante energiewirtschaftliche Entwicklungen informiert.

Mit Schreiben vom 25.4.2022 hat die Enkraft Impactive GmbH & Co. KG (Enkraft) wenige Tage vor der Hauptversammlung der RWE AG 2022 gegenüber dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats sowie der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)) geltend gemacht, dass sowohl den kommunalen-RWE Aktionären als auch dem Vka wegen der Verletzung von kapitalmarktrechtlichen Mitteilungspflichten nach dem Wertpapierhandelsgesetz ein Stimmrecht in der Hauptversammlung nicht zustehe und zudem die Ausschüttung von Dividenden zurückzustellen sei. Die Geschäftsführung des Vka ist diesem Ansinnen vor der Hauptversammlung unter Inanspruchnahme anwaltlicher Hilfe mit einer umfassenden Stellungnahme gegenüber dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats der RWE AG als auch gegenüber der BaFin entgegengetreten. Die in der Eingabe von Enkraft enthaltenen Vorwürfe sind nicht begründet. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die BaFin den Vorgang nicht weiter untersuchen wird. Die in diesem Zusammenhang entstandenen Aufwendungen wurden von den Gesellschaftern auf der Grundlage von Beschlüssen des Verwaltungsrates und der Gesellschafterversammlung vom 27.04.2022 übernommen.

Weitere wesentliche Chancen und Risiken, die die zukünftige bilanzielle Entwicklung der Gesellschaft beeinflussen könnten, werden von der Geschäftsführung gegenwärtig nicht gesehen. Bestandsgefährdende Risiken liegen derzeit nicht vor.

#### **Ausblick**

Die notwendigen Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien und dem Verzicht auf fossile Energieträger sind bereits gewaltige Herausforderungen, die durch die geopolitischen Entwicklungen seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 eine neue Dimension erfahren haben. Aktuell stehen die Versorgungssicherheit und bezahlbare Energiekosten im Vordergrund, ohne die klimapolitischen Ziele aufzugeben. Die Folgen für die Unternehmen der Energiewirtschaft und die Gesellschaft insgesamt lassen sich derzeit kaum seriös einschätzen. Um so wichtiger ist die Bündelung energiewirtschaftlicher Interessen der Kommunen über den Vka, denn in den Kommunen werden die Konsequenzen in erster Linie und unmittelbar spürbar.

Für das Geschäftsjahr 2022/2023 geht die Geschäftsführung nach dem Wirtschaftsplan, der in der Gesellschafterversammlung am 27.04.2022 vorgelegt wurde, von einem Jahresfehlbetrag auf Vorjahreshöhe aus, dessen Ausgleich durch die Nachschüsse der Gesellschafter erfolgt. Wesentliche Erträge sind neben gegenüber dem Vorjahr geringeren Aktienverkäufen nicht zu erwarten. Die sonstigen Aufwendungen werden sich jenseits der Sondereffekte für die kapitalmarktrechtliche Beratung um rd. T€ 30 reduzieren. Auf Basis der integrierten Liquiditätsplanung, mit der die Finanzierung der Gesellschaft bis Ende Oktober 2023 abgebildet wird, ist mit einer auskömmlichen Liquidität zu rechnen.



## 4.12.11 Organe und deren Zusammensetzung

### Geschäftsführung

lfd. Nr.	Name	
1.	Landrat a.D. Peter Ottmann	Nettetal
2.	Kämmerer a.D. Ingolf Graul	Neuss (ab 1. Januar 2022)
3.	Dipl.-Verwaltungswirt Udo Mager	Dortmund (ab 01.07.2021)

Mitglieder des Verwaltungsrates sind:

lfd. Nr.	Name	
1.	Thomas Westphal (Vorsitzender)	Oberbürgermeister Stadt Dortmund
2.	Günther Schartz (stellvertretender Vorsitzender)	Landrat Landkreis Trier-Saarburg (bis 31.12.2021)
3.	Wolfgang Spelthahn (stellvertretender Vorsitzender)	Landrat Kreis Düren (ab 1. Januar 2022)
4.	Vorstand Thomas Gäng	Stadtsparkasse Oberhausen
5.	Landrat Dr. Olaf Gericke	Kreis Warendorf
6.	Landrat Thomas Hendele	Kreis Mettmann
7.	Lars Martin Klieve	nebenamtl. Geschäftsführer EVV mbH
8.	Direktor Matthias Löb	Landschaftsverband Westfalen- Lippe (bis 30.06.2022)
9.	Direktor Dr. Georg Lunemann	Landschaftsverband Westfalen-Lippe (ab 1.7.2022)
10.	Oberbürgermeister Burkhard Mast-Weisz	Stadt Remscheid
11.	Vorstandsvorsitzender Guntram Pehlke	Dortmunder Stadtwerke AG
12.	Bürgermeisterin Karin Rodeheger	WBO Wirtschafts- und Bäderbetriebe Oelde GmbH
13.	Landrat Dr. Karl Schneider	Hochsauerlandkreis
14.	Landrat Manfred Schnur	Landkreis Cochem-Zell (ab 1.1.2022)

## 4.12.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Verwaltungsrat in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 14 Mitgliedern eine Frauen an (Frauenanteil 7,14 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von mehr als 40 Prozent nicht erreicht.

## 4.12.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird. Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.

## **4.13 Interargem GmbH**

### **4.13.1 Basisdaten**

Interargem GmbH  
Schelpmilser Weg 30  
33609 Bielefeld

Tel.:0521/3398-0, Fax: 0521/3398-199, Internet: [www.interargem.de](http://www.interargem.de)

Gründungsdatum: 22. März 1996

### **4.13.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft**

Gegenstand der Gesellschaft sind Entsorgungsgeschäfte aller Art, insbesondere Behandlung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen, Klärschlamm und sonstigen Reststoffen durch thermische Behandlung, Deponierung und Kompostierung sowie das gesamte Stoffstrommanagement, sowie damit zusammenhängende Geschäfte. Mit dem Unternehmensgegenstand verfolgt die Gesellschaft gleichzeitig einen öffentlichen Zweck auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes mittelbar und unmittelbar geeignet sind. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kann die Gesellschaft unmittelbar selbst oder mittelbar über Tochtergesellschaften tätig werden und sich anderer Unternehmen bedienen, insbesondere kann sie sich zur Erreichung des Gesellschaftszweckes an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen oder Tochterunternehmen gründen.

### **4.13.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Die Interargem GmbH betreibt über ihre Tochterfirmen MVA Bielefeld-Herford GmbH und Enertec Hameln GmbH Müllverbrennungsanlagen in Bielefeld und Hameln. In diesen werden die im Kreisgebiet anfallenden Abfälle entsorgt. Die Beteiligung an der Gesellschaft dient daher der Sicherstellung der Entsorgungspflichten des Kreises Paderborn und eröffnet die Möglichkeit zur Einflussnahme mit dem Ziel möglichst geringer Entsorgungskosten und somit niedriger Abfallgebühren.

### **4.13.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse**

Das Stammkapital beträgt 2.200.000,00 € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

Gesellschafter	Einlage (EUR)	Anteil (%)
Stadtwerke Bielefeld GmbH, Bielefeld	1.668.500,00	75,84
Kreis Herford	115.500,00	5,25
Kreis Lippe	99.700,00	4,53
Kreis Höxter	71.000,00	3,23
<b>Kreis Paderborn</b>	<b>66.000,00</b>	<b>3,00</b>
GWS Stadtwerke Hameln GmbH, Hameln	28.000,00	1,27
Samtgemeinde Nienstädt	23.000,00	1,05
HVV Herforder Versorgungs- und Verkehrs-Beteiligungs-GmbH, Herford	22.000,00	1,00
AWIGO Abfallwirtschaft Landkreis Osnabrück GmbH, Georgsmarienhütte	22.000,00	1,00
Abfallentsorgungsbetrieb des Kreises Minden-Lübbecke, Minden	22.000,00	1,00
Gemeinde Hiddenhausen	13.600,00	0,62
GEG Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen Kreis Gütersloh mbH, Gütersloh	11.000,00	0,50
Eissport-, Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft des Kreises Soest mbH, Soest	11.000,00	0,50
Abfallwirtschaftsgesellschaft Landkreis Schaumburg GmbH, Stadthagen	9.400,00	0,43
Landkreis Hameln-Pyrmont	6.000,00	0,27
Abwasserverband Auetal	3.600,00	0,16
Gemeinde Kirchlengern	3.300,00	0,15
Stadt Löhne	2.200,00	0,10
Entwicklungsgesellschaft SG Sachsenhagen mbH, Sachsenhagen	2.200,00	0,10
	<b>2.200.000,00</b>	<b>100,00</b>

#### 4.13.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Anteilswerb erfolgte durch den AV.E-Eigenbetrieb, sodass Ausschüttungen (rd. 360 T€ brutto) direkt beim AV.E-Eigenbetrieb vereinnahmt werden. Unmittelbare finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt des Kreises Paderborn bestehen nicht.

#### 4.13.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>150.477.120,52</b>	<b>150.496.774,52</b>	<b>-20</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	20.004,00	38.868,00	-19
II. Sachanlagen	3.733,00	4.523,00	-1
III. Finanzanlagen	150.453.383,52	150.453.383,52	0
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>82.197.953,63</b>	<b>52.593.906,10</b>	<b>29.604</b>
I. Forderungen	56.152.402,69	34.314.503,14	21.838
II. Guthaben bei Kreditinstituten	26.045.550,94	18.279.402,96	7.766
<b>Summe Aktiva</b>	<b>232.675.074,15</b>	<b>203.090.680,62</b>	<b>29.584</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>187.695.762,25</b>	<b>165.887.691,90</b>	<b>21.808</b>
I. Gezeichnetes Kapital	2.200.000,00	2.200.000,00	0
II. Kapitalrücklage	111.696.101,84	111.696.101,84	0
III. Gewinnrücklagen	39.991.590,06	30.876.840,34	9.115
IV. Bilanzgewinn	33.808.070,35	21.114.749,72	12.693
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>5.852.254,25</b>	<b>4.712.682,90</b>	<b>1.140</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>39.127.057,65</b>	<b>32.490.305,82</b>	<b>6.637</b>
<b>Summe Passiva</b>	<b>232.675.074,15</b>	<b>203.090.680,62</b>	<b>29.584</b>

#### 4.13.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	8.838.000,00	8.079.275,00	759
2. sonstige betriebliche Erträge	17.270,30	79.556,34	-62
3. Materialaufwand	7.031.967,18	6.389.918,54	642
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen	7.031.967,18	6.389.918,54	642
4. Personalaufwand	967.469,50	1.031.669,78	-64
a) Löhne und Gehälter	790.136,09	836.303,12	-46
b) soziale Abgaben und Aufwendungen	177.333,41	195.366,66	-18
davon für Altersversorgung	83.446,14	120.391,40	-37
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	19.654,00	20.563,02	-1
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	151.996,67	110.380,72	42
7. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	50.611.500,55	33.025.276,33	17.586
davon aus Steuerumlage	17.086.710,00	12.114.670,00	4.972
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	26.187,00	27.179,70	-1
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	268.755,35	231.909,82	37
10. Ergebnis vor Steuern	51.053.115,15	33.426.845,49	17.626
<b>11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>	<b>17.235.027,39</b>	<b>12.300.027,40</b>	<b>4.935</b>
<b>12. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>33.818.087,76</b>	<b>21.126.818,09</b>	<b>12.691</b>
13. sonstige Steuern	10.017,41	12.068,23	-2
<b>14. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</b>	<b>33.808.070,35</b>	<b>21.114.749,86</b>	<b>12.693</b>

#### 4.13.8 Kennzahlen

##### Finanzkennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	81	82	-1
Eigenkapitalrentabilität	18	13	5
Anlagendeckungsgrad 2	155	135	20
Verschuldungsgrad	24	22	2
Umsatzrentabilität	383	261	121

##### Individuelle Leistungskennzahlen

Bilanzstichtag	31. Dezember 2021	31. Dezember 2020	Ver- ände- rung (in %)
Abfallmenge (in Tsd. t)	784	791	-0,88
Fernwärmeabgabe (in MWh)	335.684	568.711	-40,97
Stromabgabe (in MWh)	586.549	313.375	87,17

#### 4.13.9 Personalbestand

Im Berichtsjahr beschäftigte die GmbH durchschnittlich 7 Mitarbeiter (Vj. 7).

## 4.13.10 Geschäftsentwicklung

### Grundlagen/Geschäftsmodell

Die Interargem GmbH wurde 1996 mit dem Aufgabenschwerpunkt der thermischen Behandlung und energetischen Verwertung von Abfällen gegründet. Sie ist in ihrer heutigen Struktur alleinige Gesellschafterin der anlagenbetreibenden MVA Bielefeld-Herford GmbH und der Enertec Hameln GmbH. Alle drei Gesellschaften zusammen bilden auf Basis bestehender Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge sowohl eine ertragsteuerliche als auch eine umsatzsteuerliche Organschaft mit der Interargem GmbH als Organträgerin. Mit dem Unternehmensgegenstand der thermischen Abfallbehandlung sowie der Bereitstellung von Strom und Fernwärme an den beiden Anlagenstandorten wird der öffentliche Zweck auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge erfüllt.

Für ihre beiden Tochterunternehmen erbringt die Interargem GmbH auf Grundlage entsprechender Dienstleistungsverträge vor allem die Vertriebsaktivitäten einschließlich eines anlagenübergreifenden Stoffstrommanagements sowie den Einkauf. Bei weiteren Funktionen arbeitet die Interargem GmbH eng mit ihrer Hauptgesellschafterin, der Stadtwerke Bielefeld GmbH, zusammen. Dies umfasst vor allem Rechtsberatung, Unternehmenskommunikation sowie Personal-, Abrechnungs- und IT-Dienstleistungen. Darüber hinaus hat die Stadtwerke Bielefeld GmbH die Aufgaben der Arbeitssicherheit, des Umweltschutzes, des Rechnungswesens und des Controllings übernommen.

Die Gesellschafterstruktur der Interargem GmbH hat sich im Geschäftsjahr 2022 gegenüber dem Vorjahr nicht geändert. An der Interargem GmbH sind nach wie vor insgesamt 19 ausschließlich Kommunale Gesellschafter beteiligt, wobei die Stadtwerke Bielefeld GmbH mit einem Anteil von 75,8 % Hauptgesellschafterin ist.

### **Wirtschaftsbericht**

#### Branchenbezogene Entwicklung

Der Entsorgungsmarkt war in der zweiten Jahreshälfte durch ein sinkendes Abfallaufkommen im gewerblichen Bereich gekennzeichnet. Nach unserer Einschätzung haben sowohl Lieferengpässe aufgrund des Ukraine-Kriegs als auch deutlich höhere Energiepreise dazu beigetragen. Beides führte in Folge zu geringerer Produktion. Da es sich um eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung handelte, konnte sich auch die breit aufgestellte gewerbliche Wirtschaft in Ostwestfalen-Lippe und Südniedersachsen, die im Wesentlichen von mittelständischen Unternehmen des Maschinenbaus, der Möbelindustrie, der Automatisierungstechnik und Lebensmittelindustrie geprägt ist, dieser Entwicklung nicht entziehen.

#### Geschäftliche Entwicklung des Unternehmens

In einem insgesamt schwierigen Marktumfeld konnte eine gute Auslastung der verfügbaren Behandlungskapazitäten in Bielefeld und Hameln erzielt werden, wenngleich das Vorjahresniveau nicht erreicht werden konnte. Dennoch ist der Geschäftsverlauf der Interargem GmbH im Jahr 2022 aus Sicht der Geschäftsführung insgesamt positiv zu bewerten.

Geprägt war das Geschäftsjahr maßgeblich durch die steigenden Energiepreise. Den deutlich höheren Energieerlösen auf der einen Seite stehen auf der Aufwandsseite stark gestiegene Betriebsmittelkosten gegenüber. Zwecks sicherer Versorgung der Anlagen wurden Maßnahmen für eine jederzeitige Verfügbarkeit der erforderlichen Betriebsmittel sowie Rob-, Hilfs- und Betriebsstoffe ergriffen, da neben den extrem

steigenden Einkaufspreisen beispielsweise für Ammoniakwasser und Natronlauge auch die Mengenverfügbarkeit knapper wurde.

Hinsichtlich der in Kraft-Wärme-Kopplung produzierten Energiemengen reduzierte sich der Fernwärmeabsatz bei der MVA Bielefeld-Herford und der Enertec Hameln GmbH im Vergleich zum Vorjahr. Im Gegenzug wurde die Stromproduktion gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert. Mit den erbrachten Leistungen sowohl bei der Abfallentsorgung als auch der Bereitstellung von Strom und Fernwärme wurde die öffentliche Zwecksetzung auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge vollumfänglich erfüllt.

Im technischen Bereich stand vor allem die Gewährleistung eines möglichst störungsfreien Anlagenbetriebs unter Berücksichtigung der geringeren Abfallmengen im Mittelpunkt der Aktivitäten. Besonders herausfordernd war 2022 der Gesamtanlagenstillstand der Müllverbrennung Enertec Hameln GmbH sowie der vierte Bauabschnitt der Bunkersanierung bei der MVA Bielefeld-Herford GmbH während des laufenden Betriebs.

Aufgrund der anhaltend hohen Bedrohungspotentiale wurden die Anstrengungen für Informations- und Cybersicherheit zur Sicherstellung des Anlagenbetriebes an beiden Standorten deutlich erhöht.

Die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsprozesse und der hohe Standard der erbrachten Dienstleistungen wurden im Rahmen der bestehenden Zertifizierungen als Entsorgungsfachbetrieb und den DIN-ISO-Normen Qualitätsmanagement, Umweltmanagement, Energiemanagement sowie Arbeits- und Gesundheitsschutzmanagement erneut unter Beweis gestellt.

Insgesamt waren im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Geschäftsführer und durchschnittlich sechs Mitarbeiter direkt bei der Interargem GmbH beschäftigt. Darüber hinaus erfolgte eine zusätzliche Personalausstattung im Rahmen einer Personalgestellung von Mitarbeiter:innen der MVA Bielefeld-Herford GmbH und der Enertec Hameln GmbH.

## **Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft**

### Ertragslage

Die Ertragslage der Interargem GmbH wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr maßgeblich durch die wirtschaftliche Situation der Tochtergesellschaften bestimmt. Die entsprechenden Erträge resultieren dabei ausschließlich aus den Gewinnabführungen der MVA Bielefeld Herford GmbH und der Enertec Hameln GmbH in Höhe von 50,6 Mio. Euro (Vorjahr 33,0 Mio. Euro).

Eigene Umsatzerlöse von 8,8 Mio. Euro wurden insbesondere aus den für die Tochterunternehmen erbrachten Dienstleistungen erwirtschaftet. Unter Berücksichtigung der Betriebsaufwendungen konnte auf dieser Basis ein Vorsteuerergebnis in Höhe von 51,0 Mio. Euro erzielt werden. Nach Abzug der Ertragsteuern verbleibt 2022 ein Jahresüberschuss in Höhe von 33,8 Mio. Euro.

### Vermögens- und Finanzlage

Den Ergebnisabführungen der Tochterunternehmen stehen als Mittelabfluss insbesondere Ausschüttungen an die Gesellschafter gegenüber. Die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens war während des Geschäftsjahres und danach jederzeit gegeben.

Die Vermögenslage ist gekennzeichnet durch eine Eigenkapitalausstattung von 187,7 Mio. Euro. Bei einer Bilanzsumme von 232,7 Mio. Euro entspricht dies einer Eigenkapitalquote von 80,7 %.

Die Veränderung des Finanzmittelfonds stellt sich wie folgt dar:

	2022	2021	Abweichung	
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	%
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-18.379	3.844	-22.223	-578%
Cashflow aus Investitionstätigkeit	38.243	20.389	17.854	88%
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-12.097	-12.051	-46	0%
<b>Veränderung des Finanzmittelfonds</b>	<b>7.767</b>	<b>12.182</b>	<b>-4.415</b>	<b>-36%</b>
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	18.279	6.097	12.182	200%
<b>= Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>26.046</b>	<b>18.279</b>	<b>7.767</b>	<b>42%</b>

## Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

### Finanzielle Leistungsindikatoren

Die wichtigste finanzielle Leistungskennzahl der Interargem GmbH stellt das Beteiligungsergebnis aus den Tochtergesellschaften dar. Unter Berücksichtigung der Ertragssteuerbelastung beträgt das Beteiligungsergebnis 33,5 Mio. Euro und liegt damit deutlich über dem Vorjahreswert von 20,9 Mio. Euro und dem Planwert von 17,1 Mio. Euro. Ursächlich sind die preisbedingt höheren Energieerlöse.

### Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Bei der operativen Steuerung gilt es vor allem, im Rahmen der Vertriebsaktivitäten für die Tochtergesellschaften eine optimale Auslastung der verfügbaren Behandlungskapazität zu erzielen. Wesentliche Kennzahl hierfür ist die insgesamt zur Verbrennung angenommene Abfallmenge; diese lag mit rund 751 Tsd. Tonnen aufgrund eines sinkenden Abfallaufkommens in der zweiten Jahreshälfte im gewerblichen Bereich leicht unter dem Planwert von 765 Tsd. Tonnen.

### Prognosebericht

Aufgrund des andauernden Ukrainekriegs und dessen Folgen auf die Wirtschaft besteht ein hohes Maß an Unsicherheit. Hieraus ergeben sich erhebliche konjunkturelle Risiken mit Auswirkungen auf die zur Verfügung stehenden Abfallmengen. Neben Mengen- und Preiseffekten

im Segment der Abfallbehandlung sind auch Energiemengen und -preise von dieser Unsicherheit erfasst.

Die neue gesetzliche Vorgabe der Übererlösabschöpfung mit ihrer offenen Auslegung birgt ebenfalls nennenswerte Unsicherheiten für 2023.

Zur Sicherstellung einer hohen Auslastung der Verbrennungsanlagen gilt es daher, die langjährigen und verlässlichen Kundenbeziehungen sowohl mit den entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften als auch mit den privaten Entsorgungsunternehmen in der Region weiter fortzusetzen bzw. auszubauen. Damit soll die Rolle der Interargem GmbH als zentrale Partnerin für die thermische Abfallbehandlung in der Region weiter gestärkt werden.

Die Aufrechterhaltung eines möglichst kontinuierlichen und störungsfreien Anlagenbetriebs bei gleichzeitiger Sicherstellung von wettbewerbsfähigen Kostenstrukturen ist ein zentrales Element für den Unternehmenserfolg.



Aufgrund der Entwicklung der Beteiligungsergebnisse lag das Jahresergebnis 2022 nennenswert über den Erwartungen. Vor diesem Hintergrund und aufgrund der Unsicherheit über die zu erwartende Höhe der Übererlösabschöpfung rechnen wir für das Jahr 2023 mit einer Umsatz- und Ergebnisentwicklung, welche das Vorjahresniveau im begrenzten Maße nicht erreichen können wird. Das Beteiligungsergebnis unter Berücksichtigung der Ertragsteuerbelastung wird damit ebenfalls leicht unter dem Vorjahreswert erwartet.

Bei der zur Verbrennung angenommene Abfallmenge wird eine leichte Überschreitung der Vorjahresmenge von 751 Tsd. Tonnen erwartet.

### **Risiko- und Chancenbericht**

Bei der Interargem GmbH ist ein EDV-gestütztes Risikomanagementsystem implementiert, in dem mögliche Risiken systematisch erfasst, beurteilt und dokumentiert werden. Darüber hinaus sind hier die Risiken der Tochtergesellschaften MVA Bielefeld-Herford GmbH und Enertec Hameln konsolidiert. Sämtliche Risiken werden durch die jeweils verantwortlichen Bereichsleiter überprüft und regelmäßig aktualisiert. Bestehende Maßnahmen zur Risikominimierung werden hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überwacht; sofern erforderlich, werden neue Maßnahmen eingeleitet. Neu identifizierte Risiken werden zeitnah erfasst und mit in das Risikomanagementsystem aufgenommen. Die Geschäftsführung wird regelmäßig über die aktuelle Risikosituation informiert.

Bei der Interargem GmbH selbst wurden keine Risiken identifiziert, die über den Umfang der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hinausgehen. Über die operativ tätigen Tochtergesellschaften MVA Bielefeld-Herford GmbH und Enertec Hameln GmbH wirken jedoch mittelbare Risiken auf die Gesellschaft ein. Da die regelmäßige Erfassung und ordnungsgemäße Abbildung dieser Risiken aus dem Beteiligungsbereich im Rahmen der bestehenden Dienstleistungsverträge ebenfalls von der Interargem GmbH wahrgenommen werden, ist hier ein umfassendes Risikomanagement gewährleistet.

Die Risikoanalyse hat gezeigt, dass neben den wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen des Abfallmarktes vor allem die konjunkturellen und marktseitigen Einflüsse von besonderer Bedeutung für die zukünftige Ertragslage der Interargem GmbH sind. Die Erlösabschöpfung bei der Stromeinspeisung kann für 2023 bei einer Eintrittswahrscheinlichkeit von durchschnittlich 75 % zu Aufwendungen von 6,3 Mio. Euro führen. Zudem kann sich bei einem stringenten Vollzug der neuen Gewerbeabfallverordnung eine Verschiebung von Abfallströmen ergeben, was ebenfalls mit entsprechenden geringeren Erlösen verbunden ist.

Im Hinblick auf das Fernwärmegeschäft ergeben sich zudem aus der Witterung sowohl im Winter als auch im Sommer Chancen oder Risiken. Außergewöhnliche und den Bestand des Unternehmens gefährdende Risiken sind für die Gesellschaft jedoch nicht erkennbar.

2019 wurde die Planung für den Bau einer Klarschlamm-Monoverbrennungsanlage (KVA) in Auftrag gegeben. Aktuell beteiligt sich die MVA Bielefeld-Herford GmbH an einem Ausschreibungsverfahren, das von insgesamt 78 Kommunen in Ostwestfalen-Lippe und im angrenzenden Niedersachsen initiiert wurde. In diesem Zusammenhang hat die MVA Bielefeld-Herford mittlerweile ein verbindliches Angebot abgegeben. Sofern in diesem europaweiten Ausschreibungsverfahren die MVA Bielefeld-Herford GmbH den Zuschlag erhalten sollte, wurde am Standort der MVA Bielefeld eine KVA mit einer Kapazität von 35.000 t/a Trockensubstanz auf Grundlage eines langfristigen Entsorgungsvertrages errichtet werden.

#### 4.13.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung: Die Geschäftsführer der GmbH sind Herr Stefan Pöschel und Herr Rainer Müller (Stadtwerke Bielefeld GmbH)

Gesellschafterversammlung: Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung ist Herr Kreistagsabgeordneter Päsch.

Aufsichtsrat: Ein Aufsichtsrat wurde nicht eingerichtet.

#### 4.13.12 Beteiligungen

An folgenden Unternehmen bestehen Beteiligungen:

Name und Sitz der Gesellschaft	Kapitalanteil in %	Eigenkapital	
		31.12.2021 in Tsd. €	Jahresergebnis 2021 in Tsd. €
MVA Bielefeld-Herford GmbH, Bielefeld	100	30.077	Es besteht ein Ergebnisab- führungsvertrag
Enertec Hameln GmbH, Hameln	100	51.652	Es besteht ein Ergebnisab- führungsvertrag

## 4.14 Landestheater Detmold GmbH

### 4.14.1 Basisdaten

Landestheater Detmold GmbH  
Theaterplatz 1  
32756 Detmold

Tel.: 05231/974-60, Fax: 05231/974-701, Internet: [www.landestheater-detmold.de](http://www.landestheater-detmold.de)

Gründungsdatum: Das Landestheater Detmold besteht seit 1825. Der Landestheater Detmold e. V. wurde 1972 gegründet. Der Verein war Gesamtrechtsnachfolger des Theaterverein Detmold e. V. Mit Wirkung zum 1. August 2006 wurde der Verein im Rahmen eines Formwechsels in eine GmbH umgewandelt. Die Gesellschaft firmiert seit dem unter „Landestheater Detmold GmbH“ und ist am 11. Oktober 2006 in das Handelsregister des Amtsgerichtes Lemgo eingetragen worden.

### 4.14.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat den Zweck, durch Theateraufführungen und andere Veranstaltungen der Pflege des kulturellen Lebens zu dienen, volksbildend zu wirken, das Kunstverständnis zu wecken und zu vertiefen und damit die Allgemeinheit zu fördern. Die Gesellschaft betreibt dazu das Landestheater Detmold als Mehrspartentheater (Musiktheater, Ballett, Schauspiel mit Kinder- und Jugendtheater, Orchester einschließlich Konzertwesen). Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke und wird ohne die Absicht der Gewinnerzielung geführt. Sie ist selbstlos tätig und verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke. Das Geschäftsjahr ist das Spieljahr, d. h. die Zeit vom 1. August bis zum 31. Juli des folgenden Jahres.

### 4.14.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Als eine kulturelle und pädagogische Einrichtung gehört das Theater zu den öffentlichen Einrichtungen auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge.

### 4.14.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 3 Mio. € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

Gesellschafter:	EUR	%
Kreis Lippe	1.479.000,00	49,30
Stadt Detmold	831.000,00	27,70
Landesverband Lippe	636.000,00	21,20
Stadt Paderborn	27.000,00	0,90
Staatsbad Bad Oeynhausen GmbH	15.000,00	0,50
<b>Kreis Paderborn</b>	<b>9.000,00</b>	<b>0,30</b>
Verein zur Förderung des Landestheaters Detmold e. V.	3.000,00	0,10
<b>Gesamt:</b>	<b>3.000.000,00</b>	<b>100,00</b>

### 4.14.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2022 zahlte der Kreis Paderborn einen Beitrag Höhe von 32.087,16 € (31.146,92) an das Landestheater. Die Zahlungen des Kreises erfolgen über das Konto 531700 „Zuschüsse an private Unternehmen“ des Produktes 040201 „Allgemeine Kulturpflege (einschl. Kreisarchiv)“.

#### 4.14.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2020/2022	2020/2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>1.914.323,43</b>	<b>1.882.797,81</b>	<b>32</b>
I. Immaterielles Vermögen	380,00	359,00	0
II. Sachanlagen	1.913.943,43	1.882.438,81	32
III. Finanzanlagen	0,00	0,00	0
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>4.882.793,17</b>	<b>5.614.258,00</b>	<b>-731</b>
I. Vorräte	347.996,22	361.753,67	-14
II. Forderungen und sonstige VG	274.783,68	172.087,47	103
III. Kassenbestand und Guthaben	4.260.013,27	5.080.416,86	-820
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>121.322,57</b>	<b>142.840,25</b>	<b>-22</b>
<b>Summe Aktiva</b>	<b>6.918.439,17</b>	<b>7.639.896,06</b>	<b>-721</b>
<b>Passiva</b>			<b>0</b>
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>5.542.713,23</b>	<b>6.397.280,26</b>	<b>-855</b>
I. Gezeichnetes Kapital	3.000.000,00	3.000.000,00	0
<u>Nicht eingeforderte ausstehende</u>			
<u>Einlagen</u>	<u>-1.482.000,00</u>	<u>-1.482.000,00</u>	0
Eingefordertes Kapital	1.518.000,00	1.518.000,00	0
II. Gewinn- / Verlustvortrag	4.879.280,26	3.537.108,33	1.342
III. Jahresfehlbetrag / -überschuss	-854.567,03	1.342.171,93	-2.197
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>712.683,03</b>	<b>622.014,90</b>	<b>91</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>663.042,91</b>	<b>620.392,90</b>	<b>43</b>
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,00</b>	<b>208,00</b>	<b>0</b>
<b>Summe Passiva</b>	<b>6.918.439,17</b>	<b>7.639.896,06</b>	<b>-721</b>

#### 4.14.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2020/ 2022	2020/ 2021	Verän- derung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Gesellschafterbeiträge	7.993.797,00	7.875.662,00	118
2. Förderung gemäß Zuwendungsbescheid	11.347.000,28	11.238.740,43	108
3. Sonstige öffentliche Förderung	499.708,00	499.708,00	0
4. Zuwendungen/ Sponsoring/ Spenden	171.332,08	168.385,37	3
5. Veranstaltungserträge	1.995.633,38	386.861,55	1.609
6. Erträge aus sonstigem Verkauf	52.851,57	28.431,41	24
7. Sonstige betriebliche Erträge	80.890,53	192.993,57	-112
9. Personalaufwand	-18.933.839,33	-16.021.171,63	-2.913
a) Löhne und Gehälter	-14.890.428,51	-12.587.717,97	-2.303
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen	-4.043.410,82	-3.433.453,66	-610
10. Abschreibungen auf immaterielles VG	-689.452,17	-725.376,10	36
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.358.272,45	-2.293.377,63	-1.065
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	150,49	150,42	0
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-7.253,88	-1.550,52	-6
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1,56	-0,05	0
<b>15. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>-847.456,06</b>	<b>1.349.456,82</b>	<b>-2.197</b>
16. Sonstige Steuern	-7.110,97	-7.284,89	0
<b>17. Jahresfehlbetrag / -überschuss</b>	<b>-854.567,03</b>	<b>1.342.171,93</b>	<b>-2.197</b>

#### 4.14.8 Kennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	80	84	-4
Eigenkapitalrentabilität	0	21	-21
Anlagendeckungsgrad 2	361	406	-44
Verschuldungsgrad	25	19	5
Umsatzrentabilität	0	347	-347

#### 4.14.9 Personalbestand

Im Berichtsjahr beschäftigte die GmbH durchschnittlich 298,70 Mitarbeiter (Vj. 293,60).

#### 4.14.10 Geschäftsentwicklung

##### Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. August 2021 bis zum 31. Juli 2022

Die dritte Spielzeit und somit der Berichtszeitraum für das Wirtschaftsjahr 2021/2022 startet aus wirtschaftlicher Sicht - ebenso wie aus Sicht des gesamten Theaters - erneut unter dem Eindruck der Corona-Pandemie.

Überraschend sind zu Beginn des Wirtschaftsjahres zahlreiche Beschränkungen bezüglich der Abstandserfordernisse im Zuschauersaal aufgehoben worden. Gleichwohl ist der Zuspruch zu den Veranstaltungen sowohl in Detmold als auch bei Gastspielen eher verhalten. Auch in diesem Wirtschaftsjahr sind die Erträge und die Aufwendungen wesentlich geprägt von der weiterhin andauernden weltweiten Pandemie. Ein rigides Testverfahren fast über die gesamte Spielzeit mit verpflichtenden Testungen aller Mitarbeiterinnen alle 48 Stunden mittels einer sogenannten PCR-Testung haben den Ablauf, die Organisation und die Kosten erheblich belastet. Allerdings war durch die Vorgaben der Berufsgenossenschaft für das Unterschreiten der Abstände unter 1,50 m ohne einen Mund- Nasen-Schutz keine andere Vorgehensweise möglich.

In der Prognose war eine Wiederaufnahme des Spielbetriebs in normalem Umfang bei der Möglichkeit einer regulären Besetzung der Spielstätten ab November vorgesehen worden, so dass **zu** diesem Zeitpunkt auch die Abonnements wieder begonnen haben. Eine Entscheidung, die sich trotz aller Widrigkeiten als richtig herausgestellt hat: Nur so konnte trotz Vorbehalten durch die Besucherinnen wieder ein verlässliches Publikum gewonnen werden. Umso schmerzhafter waren die zahlreichen Absagen, die auf Grund der Erkrankungen in den Ensembles erfolgt sind. Nach den Vorbehalten der Zuschauerinnen und den gesetzlichen Restriktionen war nun die Mitarbeiterschaft in größerem Umfang von Erkrankungen betroffen und es mussten Vorstellungen abgesagt werden.

Dieser Umstand wirkt sich im Bereich der Eigenfinanzierung aus: insgesamt 44 Vorstellungen mussten komplett abgesagt werden (24 Vorstellungen des Jungen Theaters, 20 Vorstellungen des Großen Hauses/Sommertheaters), hinzu kamen Verschiebungen von Abonnementvorstellungen auf einen späteren Zeitpunkt. Dieses führte zur Verunsicherung der Zuschauerinnen. Hinzu kam die teilweise zurückhaltende Resonanz der Gäste generell; die lange Zeit der Pandemie mit Abstandsregelungen führt zu einer insgesamt geringeren Auslastung. Bei den Zahlen und Relationen werden in der Regel die Planzahlen als Vergleichsbasis gewählt; ein Vorjahresvergleich ist jetzt auf Grund der anhaltenden Pandemie wenig sinnvoll. Insbesondere im weiteren zeitlichen Verlauf ist mit der Schließung des Theaters im vergangenen Berichtszeitraum/Wirtschaftsjahr über fast ein halbes Jahr ein Vorjahresvergleich wenig hilfreich.

In der künstlerischen Entwicklung war die Spielzeit 2021/22 nach zwei Pandemie-Spielzeiten eine Rekord-Spielzeit. Mit 29 Premieren - im Unterschied zu sonst 23 Premieren - und 13 Wiederaufnahmen versprach der Spielplan ein vielfältiges Angebot. Diese hohe Zahl war vor allem coronabedingten Verschiebungen geschuldet und konnte nur dank eines ausgeklügelten und aufwändigen Corona-Managements so realisiert werden. Im Musiktheater war von großer Oper, über Kammeroper bis hin zu mehreren Musical-Premieren, einer Uraufführung und drei Premieren im Jungen Musiktheater für alle Altersklassen und Geschmacksrichtungen etwas geboten. Mit der Uraufführung von Detlef Heusingers Familienoper »Die Zeitreisemaschine« stand eine Besonderheit auf dem Plan. In Kooperation mit den Bregenzer Festspielen entstand dieses Werk, das sich ganz gezielt an junges Publikum richtete und im Mai für drei Vorstellungen im Großen Festspielhaus der Bregenzer Festspiele gastierte. Auch der Schauspiel-Spielplan bot ein breites Spektrum: Adaptionen von bekannten Roman- oder Film-Titeln, echte Theaterklassiker oder theatrale Bearbeitungen tagesaktueller Themen präsentierten viele Facetten des Schauspiels. Das Ballett konnte sich in dieser Spielzeit endlich mit dem eigentlich schon für die SZ 20/21 geplanten Programm vorstellen und begeisterte Jung wie Alt mit zwei großartigen Ballett-Interpretationen („Der Glöckner von Notre Dame“ und „Das Dschungelbuch“).

Zusatz- und Einführungsformate, wie die Sparkassenmatinee, Einführungsmatinee, Öffentliche Bühnen- und Orchesterproben wurden nach langen Monaten der Pause wieder aufgenommen und vom Publikum sehr gut angenommen. Ab Ende August konnten wir dank regelmäßiger PCR-Pooltests endlich wieder auf die vorgeschriebenen Sicherheitsabstände verzichten und in den Neu-Produktionen aller Sparten einen großen Schritt in Richtung „Bühnen-Normalität“ gehen.

Zusätzlich zum regulären Live-Spielbetrieb wurde außerdem, nach erfolgreichen ersten Schritten in der vorausgehenden Spielzeit, auch der digitale Raum weiterhin als Bühne bespielt. Dieses Vorhaben wird bekräftigt durch den Beitritt des Landestheaters im theaternetzwerk.digital.

Der Spielbetrieb im Jungen Theater musste mit Anfang November für den Einbau einer Lüftungsanlage eingestellt werden. Die Vorstellungen des Jungen Theaters wichen auf alternative Spielorte aus, für zwei Premieren war das Junge Theater im Hangar 21 zu Gast. Das JT wurde erst mit Beginn der Spielzeit 22/23 wieder für Publikum geöffnet. Ertragslage Die Erträge im Bereich der Eigenfinanzierung werden erneut wesentlich durch die Pandemie bestimmt. Weiterhin haben Gesellschafter und Zuwendungsgeber wie Land und Landschaftsverband Westfalen-Lippe ihre Beiträge weitestgehend in geplanter Höhe gezahlt. Eine Abweichung ergibt sich in zwei wesentlichen Positionen. Das Land NRW, für welches stets eine Steigerung der Zuwendungen in Höhe von 2,5 % Aufwuchs je Wirtschaftsjahr unterstellt werden soll, hat diese Steigerung nicht wie prognostiziert vorgenommen. Diese geringere Steigerung in Höhe von rund 150 T€ wird in geringem Umfang durch höhere Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber sowie Sponsoring als prognostiziert, in Höhe von 55 T€ zum Teil kompensiert. Insgesamt bleibt bei der Fremdfinanzierung in Höhe rund 20 Mio. € eine Differenz im Vergleich zur Planung von 100 T€. Die Veranstaltungserträge, bestehend aus den Bereichen Abonnements, dem freien Verkauf sowie den Gastspielen an anderen Orten, ist deutlich besser als in den beiden Jahren zuvor, bleibt allerdings in Summe rund 225 T€ hinter der Prognose zurück. Grund hierfür sind die Erkrankungen in der Belegschaft des Unternehmens und die damit entfallenden Vorstellungen und Verschiebungen von Vorstellungen. Durch bereits erfolgte Verschiebungen konnten die entfallenden Vorstellungen nicht zu einem anderen Zeitpunkt nachgeholt werden und die Erlöse hierfür konnten nicht erzielt werden. Gleichzeitig war eine Zurückhaltung der Zuschauer:innen zu spüren, die in fast allen Bereichen der Freizeitgestaltung nachzuvollziehen ist.

Insgesamt bleiben die Erträge durch die geringeren Einnahmen aus den Zuwendungen des Landes NRW sowie den geringeren Erträgen aus Veranstaltungen um 323 T€ hinter der Prognose von 22,464 Mb. € zurück.

## **Aufwendungen**

Bereits beim Regelentgelt für das Personal sind im Wirtschaftsjahr 2021/2022 die tatsächlichen Aufwendungen rund 900 T€ geringer als geplant, zusammen mit den variablen Lohnbestandteilen werden in diesem Bereich des festen Personals rund 960 T€ weniger aufgewendet als geplant. Wie erwartet fallen die Aufwendungen für die temporär Beschäftigten im Rahmen der Produktionsplanung aus, sie betragen in Summe rund 1,2 Mio. E. Insgesamt bleibt der mit rund 82,3% der gesamten Aufwendungen mit Abstand größte Bereich knapp 1,1 Mio. E. hinter der Planung zurück; daraus resultiert im Wesentlichen die deutliche Verbesserung des Jahresabschlusses im Vergleich zur Planung. Bei den Sachkosten kommt es zu einigen Verschiebungen im Vergleich zur Planung, die sich aber ausgleichen.

So werden die Kosten für die Ausstattungen um rund 50 T€ überschritten, da Bühnenbilder, die bereits zur Coronazeit gebaut worden sind, wofür die Stücke aber nicht zur Premiere gelangt sind, nun aus dem Umlaufvermögen in die Gewinn- und Verlustrechnung gebucht werden. Durch ausgefallene Aufführungen auf Grund zahlreicher Erkrankungen sind dann — ebenso wie für den Reisebetrieb — weniger Aufwendungen für Tantiemen oder Busfahrten angefallen.

Im Ergebnis sind für den Bereich des Spielbetriebs in Höhe von geplanten 1,6 Mb. € nur knapp 1,5 Mio. € aufgewendet worden. Auch in allen weiteren Sachkosten kommt es lediglich zu unwesentlichen Abweichungen. Eine wesentliche Abweichung besteht im Bereich der Arbeitssicherheit. Geplant worden sind hier 10 T€. Durch die umfangreichen erforderlichen PCR-Testungen sowie Test-Sets, Mund- Nasen-Schutz etc. sind hier 140 T€ mehr aufgewendet worden als geplant.

Die geplanten Gesamtaufwendungen für Sachkosten in Höhe von rund 4 Mio. € werden bis auf eine Abweichung von 30 T€ erreicht. Wesentlich verändert wird der Jahresabschluss im Vergleich zur Prognose durch die Einsparungen im Personalbereich: die Einsparungen von rund 1,1 Mio. € ergeben mit den geringeren Einnahmen in Höhe von 323 T€ eine Verbesserung des erwarteten Fehlbetrags von 1,676 Mio. € um 821 T€, somit bei einem Verlust von 854.567,03 €.

## **Chancen und Risiken**

Im Bereich der Chancen und Risiken zeigen die Entwicklungen und daraus folgenden Risiken seit März 2022, dass insbesondere bei überwiegend öffentlich finanzierten Unternehmen wie Theatern vor allem der politische Wille ausschlaggebend für die zukünftige Entwicklung ist.

Die Gesellschafter und Zuwendungsgeber der Landetheater Detmold GmbH haben durch die gesamte Pandemiezeit hindurch ihre Beiträge und Zuschüsse weiterhin in voller Höhe geleistet, was neben der Kurzarbeit wesentlich den Fortbestand gesichert hat. Mit den auslaufenden Maßnahmen im Zusammenhang mit der Pandemie - der Verzicht auf Abstände und auf einen Mund-Nasen-Schutz, sowohl bei den Darsteller:innen als auch bei den Zuschauer:innen; keine Zuschauerbegrenzungen oder Schließungen mehr - waren und sind die Spätfolgen deutlich spürbar, aber kalkulierbarer geworden. Zwar fielen zahlreiche Vorstellungen auf Grund von Erkrankungen aus und je nach Verlauf der Erkrankung durch das Virus sowie den rechtlichen Rahmen werden auch weiterhin häufig eingeschränkte Ressourcen zur Verfügung stehen. Auch ist

insgesamt bundesweit eine Zurückhaltung für einen Teil des Theaterpublikums spürbar und wird auch weiterhin so bleiben. Insgesamt scheinen die Folgen der Pandemie aber handhabbarer geworden.

Mit dem Kriegsbeginn in der Ukraine im Februar 2022 und dessen Folgen haben sich neue, in Umfang und Dauer schwer zu prognostizierende Folgen ergeben. Zum einen steigen Energiekosten und Sachkosten weit über das langjährige Mittel hinaus exorbitant. Weiterhin sind Lieferketten für alle Arten von Waren unterbrochen, bereits als Folge der Pandemie, nun wird diese Unterbrechung weitergeführt und verteuert Waren sehr deutlich. Hinzu kommt als Folge der Preissprünge eine sehr hohe Inflation — die höchste im Nachkriegsdeutschland. Wiederum Ergebnis der Inflation sind die sehr hohen Forderungen der Gewerkschaften bezüglich der Lohnanpassungen.

Beide Bereiche — Personal- als auch Sachkosten — werden sehr deutlich über den Prognosen der Vergangenheit, im Mittel mit rund 2,5 %, bei möglichen 6-8 % liegen. Da die Finanzierung des Landestheaters wesentlich auf den Zahlungen der Gesellschafter sowie den Zuwendungen des Landes beruht, können die zusätzlich benötigten Mittel bei gleichbleibender Leistung nur von eben dieser Gruppe erbracht werden. Hinzu kommt, dass als Folge der Pandemie dem Besucherrückgang mit zusätzlichen, neuen Formaten bei sonst gleichbleibendem Angebot und somit zusätzlichen finanziellen Mitteln begegnet werden kann.

Eine wesentliche Chance besteht im Bezug auf das Gebäude und somit die Zukunftsfähigkeit des Hauses durch eine Konzept- und Machbarkeitsstudie für die strukturelle, bauliche und konzeptionelle Weiterentwicklung des Landestheaters Detmold. Mit der Förderung und Zusammenarbeit zweier Ministerien können hier die wesentlichen Impulse für die Zukunft des Landestheaters gegeben werden. Nach Einladung durch das Ministerium für Bau und Heimat NRW in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Kultur und Wissenschaften NRW und der Einbeziehung der gesamten Region in Form der Gesellschafter, der Bürgermeister:innen und weiterer Entscheidungsträger -innen ist eine breite Basis gefunden worden, um die Studie erfolgreich zu entwickeln. Die vollständige Finanzierung der Studie durch das Ministerium geben berechtigten Anlass zur Hoffnung, dass auch bei einem möglichen Neubau des Theaters das Land NRW finanzielle Mittel zur Verfügung stellen wird.

## **Prognose**

Weiterhin die wichtigste Grundlage für die Entwicklung der Landestheater Detmold GmbH bleibt eine regionale sowie überregionale Akzeptanz durch Politik, Gesellschaft und Besucher-innen des Theaters - und daraus folgend eine auskömmliche Finanzierung durch die öffentliche Hand. Gute Grundlagen hierfür wurden in der Vergangenheit gelegt. Durch das umsichtige Handeln in den vergangenen Jahren ist der Gewinnvortrag so auskömmlich, dass der dem Berichtszeitraum zugrundeliegende Fehlbetrag, als auch der zu erwartende Fehlbetrag der Spielzeit 2022/2023 (1.840 T€) zu finanzieren ist. Die Rechtsform der GmbH ermöglicht diese Art der Flexibilität. Somit ist ein ausgewogenes Handeln und Verhandeln möglich. Rein kameral aufgestellten Theater als Beispiel fehlt sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart und Zukunft die Möglichkeit der selbst zu entscheidenden Flexibilität. Auch großen Staatstheater fehlen auf Grund der ausbleibenden Einnahmen die Grundlagen, um im Gegenzug die geplanten Ausgaben tätigen zu können. Somit resultieren aus geringeren Einnahmen auch die Verpflichtung zu geringeren Ausgaben - bei der Rückgewinnung von Besucher-innen ein fatales Ergebnis. Um dauerhaft eine Lösung für die Finanzierung insbesondere des Gebäudes zu finden, ist mit der Machbarkeitsstudie eine gute Grundlage gelegt worden. Gleichzeitig zeigt sich jedoch auch, dass gerade im historischen Teil des Theaters ein erheblicher Handlungsdruck über das



restaurative Maß hinaus besteht. Die Gebäudesubstanz ist an vielen Stellen in einem beklagenswerten Zustand.

Der Kriegsbeginn in der Ukraine im Februar 2022, die daraus resultierende Energiekrise mit stark gestiegenen Energie- und Rohstoffpreisen und der stark gestiegenen Inflation mit deutlichen Lohnforderungen als Folge geben eine schwierig Prognosebasis ab. Weder eine weltweite Pandemie, noch ein Krieg in Europa oder die höchste Inflation der deutschen Nachkriegsgeschichte waren in den letzten Jahren Ausgangspunkt für eine Prognose. Mit begonnenen und bereits fertiggestellten Einbauten wie einer aufwändigen Lüftungsanlage im Jungen Theater sowie auf der größten Probebühne ist die Grundlage gelegt worden, um einerseits je nach Entwicklung eine sehr gute Belüftungssituation für diese Bereiche zu schaffen. Andererseits ist mit moderner Technik gewährleistet, dass bei einem Wirkungsgrad von über 90 % eine Wärmerückgewinnung der Abluft erfolgt und somit auch energetisch eine erhebliche Einsparung und Verbesserung vorgenommen worden ist. Erneut zeigt sich, dass durch die Wahl der Rechtsform für das Landestheater die beste Grundlage für ein flexibles und eigenständiges Handeln auch bei sehr ungewöhnlichen Rahmenbedingungen gewählt worden ist. Das umsichtige Handeln und die Gewinnvorträge ermöglichen nun eine abgewogene und zeitlich etwas ruhigere Suche und Absprache für Lösungen. Die im Mai neu gewählte Landesregierung in NRW und die sehr positive Entwicklung in der letzten Legislaturperiode in Bezug auf die finanzielle Förderung der Kultur wird hoffentlich auch unter der neuen Ministerin für Kultur und Wissenschaften des Landes NRW, Ina Brandes, weitergeführt. Im Koalitionsvertrag ist eine weitere Erhöhung des Etats für das Ministerium zumindest vorgesehen - es bleibt zu hoffen, dass diese Absicht auch in einer deutlichen Steigerung des Zuschusses umgesetzt wird.

### **Nachtrag**

Um die Attraktivität und Leistungsfähigkeit des Hauses zu zeigen und nach Abflauen der Pandemie möglichst große Bevölkerungsgruppen und -schichten zu erreichen, ist nach der Sommerpause und nach Ende des Wirtschaftsjahres für knapp eine Woche lang eine große Bühne im Schlosspark aufgebaut und für die Zuschauer-innen kostenlos bespielt worden. Es wurde bei überwiegend sehr gutem Wetter das gesamte Angebot des Theaters präsentiert; es gab Stücke für Kinder ebenso wie Ausschnitte aus aktuellen Produktionen sowie einen Ausblick auf Stücke der Spielzeit. Mit rund 5.500 Zuschauern bei sehr guter Stimmung ist das Ziel der Ansprache breiter und großer Zuschauergruppen erreicht worden.

Zu berücksichtigen ist sowohl der sehr große finanzielle als auch organisatorische Aufwand direkt zu Spielzeitbeginn, der zusätzlich zu den bereits bestehenden Aufgaben nicht dauerhaft gestemmt werden kann. Die Erhöhung der Einstiegsgage für die künstlerisch Beschäftigten von 2.000 € auf zunächst 2.550 €/2.715 € zum 1.1.2023 bis hin zu 2.950€ zum 1.9.2023 ist nachvollziehbar, stellt das Theater aber vor erhebliche Herausforderungen. Mit diesem großen Schritt in den Einstiegsgagen werden auch die Gagen oberhalb der Anfänger-innengagen auf Dauer einen deutlichen Anstieg verzeichnen. Ebenso sind die Forderungen nach dem Anstieg bei den weiteren Beschäftigten im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst weit oberhalb der Planung und der Steigerung der vergangenen Jahre. Im Ergebnis steigen die Lohnkosten über alle im Hause Beschäftigten weit mehr als im Schnitt der letzten Jahre in der Prognose sicherlich um 6-8%. Die Kostensteigerungen beziehen sich auch auf die Sachkosten. Durch die Inflation und den Krieg in der Ukraine sind Produkte und Dienstleistungen ebenso erheblich teurer, vor allem die Energiekosten vervielfachen sich. Die Datensammlung für die Machbarkeitsstudie ist nach der Sommerpause mit Beginn der neuen Spielzeit

gestartet worden und entwickelt sich gut. Die ausgewählten Beratungsfirmen sind routiniert und vermitteln einen kompetenten Eindruck für ein gutes Ergebnis.

#### 4.14.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung: Intendant und künstlerischer Geschäftsführer ist Herr Georg Heckel. Verwaltungsdirektor und kaufmännischer Geschäftsführer ist Herr Stefan Dörr.

Gesellschafterversammlung: Vertreterin des Kreises in der Gesellschafterversammlung ist Frau Kreistagsabgeordnete Martina Gramlich.

Aufsichtsrat: Dem Aufsichtsrat gehören an:

lfd. Nr.	Mitglieder des Aufsichtsrats:	Spalte2
1	Dr. Axel Lehmann	Vorsitzender, Landrat des Kreises Lippe
2	Frank Hilker	stellv. Vorsitzender u. Stellvertreter Stadt Detmold
3	Heike Busse	Kreis Lippe
4	Sabine Mirbach	Kreis Lippe
5	Moritz Ilemann	Kreis Lippe
6	Walter Neuling	Kreis Lippe
7	Hans-Jörg Düning-Gast	Verbandsvorsteher Landesverband Lippe
8	Andreas Kuhlmann	Landesverband Lippe
9	Carsten Venherm	Stadt Paderborn/Kreis PB
10	Adrian Thomser	Betriebsratsvorsitzende (beratendes Mitglied)

Der Kreis Paderborn ist im Aufsichtsrat nicht vertreten.

#### 4.14.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 10 Mitgliedern zwei Frauen an (Frauenanteil: 22,22 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

#### 4.14.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird. Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.

## 4.15 Deutscher Jugendwandertag 2020 gGmbH i.L.

### 4.15.1 Basisdaten

Deutscher Wandertag 2015 gGmbH / Deutscher Jugendwandertag 2020 gGmbH

Marienplatz 2 a

33098 Paderborn

Tel.:05251/88-2094, Fax: 05251/88-2013, Internet: -

Gründungsdatum: 29. April 2013

### 4.15.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Der Gegenstand der GmbH war zunächst die Konzeption und Durchführung der Veranstaltung „Deutscher Wandertag 2015“. Nach der Änderung des Satzungszweckes am 22. November 2019 liegt dieser in der Durchführung des „1. Deutschen Jugendwandertages 2020“.

Die Gesellschaft kann Geschäfte und Maßnahmen betreiben, die zur Erreichung des Gesellschafts-zweckes notwendig oder nützlich erscheinen. Sie darf sich zur Erfüllung der Aufgaben anderer Unternehmen bedienen.

### 4.15.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Sports und der Gesundheit. Der Kreis Paderborn tritt bei der Veranstaltung in der Außenwahrnehmung als Mitausrichter auf.

### 4.15.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 25.300,00 € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

Gesellschafter	in €	in %
Stadt Paderborn	12.100,00	47,826
<b>Kreis Paderborn</b>	<b>11.000,00</b>	<b>43,478</b>
Eggegebirgsverein e. V.	2.200,00	8,696
<b>Summe</b>	<b>25.300,00</b>	<b>100,000</b>

### 4.15.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2022 waren keine finanziellen Auswirkungen zu verzeichnen.

Eine Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2022 durch die Gesellschafterversammlung ist bislang noch nicht erfolgt. Zu den Punkten 4.15.6 „Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals“, 4.15.7 „Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung“ und zu Punkt 4.15.10 „Geschäftsentwicklung“ können für den hier behandelten Gesellschaft daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

### 4.15.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Siehe Punkt 4.15.5 „Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen“.

### 4.15.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Siehe Punkt 4.15.5 „Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen“.

#### **4.15.8 Kennzahlen**

Siehe Punkt 4.15.5 „Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen“.

#### **4.15.9 Personalsbestand**

Die Gesellschaft beschäftigt kein Personal.

#### **4.15.10 Geschäftsentwicklung**

Siehe Punkt 4.15.5 „Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen“.

#### **4.15.11 Organe und deren Zusammensetzung**

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

##### Geschäftsführung

In der Gesellschafterversammlung vom 17.11.2021 wurden die Geschäftsführer der Gesellschaft Herr Christian Stork und Herr Ulrich Berns Abberufen und als neuer Geschäftsführer und Liquidator wurde Herr Michael Müller von der Stadt Paderborn als Mitarbeiter des Mehrheitsgesellschafters bestellt.

##### Gesellschafterversammlung

Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung ist Herr Landrat Rüter.

Aufsichtsrat: Ein Aufsichtsrat wurde nicht eingerichtet.

## 4.16 PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH

### 4.16.1 Basisdaten

PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH

Friedrichstr. 149

10117 Berlin

Tel.:030/25 76 79-0, Fax: 030/25 76 79-199, Internet: www.pd-g.de

Gründungsdatum: 2008

### 4.16.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Investitions- und Modernisierungsberatung der Öffentlichen Hand, ausländischer Staaten und internationaler Organisationen, die die Voraussetzungen eines öffentlichen Auftraggebers i. S. d. § 99 Nr. 1 bis 3 GWB in seiner jeweils gültigen Fassung erfüllen sowie alle damit zusammenhängenden Geschäfte und Dienstleistungen. Durch diese Leistungen sollen die öffentlichen Stellen unterstützt werden, ihre Investitions- und Modernisierungsziele möglichst wirtschaftlich zu erreichen. Die Gesellschaft ist auch Kompetenzzentrum für langfristige Kooperationsmodelle sowohl der Öffentlichen Hand mit privaten Unternehmen als auch zwischen öffentlichen Verwaltungen sowie für die Weiterentwicklung ihrer Grundlagen und Anwendungsbereiche.

Die Interessen des Mittelstandes sind bei der Arbeit der Gesellschaft zu berücksichtigen und zu fördern.

### 4.16.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH wird ausschließlich für die öffentliche Hand tätig. Sie soll die Funktion einer öffentlichen Inhouse-Infrastrukturberatungsgesellschaft für Bund, Länder und insbesondere Kommunen im Sinne der Vorschläge der BMWi-Expertenkommission „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ ausfüllen.

### 4.16.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Im Geschäftsjahr hielten die Gesellschafter insgesamt 10.020 Geschäftsanteile (Stammkapital beträgt 2.004.000,00 €) an dem Unternehmen. Die Anzahl der Geschäftsanteile im Nennwert von je 200,00 € verteilt sich folgt:

Gesellschafter	Geschäfts- anteile*	Gesellschafter2	Geschäfts- anteile*2
PD Berater der öffentlichen Hand GmbH	5.685	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Anstalt des öffentlichen Rechts	20
Bundesrepublik Deutschland	1.734	Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V. (DGUV)	20
PD-Beteiligungsverein „Forschung und Medizin“ e.V.	200	Stiftung Preußischer Kulturbesitz	20
PD-Beteiligungsverein Kommunale Großkrankenhäuser e.V.	160	Sächsische Aufbaubank - Förderbank Anstalt öffentlichen Rechts	20
Land Baden-Württemberg	100	FITKO (Föderale IT-Kooperation)	20
Land Brandenburg	100	Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern (‘AKDB’)	20
Land Bremen	100	Zweckverband der Berufsbildenden Schulen Opladen	20

Land Hamburg	100	Universität Bonn	20
Land Hessen	100	Westfälische Hochschule	20
Land Mecklenburg-Vorpommern	100	Leibnitz Institut für Bildungsverläufe e.V.	20
Land Niedersachsen	100	regio iT Gesellschaft für Informationstechnologie mbH	20
Land Nordrhein-Westfalen	100	BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG	20
Land Sachsen-Anhalt	100	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH	20
Land Schleswig- Holstein	100	Stadt Aachen	15
Republik Zypern	100	Stadt Bergisch Gladbach	15
Stadt Bremen	25	Stadt Braunschweig	15
Stadt Bochum	25	Stadt Herne	15
Stadt Duisburg	25	Stadt Leverkusen	15
Stadt Frankfurt am Main	25	Stadt Mönchengladbach	15
Stadt Nürnberg	25	Stadt Oberhausen	15
Stadt Wuppertal	25	Stadt Paderborn	15
Kreis Mettmann	25	Stadt Recklinghausen	15
<b>Kreis Paderborn</b>	<b>25</b>	Stadt Remscheid	15
Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	20	Stadt Salzgitter	15
Dataport Anstalt des öffentlichen Rechts	20	Stadt Solingen	15
Burgenlandkreis	15	Stadt Gelnhausen	5
Landkreis Celle	15	Stadt Halle (Westfalen)	5
Landkreis Dachau	15	Stadt Hamminkeln	5
Landkreis Dahme-Spreewald	15	Stadt Heiligenhaus	5
Landkreis Görlitz	15	Stadt Kamp-Lintfort	5
Kreis Groß-Gerau	15	Stadt Lengerich (Westfalen)	5
Kreis Herzogtum Lauenburg	15	Stadt Lindau	5
Hochsauerlandkreis	15	Stadt Mettmann	5
Main-Taunus-Kreis	15	Stadt Monheim	5
Landkreis Nienburg/Weser	15	Kreisstadt Olpe	5
Kreis Ostholstein	15	Stadt Papenburg	5
Landkreis Sigmaringen	15	Stadt Rheinberg	5
Landkreis Uckermark	15	Stadt Sehnde	5
Stadt Castrop-Rauxel	10	Stadt Taunusstein	5
Stadt Dormagen	10	Stadt Waren (Müritz)	5
Stadt Hürth	10	Stadt Wesseling	5
Stadt Iserlohn	10	Stadt Wülfrath	5
Stadt Langenfeld	10	Stadt Würselen	5
Stadt Lüneburg	10	Stadt Brake	2
Stadt Ratingen	10	Gemeinde Holzkirchen	2
Stadt Troisdorf	10	Stadt Hüfelfeld	2
Stadt Unna	10	Samtgemeinde Lachendorf	2
Landkreis Lichtenfels	10	Gemeinde Langerwehe	2
Stadtwerke Heiligenhaus GmbH	10	Gemeinde Lilienthal	2
Stadt Bad Hersfeld	5	Gemeinde Marpingen	2
Stadt Barsinghausen	5	Stadt Mengen	2
Stadt Dillenburg	5	Gemeinde Merzenich	2
Stadt Ennepetal	5	Gemeinde Neubiberg	2
Stadt Erkrath	5	Gemeinde Nörvenich	2
Gemeinde Nohfelden	2	Stadt Wittingen	2
Gemeinde Oberthal	2	Gemeinde Zöllnitz	2
Stadt Pattensen	2	Deutscher Landkreistag e.V.	1

Stadt Schwarzenbek	2	Deutscher Städte- und Gemeindebund e.V.	1
Gemeinde Seeheim-Jugenheim	2	Deutscher Städtetag (DST)	1
Gemeinde Tholey	2		

\*Anzahl Geschäftsanteil im Nennwert von je 200,00 €

#### 4.16.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2022 waren keine finanziellen Auswirkungen zu verzeichnen.

#### 4.16.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>4.067.880,18</b>	<b>2.645.568,18</b>	<b>1.422</b>
I. Imm. Vermögensgegenstände.	679.328,18	621.386,18	58
II. Sachanlagen	3.388.552,00	2.024.182,00	1.364
III. Finanzanlagen	0,00	0,00	0
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>52.425.865,97</b>	<b>42.955.030,71</b>	<b>9.471</b>
I. Vorräte	7.257.181,79	6.185.827,00	1.071
II. Forderungen	15.513.910,25	13.468.834,23	2.045
III. Kassenbestand, Guthaben	29.654.773,93	23.300.369,48	6.354
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>521.736,21</b>	<b>440.065,76</b>	<b>82</b>
<b>Summe Aktiva</b>	<b>57.015.482,36</b>	<b>46.040.664,65</b>	<b>10.975</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>37.329.484,16</b>	<b>31.801.701,51</b>	<b>5.528</b>
I. Gezeichnetes Kapital	2.004.000,00	2.004.000,00	0
1. Stammkapital	-962.600,00	-1.137.000,00	174
II. Kapitalrücklage	3.608.072,63	3.608.072,63	0
III. Gewinnrücklagen	14.623.122,63	14.623.122,12	0
IV. Gewinnvortrag	8.703.506,76	0,00	8.704
V. Jahresüberschuss	9.353.382,14	12.703.506,76	-3.350
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>11.954.609,86</b>	<b>7.763.178,82</b>	<b>4.191</b>
1. Steuerrückstellungen	1.446.809,00	1.288.344,00	158
2. Sonstige Rückstellungen	10.507.800,86	6.474.834,82	4.033
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>7.731.388,85</b>	<b>6.475.784,32</b>	<b>1.256</b>
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>
<b>Summe Passiva</b>	<b>57.015.482,87</b>	<b>46.040.664,65</b>	<b>10.975</b>

#### 4.16.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2022	20212	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	115.563.301,22	93.702.161,29	21.861
2. Erhöhung (Minderung) des Bestands an Vorräten	1.071.354,79	337.683,62	734
3. sonstige betriebliche Erträge	137.746,93	50.355,98	87
4. Aufwendungen für bezogene Leistungen	-22.290.620,13	20.870.666,34	-43.161
5. Personalaufwand	-59.079.878,95	42.457.973,19	-101.538
a) Löhne und Gehälter	-50.945.212,73	36.726.753,60	-87.672
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	-8.134.666,22	5.731.219,59	-13.866
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-1.662.433,05	1.216.061,04	-2.878
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-20.033.422,88	11.272.296,65	-31.306
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-59.308,68	73.559,19	-133
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-4.292.697,44	5.495.678,72	-9.788
<b>11. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>9.354.041,81</b>	<b>12.703.965,76</b>	<b>-3.350</b>
12. Sonstige Steuern	-659,67	459,00	-1
<b>13. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</b>	<b>9.353.382,14</b>	<b>12.703.506,76</b>	<b>-3.350</b>

#### 4.16.8 Kennzahlen

##### Finanzkennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	65	69	-4
Eigenkapitalrentabilität	25	40	-15
Anlagendeckungsgrad 2	1402	1740	-339
Verschuldungsgrad	53	45	8
Umsatzrentabilität	8	14	-5

#### 4.16.9 Personalbestand

Im Berichtsjahr beschäftigte die GmbH durchschnittlich 717 Mitarbeiter (Vj. 519).

#### 4.16.10 Geschäftsentwicklung

Die Gesellschaft liegt zu 100 Prozent in den Händen öffentlicher Auftraggeber im Sinne von § 99 GWB. Gesellschafter sind der Bund, Länder, Kommunen, Körperschaften und Anstalten des Öffentlichen Rechts

sowie weitere öffentliche Organisationen, Institutionen und zwei Beteiligungsvereine. Sie kontrollieren über ihre Stimmrechte und Mitwirkungspflichten die Arbeit der PD. Die Gesellschafter der PD und ihre nachgeordneten Behörden haben die Möglichkeit, die PD auf der Grundlage von § 108 Abs. 4 GWB direkt zu beauftragen, und zwar in Bezug auf alle angebotenen Beratungsfelder und in jeder Projektphase. Die Zusammenarbeit zwischen der PD und ihren Gesellschaftern ist grundsätzlich in der jeweils abgeschlossenen Eckpunktevereinbarung geregelt.

Gegenstand des Unternehmens ist die Beratung der öffentlichen Hand in Deutschland, ausländischer Staaten und internationaler Organisationen zu Investitions- und Modernisierungsvorhaben, die die Voraussetzungen eines Öffentlichen Auftraggebers i.S.d. § 99 Nr. 1 bis 3 GWB erfüllen. Die Gesellschaft ist Kompetenzzentrum für langfristige Kooperationsmodelle sowohl der öffentlichen Hand mit privaten Unternehmen als auch zwischen



Öffentlichen Verwaltungen. Die PD ist beratend tätig für den Bund, Bundesländer, Kommunen und sonstige öffentliche Auftraggeber einschließlich der Republik Zypern als derzeit einzige ausländische Gesellschafterin in den beiden Bereichen Strategische Verwaltungsmodernisierung sowie Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung. Sie unterstützt ihre ausschließlich öffentlichen Kunden dabei in der Strategie- und Organisationsberatung, im Großprojektmanagement, sie steuert Vergabeverfahren und Projekte im gesamten Themenspektrum der PD und leistet Investitionsberatung zur Wirtschaftlichkeit von Infrastruktur- und Immobilienvorhaben. Darüber hinaus ist es Aufgabe der PD, den Wissenstransfer zu fördern, das heißt Beratungserfahrungen und Erkenntnisse ihren öffentlichen Gesellschaftern zugänglich zu machen. Hierzu nutzt die PD interne Wissensmanagement-Tools, die den Einsatz von Erkenntnissen projektübergreifend unterstützen. Die PD hat eigene Wissensaustauschformate für Teilnehmende der öffentlichen Verwaltung eingeführt, die Initiative "PD-Impulse" zu Schlüsselthemen der Verwaltung initialisiert, publiziert auf der Webseite und in Fachmedien Ergebnisse und Erfahrungen, führt Veranstaltungen durch und fördert so den Netzwerkaufbau und Austausch im Kontext von Investitions- und Modernisierungsvorhaben der Öffentlichen Hand.

Zum 31.12.2022 betrug das gezeichnete Kapital der Gesellschaft 2.004.000 € und war eingeteilt in 10.020 Geschäftsanteile.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht aktuell aus vier Vertreterinnen und Vertretern des Bundes, zwei der Länder, zwei der Kommunen bzw. kommunalen Spitzenverbände, einem Vertreter der öffentlich-rechtlichen Körperschaften, einem Vertreter der sonstigen öffentlichen Auftraggeber sowie fünf Vertreterinnen und Vertretern der Mitarbeitenden.

Des Weiteren hat die Gesellschaft seit 2021 einen Betriebsrat mit aktuell 11 (nebenamtlichen) Mitgliedern. Der Betriebsrat hat zudem einen Betriebs-, Personal- und Wirtschaftsausschuss eingerichtet. Die Gesellschaft verfügt über einen Beirat. Das im Jahr 2017 gegründete Gremium berät die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat der Gesellschaft auf deren Verlangen in strategischen Fragen, bei der Entwicklung und Evaluierung neuer Geschäftsideen, der Entwicklung neuer Kooperationsmodelle und der Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere in den Bereichen Bau, Infrastruktur, Gesundheit, IT und Verwaltungsmodernisierung. Das Gremium kann Empfehlungen an die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat aussprechen, diese sind an die Empfehlungen nicht gebunden. Die Mitglieder wurden von der Geschäftsführung gemäß § 8 Abs, 2 des Gesellschaftsvertrags nach Billigung durch den Aufsichtsrat benannt, Der Beirat bestand im Jahr 2022 aus 15 Mitgliedern, Es fand eine Sitzung am 3. November 2022 statt. Schwerpunkt waren hierbei das Thema der Wirkungsorientierung und der Strategieprozess der PD, der in 2023 stattfinden soll.

### **Unternehmenssteuerung**

Die Steuerung des Unternehmens erfolgt auch im Geschäftsjahr 2022 durch die Geschäftsführung. Grundlage sind regelmäßige vergleichende Analysen von Wirtschaftsplanung, Ist-Entwicklung und Forecast auf Basis der Finanzbuchhaltung und Kostenrechnung. Dabei werden sowohl das Gesamtunternehmen als auch die einzelnen Unternehmensbereiche und Standorte betrachtet. Die Einhaltung von Einzelansätzen des Wirtschaftsplanes wurde im Rahmen von Soll-Ist-Vergleichen überwacht. Abweichungen von den Erwartungswerten der Projekte werden laufend beobachtet, analysiert und in regelmäßigen Besprechungen zwischen Geschäftsführung/Geschäftsleitung und kaufmännischer Leitung erörtert. Gleiches gilt für nicht projektbezogene Planabweichungen, Die Ergebnisentwicklung des Unternehmens wird monatlich anhand des

Ergebnisses vor Zinsen und Steuern (EBIT) und die Liquidität anhand der Entwicklung des Cash-Flows verfolgt. Als unabhängige Prüfungs- und Beratungsstelle ist eine interne Revision eingerichtet.

## **Unternehmensführung**

Die Gesellschafterversammlung hat am 08.04.2022 für den Frauenanteil in der Geschäftsführung eine Zielgrade von 50 Prozent, die bis zum 31.12.2026 erreicht werden soll, festgelegt. Zudem besteht für den Frauenanteil im Aufsichtsrat eine Zielgröße von einem Drittel, die bis zum 31.12.2024 erreicht werden soll.

Darüber hinaus hat die Geschäftsführung beschlossen, für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb der Geschäftsführer eine Zielgröße von 50 Prozent festzulegen, die bis zum 31.12.2024 erreicht werden soll.

## **Wirtschaftsbericht**

### Branchenbezogene Rahmenbedingungen

#### *Markt für Beratung der öffentlichen Hand im Bereich Strategische Verwaltungsmodernisierung*

Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen wünschen sich Verwaltungen als moderne Dienstleister, die zuverlässigen Service bieten und effizient haushalten. Um dieses Qualitätsniveau zu erreichen, müssen Strukturen und Abläufe häufig neu ausgerichtet werden, Demografische und regulatorische Rahmenbedingungen sind hierbei ebenso zu berücksichtigen. Die Digitalisierung ist dabei zugleich Treiber und Mittel des Wandels in allen gesellschaftlichen Bereichen. Abgeleitet aus der Erweiterung des Artikels 91 GG stellt die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) für alle Ebenen der öffentlichen Verwaltung die zentrale Herausforderung dar. Im Rahmen eines bundesweiten, interföderalen Programms wird dieses schrittweise umgesetzt. Auch der Koalitionsvertrag der Regierungsparteien auf Bundesebene greift diese Entwicklungen auf und setzt weitere transformatorische Eckpunkte für ein modernes Staatswesen in Deutschland, Diesen Anforderungen unterstehen in vergleichbarem Umfang die Länder, die sich entsprechende E-Government- Gesetze gegeben haben und zugleich - gemeinsam mit den Kommunen - zur Umsetzung des OZG verpflichtet sind. Auch unterstreichen die Erfahrungen der Coronakrise die Notwendigkeit einer weitergehenden Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung.

Aufgrund der großen Nachfrage nach Unterstützung bei der Bearbeitung vorgenannter Aspekte wächst der Bereich Strategische Verwaltungsmodernisierung mit Projekten auf allen föderalen Ebenen (zu der kommunalen Ebene siehe den folgenden Abschnitt) und hat sich als anerkannter Berater für Organisations- und Strategieberatung weiter etabliert.

#### *Markt für Beratung der öffentlichen Hand im Bereich Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung*

Auch im Geschäftsbereich Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung steht die öffentliche Hand weiterhin vor großen Herausforderungen, um öffentliche Infrastrukturen und Immobilien mit begrenzten Haushaltsmitteln zu bauen, zu sanieren und auszubauen sowie Verwaltungsstrukturen bei den Bau-, Gesundheits- und den sonstigen Kommunalverwaltungen zu modernisieren. Corona (auslaufend) und der Krieg in der Ukraine führen allerdings zu erheblichen wirtschaftlichen Unsicherheiten. Das damit verbundene drastische Wachstum der Rohstoffpreise und ein eklatanter Fachkräftemangel in den zuständigen Ämtern werden vor allem auf kommunaler Ebene zu weiterer Zurückhaltung bei der Bewilligung und Umsetzung dringend notwendiger Investitionsvorhaben führen. Allerdings zeichnet sich bereits ein Gegentrend ab, da die bisher hohe Auslastung

der Bauwirtschaft im Privatsektor wegen der hohen Preise wegbricht. Umso wichtiger ist eine große Verfügbarkeit an staatlichen Fördermitteln. Dazu hat die Bundesregierung im Rahmen des Deutschen Aufbau- und Resilienzplanes (DARP) reagiert und daraus einen Beratungsauftrag an die PD in einer Höhe von 50 Mio. € brutto bis 2026 zum Abbau von Investitionshemmnissen insbesondere im kommunalen Bereich vorgesehen, der Überwiegend bereits beauftragt und im Jahr 2022 anteilmäßig abgearbeitet wurde.

#### Wettbewerb

Die PD steht als Beratungsunternehmen im Wettbewerb mit anderen Beratern, Hierzu gehören neben großen internationalen Wirtschaftsprüfungs- und Strategieberatungsgesellschaften auch kleinere, vor allem regionale Berater. Da diese Berater - im Gegensatz zur PD - neben der öffentlichen Hand auch private Unternehmen beraten können, ist ihr Marktpotential deutlich höher. Trotzdem konnten beide Geschäftsbereiche der PD gegenüber dem Vorjahr weiterhin ein Umsatzwachstum verzeichnen.

Die PD durfte sich in 2022 als „Hidden Champion“ des Beratungsmarktes 2022/2023 im Bereich „Public Sector“ bezeichnen, zu dem sie Ende 2021 gewählt worden war. Die Auszeichnung „Hidden Champion des Beratungsmarktes“ wird seit 2008 durch die unabhängige Wissenschaftliche Gesellschaft für Management und Beratung (WGMB) vergeben. Die Kategorie „Public Sector“ war im Jahr 2021 erstmalig vergeben worden.

#### Geschäftsentwicklung der PD

Die Geschäftsentwicklung der PD verlief auch in 2022 sehr erfolgreich. Wie schon in den letzten Geschäftsjahren konnte die Gesellschaft die im Wirtschaftsplan 2022 konkretisierten Wachstumserwartungen voll erfüllen. In den beiden Kernbereichen "Strategische Verwaltungsmodernisierung" und "Bau, Infrastruktur, Kommunalberatung" ist es der Gesellschaft zudem gelungen ihre Präsenz und Beratung für ihre Anteilseigner weiter auszubauen. Die in 2018 bzw. 2019 gegründeten Betriebsstätten in Düsseldorf und Frankfurt am Main entwickelten sich im Berichtsjahr weiter heraus positiv. Sie ermöglichen eine größere Kundennahe, damit eine kurzfristige und unmittelbare Reaktion auf geäußerte Unterstützungsbedarfe und forcieren die weitere Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern in der Region. Dem dienen auch das bereits in 2020 eröffneten Hamburger Büro sowie die in 2021 bezogenen Büros in Wiesbaden und Nürnberg. 2022 wurden zudem Mietverträge für Büros in München und Stuttgart geschlossen, die in 2023 bezogen werden.

Die Weiterentwicklung des Bereichs Strategische Verwaltungsmodernisierung zu einer vernetzten, Expertise-orientierten Geschäftsorganisation wurde und wird zielgerichtet fortgesetzt. Im Geschäftsbereich Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung wird gezielt auf Regionalisierung der Beratungsangebote und Zukunftsthemen wie Nachhaltiges Bauen und Betreiben, die Digitalisierung des Bauwesens (BIM: Building — Information — Modeling) oder auch die Exploration von innovativen/ beschleunigten Verfahrenswegen des Bauens sowie auf die Verwaltungsmodernisierung der Kommunen gesetzt. Weitere wichtige Aktionsbereiche sind der Wohnungsbau und die Ausdifferenzierung der Beratungstätigkeiten für den bestehenden Marktbereich Nachhaltigkeit, Umwelt und Klimaschutz. So kann dazu beigetragen werden, dass der massive Investitionsstau der öffentlichen Hand verringert wird und es werden gleichzeitig Impulse für eine fortgesetzt nachhaltige Wirtschaftsentwicklung gegeben.

Im Geschäftsjahr 2022 gehörten der Geschäftsleitung an: Aus dem Bereich „Bau, Infrastruktur und Kommunalberatung“ Herr Karl-Heinz Heller, Herr Dr. Uwe Schmidt und ab dem 1. November 2022 Frau Birte Frischemeier, aus dem Bereich „Strategische Verwaltungsmodernisierung“ Frau Yvonne Balzer, Herr Dr.

Sebastian Muschter, Herr Dr. Norbert Ahrend und Herr Dr. Peter-Roman Persch, sowie ab dem 1. November 2022 aus dem Bereich der Corporate Functions Frau Anja Tannhäuser. Die zivilrechtlichen Grundlagen der Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern sind in der jeweils abgeschlossenen Eckpunktevereinbarung geregelt. Der Gesellschafterkreis wird sich voraussichtlich auch in den kommenden Jahren dynamisch entwickeln.

### Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Gesellschaft hat das Jahr 2022 mit einem Jahresüberschuss von rd. 9.353 T€ abgeschlossen und liegt damit um 1.316 T€ über Plan. Wie in der Wirtschaftsplanung für das Jahr 2022 prognostiziert, reduzierte sich das Jahresergebnis gegenüber dem Vorjahr. Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht den soliden Entwicklungskurs der Gesellschaft:

Geschäftsjahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Gesamtleistung (T€)	9.286	11.396	25.961	43.468	54.578	65.407	94.040	116.635
(ohne sonstige betriebliche Erträge)								
Deckungsbeitrag (T€)	6.327	8.051	16.289	23.585	31.952	48.767	73.184	94.482
Jahresüberschuss (T€)	1.064	1.324	2.838	3.858	2.898	6.303	12.704	9.353

Ein wesentlicher Einflussfaktor für den deutlichen Anstieg der Gesamtleistung gegenüber dem Vorjahr ist die erneute Steigerung der Beratungstätigkeit der PD in der Berichtsperiode, u.a. aufgrund der starken Kundenbindung und der Positionierung als profilierter Projektberater. Nach mehrjähriger vertrauensvoller Zusammenarbeit und zahlreichen erfolgreich abgeschlossenen Beratungsprojekten wachsen die Auftragsvolumina mit Hauptkunden weiter. Zudem ist es gelungen, den Kundenstamm, insbesondere im kommunalen Bereich, weiter auszuweiten und zu festigen.

Mit Steigerung der Gesamtleistung sind auch planmäßig die Gesamtaufwendungen angestiegen. Der wesentliche Einflussfaktor ist die Steigerung der Personalaufwendungen aufgrund des nachhaltigen Personalaufbaus, der durch die hohe Nachfrage der Beratungsleistungen begründet ist. Des Weiteren erhöhten sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Insbesondere stiegen die Gesamt-Mietaufwendungen der Gesellschaft. Die Anpassung der Büroflächen nach der Corona-Pandemie an das Personalwachstum der vergangenen Jahre führte zu Erweiterungen der Büroflächen in Berlin, in den Betriebsstätten Düsseldorf und Frankfurt und am Standort Hamburg. Ein Kostenanstieg ist wie erwartet gegenüber dem Vorjahr nach der Pandemie auch bei den Reise- und Fortbildungskosten zu verzeichnen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr ergab sich im Vergleich zur Wirtschaftsplanung folgendes Bild:

	Plan (T€)	IST (T€)	Delta (T€)
Gesamtleistung (einschl. sonstige betriebliche Erträge)	120.983	116.772	-4.211
Aufwand	-109.407	-103.066	6.341
Davon Personalaufwand	- 62.329	- 59.080	3.249
Zinsergebnis, neutraler Aufwand, Steuern	- 3.584	- 4.353	- 768
Jahresüberschuss	7.992	9.353	1.361

Die Gesellschaft verfügt zum Ende des Jahres 2022 überdirekte Geldmittel in Höhe von 29,7 Mio. €. Aufgrund des Zinsniveaus erfolgten keine Anlagen in Termin- oder Tagesgeldern. Die direkten Geldmittel gegenüber dem Vorjahr sind um rd. 6,4 Mio. € angestiegen. Maßgeblich verantwortlich für die Steigerung ist das sehr gute Jahresergebnis. Verringert wurde dieser Effekt durch die Gewinnausschüttungen für das Geschäftsjahr 2021 in Höhe von 4.000 T€.

Der Bestand an Forderungen aus Lieferungen und Leistungen hat sich um 15,7 % (+1.786 T€) erhöht. Angestiegen sind auch die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen von 1.950 T€ auf 2.729 T€. Im Vergleich zum Vorjahr steigen die Rückstellungen um 4.191 T€. Die Erhöhung begründet sich im Wesentlichen zum einen aus der angestiegenen Rückstellung für Tantieme (+1.735 T€) und zum anderen bei den Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (+2.050 T€).

Das Eigenkapital (inklusive des Jahresüberschusses 2022) liegt vor Ergebnisverwendung mit rund 37,3 Mio. € bei rund 65,5 % der Bilanzsumme. Die Bilanzsumme hat sich um 11,0 Mio. € (+23,8 %) gegenüber dem Vorjahreswert auf 57,0 Mio. € erhöht. Der aktuelle Saldo des Eigenkapitals entspricht in etwa dem 9,2-fachen des Anlagevermögens.

Die Entwicklung der Gesellschaft im Berichtsjahr hat die im Lagebericht des Vorjahres abgegebene Prognose für die Entwicklung von Gesamtleistung und operativem Jahresergebnis weiterstehend erfüllt. Auf Grund der geringeren Umsätze mit bezogenen Fremdleistungen liegt die Gesamtleistung unter der Prognose. Entsprechend den Umsätzen haben sich auch die Aufwendungen für bezogene Fremdleistungen entwickelt. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen in der Berichtsperiode gegenüber der Vorjahresprognose auf Grund von hohen Kosten für Leistungen durch externe Dienstleister. Weitestgehend haben sich die betrieblichen Abläufe im Vergleich zu den durch Corona geprägten Vorjahren normalisiert. Die Reiseintensität hat wieder zugenommen und auch Weiterbildungsmaßnahmen haben verstärkt stattgefunden. Des Weiteren wurde in der Beschlussfassung zur Gewinnverwendung des Jahresüberschusses für das Jahr 2021 die Ausschüttung an die Gesellschafter in Höhe von 4.000 T€ beschlossen. Zudem hat die PD mit Genehmigung des Aufsichtsrates die Einrichtung einer Stiftungsprofessur an der Technischen Universität Dresden für ressourceneffizienten Hochbau gefördert, um den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis zu intensivieren.

Die Berichtserstattung zu Vorgängen von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag erfolgt im Anhang.

## **Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren**

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern beträgt im Geschäftsjahr 2022 rund 13.706 T€ und liegt damit um 2.130 T€ über Plan. Gegenüber dem Vorjahr ist das Ergebnis vor Zinsen und Steuern um 4.567 T€ gemindert.

Der Cash-Flow betrug insgesamt 6.354 T€. Die Finanzmittel liegen damit am Ende des Berichtszeitraums bei 29.655 T€. Der Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr weist -3.826 T€ aus. Gewinnausschüttungen für 2021 an die Gesellschafter erfolgten beschlussgemäß in Höhe von 4.000 T€:

Die PD hat während des Geschäftsjahres 2022 durchschnittlich 717 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt, gegenüber durchschnittlich 519 im Geschäftsjahr 2021.

## **Prognose-, Chancen- und Risikobericht**

### Prognose- und Chancenbericht

Die PD sieht ihre strategischen Wachstumschancen zum einen in einer Vertiefung der Wertschöpfung in ihren Kernbereichen und zum anderen im weiteren Ausbau der Beratungskompetenzen in Themenfeldern wie zum Beispiel Gesundheit, Umwelt/Nachhaltigkeit, Personal & Organisationsentwicklung, Mobilität, öffentliche Sicherheit, öffentliche Finanzen, IT, Digital Governance, Digitalisierung des Bauwesens etc. auf allen föderalen Ebenen.

Neben der Umsetzungsbegleitung von Großprojekten und komplexen Immobilienvorhaben steht die Strategie- und Organisationsberatung der Verwaltung bei wichtigen Innovations-, Modernisierungs- und Beschaffungsprojekten im Fokus. Darüber hinaus werden die Kommunalberatung und das Gesundheitswesen weiterhin einen Schwerpunkt der Beratungstätigkeit bilden. Im Bereich Gesundheitswesen steht die Umsetzung von baulichen Masterplänen oder die Ausstattung mit innovativer Medizintechnik im Mittelpunkt, die häufig durch komplexe Partnerschaftsmodelle abgebildet werden. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Investitionsberatung, da der immense Investitionsbedarf der öffentlichen Infrastruktur in Übereinstimmung mit den gängigen Verfahren und Vorschriften der Haushaltsaufstellung und -führung abgewickelt werden muss. Neue Wachstumschancen werden im Ausbau der Geschäftstätigkeiten der Vergabestelle sowie in den Aufgabenfeldern Nachhaltigkeit, Umwelt und Klimaschutz (NUK) und Wohnen und Quartier (W&Q) gesehen, die in 2022 als eigenständige Marktbereiche etabliert wurden.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2023, der vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 30. November 2022 beschlossen wurde, und die mittelfristige Planung für die Geschäftsjahre 2024-2027 sehen für das Gesamtunternehmen weiterhin ein kontinuierliches Wachstum insbesondere der eigenen Leistung der PD vor. Dabei wird im Zeitraum 2023 -2027 eine an die Eigenleistung angepasste Steigerung der Gesamtleistung von bis zu 20 % erwartet.

Für das Jahr 2023 wird gegenüber dem Berichtsjahr mit einer wiederholt steigenden Gesamtleistung gerechnet. Der Anteil der Gesamtleistung steigt in der Planung gegenüber dem Berichtsjahr um ca. 20 %. Hier kommen die Effekte aus dem Personalaufbau des Berichtsjahres zum Tragen. Aufgrund der Anpassung der Kosten im Verhältnis zum stetigen Wachstum des Geschäftsvolumens der PD in einem Umfeld ohne Corona-Beschränkungen und mit etwas gebremsten Steigerungsraten wird das operative Ergebnis im Jahr 2023 deutlich niedriger angenommen als im Jahr 2022. Ausschlaggebende Faktoren hierbei sind Aufwendungen im Personalbereich auf Grund des fortlaufenden Personalzuwachses im operativen und internen Bereich, Personalentwicklung sowie die damit einhergehende Steigerung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Die steigenden sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind insbesondere durch die notwendigen Standortvergrößerungen, die Standorterweiterungen und die damit zusammenhängenden Standortinvestitionen begründet.

### **Risikomanagement, Risikobericht**

Das von der PD bearbeitete Geschäftsfeld ist verschiedenen Risiken ausgesetzt, die untrennbar mit dem unternehmerischen Handeln verbunden sind. Das Risikomanagement obliegt der Geschäftsführung und hat zum Ziel, Risiken frühzeitig zu erkennen, die Planungssicherheit zu verbessern sowie Kosten zu senken.

Risiken im Beratungsgeschäft sind:

- Externe Risiken durch Rahmenbedingungen und Markteinflüsse, die nicht unmittelbar beeinflusst werden können. Dies sind vor allem Auswirkungen aufgrund von Veränderungen in der Marktlage, dem Wettbewerb, der Konjunktur oder Pandemien und inzwischen auch Kriegereignisse oder Cyberangriffen auf die IT-Infrastruktur der Gesellschaft.
- Interne Risiken, die durch Entscheidungen und Handlungen der Gesellschaft selbst bedingt sind. Dazu zählen Risiken aus der Leistungserstellung, im finanzwirtschaftlichen Bereich, informationstechnische Risiken oder aus der Organisation und dem Management des Unternehmens. Sie sind meist durch operative Entscheidungen und Maßnahmen direkt beeinflussbar und steuerbar.

Um die Auswirkungen von Risiken abschätzen zu können, werden diese fortlaufend bewertet.

Die Bewertung erfolgt üblicherweise in den Dimensionen der Eintrittswahrscheinlichkeit und der möglichen Schadenshöhe bei Eintritt. Um Risiken frühzeitig zu erkennen, zu bewerten und konsequent zu handhaben, setzt die Gesellschaft wirksame Steuerungs- und Kontrollsysteme ein.

Das Projektmanagementsystem stützt sich auf eine Software für Projektplanung, Projektsteuerung, Projektüberwachung, Zeiterfassung, durch die die Geschäftsführung automatisch über die Erreichung von definierten Schwellenwerten gegenüber kalkulierten Budgets bei einzelnen Projekten informiert wird.

Es besteht sowohl eine Jahres- als auch eine mittelfristige Unternehmensplanung und eine unterjährige Prognoseberichterstattung, die es erlaubt, bezüglich der Markt- und Wettbewerbsrisiken Soll/Ist-Abweichungen zu analysieren.

Da die IT-Infrastruktur der Gesellschaft für die Geschäftstätigkeit als kritisch angesehen werden muss, sind eine Reihe von Maßnahmen ergriffen worden, um Ausfallrisiken zu vermeiden bzw. zu minimieren. Dazu gehört u.a. auch, dass interne Mitarbeiter gegenüber den zentralen IT-Systemen wie externe Mitarbeiter behandelt werden; durch die damit verbundenen Schutzmechanismen werden die Auswirkungen etwaigen fehlerhaften Verhaltens der eigenen Mitarbeiter minimiert. Um die Verletzlichkeit der Systeme zu überprüfen und geeignete Schutzmaßnahmen abzuleiten, führt die Gesellschaft regelmäßig Penetrationstests durch.

Daneben wird auch die operative Risikostruktur in regelmäßigen Abständen einer Überprüfung und Bewertung unterzogen sowie im Management der Risiken eine Überprüfung von Mitigationmöglichkeiten (z.B. Versicherbarkeit) durchgeführt. Auch wurde eine interne Revision im Unternehmen aufgebaut. Die Risikogewichtung und deren Eintrittswahrscheinlichkeit werden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung unter Einbeziehung von Erfahrungswerten und Prognosen vorgenommen. Über das Ergebnis der Prüfung wird dem Aufsichtsrat regelmäßig berichtet.

Bei der vorliegenden Relation zwischen Kosten, Risikostruktur und Eigenkapital sind den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen nicht zu erkennen. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Gesamtrisikoposition im Berichtsjahr stabil entwickelt.

#### 4.16.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe einer GmbH sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung. Es kann wahlweise ein Aufsichtsrat gebildet werden.

Geschäftsführung: Geschäftsführer sind Herr Stéphane Beemelmans und Herr Claus Wechselmann.

Gesellschafterversammlung :

Der Kreistag des Kreises Paderborn hat im Rahmen des Beschlusses über den Beteiligungserwerb ebenfalls beschlossen, keine Vertretung für die Gesellschafterversammlung zu bestellen, sondern sich in der Gesellschafterversammlung durch den Deutschen Landkreistag e.V., Berlin, vertreten zu lassen.

Aufsichtsrat: Der Aufsichtsrat setzte sich im Geschäftsjahr wie folgt zusammen:

Name	
Gatzer, Werner	Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis November 2022)
Bohle, Anne Katrin	stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats (bis März 2022)
Klesse, Dr. Astrid	
Scholz, Prof. Dr. Jens	
Göppert, Verena	
Bösinger, Dr. Rolf	(seit 16.03.2022)
Karger, Pia	(seit 16.03.2022)
Saebisch, Steffan	(seit 16.12.2022)
Mangeldorff, Dr. Lukas	
Damm, Elmer	
Zimmermann, Uwe	
Rehfeld, Dieter	
Flasbarth, Jochen	
Deix, Wolfgang	
Waßmuth, Melissa	
Munoz, Tatiana	
Michel, Corinna	
Wilkens, Jan	

Der Kreis Paderborn ist im Aufsichtsrat nicht vertreten.

#### 4.16.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 11 Mitgliedern sieben Frauen an (Frauenanteil: 38,89 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von mehr als 40 Prozent nicht erreicht.

#### 4.16.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten



Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Gesellschafterversammlung hat am 9.12.2021 für den Frauenanteil im Aufsichtsrat eine Zielgröße von einem Drittel beschlossen, die bis zum 31.12.2024 erreicht werden soll. Die Gesellschafterversammlung hat darüber hinaus die Entscheidung der Geschäftsführer zur Kenntnis genommen, für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb der Geschäftsführer eine Zielgröße von 50 Prozent festzulegen.



## 4.17 Klärschlammverwertung OWL GmbH

### 4.17.1 Basisdaten

Klärschlammverwertung OWL GmbH

Eckendorfer Straße 57

33609 Bielefeld

Gründungsdatum: 2020

### 4.17.2 Zweck/ Gegenstand der Gesellschaft

Öffentlicher Zweck der Gesellschaft ist die Verwertung und Entsorgung der bei der Abwasserentsorgung und -aufbereitung anfallenden Abfälle, Gegenstände des Unternehmens sind a) der Transport von Klärschlamm, b) die landwirtschaftliche Verwertung von Klärschlamm, c) die thermische Entsorgung von Klärschlamm, d) die Planung, Errichtung und der Betrieb einer Klärschlammverbrennungsanlage, e) die Erzeugung, Verwertung, Vermarktung und der Verkauf der bei der Klärschlammverbrennung gewonnenen Energien, f) die Deponierung und Entsorgung der bei der Verbrennung anfallenden Reststoffe, g) das Recyceln des Phosphors aus der Klärschlammmasche und dessen Verwertung und Vermarktung und h) Dienstleistungen aller Art auf dem Gebiet der Klärschlamm Entsorgung sowie die damit im Zusammenhang stehenden Aufgaben der Abfallentsorgung. Die Gesellschaft kann sich im Rahmen der verbandlichen und kommunalen Aufgabenerfüllung und der gesetzlichen Bestimmungen auf den Gebieten betätigen und alle Geschäfte betreiben, die mit dem Gegenstand des Unternehmens im Zusammenhang stehen. Sie kann sich auch an anderen Unternehmen mit einem gleichen oder ähnlichen Gegenstand beteiligen und deren Geschäftsführung übernehmen.

### 4.17.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft soll in Zukunft die Klärschlamm Entsorgung in der Region sicherstellen.

### 4.17.4 Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 50.000,00 € und ist aufgeteilt auf folgende Gesellschafter:

	Beteiligungsanteil in %	Anteil am Stammkapital in €
AbfallWirtschaftsVerband Lippe	13,59	6.793,00
Gesellschaft zur Entsorgung von Abfällen Kreis Gütersloh mbH	10,67	5.334,00
Stadt Bielefeld	9,79	4.895,00
Stadt Paderborn	6,03	3.017,00
Stadt Minden	5,92	2.960,00
Herforder Abwasser GmbH	5,46	2.732,00
Kreis Minden-Lübbecke	3,85	1.927,00
Stadt Gütersloh	3,76	1.879,00
Abwasserverband „Obere Lutter“ (AOL)	3,42	1.708,00
Wasserverband Wittlage	3,07	1.537,00

Stadt Lübbecke	2,85	1.423,00
Wasserverband Bersenbrück	2,50	1.252,00
Stadtentwässerung Lippstadt AöR	2,28	1.138,00
Stadt Löhne	2,05	1.025,00
Stadtwerke Bad Oeynhausen AöR	2,05	1.025,00
Kommunalbetriebe Bünde AöR	1,73	865,00
Kommunalunternehmen der Stadt Warburg AöR	1,62	808,00
Stadt Delbrück	1,14	569,00
Stadt Verl (Abwasserbetrieb Verl-West)	1,07	535,00
Stadt Höxter	1,02	512,00
Stadt Marsberg	1,00	501,00
Stadt Büren	0,98	491,00
Stadt Bad Driburg	0,91	455,00
Stadt Geseke	0,91	455,00
Stadt Salzkotten	0,84	421,00
Stadt Schloß Holte-Stukenbrock	0,80	398,00
Stadt Brakel	0,75	376,00
Stadt Spenge	0,75	376,00
Gemeinde Hiddenhausen	0,68	342,00
Stadt Beverungen	0,68	342,00
Stadt Enger	0,68	342,00
Stadt Steinheim	0,68	342,00
Stadt Vlotho	0,61	307,00
Gemeinde Borchen	0,57	285,00
Sennegemeinde Hövelhof	0,57	285,00
Gemeinde Rödinghausen	0,55	273,00
Gemeinde Neuenkirchen-Vörden	0,54	268,00
Stadt Bad Wünnenberg	0,50	250,00
Stadt Verl (Abwasserbetrieb Gemeinschaftsklärwerk Verl-Sende)	0,50	250,00
Stadt Bad Lippspringe	0,46	228,00
Stadtwerke Lichtenau GmbH	0,46	228,00
Gemeinde Altenbeken	0,36	182,00
Stadt Nieheim	0,34	171,00
Stadt Borgentreich	0,25	125,00
Stadt Marienmünster	0,25	125,00

Stadtwerke Espelkamp	0,25	125,00
<b>Kreis Paderborn</b>	<b>0,25</b>	<b>125,00</b>
<b>Summe</b>	<b>100,00</b>	<b>50.000,00</b>

#### 4.17.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2022 waren keine finanziellen Auswirkungen zu verzeichnen.

#### 4.17.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Umlaufvermögen</b>	<b>1.276.661,13</b>	<b>1.124.038,71</b>	<b>153 €</b>
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0 €
1. Forderungen gegen Gesellschafter	500.000,00	850.000,00	-350 €
2. sonstige Vermögensgegenstände	25.465,18	102.012,34	-77 €
II. Kassen- und Bankbestand	751.195,95	172.026,37	579 €
<b>Summe Aktiva</b>	<b>1.276.661,13</b>	<b>1.124.038,71</b>	<b>153 €</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>1.107.298,61</b>	<b>1.089.168,47</b>	<b>18 €</b>
I. Gezeichnetes Kapital	50.000,00	50.000,00	0 €
II. Kapitalrücklage	1.539.168,47	1.329.452,70	210 €
III. Jahresfehlbetrag	0,00	0,00	0 €
IV. Bilanzverlust	-481.869,86	290.284,23	-772 €
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>3.227,00</b>	<b>6.063,00</b>	<b>-3 €</b>
1. sonstige Rückstellungen	3.227,00	6.063,00	-3 €
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>166.135,52</b>	<b>28.807,24</b>	<b>137 €</b>
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00	0 €
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	166.135,52	28.807,24	137 €
<b>Summe Passiva</b>	<b>1.276.661,13</b>	<b>1.124.038,71</b>	<b>153 €</b>

#### 4.17.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. sonstige betriebliche Erträge	39,42	95.905,00	-96
2. Personalaufwand	22.149,79	21.356,61	1
a) Löhne und Gehälter	21.879,00	21.060,00	1
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	270,79	296,61	0
3. sonstige betriebliche Aufwendungen	459.759,49	364.832,62	95
<b>4. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>-481.869,86</b>	<b>-290.284,23</b>	<b>-192</b>
<b>5. Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag</b>	<b>-481.869,86</b>	<b>-290.284,23</b>	<b>-192</b>
6. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	290.284,23	-2.295,93	293
7. Entnahme aus der Kapitalrücklage	290.284,23	329.123,80	-39
<b>8. Bilanzverlust</b>	<b>481.869,86</b>	<b>290.284,23</b>	<b>192</b>

## 4.17.8 Kennzahlen

### Finanzkennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	87	97	-10
Eigenkapitalrentabilität	-44	-27	-17
Anlagendeckungsgrad 2	./.	./.	
Verschuldungsgrad	15	3	12
Umsatzrentabilität	./.	./.	

### 4.17.9 Personalbestand

Neben der Geschäftsführung wurden keine weiteren Personen beschäftigt.

### 4.17.10 Geschäftsentwicklung

Der Geschäftsverlauf der Gesellschaft war im Jahr 2022 geprägt von den begleitenden Maßnahmen zur EU-weiten Ausschreibung hinsichtlich einer strategischen Partnerschaft. Die Gesellschaft sucht über ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb einen sogenannten strategischen Partner, der mit ihr zusammen über ein gemeinsames Tochterunternehmen ab 2024 die Klärschlämme, welche die Gesellschafter einbringen, bis 2043 entsorgt. Das zukünftige Unternehmen soll eine Klärschlammverbrennungsanlage (KVA) betreiben. Dafür wird es entweder eine neue Anlage planen und bauen oder eine schon vorhandene Anlage, die ggf. noch erweitert werden muss, nutzen.

Dem Vergabeverfahren gehen seit 2017 Vorbereitungshandlungen im Rahmen der sogenannten Klärschlammkooperation OWL voraus. Im Rahmen des von den Kooperationspartnern erstellten und beschlossenen Gesamtkonzepts wurden verschiedene Varianten geprüft und die Variante, eine strategische Partnerschaft auszuschreiben, als vorzugswürdig festgelegt. Die Grundlagen für das Vergabeverfahren und die Vergabeunterlagen wurden in zahlreichen Arbeitskreisen, Unterarbeitskreisen und Workshops entwickelt. Mitwirkende waren neben den Vertretern der Kooperationspartner / Gesellschafter auch insbesondere externe technische und rechtliche Berater. Bei der Vorbereitung des Vergabeverfahrens lag der Fokus darauf, eine Vergabe im breiten Wettbewerb zu ermöglichen und dabei eine möglichst nachhaltige und umweltschonende Leistung zu beschaffen. Hierzu wurden entsprechende Marktanalysen durchgeführt.

Nach einstimmiger Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung wurden die Vergabeunterlagen Ende 2020 auf dem Vergabeportal veröffentlicht. Die Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge musste in 2021 mehrfach verlängert werden. Hintergrund dafür war ein Nachprüfungsverfahren vor der Vergabekammer Westfalen. Insbesondere wurde der Umgang mit der Pflicht zum Phosphor-Recycling in den Vergabeunterlagen gerügt. Dem Antrag hat die Vergabekammer im April 2021 stattgegeben. Die Vergabekammer hat ausdrücklich festgestellt, dass das P-Recycling gern. den Verpflichtungen der ab 2029 geltenden Abfallklärschlammverordnung heute noch kein Stand der Technik ist. Die bisherige Konzeption sehe aber ein solches P-Recycling durch das Tochterunternehmen vor, so dass es auch im Rahmen der Ausschreibung geprüft und bewertet werden müsse, da vergaberechtlich auch das P-Recycling als ein weiterer Auftragsgegenstand anzusehen ist, welcher dem Markt nicht entzogen werden darf. Alternativ dürfe das P-Recycling nicht Gegenstand des Auftrages sein. Die Geschäftsführung hat in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und dem Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung entschieden, keine Rechtsmittel einzulegen, um das Verfahren nicht weiter zu verzögern und weil eine geeignete Abhilfe gefunden wurde. Die Leistungen zum P-

Recycling gern. AbfKlärV 2029 wurden daraufhin aus dem aktuellen Vergabeverfahren herausgenommen. Die KSV OWL wird die anfallenden Klärschlammverbrennungsaschen ab 2029 (Pflichtenbeginn) für das Tochterunternehmen entsorgen („Rücknahme“). Die Vergabeunterlagen wurden daraufhin entsprechend überarbeitet und im Vergabeportal veröffentlicht. Der Teilnahmewettbewerb konnte im Juli 2021 abgeschlossen werden und die Aufforderung zur Abgabe eines indikativen Angebots erfolgte entsprechend an den Bieterkreis. Unterdessen wurde durch die Vergabekammer Westfalen aufgrund eines Antrages aus dem Bieterkreis ein weiteres Nachprüfungsverfahren gegen die KSV OWL GmbH eingeleitet. Wesentlicher Gegenstand dieses Nachprüfungsverfahrens ist die vorgesehene (anteilige) Rücknahme der Asche durch die KSV OWL GmbH ab 2029. Der Nachprüfungsantrag wurde aufgrund geringer Erfolgsaussichten seitens des Bieters zurückgezogen und die Kosten des Verfahrens waren Bieterseitig zu tragen.

Bis Ende November 2021 hatte der Bieterkreis die Möglichkeit zur Abgabe der ersten indikativen Angebote über das Vergabeportal. Im Anschluss wurden die Angebote ausgewertet und im Januar 2022 wurde die 1. Verhandlungsrunde durchgeführt. Im Mai und Oktober des Jahres 2022 folgten weitere Verhandlungsrunden zu den 2. und 3. indikativen Angeboten der Bieter. Im Dezember 2022 sind die finalen Angebote zur strategischen Partnerschaft eingegangen, welche anschließend von der Gesellschaft auszuwerten und zur Zuschlagserteilung aufzubereiten waren.

Neben der Klärschlamm Entsorgung für 78 Kommunen ist die KSV OWL ab 01.01.2024 auch für die Transportlogistik der anfallenden Klärschlämme für 80 Anfallorte zu den Entsorgungsstandorten zuständig. Ab Mitte 2022 wurden die vorbereitenden Maßnahmen zum Ausschreibungsverfahren der Transportlogistik durch die KSV OWL erarbeitet.

### **Prognose-, Chancen und Risikobericht**

Der Wirtschaftsplan für 2023 sieht einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 729 T€ vor. Entsprechend der mittelfristigen Wirtschaftsplanung ist davon auszugehen, dass die Gesellschaft, mit Beginn des Entsorgungsgeschäfts ab dem Jahr 2024, Überschüsse erwirtschaftet.

Um die auflaufenden Fehlbeträge ausgleichen zu können wurde die Gesellschaft mit den entsprechenden Agios ausgestattet und zusätzlich wurden weitere Einzahlungen in die Kapitalrücklage vorgenommen.

Risiken können sich für die Gesellschaft dadurch ergeben, dass im Rahmen der Vergabeverfahren bzw. im Rahmen der Zuschlagserteilung zur strategischen Partnerschaft Nachprüfungsverfahren eingeleitet werden, welche im Falle einer Unterlegung zur Kostenübernahme des Verfahrens und der anwaltlichen Kostenübernahme der Gegenseite verpflichten.

### **4.17.11 Organe und deren Zusammensetzung**

#### Geschäftsführung

Lfd. Nr.	Name	
1	Georg Kleikemper	Staatliche gepr. Umweltschutztechniker und hauptamtlich Beschäftigter der Ecowest Entsorgungsverbund Westfalen GmbH
2	Mirco Koppmann	Dipl. Bauingenieur (FH) und hauptamtlicher Beschäftigter der Stadt Minden

3	Sven Bökemeier	Dipl. Kaufmann (FH) und hauptamtlich Beschäftigter der Stadt Bielefeld
---	----------------	--

Dem Aufsichtsrat gehören im Jahr 2022 als Mitglieder folgende Damen und Herren an:

Lfd. Nr.	Name
1	Dr. Ute Röder (Vorsitzende)
2	Thomas Grundmann (stellv. Vorsitzende)
3	Margret Stücken-Vimau
4	Natalie Beck
5	Gerhard Altemeier
6	Markus Beine
7	Michael Kemper
8	Andreas Kruse
9	Ralph-Erik Schaffert
10	Karl-Heinz Schröder
11	Lothar Stadermann (bis 30.04.2022)
12	Carsten Torke (ab 02.12.2022)

#### 4.17.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 12 Mitgliedern drei Frauen an (Frauenanteil: 25%). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von mehr als 40 Prozent nicht erreicht.

#### 4.17.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Gesellschafterversammlung hat am 9.12.2021 für den Frauenanteil im Aufsichtsrat eine Zielgröße von einem Drittel beschlossen, die bis zum 31.12.2024 erreicht werden soll. Die Gesellschafterversammlung hat



darüber hinaus die Entscheidung der Geschäftsführer zur Kenntnis genommen, für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb der Geschäftsführer eine Zielgröße von 50 Prozent festzulegen.



## 4.18 Abfallverwertungs- und Entsorgungsbetrieb des Kreises Paderborn (A.V.E-E)

### 4.18.1 Basisdaten

Abfallverwertungs- und Entsorgungsbetrieb des Kreises Paderborn (A.V.E-E)

Alte Schanze

33106 Paderborn

Tel.:05251/1812-0, Fax: 05251/1812-13, Internet: [www.ave-kreis-paderborn.de](http://www.ave-kreis-paderborn.de)

Gründungsdatum: Am 02. Mai 1979 hat der Kreis Paderborn die Zentraldeponie „Alte Schanze“ in Paderborn-Elsen in Betrieb genommen. Gemäß Beschluss des Kreistages vom 21. Dezember 1993 wird der Abfallentsorgungsbetrieb des Kreises Paderborn mit Wirkung vom 01. Januar 1994 als Einrichtung nach § 107 Abs. 2 GO NW entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt.

### 4.18.2 Zweck/ Gegenstand des Betriebes

Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Durchführung der Abfallverwertung und -entsorgung des Kreises Paderborn im Sinne des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW-/AbfG) vom 27. September 1994 und des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LAbfG) vom 21. Juni 1988 in der jeweils geltenden Fassung. Der Eigenbetrieb kann alle seinen Betriebszweck fördernden oder ihn wirtschaftlich berührenden Geschäfte betreiben. Dazu gehört auch die Beauftragung von Dritten im Sinne des §16 KrW-/AbfG.

### 4.18.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Kommunen sind gesetzlich dazu bestimmt, dem Bürger als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger zu dienen. Ebenso dient die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

### 4.18.4 Träger des Eigenbetriebes

Das gezeichnete Kapital beträgt 500.000,00 €, welches zu 100% dem Kreis Paderborn zuzuordnen ist.

### 4.18.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Aus dem Jahresgewinn wurde ein Betrag in Höhe von 20.451,68 € als Verzinsung des eingesetzten Stammkapitals an den Haushalt des Kreises Paderborn ausgeschüttet.

Der Betrag wird auf dem Konto 465100 „Erträge aus Gewinnanteilen aus Beteiligungen“ des Produktes 010601 „Finanzmanagement“ verbucht.

Die gegenüber dem Kreis Paderborn ausgewiesenen Erträge in Höhe von 75.248,90 € (vgl. Tab. 3.3) setzen sich im Wesentlichen aus Deponiegebühren sowie Mieten und Nebenkosten zusammen. Dem stehen auf Seite des Kreises entsprechende Aufwendungen in Höhe von 63.873,23 € (davon 45.616,87€ für Deponiegebühren und 18.256,36 € für Mieten und Nebenkosten) gegenüber.

Bei den ausgewiesenen Aufwendungen gegenüber dem Kreis Paderborn in Höhe von 296.980,86 € handelt es sich im Wesentlichen um Erstattungen von Personalkosten, denen auf Seiten des Kreises entsprechende Erträge (insgesamt 311.201,44 €, davon 289.863,76 € Erstattung von Personalkosten, 20.451,68 € Gewinnausschüttung/Eigenkapitalverzinsung, 886,00 € Sonstiges) gegenüberstehen.

Die Forderungen gegenüber dem Kreis Paderborn in Höhe von 11.722,70 € setzten sich aus offenen Posten aus verschiedenen Positionen wie insbesondere Deponiegebühren und Nebenkosten zusammen. Demgegenüber weist der Kreis Paderborn Verbindlichkeiten gegenüber dem AV.E-Eigenbetrieb in Höhe von 873,55 € aus Deponiegebühren aus.

Die von dem AV.E-Eigenbetrieb gegenüber der AV.E-GmbH ausgewiesenen Forderungen in Höhe von 7.896.468,94 € resultieren aus Darlehen sowie aus der Pacht der „Windenergieanlage 1“, der Abrechnung von Umlagen und den Zinsen für das Jahr 2022. Auf der Seite der AV.E-GmbH werden Verbindlichkeiten in gleicher Höhe gegenüber dem AV.E-Eigenbetrieb ausgewiesen.

Aus Nutzungsentgelten für eine Photovoltaikanlage werden gegenüber der AV.E-GmbH Aufwendungen in Höhe von 14.049,78 € und Verbindlichkeiten in Höhe von 16.611,06 € ausgewiesen, denen dort entsprechende Erträge und Forderungen in jeweils gleicher Höhe gegenüberstehen.

Weiterhin werden gegenüber der AV.E-GmbH 147.305,16 € Erträge aus Windenergieanlagen, Zinsen und Umlagen ausgewiesen, die dort als Aufwendungen in gleicher Höhe verbucht werden.

#### 4.18.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€8
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>65.774.010,24</b>	<b>64.541.771,91</b>	<b>1.232</b>
I. Immaterielle VG	18.127,48	23.684,00	-6
II. Sachanlagen	29.915.720,27	21.680.016,42	8.236
III. Finanzanlagen	35.840.162,49	42.838.071,49	-6.998
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>15.110.248,73</b>	<b>15.168.474,67</b>	<b>-58</b>
I. Vorräte	25.041,42	13.992,59	11
II. Forderungen	9.302.468,52	3.266.417,14	6.036
III. Wertpapiere	0,00	0,00	0
IV. Flüssige Mittel	5.782.738,79	11.888.064,94	-6.105
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>
<b>Summe Aktiva</b>	<b>80.884.258,97</b>	<b>79.710.246,58</b>	<b>1.174</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>6.769.615,37</b>	<b>6.374.503,16</b>	<b>395</b>
I. Gezeichnetes Kapital	500.000,00	500.000,00	0
II. Allgemeine Rücklage	3.087.530,61	3.087.530,61	0
III. Andere Gewinnrücklagen	3.682.084,76	3.286.972,55	395
<b>B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen</b>	<b>1.355.492,34</b>	<b>1.420.039,60</b>	<b>-65</b>
<b>C. Rückstellungen</b>	<b>69.841.243,90</b>	<b>69.153.357,24</b>	<b>688</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	<b>2.417.907,36</b>	<b>2.262.346,58</b>	<b>156</b>
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>
<b>Summe Passiva</b>	<b>80.884.258,97</b>	<b>79.710.246,58</b>	<b>1.174</b>

#### 4.18.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts-zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	14.852.072,43	15.560.384,80	-708
2. Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	11.048,83	-12.462,88	24
3. sonstige betriebliche Erträge	528.470,10	998.369,71	-470
4. Materialaufwand	11.806.816,41	13.123.901,62	-1.317
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	66.487,87	50.854,47	16
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	11.740.328,54	13.073.047,15	-1.333
5. Personalaufwand	1.449.103,17	1.431.918,52	17
a) Löhne und Gehälter	1.117.340,20	1.105.110,41	12
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	331.762,97	326.808,11	5
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.202.639,15	1.382.830,39	-180
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	507.186,16	477.848,25	29
8. Erträge aus Beteiligungen	360.000,00	360.000,00	0
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	84.837,61	97.282,13	-12
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	70.134,59	68.331,79	2
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	321.692,76	254.955,95	67
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	201.136,16	153.268,60	48
<b>13. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>417.989,75</b>	<b>247.182,22</b>	<b>171</b>
14. Sonstige Steuern	2.425,86	2.124,63	0
<b>15. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</b>	<b>415.563,89</b>	<b>245.057,59</b>	<b>171</b>
16. Einstellungen in Gewinnrücklagen in andere Gewinnrücklagen	395.112,21	224.605,91	171
17. Ausschüttung	20.451,68	20.451,68	0
<b>18. Bilanzgewinn / Bilanzverlust</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>

#### 4.18.8 Kennzahlen

##### Finanzkennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	8	8	0
Eigenkapitalrentabilität	6	4	2
Anlagendeckungsgrad 2	120	121	-1
Verschuldungsgrad	1067	1120	-53
Umsatzrentabilität	3	2	1

## Individuelle Leistungskennzahlen

Entwicklung der Abfallmengen im Geschäftsjahr	2020 (in t)	2021 (in t)	Ver- änder- ung (in %)	2022 (in t)	Ver- änder- ung (in %)
Gewerbe-/Mischabfälle (und ähnliche Abfallgruppen)	14.816	15.021	1,38	13.989	-6,87
Bioabfälle	38.041	38.800	2,00	35.394	-8,78
Haus- und Sperrmüll aus kommunaler Sammlung	39.611	38.997	-1,55	38.025	-2,49
Grünabfälle	9.397	9.390	-0,07	6.850	-27,05
PKW-Anlieferungen (ohne Grünabfälle)	1.759	2.146	22,00	1.925	-10,30
Bodenaushub und Bauschutt zur DK II	7.696	2.722	-64,63	4.522	66,13
Bodenaushub und Bauschutt zur DK 0	225.688	173.755	-23,01	169.119	-2,67
Ablagerungsfähige Abfälle	9.893	7.159	-27,64	7.347	2,63
sonstige Anlieferungen	3.719	4.102	10,30	3.384	-17,50
Anlieferung aus anderen Kommunen	0	0	0	0	
Anlieferung MVA-Schlacke	7.255	7.036	-3,02	7.166	1,85
Abfälle zur Verwertung	233	151	-35,19	182	20,53
Klärschlamm	7.855	8.852	12,69	7.993	-9,70
<b>Summe</b>	<b>365.963</b>	<b>308.131</b>	<b>-15,80</b>	<b>295.896</b>	<b>-3,97</b>

### 4.18.9 Personalbestand

Im Berichtsjahr beschäftigte der Eigenbetrieb durchschnittlich 32 (davon 3 Auszubildende) Mitarbeiter (Vj. 35, davon 2 Auszubildende)(jeweils ohne Betriebsleitung).

### 4.18.10 Geschäftsentwicklung

Rückblickend war das gesamte Jahr 2022 sicherheits- und energiepolitisch ein absolutes Krisenjahr. Putins-Angriffskrieg am 24. Februar 2022 auf die Ukraine gleicht einem politischen Erdbeben mit ungemein negativen Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft. Die Folgen waren dramatische Energiepreiserhöhungen, ein außerordentlicher Anstieg der Flüchtlingszahlen sowie Inflationshöchststände, die zu europäischen Leitzinserhöhungen und infolge zur Drosselung des Wirtschaftswachstums in Deutschland geführt haben. Mitunter haben bereits die beiden vorangegangenen Corona-Pandemiejahre und folgeschwer dieses Krisenjahr schonungslos unsere wirtschaftlichen Energie- und Ressourcenabhängigkeiten in Deutschland und Europa aufgedeckt. Leider können diese Abhängigkeiten noch viel zu wenig durch die Gewinnung und Nutzung von Sekundärrohstoffen aus der Abfallwirtschaft kompensiert werden. Auch der A.V.E. Eigenbetrieb ist in seiner abfallwirtschaftlichen Tätigkeit für den Kreis Paderborn von dieser gesamt-dramatischen Entwicklung nicht verschont geblieben. Mit den massiven Kostenexplosionen des vergangenen Jahres war leider nach vier Jahren Gebührenstabilität eine Erhöhung der Abfallgebühren und -entgelte unvermeidbar. Diese sind für das Geschäftsjahr 2023 durch den Betriebsausschuss und den Kreistag beschlossen worden. Allerdings sind diese Erhöhungen weitestgehend sehr moderat ausgefallen.

Trotz dieser allgemeinen Krisenlage - lokal zugespitzt durch einen sehr heftigen Tornado Mitte Mai quer durch das Entsorgungszentrum - ist die Arbeit des A.V.E. nicht zum Erliegen gekommen. Im Gegenteil, viele Maßnahmen im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ konnten ohne Verzögerungen erfolgreich fort- bzw. umgesetzt werden, wie die nachfolgenden Geschehnisse im Berichtsjahr dokumentieren:

## **Politische Beratungen über den Entwurf des Abfallwirtschaftskonzeptes 2022-2027 des Kreises Paderborn**

Der Kreis Paderborn ist als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger (örE) nach dem Landeskreislaufwirtschaftsgesetz (LKrWG NRW) verpflichtet, regelmäßig für sein Entsorgungsgebiet ein Abfallwirtschaftskonzept (AWK) über den Stand der öffentlichen Abfallentsorgung zu erstellen. Gemäß den Anforderungen des LKrWG wird bei der Erstellung des AWK nur die Betrachtung der dem örE zu überlassenden Abfällen verlangt. Im übergeordneten Kreislaufwirtschaftsgesetz des Bundes (KrWG) ist in § 21 für den örE verbindlich festgelegt, Abfallwirtschaftskonzepte und Abfallbilanzen über die Verwertung, insbesondere die Vorbereitung zur Wiederverwendung und das Recycling, und die Beseitigung der in ihrem Gebiet anfallenden und ihnen zu überlassenden Abfälle zu erstellen. Die betriebenen und geplanten Systeme zur Getrennsammlung der vom örE erfassten Abfallarten müssen gesondert dargestellt werden. In den Abfallwirtschaftskonzepten und Abfallbilanzen sind zudem die getroffenen Maßnahmen zur Abfallvermeidung darzustellen.

Zu den wesentlichen Kernpunkten des neuen umfassenden AWK gehören:

1. Die derzeitig laufenden Entsorgungsverträge des Kreises Paderborn respektive des A.V.E. Eigenbetriebes sowie die langfristig vorhandenen Ablagerungsmöglichkeiten im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ sorgen für eine weiterhin dauerhafte, langfristig gesicherte Entsorgungssicherheit für den Kreis Paderborn bis zum Ende des laufenden Jahrzehnts. Etwasige Entsorgungsengpässe sind mittel- und langfristig nicht erkennbar, ja auszuschließen.
2. Bei Maßnahmen zur Abfallvermeidung und Optimierung der kommunalen Wertstofffassung und -verwertung wird eine kooperative und noch engere interkommunale Zusammenarbeit zwischen dem Kreis Paderborn und den zehn kreisangehörigen Städten und Gemeinden angestrebt.
3. Mit dem Schwerpunkt Klima- und Ressourcenschutz soll vor allem die Abfallvermeidung im besonderen Fokus der Abfallberatung stehen. Zu den vorrangigen Zielgruppen gehören Privathaushalte, Schulen sowie Industrie und Gewerbe.
4. Auf Basis des Kreisklimaschutzkonzeptes wird der A.V.E. Eigenbetrieb in direkter Zusammenarbeit mit der A.V.E. GmbH den im letzten Jahrzehnt eingeschlagenen klimaschutzfreundlichen Weg im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ konsequent fortsetzen. Hierzu zählen der Windkraftausbau, der Photovoltaikausbau auf den verfüllten Deponieflächen sowie der Einsatz von Biomasse (Deponiegas, Holzhackschnitzel) zur Strom- und Wärmeversorgung.
5. Das neue AWK dokumentiert, dass die Kreislauf- und Abfallwirtschaft in kommunaler Trägerschaft gut aufgestellt ist, um zum einen eine gesetzeskonforme nach dem Stand der Technik leistungsstarke, ressourcenschonende sowie klimafreundliche und energieeffiziente Entsorgungswirtschaft vorhalten zu können und zum anderen eine Gebührenstabilität für die Kommunalhaushalte und gewerbliche Unternehmen auf möglichst niedrigem Niveau garantieren zu können.

Der Entwurf des AWK ist im Frühjahr des vergangenen Jahres dem A.V.E.-Betriebsausschuss und dem Kreisausschuss für Natur, Umwelt und Klimaschutz (ANUK) vorgestellt, beraten und soweit von den Ausschussmitgliedern gebilligt worden. Gleichzeitig wurde dieser auch den Fachvertreter/innen der

kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Rahmen des interkommunalen Arbeitskreises für Kreislauf und Abfallwirtschaft vorgestellt.

Über den Kreis Paderborn sind alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Sommer um eine Stellungnahme gebeten worden. Alle Kommunen haben dem AWK-Entwurf soweit zugestimmt. Die Bez.-Reg. Detmold hat Mitte November zu einer direkten Gesprächsrunde eingeladen, an denen Vertreter des Kreises Paderborn und A.V.E teilgenommen haben. Es wurden von der Bez.-Reg. keine grundlegenden Bedenken gegenüber dem AWK-Entwurf geäußert, allerdings sollten darin noch aktuelle Anforderungen des im Februar 2022 in Kraft getretenen LKrWG NRW Berücksichtigung finden. Schließlich äußert die Bez.-Reg. die Bitte, bei neuen abfallrechtlichen Rahmenbedingungen mit unmittelbaren Auswirkungen auf das AWK bzw. die Abfallwirtschaft im Kreis Paderborn mögliche Ergänzungen zum AWK im beiderseitigen Einvernehmen vorzunehmen.

Es ist vorgesehen, dass der neue AWK-Entwurf mit den Ergänzungswünschen der Bez.-Reg. Detmold voraussichtlich im Juni 2023 nunmehr endgültig vom Paderborner Kreistag beschlossen wird.

### **Tornado im Mai verursacht erhebliche Sachschäden im Entsorgungszentrum**

Am frühen Freitagabend des 20. Mai 2022 wurde das Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ von einem nur wenige Minuten andauernden heftigen Tornado massiv betroffen. Da auch die Stadt Paderborn unmittelbar von diesem Tornado mit Höchstgeschwindigkeiten von mehr als 300 km/h erschüttert worden ist, hat dieses Ereignis bundesweit hohe mediale Aufmerksamkeit erhalten. Allein die Sachschäden im Entsorgungszentrum belaufen sich auf ca. 150.000 €, die großenteils versicherungstechnisch abgedeckt werden konnten. Glücklicherweise kam es auf dem betrieblichen Großgelände zu keinerlei Personenschäden. Zu den geschädigten betrieblichen Einrichtungen gehören u.a.:

- ca. 30.000 € Gerüstschäden am Neubau des Kreisbauhofes (Versicherungsschutz ja),
- 0.000 € für Zaun- und Dachziegelschäden am Verwaltungsgebäude (Versicherungsschutz ja),
- 8.500 € für Verkehrssicherung an der Zufahrt zum Entsorgungszentrum (Versicherungsschutz ja),
- 30.000 € für extreme Baumschäden im angrenzenden Waldgebiet an der Kreisstraße (Versicherungsschutz nein),
- 40.000 € PV-Modulschäden für die A.V.E GmbH (Versicherungsschutz ja)
- 5.000 € Einnahmeverlust für den Eigenbetrieb wegen Komplettschließung am Samstag für Privatanlieferer (Versicherungsschutz nein),
  - 1.500 € Einnahmeverlust durch das kostenlose Anliefern von tornadobedingten Gegenständen auf landwirtschaftlichen Äckern.

Im Nachgang muss im Zuge dieses außergewöhnlichen Naturereignisses das sehr gute Miteinander zwischen Kreis, A.V.E, ASP, PEG und der MVA Bielefeld hervorgehoben werden. Alle genannten Einrichtungen haben am gesamten Wochenende unbürokratisch und schnelle gegenseitig Hilfsbereitschaft bei der Entsorgung der Tornadoschäden geleistet. Dafür gilt nochmals allen Beteiligten ein großer Dank.



## **A.V.E. und Interargem GmbH setzen Entsorgungskooperation fort**

Bei allem Bemühen, die Abfallwirtschaft durch eine verstärkte Erfassung von Wertstoffen konsequent auf Abfallvermeidung und stoffliches Recycling auszurichten, bleibt die thermische Abfallbehandlung nach wie vor ein unverzichtbarer Bestandteil einer nachhaltigen und umweltverträglichen Entsorgungswirtschaft. Demnach hat sich die A.V.E.-Betriebsleitung nach Absprache mit dem Landrat des Kreises Paderborn dafür ausgesprochen, den seit dem 01.06.1999 bestehenden Entsorgungsvertrag mit der Interargem GmbH in Bielefeld für weitere fünf Jahre fortzusetzen. Die Interargem ist verantwortlicher Betreiber zweier Müllverbrennungsanlagen in Bielefeld und Hameln.

Für die Fortsetzung des MVA-Vertrages mit der Interargem GmbH sprechen folgende Punkte:

1. Der MVA-Vertrag bietet fortgesetzt günstige Verbrennungspreise.
2. Mit dem MVA-Vertrag ist die Entsorgungssicherheit gemäß den AWK-Anforderungen gesichert.
3. Der MVA-Vertrag trägt dem Abfallwirtschaftsplan NRW mit dem „Prinzip der Nähe“ Rechnung.
4. Die Verbrennungsschlacken können als Betriebsmittel für den Deponieeinbau genutzt werden.
5. Für das Rechnungsprüfungsamt bestehen keine Einwände auf Vertragsfortsetzung, zumal sich der Leistungsumfang nicht ändert und die MVA sich zu 100 Prozent in kommunaler Hand befindet.
6. Der Kreis Paderborn bzw. der A.V.E. Eigenbetrieb sind seit 2017 zu drei Prozent Mitgesellschafter an der Interargem GmbH.
7. Die Kooperation hat sich in den zurückliegenden 25 Jahren als vertrauensvoll und gut erwiesen.

Der Vertrag hat eine Laufzeit bis zum 31.05.2029. Er verlängert sich um jeweils fünf Jahre, wenn er nicht vorher von einer der Vertragsparteien mit einer Frist von zwei Jahren schriftlich gekündigt wird.

## **A.V.E. und Kreiskommunen votieren für Biotonnenkontrollen ab 2023 – Mitgliedschaft des A.V.E. im neu gegründeten Verein wirfuerbio e.V.**

Schon seit Jahresbeginn 2021 ist der A.V.E. mit allen zehn kreisangehörigen Städten und Gemeinden an der bundesweiten Umweltkampagne #WIRFUERBIO angeschlossen, um gemeinsam für mehr Qualität in der Biotonne zu werben. Hier besteht akuter Handlungsbedarf, denn Sichtkontrollen am Bioabfallumschlagplatz im Entsorgungszentrum haben erkennen lassen, dass die Qualität in der Biotonne sowohl im städtischen, aber leider auch im ländlichen Raum stark nachgelassen hat. Insbesondere Störstoffe wie Plastiktüten, Glasreste, Konservendosen, verpackte Lebensmittel, Kleidung und Altholz stören im erheblichen Umfang die anschließende Bioabfallkompostierung. Die Qualität muss deutlich besser werden, weil sich die gesetzlichen Anforderungen infolge Bioabfall- und Düngemittelverordnung extrem verschärfen werden. Insofern sorgt die Bundesregierung mit einer novellierten Bioabfallverordnung bundesweit für einen kräftigen Qualitätsdruck auf die Biotonne.

Mit den Fachvertreterinnen und Fachvertretern der kreisangehörigen Städte und Gemeinden wurde letztjährig der Sachverhalt über mehr Biotonnenqualität in zwei weiteren interkommunalen Sitzungen im Mai und Oktober ausführlich erörtert. Alle Kommunalbeteiligte haben sich nunmehr dafür ausgesprochen, flankierend zu einer fortgesetzt intensiven Öffentlichkeitsarbeit dauerhafte Biotonnenkontrollen in 2023 kreisweit einzuführen. Mit

dem Beitritt zur WIRFUERBIO-Kampagne hat eine Intensivierung der PR-Maßnahmen durch ASP und A.V.E. stattgefunden, die auch in 2023 unvermindert fortgesetzt werden soll. Inzwischen erreicht der lose Zusammenschluss der Kampagne bundesweit über 80 Teilnehmer, sodass ein neuer Verein „wirfuerbio e. V.“ von den Initiatoren im Sommer des Jahres gegründet worden ist. Der A.V.E Eigenbetrieb hat sich für den Kreis Paderborn im November diesem neu gegründeten Verein angeschlossen, um weiterhin an dieser professionellen und medienwirksamen PR-Kampagne teilhaben zu können.

### **Bau des neuen Kreisbauhofes schreitet voran**

Mit einem offiziellen Spatenstich durch Landrat Christoph Rüter haben im Oktober 2021 die Bauarbeiten für den neuen zentralen Kreisbauhof im Eingangsbereich zum Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ begonnen. Auf dem A.V.E.-Gelände wird der Kreisbauhof in kompakter Bauweise nach klimafreundlichen Energie- und Umweltstandards errichtet. Auf dem etwa 1,7 Hektar großen Baugelände entsteht ein Hauptgebäude mit Verwaltungs- und Betriebsbereich in Holzbauweise, Fahrzeughalle, Werkstatt/ Materiallager sowie eine Waschhalle für die Einsatzfahrzeuge. Als separater Bereich kommen eine Salzhalle, ein Hackschnitzzellager zur Wärmeversorgung sowie eine wasserschonende Zisternennutzung für Brauch- und Löschwasser hinzu.

Über das gesamte Jahr waren keine nennenswerten Bauverzögerungen zu verzeichnen, obschon sich der Baustoffmarkt in Deutschland bis zur heutigen Zeit immer wieder mit Lieferengpässen konfrontiert sieht. Die Rohbau- und Fassadenarbeiten sind aktuell soweit abgeschlossen. Die Innenausbauten mit Elektro, Heizung und Sanitär liegen im Zeitplan. Auch an den Außenanlagen sind Pflasterarbeiten in der Fahrzeughalle und den Parkplätzen weitestgehend abgeschlossen. Nach Plan wird der neue zentrale Baubetriebshof noch vor Jahresmitte 2023 fertiggestellt, sodass das neue Gebäude von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kreisstraßenbauamtes wohl im Juni 2023 bezogen werden kann.

### **Geplante Übernahme der Betriebsarbeiten im Entsorgungszentrum**

Im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ werden schon seit sehr vielen Jahren die Transport- und Radladerarbeiten, die Straßenreinigung und der Deponieeinbau nach vorheriger öffentlicher Ausschreibung von Auftragsunternehmen erledigt. In den zurückliegenden Jahren hat die Fa. Heiga Transporte GmbH (PB) diese Aufgaben wahrgenommen. Der bestehende Vertrag mit Heiga verfügt jetzt noch über eine Laufzeit bis zum 30.06.2023. Der Betriebsausschuss hat sich im Berichtsjahr dafür ausgesprochen, diese Betriebsarbeiten im Entsorgungszentrum selbst zu übernehmen. Zu den wichtigsten Gründen gehören die geringe Bieterbeteiligung in den jüngst zurückliegenden Ausschreibungen. Der Wettbewerb ist hier nahezu zum Erliegen gekommen, zumal die regionalen Tiefbau- und Transportunternehmen schon genügend ausgelastet sind. Auf der anderen Seite bestehen nach sorgfältiger Analyse durch die Inbetriebnahme des Kreisbauhofes kosteneinsparende Synergieeffekte mit dem Kreisbauhof in Bezug auf Dieseleinkauf, Winterdienst und Straßenreinigung sowie die Mitnutzung weiterer Gerätschaften. Die Übernahme der Betriebsarbeiten ab dem 01.07.2023 erfordert einen höheren Personalaufwand, der durch bereits erfolgte Personaleinstellungen gedeckt werden kann.

### **Gebühren- und Entgelterhöhungen für 2023**

Wie bereits eingangs erwähnt, haben die übers Jahr enorm gestiegenen Energie-, Transport- und Baukosten zwangsläufig zu Steigerungen bei den Abfallgebühren und -entgelten im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ geführt. Nach vier Jahren Gebührenstabilität sind diese weitestgehend als moderat einzustufen. Prozentual ergeben sich für 2023 folgende Erhöhungen:

- Haus-, Sperr- und Biomüll: ca. 10 Prozent
- Gewerbe-/Mischabfälle zur Beseitigung: ca. 10 Prozent
- Entsorgung von KMF-Abfällen (Künstliche Mineralfasern): ca. 40 Prozent

Auch die Direktablagerung auf der DK II-Deponie für nicht verwertbare bzw. gering belastete Abfälle sowie für Bodenaushub und die Verwertung von Bauschutt auf der DK 0-Deponie erfahren Preiserhöhungen von 20 bis 50 Prozent.

Eine komplette Übersicht über die neuen Abfallgebühren und -entgelte gibt es auf der Webseite des A.V.E. unter [www.ave-kreis-paderborn.de](http://www.ave-kreis-paderborn.de).

### **Weitere Ereignisse des zurückliegenden Betriebsjahres in Kurzfassung:**

#### **Corona-Einschränkungen weitgehend aufgehoben**

Aufgrund der sinkenden Corona-Infektionszahlen mit mildereren Verläufen und günstigen Prognosen sind in 2022 die strengen Schutzmaßnahmen im Entsorgungszentrum gegenüber den beiden Vorjahren weitestgehend aufgehoben worden. Die Abfallanlieferungen zur „Alten Schanze“ waren übers Jahr ohne Einschränkungen möglich. Gleichwohl besteht an die abfallanliefernde Kundschaft und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des A.V.E. die Empfehlung, die AHA+L-Regeln weiterhin anzuwenden.

#### **Neuinvestitionen im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“**

Zur Modernisierung des Entsorgungszentrums sind entsprechend dem „Stand der Technik“ alljährliche Neuinvestitionen in den laufenden betrieblichen Arbeitsprozess notwendig. Meist dienen diese Investitionen dazu, den sehr hohen Anforderungen des betrieblichen Arbeitsschutzes (Beachtung von Unfallverhütungsvorschriften) Rechnung zu tragen. Im Jahr 2022 lagen die Investitionen bei ca. 6,4 Mio. EUR. Der weit überwiegende Teil fällt hierbei auf den neuen Kreisbauhof mit ca. 6 Mio. EUR. Über 200 TEUR sind in die Sickerwasserbehandlung geflossen und der Rest in den Straßenausbau, Eingangsbereich/Waage sowie Büroausstattung.

#### **Dritte WKA fertiggestellt - Umsetzung weiterer Klimaschutzmaßnahmen im Entsorgungszentrum**

Nach zwei bereits im Jahr 2017 in Betrieb genommenen Windkraftanlagen (WKA) setzt die A.V.E. GmbH, Tochter des A.V.E. Eigenbetriebes des Kreises Paderborn, einen weiteren markanten Punkt in Sachen regenerativer Energieerzeugung. Nach rund neunmonatiger Bauzeit steht die dritte und bisher leistungsstärkste Windkraftanlage (WKA) im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ kurz vor ihrer Inbetriebnahme. Mit einer Gesamthöhe von 229 Metern, einer Nabenhöhe von 160 Meter und einem Rotordurchmesser von 138 Metern kann diese hochmoderne und höchst effiziente Windkraftanlage mit einer Leistung von 4,2 MW umgerechnet circa 1.900 Vier-Personen-Haushalte mit CO<sub>2</sub>-freiem Strom versorgen und dabei rund 3.500 t des Treibhausgases Kohlenstoffdioxid einsparen. Das Investitionsvolumen liegt bei rund 6,4 Millionen Euro. Der A.V.E. Eigenbetrieb und die A.V.E. GmbH haben somit erneut ein gutes und tragfähiges Inhouse-Geschäft bei der Projektfinanzierung und -umsetzung getätigt. Im Rahmen des Kreisklimaschutzkonzeptes leistet auch die neue WKA einen gewichtigen Beitrag zum Klimaschutz für den Kreis Paderborn.

Die weiteren klimafreundlichen Projektierungen der A.V.E. GmbH gehen aber unvermindert weiter und zielen jetzt auf die Erzeugung von Wasserstoff auf der „Alten Schanze“. Der kommunale Energieversorger Westfalen

Weser Energie hat Interesse an einer Kooperation mit der A.V.E. GmbH bei dem Projekt bekundet, Wasserstoff auf dem Betriebsgelände mittels Elektrolyseur zu erzeugen. Das Entsorgungsgelände bietet sich hierfür aufgrund vorhandener Windkraft, PV-Anlagen, Sickerwasserkläranlage und Deponieblockheizkraftwerk bestens an. Sofern der Bund und das Land mit Fördermitteln unterstützend zur Seite stehen, könnte mit diesem grün erzeugten Wasserstoffprojekt die kommunale Abfallsammlung und -entsorgung auf CO<sub>2</sub>-freien Kraftverkehr umgestellt werden.

### **Abfallmengenentwicklung im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“**

Gegenüber den Vorjahren ergeben sich bei den kommunalen Entsorgungswegen vergleichsweise keine Änderungen. Haus- und Sperrmüll sowie organische Bioabfälle werden im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge von den zehn Städten und Gemeinden des Kreises Paderborn eingesammelt. Zu den durch die Kommunen eingesammelten Abfallmengen gehören auch Restabfälle aus dem Kleingewerbe, die seit 2011 von den Kommunen nicht mehr gesondert ausgewiesen werden. Gemäß Landeskreislaufwirtschaftsgesetz NRW und Kreis-Abfallsatzung sind die kommunal eingesammelten Siedlungsabfälle dem Kreis Paderborn bzw. dem ausführenden A.V.E. Eigenbetrieb zur anschließenden Verwertung und Entsorgung zu überlassen. Die kreisweit erfassten Siedlungsabfälle ergeben auf das zurückliegende Berichtsjahr folgendes Bild:

#### **Haus- und Sperrmüll**

Die Haus- und Sperrmüllmengen aus kommunaler Sammlung im Kreis Paderborn sind gegenüber den Vorjahren recht konstant. So verzeichnen diese 2022 nur einen leichten Rückgang um 2,5 Prozent von 38.997 t im Vorjahr auf jetzt 38.025 t. Gemäß derzeit bestehender Entsorgungsverträge wird der überwiegende Hausmüll der MVA Bielefeld-Herford GmbH und dem zum Verbund gehörenden Kraftwerk Enertec in Hameln zur Verbrennung angedient (2022: 28.494 t). Die Müllverbrennungsanlage in Bielefeld-Heepen und das Kraftwerk in Hameln nutzen dank Kraft-Wärme-Kopplung die freiwerdende Energie zur Erzeugung von Strom und Fernwärme. Die restlichen knapp 10.000 t sind zusammen mit den gewerblichen Mischabfällen der Pader Entsorgung GmbH & Co. KG (PEG) zur mechanischen Abfallaufbereitung überlassen worden. Die PEG betreibt als langjähriger Partner des A.V.E. seit 2005 eine mechanische Abfallaufbereitungsanlage auf dem Gelände des Entsorgungszentrums. Mit Hilfe modernster Zerkleinerung-, Sieb- und Sortiertechnik trennt die PEG brennbare von weniger brennbaren Abfallstoffen. Die erzeugten Ersatzbrennstoffe (EBS) finden als Alternative zu fossilen Brennstoffen wie Kohle, Öl, Gas Absatz in Zement- und Kraftwerksbetrieben. Die weniger brennbaren bzw. niederkalorischen Stoffe werden anderen Entsorgungsvertragspartnern der PEG angedient.

#### **Bioabfall aus kommunaler Sammlung und Friedhofsabfälle**

Mit knapp neun Prozent kommt es in 2022 zu einer deutlichen Reduzierung bei den kommunal erfassten Bioabfällen auf 35.264 t (2021: 38.654 t). Dieser Rückgang dürfte in erster Linie mit den sehr trockenen Sommermonaten zu tun haben. Hinzu kommen Friedhofsabfälle aus den kreisangehörigen Städten und Gemeinden mit 130 t, die aufgrund von Verunreinigungen und ihrer Zusammensetzung nicht der eigenen Grünkompostierung, sondern der Bioabfallverwertung zugeführt werden. Demzufolge ist auch das kreisweite Pro-Kopf-Aufkommen der erfassten Bioabfälle von 125 kg in 2021 auf jetzt nur noch 113 kg pro Einwohner und Jahr gesunken. Allerdings muss hier berücksichtigt werden, dass die Einwohnerzahl im Kreisgebiet aufgrund von Flüchtlingsbewegungen überproportional im Berichtsjahr angestiegen ist. Nach Umschlag im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ gelangen die kommunal erfassten Bioabfälle in das Kompostwerk der Kompotec Kompostierungsanlagen GmbH in Nieheim (Kreis Höxter). Dort werden die Küchen- und

Gartenabfälle nicht nur zu Qualitätskomposten verarbeitet, sondern vorab in einer Trockenvergärungsanlage in beträchtlichem Maße auch bioenergetisch zur Stromerzeugung genutzt. Als Endprodukt entsteht ein Kompost, der das RAL-Qualitätssiegel trägt und regional vorwiegend in der Landwirtschaft vermarktet wird.

### **Grünabfallkompostierung auf der „Alten Schanze“**

Im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ werden seit 1993 Grünabfälle aus privaten und öffentlichen Garten- bzw. Parkanlagen auf einer etwa ein Hektar großen Betriebsfläche separat in einer sechs- bis achtmonatigen Vor-, Haupt- und Nachrotte zu nährstoffreichen Kompost (u.a. Stickstoff, Phosphor, Kalium, Magnesium) verarbeitet. Der erzeugte Kompost unterliegt strengen RAL-Gütesiegelkriterien der Bundesgütegemeinschaft Kompost e.V. in Köln. Alle von der Bundesgütegemeinschaft festgelegten Qualitätsanforderungen eines gleichbleibend nährstoffreichen Kompostproduktes werden seit 1996 durch regelmäßige Kompostanalysen mehr als erfüllt, was durch die regelmäßigen Fremdüberwachungszeugnisse ihre positive Bestätigung findet. Der produzierte Kompost wird regional als „PaderKompost“ an Hobby- und Kleingärtner, GaLa-Bau, Gärtnereibetrieben sowie Erdenwerken verkauft. Im Gegensatz zu den Bioabfällen nimmt der A.V.E. die professionelle Grüngutkompostierung eigenverantwortlich wahr. Im Verhältnis zum Vorjahr (8.061 t) sind die Anlieferungsmengen aus Baum-, Strauch- und Rasenschnitt im Berichtsjahr deutlich um 15 Prozent auf 6.850 t gesunken, was mit der extremen Trockenheit der Sommermonate in Verbindung zu bringen ist - das entspricht einem Pro-Kopf-Wert von nur noch 22 kg.

### **Gewerbe-/ Mischabfälle zur Entsorgung**

Bei den gewerblichen Mischabfällen ist zu unterscheiden zwischen verwertbaren Abfällen, die der Umsatzsteuerpflicht unterliegen, und den beseitigungspflichtigen Abfällen, die andienungs- und somit gebührenpflichtig sind. Die beseitigungspflichtige und rein gewerbliche Abfallfraktion markiert ein Minus von fünf Prozent von 9.067 t auf nunmehr 8.614 t. Diese Abfälle sind nach wie vor großen konjunkturellen Schwankungen ausgesetzt. Hinzu kommt, dass die 2017 novellierte Gewerbeabfallverordnung weitaus höhere stoffliche Trenn- und Recyclinganforderungen an die gewerblichen Abfallbesitzer stellt. Insofern sind hier fortgesetzt rückläufige Mengen nicht auszuschließen. Seit Oktober 2018 bleiben als Folge der novellierten Gewerbeabfallverordnung die „Abfälle zur Verwertung“ im Entsorgungszentrum weitgehend ausgeschlossen. Die steuerbaren Abfälle, vor allen die bituminösen Dachbahnen, haben gegenüber 2021 von 151 t auf 182 t leicht zugelegt.

### **Ablagerungsfähige Abfälle auf der Inertstoff- (DK 0) und Siedlungsabfalldeponie (DK II)**

Auf die im Frühjahr 2015 in Betrieb genommene **DK 0-Inertstoffdeponie** sind die Bodenmengen im fünften Jahr in Folge weiterhin rückläufig. Diese verminderten Mengen haben auch Auswirkungen auf die Verwertung der Bauschutt mengen, soweit hier nicht Maßnahmen vorgezogen werden. Gegenüber 2021 sind die Gesamtmengen allerdings nur noch leicht von 173.755 t auf 169.119 t (minus 2,7 Prozent) gesunken. Zum einen liegt dieses konjunkturbedingt an den jetzt vermehrt eingeschränkten Aktivitäten im regionalen Baubereich, zum anderen dürfte dieser fortgesetzt rückläufige Trend abhängig sein von den verschärften Anforderungen der Gewerbeabfallverordnung.

Bei den ablagerungsfähigen bzw. reaktionsarmen Abfällen (z.B. Asbestabfälle, MVA-Schlacke, belasteter Bodenaushub) zur **DK II-Deponie** kommt es mit insgesamt 16.809 t zu einem Anstieg von 12 Prozent (2021: 15.001 t). Vertraglich vereinbart stammen davon allein 7.166 t reaktionsfreie und deponiefähige

Verbrennungsschlacken aus der MVA Bielefeld. Aus der MVA-Schlacke konnten letztjährig ca. 107 t Metallschrott gewonnen und verwertet werden. Letztlich ist die Gesamtmengenentwicklung der DK II-Mengen abhängig von den Bau- und vornehmlich Sanierungstätigkeiten auf Kreisebene und daher nur schwerlich prognostizierbar. Erfreulicherweise werden im Entsorgungszentrum seit 2018 sortenreine gipshaltige Abfälle anstelle der Deponierung privaten Gipsrecyclingunternehmen zur Verfügung gestellt. In 2022 sind 1.870 t verwertet worden. Gipshaltige Bauabfälle fallen i.d.R. als Gipsplatten (z.B. Gipskartonplatten, Gipsfaserplatten,) oder als Baugipse (z.B. Putzmörtel, Gipsestrich) an. Sortenreine Gipsabfälle können recycelt und u.a. der Gipsplattenneuproduktion zugeführt werden. Im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes sollte dieses ökologische Potential nicht nur genutzt, sondern ausgebaut werden, da Recyclinggips eine echte Alternative zum Naturgipsabbau bietet.

Da sich die Ablagerungskapazitäten der DK II-Deponie dem Ende neigen, plant der A.V.E. nach europaweiter Ausschreibung eine Erweiterung auf der planfestgestellten DK II-Flächen um zirka zwei Hektar in 2024/2025.

### **Klärschlamm Entsorgung über den A.V.E. Eigenbetrieb**

Mit Gründung der Klärschlammkooperation Ostwestfalen-Lippe im Februar 2020 sind die Weichen für eine gemeinsame langjährige Zusammenarbeit der öffentlich-rechtlichen Klärschlambetreiber in OWL gestellt worden. Im Kreis Paderborn haben sich der Kreis Paderborn sowie alle zehn Städte und Gemeinden dieser Kooperation angeschlossen. In der Übergangsphase bis 2024 können die Städte und Gemeinden auf Klärschlamm-Kontingente des A.V.E. von jährlich 9.000 t zurückgreifen, die nach Vereinbarung in den Anlagen der MVA Bielefeld und Enertec Hameln zur Verbrennung angedient werden können. Im Berichtsjahr wurde das Kontingent mit 7.743 t deutlich weniger ausgeschöpft gegenüber dem Vorjahr (2021: 8.561 t). Einige Kommunen, u.a. die Stadt Paderborn, verfügen über separate Entsorgungsverträge. Der A.V.E. erwartet bis zum aktiven Beginn der Klärschlammkooperation OWL in 2024 ein gleichbleibend hohes Ausschöpfen des kommunalen Kontingents. Die angedienten Klärschlammengen werden ohne Umschlag im Entsorgungszentrum direkt von den Kommunen zu den Anlagen transportiert. Weitere 250 t hat der A.V.E. Eigenbetrieb selbst aus seiner eigenen Sickerwasserreinigungsanlage der Verbrennung zugeführt.

### **Angelieferte Gesamtmenge zum Entsorgungszentrum „Alte Schanze“**

Zusammen mit dem Abfallaufkommen der DK 0-Deponie weist das Gesamtergebnis der Anlieferungsmengen zum Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ einen merklichen Rückgang von 308.133 t in 2021 auf jetzt 295.899 t (minus 4 Prozent) im Berichtsjahr auf. Rechnet man die Mengen der DK-0-Deponie heraus, sind auch die Anlieferungsmengen im hoheitlichen Bereich abermals um 5,7 Prozent von 134.226 t in 2021 auf nunmehr 126.598 t gefallen.

## **II. Prognose-, Chancen- und Risikobericht**

Das Siedlungsabfallmengenaufkommen (ohne DK 0) liegt mit 126.598 t in Summe nur knapp über den prognostizierten Planzahlen für 2022 (124.290 t). Grundsätzlich werden die Abfallmengen im Wirtschaftsplan vom A.V.E. Eigenbetrieb konservativ prognostiziert. Mengenschwankungen in den Bereichen der kommunalen Abfälle wie Hausmüll und Bioabfälle, aber auch in den baunahen Bereichen der gewerblichen Mischabfälle, der Grünabfälle und ablagerungsfähigen Abfälle auf der DK II Deponie sind immer möglich. Für das Jahr 2023 rechnet der Eigenbetrieb entsprechend seinem Wirtschaftsplan im hoheitlichen Bereich mit einer Gesamtmenge von 120.750 t.

Im Bereich des wirtschaftlichen Betriebes (Betrieb gewerblicher Art) liegen die Mengen zur DK-0 Deponie mit 169.119 t gegenüber den Planzahlen für das Jahr 2022 (165.000 t) marginal höher. Dennoch bleibt der A.V.E. für das Jahr 2023 infolge der nur wenig kalkulierbaren Baukonjunktur bei einer vermindert geplanten Anlieferungsmenge von 150.000 t. Trotz der geringeren Mengen halten sich die wirtschaftlichen Auswirkungen für den A.V.E. in Grenzen. Die vereinnahmten Entgelte, die je Gewichtstonne erhoben werden, bewegen sich auf konstantem Niveau. Auch erfolgt die Abschreibung DK 0 Deponie analog der Anlieferungsmengen. Insoweit werden hier auch Abschreibungen im gleichen Umfang zurückgehen.

Die ohnehin stets defensiv ausgerichteten Mengenprognosen bei den wiederkehrenden Jahresplanungen tragen wie in den Vorjahren dazu bei, dass die wirtschaftliche Situation des A.V.E. Eigenbetriebes ggü. den Prognosen als unverändert gut, solide und sicher einzustufen ist. Die Gebühren- und Entgelteinnahmen für 2022 belaufen sich auf 14,26 Mio. € . Nach dem Wirtschaftsplan wurden für 2022 Einnahmen in Höhe von 14,11 Mio. € erwartet. Somit weichen die prognostizierten Einnahmen nur unwesentlich von den de-facto-Einnahmen in 2022 ab. Bei Wahrnehmung seiner gesetzlichen Verwertungs- und Entsorgungsverpflichtungen gehört der Kreis Paderborn trotz Erhöhung der Abfallgebühren und -entgelte in 2023 unverändert mit zu den günstigsten Kreisen in NRW.

Ein Höchstmaß an Sicherheit spiegelt sich fortgesetzt in den Finanzanlagen des A.V.E. Eigenbetriebes wider. Alle Geldanlagen sind ohne Risiko angelegt und über das Sicherungssystem der jeweiligen Bank abgesichert. Die über mehrere Geldinstitute verteilten Finanzmittel sind für die umfangreichen Stilllegungs- und Nachsorgemaßnahmen der Zentraldeponie im Entsorgungszentrum „Alte Schanze“ vorgesehen. Nach über einem Jahrzehnt geringen Zinsniveaus am Kapitalmarkt ergeben sich seit einigen Monaten wieder mehr Spielräume rentierlicher Geldanlagen für den A.V.E Eigenbetrieb. Welche Kapitalanlagen sich hier mittel- und langfristig als lukrativ erweisen, werden nach Prüfung aller Risiken vom A.V.E. gezielt in Betracht gezogen.

Unter Berücksichtigung der bisher schwierigen Kapitalmarktentwicklung ist der A.V.E. Eigenbetrieb in den zurückliegenden Jahren mit vorhandenen Eigenmitteln auch investiv tätig geworden. Dieses gilt sowohl für die Beteiligung an der Interargem GmbH (MVA in Bielefeld, Enertec in Hameln) als auch für die Errichtung dreier Windenergieanlagen im Standortbereich des Entsorgungszentrums im Rahmen eines Gesellschafterdarlehens an die A.V.E. GmbH-Tochtergesellschaft. Die dritte WEA im Umfeld des Entsorgungszentrums steht jetzt kurz vor ihrer Inbetriebnahme. Alle Investitionsprojekte werden im Vorfeld einer fundierten Wirtschaftlichkeitsberechnung unterzogen und gleichermaßen mit ausreichenden Sicherheiten versehen, so dass aus den anstehenden Renditen mittel- und langfristig der Gebührenzahler profitieren kann. Ebenfalls unter dem Gesichtspunkt einer sicheren und gewinnbringenden Anlagestrategie baut der A.V.E. Eigenbetrieb auf seinen Flächen den Kreisbauhof und stellt diesen dann für ein angemessenes Nutzungsentgelt dem Kreis Paderborn zur Verfügung. Die Abnahmen werden alles Voraussicht nach bis Ende Mai 2023 erfolgt sein und somit sind Gebäude und Hallen dann bezugsfähig.

Im Investitionsplan für 2023 sind weitere Finanzmittel für Investitionen in Höhe von knapp 7,7 Mio. € auf der „Alten Schanze“ geplant, u. a. für die Fertigstellung des neuen Kreisbauhofes, den Ausbau des Fuhrparks und der DKII-Deponie.

### **Vermögens-, Finanz- und Ertragslage**

Das langfristige Vermögen ist fristenkongruent finanziert. Die Finanzlage lässt sich in einer zusammengefassten Kapitalflussrechnung wie folgt darstellen:

	2022	2021
	T€	T€
Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-4.142	2.794
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	-1.920	7.726
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-43	-68
Veränderungen des Finanzmittelfonds	-6.105	10.452
Bestand der liquiden Mittel zum 31. Dezember	5.783	11.888

Durch die gesunkenen Abzinsungszinssätze gemäß § 253 Abs. 2 HGB, veröffentlicht von der Deutschen Bundesbank, ist es für 2022 unumgänglich der Rückstellung für die Deponienachsorge wiederum einen Betrag von 0,3 Mio. € zuzuführen. Dieser Zuführungsbetrag belastet in voller Höhe das Ergebnis, ohne dass hieraus jedoch eine reale Zahllast für den A.V.E. entsteht. Für einen Ausgleich stehen Mittel zur Verfügung.

### **Feststellungen nach § 53 HGrG**

Bei der Prüfung des Jahresabschlusses ist § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz beachtet worden. Die Prüfungsfelder betrafen die Bereiche der Geschäftsführungsorganisation des Geschäftsführungsinstrumentariums und der Geschäftsführungstätigkeit sowie die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Die vom Abschlussprüfer unter Verwendung eines standardisierten Fragenkatalogs durchgeführte Prüfung hat keine Beanstandungen ergeben, die für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Tätigkeit der Betriebsleitung von Bedeutung sind.

### **Chancen und spezifische Risiken**

Bei den kommunal andienungspflichtigen Siedlungsabfällen wie Haus-/Sperrmüll und den Bioabfällen sind für das laufende Wirtschaftsjahr 2023 keine gravierenden Mengenänderungen zu erwarten. Die Schwankungen dürften fortgesetzt im üblichen Rahmen der zurückliegenden Jahre liegen. Eine Reduzierung der Hausmüllmengen durch die 2016 kreisweit eingeführte Wertstofftonne für häusliche Kunststoff- und Metallabfälle ist fortgesetzt nicht erkennbar. Die Wertstofftonne ist eine Gemeinschaftstonne zwischen den dualen Systembetreibern und dem Zweckverband Wertstofffassung und -verwertung Paderborner Land (WPL), der gemäß den Anforderungen des Verpackungsgesetzes die Interessen der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger bündelt und artikuliert.

Die Gebühreneinnahmen aus dem Bereich der kommunalen Siedlungsabfälle müssen fortgesetzt als stabil, solide und sicher eingestuft werden. Diese Kommunalabfälle aus Privathaushalten sind überlassungspflichtig und bleiben nach dem Prinzip der Daseinsvorsorge im gesetzlichen Verantwortungsbereich der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger.

Nur wenig prognostizierbar bleiben fortlaufend die Mengen der beseitigungspflichtigen Gewerbeabfälle und der ablagerungsfähigen Abfälle zur DK II. Hier spielen neue rechtliche Anforderungen und konjunkturelle Einflüsse



eine ebenso große Rolle, wie die Tatsache, dass diese Abfälle aus dem gewerblich-industriellen Bereich dem freien Wettbewerbsmarkt ausgesetzt sind. Gleichwohl bestätigt auch das zurückliegende Jahr 2022, dass die zur „Alten Schanze“ gewerblich angedienten Abfälle noch immer eine relative Mengenkonzanz gegenüber früheren Jahren aufweisen. Insofern lassen die gegenwärtig noch gute konjunkturelle Lage sowie die andauernden hohen Preise anderer Entsorgungsanlagen eine solche Mengenkonzanz auch für die bevorstehenden Jahre erwarten.

### **Abwehr von betrieblichen Risiken bei Zahlungs- und EDV-Ausfall**

Um das Risiko des Zahlungsausfalles entgegenzuwirken, wurde folgendes Forderungsmanagement installiert:

1. Die Gebühren werden in 14-tägigen Abständen den Anlieferern in Rechnung gestellt. Um Ausfälle zu vermeiden wird grundsätzlich einer Barzahlung der Abfallanlieferer der Vorzug gegeben.
2. Unproblematisch sind die Anlieferungen von öffentlichen Einrichtungen sowie der Städte und Gemeinden. Hier kann es quasi zu keinem Ausfall kommen.
3. Bei den weiteren Anlieferungen kann der Eigenbetrieb auf den Vorteil zurückgreifen, dass es sich um hoheitliche Forderungen handelt. Um diese einzufordern, kann unmittelbar eine Vollstreckung eingeleitet werden, ohne den Gerichtsweg zu beschreiten. Die Forderungsausfälle bewegen sich auf sehr niedrigem Niveau. Lediglich im Falle von Firmeninsolvenzen kann es zu größeren Ausfällen kommen.
4. Um Forderungsausfällen entgegenzuwirken, werden Anlieferer nach der ersten Mahnung als Rechnungsempfänger gesperrt und müssen zukünftig „bar“ zahlen. Auf diese Art und Weise wird verhindert, dass gewerbliche Unternehmer (insbesondere Transporteure) größere Verbindlichkeiten auflaufen lassen, andererseits haben sie weiterhin die Möglichkeit Anlieferungen zu tätigen. Insofern sind sie nicht in ihrer Tätigkeit eingeschränkt.

Ein weiteres Risiko könnte der Ausfall der EDV-Anlage darstellen. Auf diese Situation hat sich der A.V.E. wie folgt vorbereitet:

1. Das Risiko eines Ausfalls der EDV-Anlage, zum Beispiel beim Diebstahl der Server oder der PC's bringt maximal einen Tag Datenverluste mit sich.
2. Bei einer völligen Zerstörung der EDV-Anlagen durch Brand oder Vandalismus könnte bei der Waage manuell gewogen werden. Für diesen Fall wurde ein Notfallplan für die genaue Vorgehensweise eingerichtet.
3. Dies bedeutet zwar einen erheblichen Aufwand, doch könnte mit einer zügigen Neuausstattung weiter automatisch verwogen werden.
4. Im Falle eines längeren Stromausfalles stehen Notstromaggregate zur Verfügung, mit denen der Wiegebetrieb aufrechterhalten werden kann.
5. Beim längeren vollständigen Ausfall der Waage sieht die geltende Gebührenordnung vor, dass Abfallanlieferungen nach Kubikmetern abgerechnet werden können.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass insgesamt keine weiteren Anzeichen für Ereignisse oder Umstände im Rahmen des Risikofrüherkennungssystems erkennbar sind, die die Arbeit oder gar den Fortbestand des Eigenbetriebes in irgendeiner Form belasten oder gefährden könnten. Durch die in der Vergangenheit mit namhaften regionalen Entsorgungspartnern geschlossenen Verträge ist für den Kreis Paderborn eine

langfristige Entsorgungssicherheit bei strikter Beachtung der gesetzlichen und technischen Umweltstandards weiterhin gegeben.

#### **4.18.11 Organe und deren Zusammensetzung**

Organe des Eigenbetriebs sind die Betriebsleitung und der Betriebsausschuss.

Betriebsleitung: Herr Martin Hübner, technischer Dezernent des Kreises Paderborn, ist der Betriebsleiter des A.V.E Eigenbetriebes.

Betriebsausschuss: Der Betriebsausschuss besteht aus 15 Mitgliedern. Dies sind derzeit Frau Kreistagsabgeordnete Verena Haese, Claudia Wagener-Ragert sowie die Herren Kreistagsabgeordneten Päsch, Vossebein, Fresen, Zündorf, Nolte, Müller, Schäfers, Schüssler, Scholle, Blienert, Fölling, Risse und Koch.

## **4.19 Zweckverband Bevorzugtes Erholungsgebiet Bad Wünnenberg / Büren**

### **4.19.1 Basisdaten**

Zweckverband Bevorzugtes Erholungsgebiet Bad Wünnenberg / Büren

Poststraße 15

33181 Bad Wünnenberg

Tel.: 0160 654 02 32, E-Mail: [erholungsgebiet@wuennenberg-bueren.de](mailto:erholungsgebiet@wuennenberg-bueren.de), Fax: -, Internet: [www.wuennenberg-bueren.de](http://www.wuennenberg-bueren.de)

Gründungsdatum: 28. Februar 1977

### **4.19.2 Zweck/ Gegenstand des Zweckverbandes**

Aufgabe des Zweckverbandes ist es, die Gebiete der Städte Bad Wünnenberg und Büren im Kreis Paderborn zu betreuen. Der Zweckverband soll im Zusammenwirken mit allen interessierten Stellen das Verbandsgebiet mit dem Ziel fördern, die Landschaft zu erhalten und zu pflegen, die heimische Tier- und Pflanzenwelt zu schützen, durch geeignete Einrichtungen eine naturnahe Erholung zu ermöglichen und auf einen sinnvollen Gebrauch der Naturwerte hinzuwirken. Die wirtschaftlichen Belange der Grundbesitzer sind dabei besonders zu berücksichtigen.

Bei der Erfüllung seiner Aufgaben kann sich der Zweckverband bereits bestehender Einrichtungen und Organisationen bedienen. Zudem verfolgt der Verband keine wirtschaftlichen Zwecke, sondern erfüllt seine Aufgaben nach dem Grundsatz der Gemeinnützigkeit.

### **4.19.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Die Kreise und kreisfreien Städte sind nach dem Landesnaturschutzgesetz NRW die für Naturschutz und Landschaftspflege zuständigen Behörden. Als eine Einrichtung auf dem Gebiet der Erholung liegt der Zweckverband „Bevorzugtes Erholungsgebiet Bad Wünnenberg/ Büren“ im klassischen Sinne im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge.

### **4.19.4 Mitglieder des Zweckverbandes**

Neben dem Kreis Paderborn sind die Städte Bad Wünnenberg und Büren Mitglieder des Zweckverbandes.

### **4.19.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen**

Der Kreis Paderborn leistete im Haushaltsjahr 2022 eine anteilige Kostenübernahme für Verwaltungs- und Geschäftskosten in Höhe von 21.000,00 € .

Die Zahlungen wurden über das Konto 531306 „Zuweisung an Zweckverband Erholungsgebiet Büren -Bad Wünnenberg“ des Produktes 130201 „Natur und Landschaftspflege“ verbucht.

### **4.19.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals**

Die Versammlung hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 noch nicht festgestellt. Die Feststellung des v. g. Jahresabschlusses erfolgt nach Auskunft des Verbandsmitgliedes Stadt Bad Wünnenberg im November bzw. Dezember 2023. Zu den Punkten 4.19.6 „Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals“, 4.19.7 „Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung“, 4.19.8 „Kennzahlen“ und 4.19.10 „Geschäftsentwicklung“ können für den hier behandelten Verband daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

#### **4.19.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung**

Siehe Punkt 4.19.6

#### **4.19.8 Kennzahlen**

Siehe Punkt 4.19.6

#### **4.19.9 Personalbestand**

Seit dem Jahr 2008 beschäftigt der Zweckverband eine Beschäftigte in Vollzeit.

#### **4.19.10 Geschäftsentwicklung**

Siehe Punkt 4.19.6

#### **4.19.11 Organe und deren Zusammensetzung**

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Vorstandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

##### Verbandsvorsteher und Geschäftsführung

Vorsteher des Zweckverbandes ist als Bürgermeister der Stadt Bad Wünnenberg Christian Carl  
Geschäftsführendes Verbandsmitglied ist die Stadt Bad Wünnenberg.

##### Verbandsversammlung

Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung ist Herr Kreistagsabgeordneter Nolte, Frau Kreistagsabgeordnete Koch sowie von der Verwaltung Frau Pöhler (Sachgebietsleitung Naturschutz) im Amt für Umwelt, Natur und Klimaschutz. Frau Pöhler

##### Verwaltungsrat

Ein Verwaltungsrat wurde nicht eingerichtet.

## **4.20 Gemeindeforstamtsverband Willebadessen**

### **4.20.1 Basisdaten**

Gemeindeforstamtsverband Willebadessen

Klosterhof 1a

34439 Willebadessen

Tel.:05646/94403, Fax: 05646/94405, Internet: [www.gemeindeforstamt.de](http://www.gemeindeforstamt.de)

Gründungsdatum: ca. 1830-1835

### **4.20.2 Mitglieder des Zweckverbandes**

Neben dem Kreis Paderborn sind die Gemeinden Altenbeken, Borcheln und Hövelhof, die Städte Bad Lippspringe, Bad Wünnenberg, Borgentreich, Büren, Delbrück, Lichtenau, Paderborn, Salzkotten, Warburg und Willebadessen, die Wasserwerk Paderborn GmbH, der AV.E Eigenbetrieb sowie die Pfarren Altenbeken, Atteln, Delbrück, Etteln, Helmern, Lichtenau, Neuenbeken, Oesdorf, Rimbeck, Schwaney, St. Laurentius (Warburg), Welda, Westenholz Mitglieder des Zweckverbandes.

### **4.20.3 Zweck/ Gegenstand des Zweckverbandes**

Die Aufgabe des Zweckverbandes besteht in der gemeinsamen Unterhaltung eines Gemeindeforst-amtes zur forstlichen Verwaltung des Waldbesitzes der Verbandsmitglieder. Die Bewirtschaftung der Bewaldungen der Verbandsmitglieder erfolgt nach einem gemeinsamen Betriebsplan.

### **4.20.4 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Ist Wald im Eigentum von Körperschaften des öffentlichen Rechts sind diese dazu verpflichtet, ihre Wälder „ordnungsgemäß und nachhaltig“ (§11 Bundeswaldgesetz) zu bewirtschaften.

### **4.20.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen**

Der Kreis Paderborn zahlte im Haushaltsjahr 2022 eine Verbandsumlage in Höhe von 4.261,15 €.

Die Verbandsumlage wurde auf dem Konto 531305 „Zuweisungen an den Gemeindeforstamtsverband Willebadessen“ des Produktes 130201 „Natur- und Landschaftspflege“ verbucht.

### **4.20.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals**

Die Verbandsversammlung hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 noch nicht festgestellt. Die Feststellung des v. g. Jahresabschlusses wird nach Auskunft des Verbandes vorgesehen für die Verbandsversammlung am 07.12.2023. Zu den Punkten 4.20.6 „Entwicklung der Bilanzen“, 4.20.7 „Entwicklung der Ertragslage“, 4.20.8 „Finanzkennzahlen“, 4.20.10 „Geschäftsentwicklung“, „Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des Verbandes können für den hier behandelten Verband daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

### **4.20.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung**

Siehe Punkt 4.20.6

## 4.20.8 Kennzahlen

### Finanzkennzahlen

Siehe Punkt 4.20.6

### Individuelle Leistungskennzahlen

Geschäftsjahr	2020	2021	Veränderung (in %)	2022	Veränderung (in %)
Derbholzeinschlag (in Festmeter)	234.166	195.399	-16,56	51.577	-73,60
Forstbetriebsfläche (in Hektar)	8.051,32	8.057,96	0,08	8.057,96	0,00

## 4.20.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2022 beschäftigte der Gemeindeforstamtsverband 5 (davon 3 verbeamtet, 2 tariflich).

## 4.20.10 Geschäftsentwicklung

Siehe Punkt 4.20.6

## 4.20.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

### Verbandsvorsteher

Der nach § 8 Abs. 1 der Satzung von der Verbandsversammlung gewählte Verbandsvorsteher Dr. André Brandt, Dezernent beim Kreis Paderborn, nahm während des Jahres 2022 die laufenden Geschäfte des Zweckverbandes im Rahmen des Haushalts-, Investitions- und Stellenplanes wahr. Seine Stellvertreterin ist Michaela Götz-Brinkmann, Mitarbeiterin des Rechtsamtes vom Kreis Paderborn.

### Verbandsversammlung

Herr Kreistagsabgeordneter Hans-Bernd Janzen für das Verbandsmitglied Kreis Paderborn.

Die Verbandsversammlung besteht gem. § 5 Abs. 1 der Verbandssatzung aus je einem Vertreter der Verbandsmitglieder. Zum Vorsitzenden der z. Zt. aus 29 Vertretern bestehenden Versammlung wurde Herr Tobias Scherf, Bürgermeister der Stadt Warburg, gewählt. Die Versammlung tritt nach Änderung der Verbandssatzung ab 2009 nach § 5 Abs. 2 der Verbandssatzung wenigstens einmal im Haushaltsjahr zusammen, und zwar zur Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und die Rechnungslegung sowie zur Entlastung des Verbandsvorstehers.

## **4.21 Gemeinschaft für Kommunikationstechnik, Informations- und Datenverarbeitung Paderborn**

### **4.21.1 Basisdaten**

Gemeinschaft für Kommunikationstechnik, Informations- und Datenverarbeitung

Paderborn (GKD)

Technologiepark 11

33100 Paderborn

Tel.:05251/132-0, Fax: 05251/132-2700, Internet: www.gkdpb.de

Gründungsdatum: 01. Januar 1979

### **4.21.2 Zweck/ Gegenstand des Zweckverbandes**

Der Zweckverband GKD Paderborn hat das Ziel, den Verbandsmitgliedern die im Rahmen der technikerunterstützten Informationsverarbeitung geforderten Dienstleistungen als Beratungs-,

Organisations-, Software- und Hardwareverbund zu erbringen. Hierbei ist die Organisationshoheit des einzelnen Verbandsmitgliedes unter Berücksichtigung der wechselseitigen Informationsbeziehungen sowie wirtschaftlicher und technischer Gegebenheiten besonders zu beachten.

Der Zweckverband nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:

1. Information und Beratung der Verbandsmitglieder in allen Angelegenheiten auf dem Gebiete der Informations- und Kommunikationstechnik.
2. Erstellung und Fortführung eines gemeinsamen Konzeptes zum Einsatz und zur weiteren Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik auf der Grundlage der Anforderungen der Verbandsmitglieder und dessen Umsetzung.

Hierzu gehören:

- Untersuchung vorhandener Verfahren, Auswahl, Beschaffung und Übernahme oder Eigenentwicklung von Verfahren, deren Weiterentwicklung und Pflege;
- Beratung der Verbandsmitglieder bei der Einführung von Verfahren und Schulung des Personals;
- Planung, Beschaffung und Unterstützung bei der Installation der für die Informations- und Kommunikationstechnik bei den Verbandsmitgliedern erforderlichen Hard- und Software, soweit Verbandsmitglieder dies nicht im Benehmen mit dem Zweckverband in eigener Zuständigkeit durchführen,
- Einrichtung und Durchführung eines Rechenzentrumsbetriebs gemäß dem gemeinsamen Konzept.

### **4.21.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Gemeinden und Gemeindeverbände können Aufgaben, zu deren Wahrnehmung sie berechtigt oder verpflichtet sind, nach den Vorschriften dieses Gesetzes gemeinsam wahrnehmen. Die GKD Paderborn unterstützt ihre Mitglieder bei allen Angelegenheiten auf dem Gebiete der Informations- und Kommunikationstechnik.

### **4.21.4 Mitglieder des Zweckverbandes**

Neben dem Kreis Paderborn sind die Städte Bad Lippspringe, Bad Wünnenberg, Büren, Delbrück, Lichtenau, Paderborn und Salzkotten sowie die Gemeinden Altenbeken, Borcheln und Hövelhof Mitglieder des

Zweckverbandes. Darüber hinaus ist die Anstalt des öffentlichen Rechts „Chemische und Veterinäruntersuchungsamt Ostwestfalen-Lippe“ (CVUA-OWL) dem Zweckverband zum 1. Januar 2009 beigetreten. Seit dem 01. Juli 2018 ist auch die Stadt Höxter Mitglied des Zweckverbandes GKD Paderborn.

#### 4.21.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gesamtzahlung des Kreises belief sich im Berichtsjahr auf 4.863.387,85 €.

#### 4.21.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Verbandsversammlung hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 noch nicht festgestellt. Die Feststellung des v. g. Jahresabschlusses in den Gremien der GKD ist nach Angabe des Verbandes vorgesehen am 21.11.2023. Zu den Punkten 4.21.6 „Entwicklung der Bilanzen“, 4.21.7 „Entwicklung der Ertragslage“, 4.21.8 „Finanzkennzahlen“, 4.21.10 „Geschäftsentwicklung“, „Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der GKD“ können für den hier behandelten Verband daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

#### 4.21.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Siehe Punkt 4.21.6

#### 4.21.8 Kennzahlen

Siehe Punkt 4.21.6

#### Individuelle Leistungskennzahlen

Siehe Punkt 4.21.6

#### 4.21.9 Personalbestand

Siehe Punkt 4.21.6

#### 4.21.10 Geschäftsentwicklung

Siehe Punkt 4.21.6

#### 4.21.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

##### Verbandsvorsteher und Geschäftsführung

Verbandsvorsteher der GKD ist der erste Beigeordnete der Stadt Paderborn Herr Venhem. Geschäftsführer der Gemeinschaft ist Herr Kürpick.

##### Verbandsversammlung

Der Kreis Paderborn wird in der Verbandsversammlung wie folgt vertreten:

Mitglieder		Stellvertreter	
Name	Vorname	Name	Vorname
Ohms	Philipp	Wassong	Thomas, Dr.
Birkelbach	Carsten	Schaper	Elisabeth, Dr.
Hüttemann	Hartmut	Anke	Thomas



Vossebein	Norbert	Neesen	Christoph
Krause	Diethelm	Kohlenberg	Christoph
Schmitt	Simon	Müller	Markus
Langer	Bernd	Fresen	Ulrich
Block	Bianca	Sander	Steffen
Schmidt-Nitkowski	Beate	Henneke	Sabrina
Leyva	Manuel	Risse	Johannes
Werth	Stefan	Haese	Verena

#### Verwaltungsrat

Der Kreis Paderborn wird in dem Verwaltungsrat wie folgt vertreten:

- Ingo Tiemann (Vertreter: Dr. Thomas Wassong)
- Annette Mühlenhoff (Vertreter: Philipp Ohms)

#### **4.21.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht**

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Verwaltungsrat in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 7 Mitgliedern zwei Frauen an (Frauenanteil: rund 29 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von mehr als 40 Prozent nicht erreicht.

#### **4.21.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG**

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.



## 4.22 Nahverkehrsverbund Paderborn/Höxter

### 4.22.1 Basisdaten

Nahverkehrsverbund Paderborn/Höxter

Bahnhofstraße 27a

33102 Paderborn

Tel.:05251/1233-0, Fax: 05251/1233-99, Internet: www.nph.de

Gründungsdatum: 02. Oktober 1995

### 4.22.2 Zweck/ Gegenstand des Zweckverbandes

Der Zweckverband nimmt die Interessen der Kreise Paderborn und Höxter bezüglich des straßengebundenen und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV und SPNV) wahr. Er stützt sich dabei ausdrücklich auf das Gesetz über den öffentlichen Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW).

Ziele des Zweckverbandes sind die bedarfsgerechte Erfüllung der im öffentlichen Interesse liegenden Aufgaben des ÖPNV und SPNV in den Kreisen Paderborn und Höxter sowie die Verknüpfung mit benachbarten Verkehrsräumen. Der ÖPNV und SPNV sollen eine den verkehrlichen, ökonomischen und ökologischen Erfordernissen entsprechende Verkehrsbedienung bieten. Um dieses gemeinsame Ziel möglichst effektiv und kostengünstig verfolgen zu können, schließen sich die Mitglieder zu einem freiwilligen Zweckverband zusammen und übertragen ihm die unter § 3 Abs. 3 genannten Aufgaben.

Der Zweckverband nimmt unter Berücksichtigung der Grundsätze des ÖPNVG NRW insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- Die Aufgabenträgerschaft für den ÖPNV in den Kreisen Paderborn und Höxter.
- Die Aufstellung und Fortschreibung des Nahverkehrsplanes einschl. Finanzplan und Investitionsplan im Bereich des ÖPNV.
- Die Information und Beratung der Verbandsmitglieder, sowie der Städte und Gemeinden der Kreise Paderborn und Höxter hinsichtlich der Planung und Umsetzung lokaler Verkehrskonzepte (z.B. Stadtverkehre).
- Bereitstellung eines bedarfsgerechten und abgestimmten Leistungsangebotes. Marktwirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Grundsätze finden hierbei Anwendung.
- Weiterentwicklung des bestehenden Gemeinschaftstarifes, und soweit möglich, einheitlicher Beförderungsbedingungen sowie eines koordinierten Verkehrsangebots im ÖPNV und SPNV.
- Abstimmung der die Verbandsgrenzen überschreitenden Verkehre mit den Nachbarverbänden.
- Erarbeitung eines einheitlichen Marketingkonzeptes und dessen Umsetzung im Bereich des ÖPNV und SPNV.
- Konzeption, finanzielle Abwicklung und Kontrolle gemeinsamer Qualitäts-offensiven im ÖPNV mit Busunternehmen im Rahmen der Verwendung der jährlichen ÖPNV-Pauschale gem. § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW.
- Der Zweckverband trägt die Verantwortung für Nahverkehrsplan, Marketingmaßnahmen, Fahrgastinformation, Sachmittel sowie für besondere Aufgaben wie Gutachten und Zählungen.
- Die Durchführung von ÖPNV-Verkehren ist nicht Aufgabe des nph.

Aufgabenträger für den SPNV in Westfalen ist der Zweckverband NWL. Die Aufgaben des NWL werden satzungsgemäß im Rahmen einer dezentralen Struktur in den Teilräumen seiner Mitgliedverbände wahrgenommen. Ungeachtet der Aufgabenträgerschaft des NWL für den SPNV wirkt der nph im Rahmen seiner Möglichkeiten auf den Erhalt und Ausbau der Schieneninfrastruktur hin. Der nph stellt dem Zweckverband NWL dazu personelle und sachliche Mittel seiner Geschäftsstelle nach Maßgabe der einschlägigen beamtenrechtlichen und arbeitsrechtlichen Bestimmungen und/oder Vereinbarungen mit dem Zweckverband NWL zur Verfügung und arbeitet mit dem NWL auf allen Ebenen (Verbandsvorsteher/in, Geschäftsführung, begleitende Arbeitsgruppen) zusammen.

Der Zweckverband ist berechtigt, sich zur Erfüllung besonderer außerordentlicher Aufgaben Dritter zu bedienen. Mit Dritten (kommunalen Körperschaften sowie natürlichen und juristischen Personen des Privatrechts) können Dienstleistungsverträge abgeschlossen werden, wenn die Erfüllung der Verbandsaufgaben dadurch nicht beeinträchtigt wird und die Aufgabenerledigung für den Verband wirtschaftlich ist.

Der Zweckverband vertritt die ÖPNV-Interessen der Kreise Paderborn und Höxter auch in Zweckverbänden, Einrichtungen und Gremien, die über den Bereich beider Kreise hinausgehen. Er ist insoweit berechtigt, sich an der Bildung von Einrichtungen, Verbänden oder Gesellschaften zu beteiligen.

#### **4.22.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge. Er umfasst die all-gemein zugängliche Beförderung von Personen mit Verkehrsmitteln im Linien- sowie diesen ersetzenden, ergänzenden oder verdichtenden Gelegenheitsverkehr, die überwiegend dazu bestimmt sind, die Verkehrsnachfrage im Stadt-, Vorort- oder Regionalverkehr zu befriedigen.

#### **4.22.4 Mitglieder des Zweckverbandes**

Neben dem Kreis Paderborn ist der Kreis Höxter Mitglied des Zweckverbandes.

#### **4.22.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen**

Zur Deckung des Finanzbedarfes erhält der Nahverkehrsverbund Paderborn/Höxter direkt vom Land NRW bzw. von dem NWL (Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe) Mittel aus den ÖPNV-Pauschalen nach §§ 11 und 11a ÖPNVG NRW.

Eine Umlage wurde von den Verbandsmitgliedern im Jahr 2022 nicht erhoben.

#### **4.22.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals**

Die Verbandsversammlung hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 noch nicht festgestellt. Die Feststellung des v. g. Jahresabschlusses ist nach Auskunft des NPH vorgesehen für die Verbandsversammlung am 16.12.2023. Zu den Punkten 4.22.6 „Entwicklung der Bilanzen“, 4.22.7 „Entwicklung der Ertragslage“, 4.22.8 „Finanzkennzahlen“, 4.22.10 „Geschäftsentwicklung“, „Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des NPH können für den hier behandelten Verband daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

#### **4.22.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung**

Siehe Punkt 4.22.6

#### **4.22.8 Kennzahlen**

Siehe Punkt 4.22.6

## 4.22.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2022 beschäftigte der Zweckverband 13 Mitarbeiter (Vj. 14).

### 4.22.10 Geschäftsentwicklung

Siehe Punkt 4.22.6

### 4.22.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

#### Verbandsvorsteher und Geschäftsführung

Ab 01.08.2022 ist der Landrat des Kreises Paderborn Herr Rütter Verbandsvorsteher des NPH. Die Geschäftsführung erfolgt durch Marcus Klugmann.

#### Verbandsversammlung

Kreis Paderborn			
lfd. Nr.	Name		Bemerkung
1.	Rehmann-Decker	Edith	Verwaltung
2.	Kohlenberg	Christoph	CDU
3.	Neesen	Christoph	CDU
4.	Langer	Bernd	CDU
5.	Lappe	Wilfried	CDU
6.	Vossebein	Norbert	CDU
7.	Niggemeier	Ralf	CDU
8.	Birkelbach	Carsten	B90/Die Grünen
9.	Müller	Markus	B90/Die Grünen
10.	Risse	Johannes	Die Linke / Die Partei
11.	Weigel	Wolfgang	SPD
12.	Schmidt	Jürgen	SPD
13.	Hadaschik, Dr.	Michael	FDP

Kreis Höxter			
lfd. Nr.	Name		Bemerkung
1.	Goeken	Matthias	CDU, MdL
2.	Menzel	Stefan	Verwaltung
3.	Hansmann	Heiko	CDU, Vorsitzender
4.	Wöstefeld	Fabian	CDU
5.	Franzmann	Marcel	SPD
6.	Denkner	Martina	B90/Die Grünen
7.	Lücke	Heinrich	beratend, CDU
8.	Meyer	Sascha	beratend, CDU
9.	Gell	Guido	beratend, SPD



## **4.23 Zweckverband Naturpark Teutoburger Wald / Eggegebirge**

### **4.23.1 Basisdaten**

Zweckverband Naturpark Teutoburger Wald / Eggegebirge

Grotenburg 52

32760 Detmold

Tel.:05231/62-7961, Fax: 05231/62-7942, Internet: [www.naturpark-teutoburgerwald.de](http://www.naturpark-teutoburgerwald.de)

Gründungsdatum: 22. Juli 1965

### **4.23.2 Zweck/ Gegenstand des Zweckverbandes**

Aufgabe des Zweckverbandes ist es, den Teutoburger Wald süd-östlich von Bielefeld, das Eggegebirge sowie die darüber hinaus einbezogenen Gebiete der Träger als Naturpark auszugestalten. Der Verband wird im Zusammenwirken mit allen interessierten Stellen im Rahmen der allgemeinen Landesplanung den Naturpark mit dem Ziele fördern, in diesem als Erholungsgebiet besonders geeigneten Raum durch geeignete Maßnahmen eine naturnahe Erholung zu ermöglichen, auf einen sinnvollen Gebrauch der Naturwerte hinzuführen und, soweit ihm die Aufgaben übertragen wurden, die Landschaft zu erhalten und zu pflegen, die heimische Tier- und Pflanzenwelt zu schützen. Die Belange der Grundeigentümer sind dabei besonders zu berücksichtigen.

Zu den Aufgaben des Verbandes gehört ferner die Umsetzung des Naturschutzgroßprojektes Senne und Teutoburger Wald innerhalb der Gebietskulisse, die der Förderung nach dem Förderprogramm des Bundes zur Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung zu Grunde liegt, im Landschaftsraum Senne, des auf Grund der Größe, Landschaftsgeschichte und Ausstattung für den Naturschutz bedeutsamsten Gebietes in NRW.

Bei der Durchführung seiner Aufgaben kann sich der Zweckverband bereits bestehender Einrichtungen und Organisationen bedienen. Zudem verfolgt der Verband keine wirtschaftlichen Zwecke, sondern erfüllt seine Aufgaben nach dem Grundsatz der Gemeinnützigkeit.

### **4.23.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Als eine Einrichtung auf dem Gebiet der Erholung liegt der Zweckverband Naturpark Teutoburger Wald/Eggegebirge im klassischen Sinne im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge. Ziel ist, die einzigartige Kombination aus für den nordwestdeutschen Raum besonders wertvollen Relikten der Naturlandschaft sowie der gut erhaltenen Elemente der alten Kulturlandschaft zu sichern, zu entwickeln und behutsam erlebbar zu machen.

### **4.23.4 Mitglieder des Zweckverbandes**

Neben dem Kreis Paderborn sind die Kreise Hochsauerlandkreis, Höxter, Gütersloh, Lippe sowie die Stadt Bielefeld Mitglieder des Zweckverbandes.

### **4.23.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen**

Der Kreis Paderborn zahlte im Haushaltsjahr 2022 eine Verbandsumlage in Höhe von 76.600,00 €. Die Zahlungen wurde auf dem Konto 531304 „Zuweisungen an Naturp. Teutoburger Wald /Eggegebirge“ des Produktes 130201 „Natur und Landschaftspflege“ verbucht.

#### **4.23.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals**

Die Verbandsversammlung hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 noch nicht festgestellt. Die Feststellung des v. g. Jahresabschlusses ist nach Auskunft des Verbandes vorgesehen für die Verbandsversammlung am 23.11.2023. Zu den Punkten 4.23.6 „Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals“, 4.23.7 „Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung“, 4.23.8 „Kennzahlen“ und 4.23.10 „Geschäfts-entwicklung“ können für den hier behandelten Verband daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

#### **4.23.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung**

Siehe Punkt 4.23.6

#### **4.23.8 Kennzahlen**

Siehe Punkt 4.23.6

#### **4.23.9 Personalbestand**

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2022 beschäftigte der Zweckverband 3,5 Mitarbeiter (Vj. 3,5).

#### **4.23.10 Geschäftsentwicklung**

Siehe Punkt 4.23.6

#### **4.23.11 Organe und deren Zusammensetzung**

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

##### Verbandsvorsteher und Geschäftsführung

Vorsteher des Zweckverbandes ist Landrat des Kreises Lippe Dr. Axel Lehmann. Geschäftsführerin ist Frau Birgit Hübner (bis 31.12.2023).

##### Verbandsversammlung

Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung sind die Frauen Kreistagsabgeordneten Block, Dr. Schaper sowie von der Verwaltung Sachgebietsleiterin des Amtes 66 Naturschutz / Landschaftspflege Frau Schnell und die Herren Kreistagsabgeordneten Janzen, Striewe, Zündorf .

Verwaltungsrat: Ein Verwaltungsrat wurde nicht eingerichtet.



## 4.24 Sparkassenzweckverband

### 4.24.1 Basisdaten

Sparkassenzweckverband der Kreise Lippe und Paderborn und der Städte Barntrup, Detmold, Horn-Bad Meinberg, Lage, Marsberg und Paderborn

Sitz Paderborn: Hathumarstraße 15-19, 33098 Paderborn

Sitz Detmold: Paulinenstraße 34, 32756 Detmold

Tel.: 05251/29 29 29, Fax: 05251/292-1549, Internet: -

Gründungsdatum: Zum 1. Januar 2012 wurden die Sparkasse Paderborn und die Sparkasse Detmold gemäß § 27 Abs. 1 Sparkassengesetz NRW vereinigt. Der Verband ist ab 1. Januar 2012 Träger der Sparkasse Paderborn-Detmold. Die bisherigen Sparkassenzweckverbände der Sparkasse Detmold und der Sparkasse Paderborn wurden mit Wirkung vom 31. Januar 2012 aufgelöst.

### 4.24.2 Zweck/ Gegenstand des Zweckverbandes

Der Verband fördert das Sparkassenwesen im Gebiet seiner Mitglieder. Die zu diesem Zweck von ihm errichtete Sparkasse führt den Namen „Sparkasse Paderborn-Detmold“.

### 4.24.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Sparkassen verfolgen den öffentlichen Auftrag auch in der Fläche die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft sicherzustellen.

### 4.24.4 Mitglieder des Sparkassenzweckverbandes

Neben den Kreisen Paderborn und Lippe sind die Städte Barntrup, Blomberg, Detmold, Horn-Bad Meinberg, Lage, Marsberg, und Paderborn Mitglieder des Zweckverbandes.

### 4.24.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Haushaltsjahr 2022 waren keine finanziellen Auswirkungen zu verzeichnen.

### 4.24.6 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

#### Verbandsvorsteher

Der Verbandsvorsteher des Sparkassenzweckverbandes ist Herr Antonius Löhr, Stadtkämmerer und Allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters der Stadt Marsberg. Seine Stellvertreter sind Herr Christoph Dolle, Bürgermeister der Stadt Blomberg, sowie Herr Thorsten Paulussen, 1. Beigeordneter und Allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters der Stadt Lage.

#### Verbandsversammlung

Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung sind die Frauen Kreistagsabgeordnete Schüssler, Koch, Köster, die Herren Kreistagsabgeordneten Zündorf, Jakobsmeier, Krause, Werth, Neesen, Konersmann, Nolte, Schmidt, Welsing, Tegethoff, Niedernhöfer sowie Herr Kämmerer Tiemann.

#### 4.24.7 Personalbestand

Der Sparkassenzweckverband beschäftigt kein eigenes Personal.

## **4.25 Sparkasse Paderborn-Detmold**

### **4.25.1 Basisdaten**

Sparkasse Paderborn-Detmold

Sitz Paderborn: Hathumarstraße 15-19, 33098 Paderborn

Sitz Detmold: Paulinenstraße 34, 32756 Detmold

Tel.: 05251/29 29 30, Fax: 05251/292-1550, Internet: [www.sparkasse-paderborn-detmold.de](http://www.sparkasse-paderborn-detmold.de)

Gründungsdatum: Zum 1. Januar 2012 wurden die Sparkasse Paderborn und die Sparkasse Detmold gemäß § 27 Abs. 1 Sparkassengesetz NRW vereinigt.

### **4.25.2 Zweck/ Gegenstand des Betriebes**

Der Unternehmenszweck der Sparkasse ergibt sich aus § 2 Sparkassengesetz NRW. Danach haben die Sparkassen die Aufgabe, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers zu dienen. Weiterhin stärken die Sparkassen den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie fördern die finanzielle Eigenvorsorge und Selbstverantwortung vornehmlich bei der Jugend, aber auch in allen sonstigen Altersgruppen und Strukturen der Bevölkerung. Sie versorgen im Kreditgeschäft vorwiegend den Mittelstand sowie die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise. Die Sparkassen tragen zur Finanzierung der Schuldnerberatung in Verbraucher- oder Schuldnerberatungsstellen bei. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes. Die Sparkassen dürfen im Rahmen des Sparkassengesetzes und den nach diesem Gesetz erlassenen Begleitvorschriften alle banküblichen Geschäfte betreiben.

### **4.25.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Die kommunalen Sparkassen kümmern sich um die geld- und kreditwirtschaftlichen Belange der Bevölkerung sowie der Wirtschaft. Somit dienen sie dem öffentlichen Zweck.

### **4.25.4 Träger der Sparkasse**

Die Sparkasse Paderborn-Detmold ist eine Zweckverbandsparkasse der Kreise Lippe und Paderborn und der Städte Barntrup, Detmold, Horn-Bad Meinberg, Lage, Marsberg und Paderborn.

### **4.25.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen**

Der Kreis vereinnahmte im Jahr 2022 eine Ausschüttung in Höhe von 1.374.917,44 €. Die Ausschüttung wurde auf dem Konto 465100 „Erträge aus Gewinnanteilen aus Beteiligungen“ des Produktes 040201 „allg. Kulturpflege“ in Höhe von 724.917,44 € und Produkt 040101 „Kreismuseum Wewelsburg“ in Höhe von 650.000,00 € verbucht.

#### 4.25.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
<b>Aktiva</b>			
1. Barreserve	139.730.457,65	616.483.469,75	-476.753
a) Kassenbestand	69.200.953,01	67.874.251,02	1.327
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	70.529.504,64	548.609.218,73	-478.080
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel	0,00	0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute	584.872.958,01	168.013.845,64	416.859
4. Forderungen an Kunden	7.057.149.678,13	6.734.156.185,24	322.993
5. Schuldverschreibungen und andere	719.045.660,07	776.154.367,99	-57.109
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche WP	456.280.821,56	417.986.276,30	38.295
6a. Handelsbestand	0,00	0,00	0
7. Beteiligungen	115.514.452,87	115.515.552,87	-1
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	542.795,41	542.795,41	0
9. Treuhandvermögen	28.039.647,80	27.255.556,81	784
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentl. Hand	0,00	0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte	44.499,00	107.568,00	-63
12. Sachanlagen	43.597.883,02	43.132.016,86	466
13. Sonstige Vermögensgegenstände	9.380.864,49	10.085.652,04	-705
14. Rechnungsabgrenzungsposten	48.650,04	70.797,55	-22
<b>Summe Aktiva</b>	<b>9.154.248.368,05</b>	<b>8.909.504.084,46</b>	244.744
<b>Passiva</b>			0
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.155.484.824,01	1.103.626.451,94	51.858
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.855.427.797,07	6.671.829.046,01	183.599
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	0,00	0,00	0
3a. Handelsbestand	0,00	0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten	28.039.647,80	27.255.556,81	784
5. Sonstige Verbindlichkeiten	3.337.041,03	3.862.268,36	-525
6. Rechnungsabgrenzungsposten	660.282,14	805.431,45	-145
7. Rückstellungen	129.624.613,45	122.797.548,60	6.827
a) R. für Pensionen und ähnl. Verpflichtungen	69.294.506,00	70.813.828,00	-1.519
b) Steuerrückstellungen	0,00	260.547,97	-261
c) andere Rückstellungen	60.330.107,45	51.723.172,63	8.607
8. (weggefallen)	0,00	0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten	5.455.300,00	5.576.300,00	-121
10. Genussrechtskapital	0,00	0,00	0
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken	494.300.000,00	494.300.000,00	0
12. Eigenkapital	469.977.801,78	457.372.346,11	12.605
a) gezeichnetes Kapital	0,00	0,00	0
b) Kapitalrücklage	0,00	0,00	0
c) Gewinnrücklagen	469.977.801,78	457.372.346,11	12.605
ca) Sicherheitsrücklage	460.627.801,78	448.022.346,11	12.605
cb) andere Rücklagen	9.350.000,00	9.350.000,00	0
d) Bilanzgewinn	11.941.060,77	22.079.135,18	-10.138
<b>Summe Passiva</b>	<b>9.154.248.368,05</b>	<b>8.909.504.084,46</b>	244.744

#### 4.25.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€6
1. Zinserträge aus	137.353.698,68	136.256.352,66	1.097
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	131.281.138,58	129.775.730,13	1.505
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	6.072.560,10	6.480.622,53	-408
2. Zinsaufwendungen	27.158.208,23	28.279.086,19	-1.121
3. Laufende Erträge	8.008.975,22	8.654.691,70	-646
a) aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	5.918.442,12	5.847.964,74	70
b) aus Beteiligungen	1.590.533,10	2.006.726,96	-416
c) aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	500.000,00	800.000,00	-300
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften,	180.108,95	93.812,60	86
5. Provisionserträge	64.807.249,62	60.989.370,24	3.818
6. Provisionsaufwendungen	6.997.310,98	8.892.691,18	-1.895
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands	0,00	0,00	0
8. Sonstige betriebliche Erträge	6.930.602,92	6.373.325,06	557
9. weggefallen	0,00	0,00	0
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	109.721.119,88	112.405.199,27	-2.684
a) Personalaufwand	74.558.567,56	76.564.643,93	-2.006
aa) Löhne und Gehälter	58.236.344,18	59.432.375,38	-1.196
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und	16.322.223,38	17.132.268,55	-810
b) andere Verwaltungsaufwendungen	35.162.552,32	35.840.555,34	-678
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle	3.926.712,98	3.734.503,08	192
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.146.817,34	2.372.852,38	-226
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Ford.	38.055.196,63	3.118.880,56	34.936
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und best.	0,00	0,00	0
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verb. Unternehmen und wie Anlagevermögen	683.164,38	453.207,22	230
	0,00	0,00	0
16. Erträge a. Zuschreibungen zu Beteiligungen		0,00	0
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme	225.254,49	66.044,03	159
18. Zuführung zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	0,00	12.600.000,00	-12.600
<b>19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</b>	<b>28.366.850,48</b>	<b>40.445.088,35</b>	<b>-12.078</b>
20. Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0
21. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0
22. Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	19.318.354,35	21.271.812,87	-1.953
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	279.750,94	266.455,88	13
<b>25. Jahresüberschuss</b>	<b>8.768.745,19</b>	<b>18.906.819,60</b>	<b>-10.138</b>
26. Gewinnvortrag / Verlustvortrag aus dem Vorjahr	3.172.315,58	3.172.315,58	0
27. Entnahmen aus den Gewinnrücklagen	0,00	0,00	0
28. Einstellung in Gewinnrücklagen	0,00	0,00	0
<b>29. Bilanzgewinn</b>	<b>11.941.060,77</b>	<b>22.079.135,18</b>	<b>-10.138</b>

## 4.25.8 Kennzahlen

### Finanzkennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	5	5	0
Eigenkapitalrentabilität	2	4	-55
Anlagendeckungsgrad 2	1015	982	3
Verschuldungsgrad	1873	1870	0
Umsatzrentabilität	0	0	0

### Individuelle Leistungskennzahlen

Geschäftsjahr (in €)	2021	2022	Ver- änder- ung (in %)
Bilanzsumme	8.909.504.084,46	9.154.248.368,05	2,75
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.671.829.046,01	6.855.427.797,07	2,75
Forderungen an Kunden	6.734.156.185,24	7.057.149.678,13	4,80

## 4.25.9 Geschäftsentwicklung

### Geschäftsentwicklung

#### Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Jahr 2022 um 244,7 Mio. EUR bzw. 2,7 % auf 9.154,2 Mio. EUR. Das aus Bilanzsumme und Eventualverbindlichkeiten bestehende Geschäftsvolumen stieg um 218,8 Mio. EUR oder 2,4 % auf 9.276,0 Mio. EUR an. Die Durchschnittsbilanzsumme von 9.100,3 Mio. EUR ist stärker als erwartet gestiegen.

#### Aktivgeschäft

##### Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich von 168,0 Mio. EUR auf 584,9 Mio. EUR. Der Bestand setzt sich hauptsächlich aus bei Kreditinstituten unterhaltenen Liquiditätsreserven, kurzfristigen Geldanlagen und Namensschuldverschreibungen zusammen.

##### Kundenkreditvolumen

Die Forderungen an Kunden (Aktiva 4 und Aktiva 9) stiegen um 323,8 Mio. EUR bzw. 4,8 % auf 7.085,2 Mio. EUR an. Das zu Jahresbeginn prognostizierte Wachstum von 4,5 % konnte damit leicht übertroffen werden. Das Wachstum der Forderungen an Kunden vollzog sich fast ausschließlich im langfristigen Bereich.

Insbesondere unsere Privatkunden nutzten die im langfristigen Vergleich nach wie vor günstigen Konditionen und bevorzugten weit überwiegend langfristige Kreditlaufzeiten für Baufinanzierungen.

Bei den gewerblichen Kreditkunden waren vor allem im langfristigen Bereich Zuwächse zu beobachten.

Die Darlehenszusagen belaufen sich im Jahr 2022 auf 1.350,6 Mio. EUR und unterschritten damit den Wert des Vorjahres. Die darin enthaltenen Darlehenszusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus verminderten sich

im Gesamtjahr um 23,4 % auf 724,2 Mio. EUR. Der Strukturanteil der Kundenforderungen an der Stichtagsbilanzsumme erhöhte sich leicht auf 77,4 % (Vorjahr 75,9 %).

### **Wertpapieranlagen**

Zum Bilanzstichtag verminderte sich der Bestand an Wertpapieranlagen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 18,8 Mio. EUR auf 1.175,3 Mio. EUR. Für die Abnahme war insbesondere der Rückgang der festverzinslichen Wertpapiere in Höhe von 57,1 Mio. EUR maßgeblich.

### **Beteiligungen/Anteilsbesitz**

Im Geschäftsjahr 2022 blieb das Volumen der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen konstant auf 116,1 Mio. EUR (Vorjahr 116,1 Mio. EUR). Der Bestand entfiel im Wesentlichen mit 105,5 Mio. EUR auf die Beteiligung am SVWL und mit 7,9 Mio. EUR auf die Beteiligung an der Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG.

### **Passivgeschäft**

#### **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten**

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (einschließlich Treuhandverbindlichkeiten) erhöhten sich von 1.130,9 Mio. EUR auf 1.183,5 Mio. EUR. Es handelt sich dabei überwiegend um Mittel, die der Finanzierung des langfristigen Kreditgeschäfts dienen. Die Sparkasse hat im Jahr 2022 angesichts des niedrigen Zinsniveaus weitere langfristige Mittel in Form von Sparkassenbriefen aufgenommen.

#### **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden**

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich um 183,6 Mio. EUR oder 2,8 % auf 6.855,4 Mio. EUR. Die im Vorjahr geäußerten Erwartungen zur Bestandsentwicklung der Kundeneinlagen (leichte Steigerung) wurden damit übertroffen.

Vor dem Hintergrund der unklaren wirtschaftlichen Entwicklung sowie des weiterhin niedrigen Zinsniveaus bevorzugten unsere Kunden liquide Anlageformen. Der Bestand an Spareinlagen ist um 92,6 Mio. EUR gesunken. Die Sichteinlagen sind um 59,1 Mio. EUR gestiegen. Die Sparkassenbriefe und andere Namenspapiere sind um 7,3 Mio. EUR gestiegen.

### **Dienstleistungsgeschäft**

#### **Zahlungsverkehr**

Der Bestand an Konten erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 2.470 Konten auf 263.039 Konten. Die Anzahl der Kreditkarten lag mit 47.336 Karten auf dem Vorjahresniveau (47.114 Karten).

#### **Vermittlung von Wertpapieren**

Das Wertpapiergeschäft wurde auch im Jahr 2022 maßgeblich von der Entwicklung der Kapital- und Aktienmärkte geprägt. Sowohl Aktien bzw. aktienorientierte Anlagen in Investmentfonds als auch Renten und Immobilienfonds wurden dabei bevorzugt. Die Summe der Wertpapierkäufe legte gegenüber dem Vorjahr erneut zu. Der geplante Nettoabsatz in Höhe von 180 Mio. EUR wurde mit einem Wert von 160,9 Mio. EUR nicht erreicht.

#### **Immobilienvermittlung**

Das Volumen der Immobilienvermittlungen betrug 64,7 Mio. EUR und ist damit gegenüber dem Vorjahr (75,0 Mio. EUR) gesunken. Die Nachfrage nach Immobilien konzentrierte sich auf den Bereich der Privatimmobilien.

### **Vermittlung von Bausparverträgen und Versicherungen**

Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 3.221 Bausparverträge mit einem Vertragsvolumen von insgesamt 205,3 Mio. EUR abgeschlossen (Vorjahr 2.207 Verträge mit einem Volumen von 144,8 Mio. EUR).

Im Bereich der Lebensversicherungen belief sich dasmittlungsvolumen im Jahr 2022 auf 55,3 Mio. EUR (Vorjahr 86,0 Mio. EUR). Das Volumen der vermittelten Sachversicherungen belief sich im Berichtsjahr auf 0,9 Mio. EUR und lag unter dem Vorjahresniveau (1,1 Mio. EUR).

### **Auslandsgeschäft**

Das Auslandsgeschäft bewegte sich im Rahmen des Vorjahres.

### **Derivate**

Die derivativen Finanzinstrumente dienen ausschließlich der Sicherung der eigenen Positionen und nicht spekulativen Zwecken. Hinsichtlich der zum Jahresende bestehenden Geschäfte wird auf die Darstellung im Anhang verwiesen.

### **Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage**

#### **Vermögenslage**

Die Vermögenslage unserer Sparkasse ist gekennzeichnet durch einen Anteil des Kundenkreditvolumens bzw. der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden an der Bilanzsumme in Höhe von 77,4 % bzw. 74,9 % (im Vorjahr: 75,9 % bzw. 74,9 %).

Sämtliche Vermögensgegenstände und Rückstellungen werden vorsichtig bewertet. Die Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Einzelheiten sind dem Anhang zum Jahresabschluss zu entnehmen. Für besondere Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute wurde zusätzlich Vorsorge getroffen.

Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die Zuführung eines Teils des Jahresüberschusses 2021. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2022 vor Gewinnverwendung ein Eigenkapital von 481,9 Mio. EUR (Vorjahr 479,5 Mio. EUR) aus. Neben den Gewinnrücklagen verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile.

In dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB enthalten ist eine zusätzliche Vorsorge zur Absicherung des Risikos, das die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer der „Ersten Abwicklungsanstalt“ von 25 Jahren trägt.

Die Eigenkapitalanforderungen der CRR wurden jederzeit eingehalten. Die Gesamtkapitalquote nach CRR (Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte (Adressenausfall-, operationelle, Markt- und CVA-Risiken) übertrifft am 31. Dezember 2022 mit 16,42 % (im Vorjahr: 16,89 %) den vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 % gemäß CRR zuzüglich SREP-Zuschlag und Kapitalerhaltungspuffer sowie Stresspuffer (Eigenmittelzielkennziffer) deutlich. Zum 1. Februar 2022 wurde der antizyklische Kapitalpuffer von null auf 0,75 % der risikogewichteten Positionswerte erhöht. Zudem wurde ein



Systemrisikopuffer von 2,00 % für die Wohnimmobiliensektor eingeführt. Die Quoten sind seit dem 1. Februar 2023 zu beachten.

Auch die harte Kernkapitalquote und die Kernkapitalquote übersteigen die aufsichtlich vorgeschriebenen Werte deutlich.

Der für 2022 prognostizierte Wert für die Gesamtkapitalquote von 16,51 % wurde leicht unterschritten. Zum Bilanzstichtag verfügt die Sparkasse über eine gute Eigenmittelbasis. Auf Grundlage unserer Kapitalplanung zum 31. Dezember 2022 bis zum Jahr 2027 ist eine gute Kapitalbasis für die Umsetzung unserer Geschäftsstrategie vorhanden.

### Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio - LCR) lag mit 126,2 % bis 146,1 % oberhalb des Mindestwerts von 100 %. Die LCR-Quote lag zu 31. Dezember 2022 bei 146,1 %. Die strukturelle Liquiditätsquote Net Stable Funding Ratio – NSFR) lag in einer Bandbreite von 121,4 % bis 126,5 %; damit wurde die aufsichtliche Mindestquote von 100 % eingehalten. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt. Das Angebot der Deutschen Bundesbank, Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen, wurde in 2022 nicht genutzt. Die Zahlungsbereitschaft ist nach unserer Finanzplanung auch für die absehbare Zukunft gewährleistet. Deshalb beurteilen wir die Finanzlage der Sparkasse als gut.

### Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Die Erträge und Aufwendungen sind nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt.

	2022	2021	Veränderung	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Zinsüberschuss	118,4	116,7	1,7	1,5
Provisionsüberschuss	57,8	52,1	5,7	10,9
Nettoergebnis des Handelsbestands	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige betriebliche Erträge	6,9	6,4	0,5	7,8
Personalaufwand	74,6	76,6	-2,0	-2,6
Anderer Verwaltungsaufwand	35,2	35,8	-0,6	-1,7
Sonstige betriebliche	6,3	6,2	0,1	1,6

Aufwendungen				
<b>Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge</b>	<b>67,1</b>	<b>56,6</b>	<b>10,5</b>	<b>18,6</b>
Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge	-38,7	-3,6	-35,1	-975,0
Zuführungen Fonds für allgemeine Bankrisiken	0,0	12,6	-12,6	-100,0
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>28,4</b>	<b>40,4</b>	<b>-12,0</b>	<b>-29,7</b>
Steueraufwand	19,6	21,5	-1,9	-8,8
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>8,8</b>	<b>18,9</b>	<b>-10,1</b>	<b>-53,4</b>

### Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Rahmenbedingungen bewertet die Sparkasse den Geschäftsverlauf und die Lage der Sparkasse im Geschäftsjahr 2022 als zufriedenstellend. Ursächlich für die positive Entwicklung des Geschäftsvolumens bzw. der Bilanzsumme waren die Zuwächse im Kreditgeschäft sowie die anhaltenden Zuflüsse an Kundeneinlagen.

### Risikobericht

#### Risikomanagementsystem

Die Sparkasse wendet das periodenorientierte Risikotragfähigkeitskonzept (sogenannter Going Concern-Ansatz) auf Basis der Annex-Regelung des Leitfadens „Aufsichtliche Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte und deren prozessualer Einbindung in die Gesamtbanksteuerung („ICAAP“) - Neuausrichtung“ der BaFin von Mai 2018 nur noch bis zum Ende 2022 an. Erstmals zum 31. März 2023 führt die Sparkasse daher die Risikotragfähigkeitsrechnung entsprechend dem o. g. Leitfaden der BaFin von Mai 2018 in einer ökonomischen und einer normativen Perspektive durch.

In der Geschäftsstrategie werden die Ziele des Instituts für jede wesentliche Geschäftstätigkeit sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele dargestellt. Die Risikostrategie umfasst die Ziele der Risikosteuerung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele.

Die **Risikoinventur** umfasst die systematische Identifizierung der Risiken sowie die Einschätzung der Wesentlichkeit unter Berücksichtigung der mit den Risiken verbundenen Risikokonzentrationen. Basis der Risikoinventur bilden die relevanten Risikoarten bzw. -kategorien.

Auf Grundlage der im Geschäftsjahr 2022 durchgeführten Risikoinventur wurden folgende Risiken als wesentlich eingestuft:

Risikoart	Risikokategorie
Adressenausfallrisiken	Kundengeschäft
	Handelsgeschäft
	Beteiligungen
Marktpreisrisiken	Zinsspannenrisiko
	Marktpreisrisiko aus Handelsgeschäft; darin:
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Zinsen (Zinsänderungsrisiko einschl. verlustfreie Bewertung des Bankbuchs gemäß IDW RS BFA 3 n. F.)</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Spreadrisiko</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Aktienkursrisiko</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>Immobilienrisiko</li> </ul>
Liquiditätsrisiken	Zahlungsunfähigkeitsrisiko
operationelle Risiken	

Der Ermittlung der **periodischen Risikotragfähigkeit** liegt ein Going-Concern-Ansatz zu Grunde, wonach sichergestellt ist, dass auch bei Verlust des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials die regulatorischen Mindestkapitalanforderungen erfüllt werden können.

Der Vorstand hat in 2022 ein Gesamtlimit von 208,0 Mio. EUR bereitgestellt. Unser Risikodeckungspotenzial und die bereitgestellten Limite reichten auf Basis unserer Risikoberichte sowohl unterjährig als auch zum Bilanzstichtag aus, um die Risiken abzudecken.

Zur Berechnung des gesamtinstitutsbezogenen Risikos wurde das Konfidenzniveau auf 95,0 % und eine rollierende Zwölf-Monats-Betrachtung einheitlich festgelegt. Die Risikotragfähigkeit wird vierteljährlich ermittelt. Wesentliche Bestandteile des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials sind das geplante Betriebsergebnis nach Bewertung des laufenden Jahres sowie ein Teil des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB.

Das auf der Grundlage des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials eingerichtete Limitsystem stellt sich zum 31. Dezember 2022 wie folgt dar:

Risikoart	Risikokategorie	Limit	Anrechnung	
		TEUR	TEUR	%
Adressenausfallrisiken	Kundengeschäft	30.000	20.680	68,9%

	Handelsgeschäft	12.000	6.371	53,1%
	Beteiligungen	15.000	6.666	44,4%
Marktpreisrisiken	Zinsspannenrisiko	25.000	5.730	22,9%
	Marktpreisrisiko aus Handelsgeschäft; darin:	115.000	71.454	62,1%
	- Zinsen (Zinsänderungsrisiko einschl. verlustfreie Bewertung des Bankbuchs gemäß IDW RS BFA 3 n. F.)			
	- Spreadrisiko			
	- Aktienkursrisiko			
	- Immobilienrisiko			
Operationelle Risiken		11.000	6.826	62,1%

Die zuständigen Abteilungen steuern die Risiken im Rahmen der bestehenden organisatorischen Regelungen und der Limitvorgaben des Vorstands.

Die der Risikotragfähigkeit zu Grunde liegenden Annahmen sowie die Angemessenheit der Methoden und Verfahren werden jährlich überprüft.

**Stresstests** werden regelmäßig durchgeführt. Als Ergebnis der regelmäßigen Simulationen zum 31. Dezember 2022 ist festzuhalten, dass auch der Eintritt unerwarteter Ereignisse von der Sparkasse Paderborn- Detmold getragen werden kann.

Um einen möglichen etwaigen Kapitalbedarf rechtzeitig identifizieren zu können, besteht ein zukunftsgerichteter Kapitalplanungsprozess bis zum Jahr 2027. Dabei wurden Annahmen über die künftige Ergebnisentwicklung sowie den künftigen Kapitalbedarf getroffen. Für den im Rahmen der Kapitalplanung zum 31. Dezember 2022 betrachteten Zeitraum bis zum Jahr 2027 können die Mindestanforderungen an die Eigenmittelausstattung auch bei adversen Entwicklungen vollständig eingehalten werden. Es besteht ein ausreichendes internes Kapital (einsetzbares Risikodeckungspotenzial), um die Risikotragfähigkeit im Betrachtungszeitraum unter Going-Concern-Aspekten sicherstellen zu können.

Der Sicherung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit von Steuerungs- und Überwachungssystemen dienen die Einrichtung von Funktionstrennungen bei Zuständigkeiten und Arbeitsprozessen sowie insbesondere die Tätigkeit der Risikocontrolling-Funktion, der Compliance-Funktion und der Internen Revision.

Das **Risikocontrolling**, das aufbauorganisatorisch von Bereichen, die Geschäfte initiieren oder abschließen, getrennt ist, hat die Funktion, die wesentlichen Risiken zu identifizieren, zu beurteilen, zu überwachen und

darüber zu berichten. Dem Risikocontrolling obliegt die Methodenauswahl, die Überprüfung der Angemessenheit der eingesetzten Methoden und Verfahren sowie die Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse. Zusätzlich verantwortet das Risikocontrolling die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Anforderungen, die Erstellung der Risikotragfähigkeitsberechnung und die laufende Überwachung der Einhaltung von Risikolimiten. Es unterstützt den Vorstand in allen risikopolitischen Fragen und ist an der Erstellung und Umsetzung der Risikostrategie maßgeblich beteiligt. Die für die Überwachung und Steuerung von Risiken zuständige Risikocontrolling-Funktion wird durch die Mitarbeiter der Abteilung Controlling wahrgenommen. Die Leitung der Risikocontrolling-Funktion obliegt dem Leiter des Bereiches Controlling und Finanzen. Unterstellt ist er dem Überwachungsvorstand.

Verfahren zur Aufnahme von Geschäftsaktivitäten in **neuen Produkten oder auf neuen Märkten** (Neu-Produkt-Prozess) sind festgelegt. Zur Einschätzung der Wesentlichkeit geplanter Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie den IT-Systemen bestehen Definitionen und Regelungen.

Das **Reportingkonzept** umfasst die regelmäßige Berichterstattung sowohl zum Gesamtbankrisiko als auch für einzelne Risikoarten. Die Berichte enthalten neben quantitativen Informationen auch eine qualitative Beurteilung zu wesentlichen Positionen und Risiken. Auf besondere Risiken für die Geschäftsentwicklung und dafür geplante Maßnahmen wird gesondert eingegangen.

Der Verwaltungsrat wird vierteljährlich über die Risikosituation auf der Grundlage des Risikogesamtberichts informiert. Neben der turnusmäßigen Berichterstattung ist auch geregelt, in welchen Fällen eine Ad-hoc-Berichterstattung zu erfolgen hat.

Die Sparkasse Paderborn-Detmold setzt zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken derivative Finanzinstrumente (Swappeschäfte) ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuches einbezogen.

### **Gesamtbeurteilung der Risikolage**

Unser Haus verfügt über ein dem Umfang der Geschäftstätigkeit entsprechendes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der vorhandenen Risiken gemäß § 25a KWG. Durch das Risikomanagement und -controlling der Sparkasse können frühzeitig die wesentlichen Risiken identifiziert und gesteuert sowie Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet werden.

In 2022 bewegten sich die Risiken jederzeit innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems. Das Gesamtbanklimit war am Bilanzstichtag mit 56,6 % ausgelastet. Die Risikotragfähigkeit war und ist derzeit gegeben. Die durchgeführten Stresstests zum 31. Dezember zeigen, dass auch außergewöhnliche Ereignisse durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt werden können.

Auf Basis der durchgeführten Kapitalplanung per 31. Dezember 2022 ist bei den bestehenden Eigenmittelanforderungen bis zum Ende des Planungshorizonts keine Einschränkung der Risikotragfähigkeit zu erwarten.

Bestandsgefährdende oder entwicklungsbeeinträchtigende Risiken sind nicht erkennbar. Risiken der künftigen Entwicklung bestehen im Hinblick auf die Auswirkungen der Ukraine-Krise und den starken sowie kurzfristigen Zinsanstieg.

Die Auswirkungen der Ukraine-Krise haben wir im Einklang mit unserem internen Reporting bei der Darstellung der Risiken berücksichtigt.

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des Verbands teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von vier Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist der zweitbesten Bewertungsstufe zugeordnet.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage als ausgewogen

## **Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung**

### **Chancenbericht**

Die Chance auf eine Stabilisierung unserer Ertragskraft wollen wir vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen vor allem nutzen, indem wir künftig in der Individualkundenberatung insbesondere die Geschäftsfelder Immobilien und Wohnen, finanzielle Absicherung sowie Vermögensaufbau und -strukturierung mit zusätzlichen Produkten und Dienstleistungen ausbauen, auf denen wir bislang noch unterrepräsentiert sind. Darüber hinaus arbeiten wir laufend daran, unsere Prozesse zu optimieren.

Chancen wollen wir nutzen, indem wir neben der Filialpräsenz in der Fläche und der flächendeckend angebotenen SB-Technik das Multikanalbanking, Internetbanking-Angebote und digitale Vertriebskanäle weiter ausbauen.

Darüber hinaus sehen wir durch eine weitere Intensivierung der Arbeitsteilung mit unseren Verbundpartnern in der Sparkassenorganisation die Möglichkeit, dem Wettbewerbs- und Rentabilitätsdruck zu begegnen.

### **Prognosebericht**

Die Aussagen im Prognosebericht beziehen sich auf die mit Wirkung zum 1. April 2023 fusionierte Sparkasse Paderborn-Detmold-Höxter (Lippische Spar- und Leihkasse), Zweckverbandssparkasse der Kreise Höxter, Lippe und Paderborn und der Städte Bartrup, Blomberg, Delbrück, Detmold, Höxter, Horn-Bad Meinberg, Lage, Marsberg, Paderborn und Warburg. Die Ausgangslage für die Prognose 2023 bilden die addierten Werte der fusionierten Sparkassen zum 31. Dezember 2022.

### **Rahmenbedingungen**

Die Aussichten für das Jahr 2023 sind von Unsicherheiten geprägt. Die Datenlage zu Jahresbeginn lässt hoffen, dass sich die tatsächliche Lage positiver darstellen wird, als teilweise noch im Herbst 2022 erwartet. Viele Konjunkturindikatoren senden allerdings noch widersprüchliche Signale und die Liste der Risikofaktoren für die Konjunktur bleibt lang.

Die Weltwirtschaft dürfte im laufenden Jahr mit einer geringeren Rate wachsen als im vorigen Jahr, danach dürfte die Wachstumsrate wieder leicht zunehmen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat seine Prognose für 2023 um 0,2 %-Punkte angehoben und rechnet in 2023 mit einer Zunahme der Weltproduktion (BIP) um 2,9 % (2022: +3,4 %) und einem Anstieg des Welthandels um 2,4 % (2022: +5,4 %). Im Folgejahr erwartet der IWF eine BIP-Wachstumsrate von 3,1 %.

Für Deutschland erwarten die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute in ihren jüngsten Prognosen eine weitgehende Stagnation des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in diesem Jahr (die Prognosen reichen von -0,5 % bis zu +0,3 %) und eine Zunahme des BIP um 1,3 % bis 1,9 % im kommenden Jahr. Zu Jahresbeginn mehrten

sich jedoch die Hinweise, die eine positivere wirtschaftliche Entwicklung in den kommenden Monaten erwarten lassen.

Positiv stimmt, dass eine Gasmangellage im Winter 2022/2023 vermieden werden konnte und sich die Energiepreise wieder etwas normalisiert haben. Auch die Beschaffungssituation in der Industrie scheint sich allmählich etwas zu entspannen und die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich im Januar zum vierten Mal in Folge aufgehellt.

Ein gemischtes Bild geben die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe, die im Dezember 2022 nach einem deutlichen Rückgang um 3,2 % gestiegen sind, jedoch unter Herausrechnung von Großaufträgen erneut nachgegeben haben (-0,6 %). Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, lagen die Auftragseingänge im Gesamtjahr 2022 niedriger als im Vorjahr, aber höher als vor der Corona-Pandemie im Jahr 2019. Dennoch befindet sich der Auftragsbestand der Unternehmen weiterhin auf einem hohen Niveau und die Unternehmen verfügen immer noch über ein Auftragspolster von mehr als einem halben Jahr (7,3 Monate), sodass sie eine vorübergehende Nachfrageschwäche gut überstehen könnten.

Auch die Verbraucher blicken zu Jahresbeginn wieder etwas optimistischer in die Zukunft. Das GfK-Konsumklima hat sich zum fünften Mal in Folge verbessert, liegt jedoch immer noch deutlich unter dem Wert vor einem Jahr. Gemäß der GfK-Umfrage in der ersten Februarhälfte verbesserten sich sowohl die Konjunktur- als auch die Einkommenserwartung, mit Anschaffungen zögern die Verbraucher jedoch.

Der deutsche Arbeitsmarkt wird voraussichtlich nur vorübergehend eine Schwächephase erleben. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit ist die Arbeitslosigkeit im Januar in absoluten Zahlen zwar gestiegen, saisonbereinigt jedoch gesunken. Für das Gesamtjahr 2023 erwarten die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute einen Anstieg der Arbeitslosenquote auf 5,5 % bis 5,6 % und eine Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen auf über 45,6 Mio. (+0,1 % bis +0,2 %).

In 2022 haben das gestiegene Zinsniveau sowie stark gestiegene Bau- und Materialpreise den Immobilienmarkt belastet. Die rückläufige Zahl der Baugenehmigungen und weitere Faktoren sprechen dafür, dass die Bauindustrie in 2023 einen Rückgang verzeichnen wird und damit von der Wachstumslokomotive vergangener Jahre zu einer Wachstumsbremse wird. Gegen einen wirklichen Einbruch auf dem Wohnimmobilienmarkt spricht der anhaltend hohe Wohnraumbedarf, aber auch notwendige Klimaschutzinvestitionen in den Gebäudebestand, sowie in die Infrastruktur. Zudem gibt es erste Anzeichen dafür, dass sich die Lieferengpässe bei Baumaterialien allmählich auflösen und die sehr hohe Dynamik des Preisanstiegs gebremst wird.

Nach dem Rekordanstieg der Inflationsrate in Deutschland in 2022 (+6,9 %) lassen die aktuellen Daten zur Preisentwicklung in den USA, im Euroraum und in Deutschland erwarten, dass der Höhepunkt der Inflation überschritten ist. Den Prognosen der großen Wirtschaftsforschungsinstitute zufolge werden die Verbraucherpreise in Deutschland 2023 mit +5,4 % bis +6,5 % dennoch weiter kräftig steigen und sich erst in 2024 mit +2,2 % bis +3,5 % wieder der 2 %-EZB-Zielmarke annähern.

Nachdem die Notenbanken in 2022 weltweit auf einen restriktiven Kurs umgeschwenkt sind, um die hohe Inflation zu bremsen, stellt sich die Frage, wie lange dieser Prozess fortgesetzt werden wird. Die Fed hat das Tempo der geldpolitischen Straffung bereits vermindert. Nach mehreren Zinsschritten um 0,75 %-Punkte und einer Erhöhung um 0,5 %-Punkte fiel die jüngste Erhöhung um 0,25 %-Punkte auf eine Spanne von 4,50 % bis 4,75 % deutlich geringer aus. Die EZB hat bis zuletzt Spekulationen zurückgewiesen, sie könne in absehbarer

Zeit ihren geldpolitischen Straffungskurs beenden. Vielmehr betont sie ihre Absicht, die Inflation zeitnah wieder auf den Zielwert von 2 % zu bringen.

Im bisherigen Jahr 2023 zeigen die Geld- und Kapitalmärkte ein volatiles Bild. Die 10-Jährigen Bundesanleihen schwanken seit Jahresbeginn bis zum Tag der Aufstellung zwischen 2,02 % und 2,76 % und der 10-Jahres-Swapsatz zwischen 2,59 % und 3,32 %.

Für das stark zinsabhängige Geschäftsmodell der Sparkasse bedeutet dies, dass die im Abschnitt „Branchenumfeld 2022“ dargestellte Entwicklung eines höheren Zinsniveaus (Zinserträge) sowie einer erhöhten Inflation (Verwaltungsaufwendungen) voraussichtlich auch das Geschäftsjahr 2023 prägen werden. Die Deutsche Bundesbank weist darauf hin, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen des Ukrainekrieges (gestiegene Energiepreise, hohe Inflation, gestiegene Unsicherheit) die Schuldendienstfähigkeit sowohl von Unternehmenskunden wie auch privaten Kunden reduzieren und als Folge die Ertragslage der Kreditinstitute belasten könnten.

Eine Einschätzung zur Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft unterliegt den gleichen Unsicherheiten wie die Prognose zur Wirtschaftsentwicklung. Zwar ist die befürchtete Insolvenzwelle bislang ausgeblieben. Da die Zahl der Insolvenzen üblicherweise erst im späteren Verlauf eines konjunkturellen Abschwungs steigt, ist hier noch ein Risiko zu sehen.

Positiv stimmt die aktuelle ifo-Umfrage, wonach sich im Januar weniger Unternehmen (4,8 %) in ihrer Existenz bedroht sahen als noch im Vormonat (6,3 %). Bei den Privatinsolvenzen gibt es derzeit (noch) keinen Anstieg. Die stabile Verfassung des Arbeitsmarktes und die Überschussersparnis aus den vergangenen Jahren wirken hier ebenso einer verringerten Schuldendienstfähigkeit entgegen wie auch die Tatsache, dass ein Großteil der privaten Schulden aus Immobilienkrediten mit langer Zinsbindung besteht.

Auch zu Jahresbeginn 2023 bleiben alle Einschätzungen zu den wirtschaftlichen Aussichten mit einer hohen Unsicherheit behaftet. Risiken bestehen insbesondere bzgl. des weiteren Verlaufs des Krieges in der Ukraine. Zudem ist angesichts der hohen Inflation noch ungewiss, wie lange der geldpolitische Straffungskurs fortgesetzt wird. Darüber hinaus steht die deutsche Wirtschaft unverändert vor strukturellen Herausforderungen. Der Fachkräftemangel in der deutschen Wirtschaft hat sich trotz der Corona-Pandemie und der Energiekrise weiter ausgeweitet, die Lieferketten sind weiterhin fragil und die Zukunft insbesondere energieintensiver Industrien in Deutschland ist vor dem Hintergrund der Klimakrise ungewiss.

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Sie stellen unsere Einschätzungen der wahrscheinlichsten künftigen Entwicklung auf Basis der uns zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen dar.

### **Geschäftsentwicklung**

Abgeleitet aus der Bestandsentwicklung des Jahres 2022 rechnen wir mit einem spürbaren Wachstum für unser Kundenkreditgeschäft vorrangig aus dem Darlehensgeschäft mit unseren Privat- und Firmenkunden.

Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Entwicklung erwarten wir für 2023 ein moderates Wachstum der Kundeneinlagen.

Bei der Bilanzsumme erwarten wir aufgrund der vorgenannten Entwicklungen im Kredit- und Einlagengeschäft für das Folgejahr einen moderaten Anstieg.



Im Dienstleistungsgeschäft gehen wir für 2023 aufgrund der Forcierung des Wertpapiergeschäfts und des Vermittlungsgeschäfts von Privatkrediten von steigenden Erträgen aus.

### **Finanzlage**

Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist und die bankaufsichtlichen Anforderungen eingehalten werden können.

Für das Jahr 2023 sind größere Investitionen in den Umbau und Neubau von Filialen geplant.

### **Gesamtaussage**

Die Prognose für das Geschäftsjahr 2023 lässt insgesamt erkennen, dass das hinsichtlich Wettbewerbssituation und Zinslage schwieriger werdende Umfeld auch an der Sparkasse nicht spurlos vorübergeht.

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage sollte eine weitere Stärkung der Eigenmittel gesichert sein.

Unsere Perspektiven für das Geschäftsjahr 2023 beurteilen wir in Bezug auf die aufgezeigten Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung der von uns erwarteten Entwicklung und unserer bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren zusammengefasst als noch günstig.

Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir daher davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Risikotragfähigkeit und die Einhaltung aller bankaufsichtlichen Kennziffern durchgängig gewährleistet sind.

Die Auswirkungen der Covid-19-Krise können die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung hinsichtlich des Eintreffens der für die bedeutsamsten Leistungsindikatoren getroffenen Prognosen, ggf. über das bereits in unserem internen Reporting enthaltene Ausmaß hinaus negativ beeinflussen. Ebenso lassen sich die Auswirkungen aus der derzeitigen Situation in der Ukraine gegenwärtig noch nicht abschließend beurteilen und können zu einer abweichenden Einschätzung führen. Weitere Unsicherheiten ergeben sich hieraus für die Zinsentwicklung und Inflation.

### **4.25.10 Organe und deren Zusammensetzung**

Die Organe einer Sparkasse sind der Vorstand als geschäftsführendes Gremium und der Verwaltungsrat als Aufsichtsgremium.

#### Vorstand

Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Paderborn-Detmold ist Herr Arnd Paas. Weitere Mitglieder des Vorstandes sind Hubert Bötdeker und Andreas Trotz.

#### Verwaltungsrat

Nach dem Anhang des Jahresabschlusses 2022 gehören dem Verwaltungsrat der Sparkasse Paderborn - Detmold folgende Mitglieder an:

lfd. Nr	Name
1	Dreier, Michael
2	Kottmann, Ilka
3	Rosenkranz, Michael
4	Astler, Michael
5	Hansbuer, Werner
6	Bauernkämper, Jürgen
7	Bekiersch, Oliver
8	Bönigk, Hubertus

9	Celik, Celil
10	Friedrich, Rainer
11	Grigat, Stephan
12	Hilker, Frank
13	Hohenner, Klaus-Peter
14	Höschchen, Hartwig
15	Kirchhof, Erhard
16	Koch, Eva
17	Loke, Werner
18	Mertens, Markus
19	Mürköster, Silke
20	Pohlmeier, Günther
21	Rüther, Christoph
22	Tewes, Claudia

#### 4.25.11 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Verwaltungsrat in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 22 Mitgliedern vier Frauen an (Frauenanteil: rd. 18,2 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von mehr als 40 Prozent nicht erreicht.

#### 4.25.12 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird. Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.

## **4.26 Studieninstitut für kommunale Verwaltung Hellweg Sauerland**

### **4.26.1 Basisdaten**

Studieninstitut für kommunale Verwaltung Hellweg Sauerland

Aldegrevewall 24

59494 Soest

Tel.:02921/3641-0, Fax: 02921/3641-30, Internet: [www.studieninstitut-soest.de](http://www.studieninstitut-soest.de)

Gründungsdatum: Begründet wurde das Studieninstitut 1922 als "Verwaltungsschule" und wird seit 1926 in der Rechtsform eines Zweckverbandes geführt.

### **4.26.2 Zweck/ Gegenstand des Institutes**

Dem Institut obliegen die praxisbezogene theoretische Ausbildung von Auszubildenden, Praktikanten, Beamtenanwärtern, Beamten, Angestellten und sonstigen Dienstkräften der öffentlichen Verwaltung sowie die Abnahme der vorgeschriebenen Prüfungen.

Das Institut kann zusätzliche Aufgaben übernehmen, insbesondere solche, die der Auswahl und der Fortbildung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes dienen.

### **4.26.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Das Studieninstitut für kommunale Verwaltung Hellweg-Sauerland ist eine Einrichtung zur Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden im Personalbereich (Aus- und Weiterbildung). Sie dient somit mittelbar dem öffentlichen Zweck.

### **4.26.4 Mitglieder des Institutes**

Neben dem Kreis Paderborn sind die Kreise Höxter, Soest, Unna, Warendorf, der Hochsauerlandkreis und die Stadt Hamm Mitglieder des Zweckverbandes

### **4.26.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen**

Auf den Kreis Paderborn entfiel im Haushaltsjahr 2022 eine Verbandsumlage in Höhe von 115.564,14 €. Die Zahlung wurde auf dem Konto 531301 „Umlage an das Studieninstitut Soest“ des Produktes 010401 „Personal“ verbucht.

### **4.26.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals**

Die Verbandsversammlung hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 noch nicht festgestellt. Die Feststellung des v. g. Jahresabschlusses ist nach Auskunft des Verbandes vorgesehen für die Verbandsversammlung am 15.11.2023.

Zu den Punkten 4.26.6 „Entwicklung der Bilanzen“, 4.26.7 „Entwicklung der Ertragslage“, 4.26.8 „Finanzkennzahlen“, 4.26.10 „Geschäftsentwicklung“, „Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des Studieninstitutes können für den hier behandelten Verband daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

### **4.26.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung**

Siehe Punkt 4.26.6

## 4.26.8 Kennzahlen

### Finanzkennzahlen

Siehe Punkt 4.26.6

### Individuelle Leistungskennzahlen

Fortbildung				
Jahr	2019	2020	2021	2022
Teilnehmer-tage	2.635	2.066	2.982	2252
Vor-Ort-Seminare	39	34	80	41
Teilnehmer der Vor-Ort-Seminare	627	420	790	713

Ausbildung				
Jahr	2019	2020	2021	2022
geleistete Unterrichtsstunden	9.800	9.974	9.648	9.279
davon erbracht durch nebenamtliche Dozenten	4.266	4.035	3.645	3.167

### 4.26.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2022 beschäftigte das Studieninstitut 15 Mitarbeiter (Vj. 14 [davon 2 in Teilzeit und 1 beschäftigte Person in Elternzeit]).

### 4.26.10 Geschäftsentwicklung

Siehe Punkt 4.26.6

### 4.26.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

#### Verbandsvorsteher und Studienleiter

Verbandsvorsteher des Studieninstitutes ist der Kreisdirektor des Kreises Soest Herr Topp. Der Studienleiter Geschäftsführer ist Herr Brüggendorst.

#### Verbandsversammlung

Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung ist die Amtsleiterin des Amtes Personalservice.

Verwaltungsrat: Ein Verwaltungsrat wurde nicht eingerichtet.

## **4.27 Zweckverband Wertstofffassung und -verwertung Paderborner Land**

### **4.27.1 Basisdaten**

Zweckverband Wertstofffassung und -verwertung Paderborner Land

Aldegrevestraße 10 – 14

33102 Paderborn

Tel.: , Fax: , Internet: meine-wertstofftonne.de

Gründungsdatum: Die Satzung des Verbandes und die Genehmigung der Verbandssatzung durch die Bezirksregierung Detmold wurden am 9. November 2015 in der Nr. 46 des Amtsblattes für den Regierungsbezirk Detmold öffentlich bekannt gemacht. Nach § 11 Abs. 2 GkG ist der Verband damit am 10. November 2015 entstanden.

### **4.27.2 Zweck/ Gegenstand des Zweckverbandes**

Der Zweckverband erfüllt für seine Mitglieder als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger im Kreis Paderborn die Aufgabe der Abstimmung mit den Systemen nach § 6 Abs. 4 S. 1 Verpackungsverordnung vom 21. August 1998 (BGBl. I S. 2379), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 17. Juli 2014 (BGBl. I S. 1061) geändert worden ist (VerpackV).

Der Zweckverband vereinbart für seine Mitglieder die Entgelte nach § 6 Abs. 4 S. 8 VerpackV (sog. Nebenentgelte) mit den Systembetreibern und zieht dieselben ein.

Der Zweckverband erfüllt für die Städte und Gemeinden des Kreises Paderborn auf Grundlage der jeweils gültigen Abfallsatzungen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden die Aufgabe der Erfassung des kommunalen Anteils aus einer gemeinsamen Erfassung von Leichtverpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen nach der jeweils für den Kreis Paderborn gültigen Abstimmung i. S. d. § 6 Abs. 4 S. 1 VerpackV. Die Satzungshoheit der Städte und Gemeinden des Kreises Paderborn bleibt von dieser Aufgabenübertragung unberührt. Das Recht, für diese Leistung Benutzungsgebühren nach § 6 des Kommunalen Abgabengesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (KAG) zu erheben, geht nicht mit über. Von der Aufgabenübertragung nach Satz 1 dieses Absatzes ausgenommen ist die Erfassung des kommunalen Anteils für die Stadt Paderborn, da diese die Aufgabe durch die Stadt Paderborn – den ASP – Eigenbetrieb der Stadt Paderborn (ASP) – selbst erfüllt wird.

Der Zweckverband erfüllt anstelle des Kreises Paderborn die kommunale Aufgabe der Verwertung des kommunalen Anteils aus einer gemeinsamen Erfassung von Leichtverpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen nach der jeweils für den Kreis Paderborn gültigen Abstimmung i. S. d. § 6 Abs. 4 S. 1 VerpackV. Die Satzungshoheit der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und des Kreises Paderborn bleiben von den vorstehenden Aufgabenübertragungen unberührt

### **4.27.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Der Zweckverband übernimmt die Aufgaben seiner Mitglieder, zu denen diese als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger gesetzlich verpflichtet sind. Somit dient er dem öffentlichen Zweck.

#### 4.27.4 Mitglieder des Zweckverbandes

Neben dem Kreis Paderborn sind die Gemeinden Altenbeken, Borcheln und Hövelhof, die Städte Bad Lippspringe, Bad Wünnenberg, Büren, Delbrück, Lichtenau, Paderborn, Salzkotten Mitglieder des Zweckverbandes.

#### 4.27.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Zweckverband erhebt nach der Satzung zum 1. Januar und zum 1. Juli eines Jahres auf der Grundlage des von der Verbandsversammlung beschlossenen Wirtschaftsplanes eine Umlagen-Vorauszahlung. Die Zahlung erfolgt über den Haushalt des A.V.E. Eigenbetriebes.

#### 4.27.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00
II. Sachanlagen	0,00	0,00	0,00
III. Finanzanlagen	0,00	0,00	0,00
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>141.244,41</b>	<b>229.929,96</b>	<b>-88.685,55</b>
I. Vorräte	0,00	0,00	0,00
II. Forderungen	290,53	90.391,81	-90.101,28
III. Wertpapiere	0,00	0,00	0,00
IV. Flüssige Mittel	140.953,88	139.538,15	1.415,73
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>Summe Aktiva</b>	<b>141.244,41</b>	<b>229.929,96</b>	<b>-88.685,55</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>76.326,37</b>	<b>47.457,00</b>	<b>28.869,37</b>
I. Gewinn- / Verlustvortrag	47.457,00	14.183,68	33.273,32
II. Jahresüberschuss	28.869,37	33.273,32	-4.403,95
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>22.120,10</b>	<b>18.564,23</b>	<b>3.555,87</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>42.797,94</b>	<b>163.908,73</b>	<b>-121.110,79</b>
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>Summe Passiva</b>	<b>141.244,41</b>	<b>229.929,96</b>	<b>-88.685,55</b>

#### 4.27.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	782.520,37	846.403,27	-63.882,90
2. Materialaufwand	731.437,04	789.062,78	-57.625,74
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	731.437,04	789.062,78	-57.625,74
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	0,00	0,00	0,00
3. sonstige betriebliche Aufwendungen	11.764,74	13.749,88	-1.985,14
4. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4,73	138,22	-133,49
5. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	10.444,49	10.179,07	265,42
<b>7. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>28.869,37</b>	<b>33.273,32</b>	<b>-4.403,95</b>
<b>8. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</b>	<b>28.869,37</b>	<b>33.273,32</b>	<b>-4.403,95</b>

## 4.27.8 Kennzahlen

### Finanzkennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	54	21	33
Eigenkapitalrentabilität	38	70	-32
Anlagendeckungsgrad 2	0	0	0
Verschuldungsgrad	85	385	-299
Umsatzrentabilität	4	4	0

### Individuelle Leistungskennzahlen

Geschäftsjahr	2021	2022	Ver- ände- rung (in %)
erfasste Wertstoffmenge (in t)	11.470	10.987	-4,21
pro Einwohner (in kg)	37,20	35,00	-5,91
Anzahl Tonnen (240 ltr)	90.000	90.000	0,00
Rollcontainer (1.100 ltr.)	1.820	1.820	0,00

## 4.27.9 Personalbestand

Der Zweckverband verfügte im Jahr 2022 über kein Personal.

## 4.27.10 Geschäftsentwicklung

### I Wirtschaftsbericht

#### Grundlagen des Verbandszwecks - Darstellung des Geschäftsverlaufes

Der Aufgabenbereich des WPL Zweckverbandes (Zweckverband Wertstofffassung und -verwertung Paderborner Land) ergibt sich aus der in 2021 neu vereinbarten Abstimmungsvereinbarung und der dazu gehörenden Anlage 8 (Gemeinsame Wertstofffassung) zur Abstimmungsvereinbarung mit den dualen Systembetreibern nach § 22 Verpackungsgesetzes (VerpackG).

Der WPL verfügt für die Ausführung seiner Aufgaben satzungsgemäß über kein eigenes Personal. Die Leistungen des Zweckverbandes werden durch Unterstützungsleistungen der kommunalen Mitglieder im Kreis Paderborn erbracht bzw. durch den A.V.E. Eigenbetrieb des Kreises Paderborn und den ASP Eigenbetrieb der Stadt Paderborn gemäß § 9 der Zweckverbandssatzung arbeitstechnisch ausgeführt.

Im Zuge der Neuverhandlungen über die Abstimmungsvereinbarung wurde mit den dualen Systembetreibern im März 2021 ein neues wissenschaftliches Gutachten über die Zusammensetzung der gelben Wertstofftonne (WST) aus Leichtverpackungen (LVP) und stoffgleichen Nichtverpackungen (stNVP) in Auftrag gegeben. Gegenüber dem seit 2016 geltenden operativen Kostenanteil von 27 % für stNVP hat das Gutachten jetzt nur noch einen Anteil von 18% festgestellt. Somit zeigen sich gemäß den Verwertungsanforderungen des Verpackungsgesetzes (VerpackG) die dualen Systembetreiber für den prozentualen Anteil von 82 % LVP verantwortlich. Dagegen hat der WPL-Zweckverband für eine geordnete Verwertung von 18 % stNVP nach den Verpflichtungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) Sorge zu tragen. Beide Vertragsparteien sind übereingekommen, dass aus logistischen und wirtschaftlichen Gründen der 18-prozentige kommunale

Flächenanteil des WPL sich auf den Einsammlungsbereich im Stadtgebiet von Paderborn konzentriert. Bereits seit kreisweiter Einführung der WST in 2016 wird die Einsammlung im Stadtgebiet Paderborn durch den ASP Eigenbetrieb der Stadt Paderborn durchgeführt. Für den verbleibenden Anteil der Stadt Paderborn sowie für die übrigen neun Kommunen erfolgt die WST-Abfuhr durch den Drittbeauftragten der dualen Systembetreiber. Diese Neuaufteilung findet in Anlage 8 zur Abstimmungsvereinbarung Berücksichtigung und gilt seit dem 01.01.2022. Insoweit sinken mit diesem Zeitpunkt die operativen Geschäftskosten des WPL in beträchtlichem Umfang. Entsprechend der Abstimmungsvereinbarung obliegen dem WPL uneingeschränkt die Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit, der Koordination der Behältervolumen und die der Zurverfügungstellung der Containerstellplätze sowie deren Abrechnung.

Die kommunale Umsetzung des seit 2019 geltenden VerpackG konnte mit der in 2021 neu vereinbarten Abstimmungsvereinbarung zwischen dem aktuellen Verhandlungsführer der dualen Systembetreiber, der BellandVision GmbH (Pegnitz), und dem WPL als Verhandlungsführer aller Kreiskommunen endgültig abgeschlossen werden. Diese Abstimmungsvereinbarung gilt unbefristet. Allerdings werden die der Abstimmungsvereinbarung anhängigen Systemfestlegungen bzw. Systembeschreibungen wie bisher alle drei Jahre dem aktuellen Stand der kommunal bereitgestellten Wertstofftonnen und Glascontainern über Verhandlungen mit den dualen Systembetreibern angepasst.

Im Kreis Paderborn sind derzeit rund 90.000 Wertstofftonnen (240 ltr.) sowie 1.820 Rollcontainer (1.100 ltr.) für die Privathaushalte und Kleingewerbebetriebe im Umlauf. Soweit zusätzliche Behältnisse aufgestellt werden, geschieht dieses nach eingehender Prüfung durch die Kommunen. Der Mehrbedarf resultiert in der Regel daraus, dass das kalkulierte Behältervolumen von 40 Liter je Grundstücksbewohner und Monat (eine 240-l-WST für 1 bis 6 Haushaltsbewohner) in Ausnahmefällen zu gering bemessen ist. Die kreisangehörigen Kommunen bewilligen dann bei begründetem Mehrbedarf und nach Absprache mit dem WPL die zusätzliche Bereitstellung einer WST. Für die Bereitstellung erhebt der WPL eine gesonderte Gebühr gegenüber der jeweiligen Kommune.

In der WPL-Zweckverbandssitzung vom 10.11.2022 wurde aufgrund des positiven Geschäftsverlaufes eine Erstattung von 0,50 € pro Einwohner und erneut eine Umlage in Höhe von 2.200 € pro kommunaler Mitgliedschaft für das Geschäftsjahr 2023 beschlossen. Die Umlage in Höhe von 3,00 € pro Bürger\*in für die Behältergestellung, Wertstofffassung, Materialumschlag und Wertstoffverwertung bleibt 2023 unverändert.

### **Mengenentwicklung und anschließende Verwertung**

Neben der grünen, blauen und grauen Tonne ist die gelbe Wertstofftonne im siebten Jahr nach ihrer kreisweiten Einführung fest in den Privathaushalten etabliert. Die Wertstofftonne besitzt eine fortgesetzt hohe Akzeptanz in den Haushalten. Gegenüber 2021 mit erfassten 11.470 t sind die Wertstoffmengen im Berichtsjahr um 4,2 % gefallen auf 10.987 t, was ca. 35 kg pro Kreisbürger\*in entspricht. Daraus resultiert der mit 18 % zu verantwortende Mengenanteil des WPL von 1.978 t. Zur Behandlung und Verwertung dieser knapp 2.000 t besteht zwischen dem WPL und der Fa. ECOWEST in Ennigerloh ein Vertrag, der in einer mechanischen Aufbereitungsanlage die Sortierung der dahin angelieferten Wertstoffmengen aus Kunststoff und Metall vorsieht. Aus dem Mengenstrom werden speziell Metalle und Tetrapak separiert und werkstofflich verwertet. Die verbleibenden Kunststoffe gelangen derzeit als Mischkunststoffe in die energetische Verwertung - konkret zur Herstellung von Ersatzbrennstoffen (EBS) in die Zementindustrie.



Die insgesamt über die WST erfassten Mengen müssen trotz Reduzierung als weiterhin hoch eingestuft werden. Nicht zuletzt die Corona-Pandemie dürfte maßgeblich zum bundesweit gestiegenen Online-Handel sowie dem sehr hohen Verbrauch von Convenience- und To-Go-Einwegverpackungen beigetragen haben.

## **II. Prognose, Chancen- und Risikobericht**

Das operative Geschäft des WPL wird ausschließlich per kommunale Umlage finanziert. Demnach haben höhere Kosten des operativen Geschäfts zur Wertstofftonne (Behälter-, Logistik-, Sortier- und Verwertungskosten) unmittelbare Auswirkungen auf die Höhe der Umlage. Auch die volatile Preisentwicklung an den Rohstoffmärkten für die Verwertung von Kunststoffen und Metallen muss in das operative Geschäft des WPL ebenso mit einbezogen werden wie die vertragliche Gleitklausel bei den Sortier- und Verwertungsleistungen mit ihren jährliche Kostenanpassungen. Mittel- oder langfristige Geschäftsrisiken für den WPL-Zweckverband bei der Verwertung und Entsorgung von stoffgleichen Nichtverpackungen aus Kunststoffen oder Metallen sind nicht zu erwarten, zumal die jährlich zu verarbeitenden Verwertungsmengen des WPL sehr überschaubar sind.

Neben der neu ausgehandelten Abstimmungsvereinbarung und den dazugehörigen Anlagen zur Systembeschreibung bleiben die Nebenentgelte für Abfallberatung und Altglas-Containerstellplatzreinigung für die Jahre 2022 und 2023 unverändert auf dem Entgeltniveau der vergangenen Jahre, ja leider seit Beginn der 1990er Jahre. Der WPL verfolgt dennoch weiterhin das Ziel, bei den anstehenden Verhandlungen mit den dualen Systembetreibern höhere Nebenentgelte

auszuhandeln, die längst überfällig sind. Die bestehenden Nebenentgelte können aus

WPL-Sicht nur als Mindestsätze betrachtet werden.

In 2022 unverändert geblieben sind die Verhandlungsergebnisse über die kommunale Mitbenutzung der „Blauen Tonne“ zur Erfassung von Papierverpackungen (PPK: Papier/Pappe/Karton), die nach dem VerpackG den dualen Systembetreibern zugestanden werden. Dieses PPK-Geschäftsgebaren liegt nicht im originären Verantwortungsbereich des WPL, sondern in dem der zehn kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Der WPL verfügt hier nur über ein offizielles Verhandlungsmandat von den kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Der prozentuale PPK-Mitbenutzungsanteil der dualen Systeme von 45 % sowie das konkrete Mitbenutzungsentgelt an der kommunalen „Blauen Tonne“ von 120,00 €/t wurden letztjährig im beiderseitigen Einvernehmen fortgesetzt. Das direkte PPK-Geschäft zwischen Systembetreibern und jeder einzelnen Kommune bleibt infolge uneingeschränkt bestehen. Somit liegt die PPK-Direktvermarktung unverändert bei der Kommune bzw. bei dem von ihr beauftragten Entsorgungsunternehmen.

### **4.27.11 Organe und deren Zusammensetzung**

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Versammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Vorstand, der von der Versammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

#### Verbandsvorsteher und Geschäftsführung

Verbandsvorsteher des Zweckverbandes ist Herr Dezernent Dipl.-Ing. Martin Hübner. Geschäftsführendes Verbandsmitglied ist der A.V.E. Eigenbetrieb des Kreises Paderborn.

## Verbandsversammlung

Mitglieder der Verbandsversammlung ab dem 15.11.2022

lfd. Nr.	Name	Gemeinde /Kreis
1	Meinolf Päsch	Kreis Paderborn
2	Katharina Fiebig	Kreis Paderborn
3	Matthias Möllers	Gemeinde Altenbeken
4	Hermann Striewe	Gemeinde Altenbeken
5	Ulrich Lange	Stadt Bad Lippspringe
6	Dirk Born	Stadt Bad Lippspringe
7	Christian Carl	Stadt Bad Wünnenberg
8	Norbert Münster	Stadt Bad Wünnenberg
9	Uwe Gockel	Gemeinde Borcheln
10	Hansjörg Frewer	Gemeinde Borcheln
11	Burkhard Schwuchow	Stadt Büren
12	Christian Bambeck	Stadt Büren
13	Wemer Mattiza	Stadt Delbrück
14	Josef Westerhorstmann	Stadt Delbrück
15	Andreas Schwarzenberg	Sennegemeinde Hövelhof
16	Dr. Christian Berg	Sennegemeinde Hövelhof
17	Ute Dülfer	Stadt Lichtenau
18	Jürgen Urban	Stadt Lichtenau
19	Reinhard Nolte	Stadt Paderborn - ASP-
20	Sascha Pöppe	Stadt Paderborn
21	Ulrich Berger	Stadt Salzkotten
22	Hubertus Kaiser	Stadt Salzkotten

## Verwaltungsrat

Ein Verwaltungsrat wurde nicht eingerichtet.

## **4.28 Wasserverband Aabach-Talsperre**

### **2.28.1 Basisdaten**

Wasserverband Aabach-Talsperre

Bleiwäscher Straße 6

33181 Bad Wünnenberg

Tel.:02953/9877-0, Fax: 02953/9877-10/15, Internet: [www.aabachtalsperre.de](http://www.aabachtalsperre.de)

Gründungsdatum: 16. August 1973

### **2.28.2 Zweck/ Gegenstand des Wasserverbandes**

Der Verband hat die Aufgaben:

- aus der Aabach-Talsperre seinen Mitgliedern Trink- und Brauchwasser zu beschaffen und an den Übergabeanlagen bereitzustellen
- die hierfür erforderlichen Anlagen der Gewinnung, Förderung, Aufbereitung, Speicherung und des Transportes zu bauen, zu betreiben, instand zu halten und zu erneuern
- mit der Talsperre zum Hochwasserschutz beizutragen
- anfallende Wasserkraft zur Energierückgewinnung zu nutzen

### **2.28.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Menschen benötigen Wasser; Flüsse und Seen sind ein wesentliches Element unseres Ökosystems, aber auch Erholungsräume und Transportwege. Sauberes Trinkwasser ist ein knappes und Tees Gut. Der weltweite Wasserverbrauch hat sich in den letzten 50 Jahren vervierfacht. Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Sicherheit müssen daher langfristig mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlage Wasser verträglich sein. Von der Trinkwasseraufbereitung und Abwasserreinigung bis zur Unterhaltung von Gewässern und Deichen nehmen Wasserverbände in Nordrhein-Westfalen eine Vielzahl öffentlicher Aufgabe wahr.

### **2.28.4 Mitglieder des Wasserverbandes**

Neben dem Kreis Paderborn sind der Kreis Soest, die Lörmecke-Wasserwerk GmbH (Erwitte), die Wasserversorgung Beckum GmbH (Beckum), die Vereinigte Gas- und Wasserversorgung GmbH (Rheda-Wiedenbrück) und die Wasserwerke Paderborn GmbH (Paderborn) Mitglieder des Wasserverbands Aabach-Talsperre.

### **2.28.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen**

Der Kreis Paderborn hat die Rechte für die Wasserabnahme abgetreten und zahlt somit keine Verbandsbeiträge.

## 2.28.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	%9	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
<b>Aktiva</b>				
<b>A. Anlagevermögen</b>		<b>12.144.939,42</b>	<b>12.127.982,00</b>	<b>-17</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		71.428,00	85.663,00	14
II. Sachanlagen		12.073.511,42	12.042.319,00	-31
<b>B. Umlaufvermögen</b>		<b>4.220.450,99</b>	<b>3.861.058,84</b>	<b>-359</b>
I. Vorräte		162.985,85	42.861,85	-120
II. Forderungen und sonstige		350.890,49	454.295,86	103
III. Kassenbestand, Guthaben		3.706.574,65	3.363.901,13	-343
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		<b>33.557,76</b>	<b>36.184,29</b>	<b>3</b>
<b>Summe Aktiva</b>		<b>16.398.948,17</b>	<b>16.025.225,13</b>	<b>-374</b>
<b>Passiva</b>				0
<b>A. Eigenkapital</b>		<b>14.316.172,67</b>	<b>14.316.172,67</b>	<b>0</b>
<b>B. Rückstellungen</b>		<b>334.510,36</b>	<b>404.799,31</b>	<b>70</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>		<b>1.748.265,14</b>	<b>1.304.103,15</b>	<b>-444</b>
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		<b>0,00</b>	<b>150,00</b>	<b>0</b>
<b>Summe Passiva</b>		<b>16.398.948,17</b>	<b>16.025.225,13</b>	<b>-374</b>

## 2.28.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
<b>1. Umsatzerlöse</b>	<b>6.129.246,45</b>	<b>5.677.850,15</b>	<b>-451</b>
a) Beiträge	6.384.099,78	5.903.754,24	-480
b) Beitragsunterdeckung / Beitragsüberzahlung (-)	-425.212,42	-344.645,82	81
c) Stromerzeugung Steinhausen	123.153,55	92.559,41	-31
d) sonstige Umsatzerlöse	47.205,54	26.182,32	-21
<b>2. andere aktivierte Eigenleistungen</b>	<b>34.732,00</b>	<b>18.640,00</b>	<b>-16</b>
<b>3. Sonstige betriebliche Erträge</b>	<b>141.339,84</b>	<b>28.759,08</b>	<b>-113</b>
<b>4. Materialaufwand</b>	<b>2.996.796,81</b>	<b>2.556.977,66</b>	<b>-440</b>
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.609.960,17	1.587.432,51	-23
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.386.836,64	969.545,15	-417
<b>5. Personalaufwand</b>	<b>1.922.579,58</b>	<b>1.606.744,32</b>	<b>-316</b>
a) Löhne und Gehälter	1.520.879,35	1.244.240,66	-277
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	401.700,23	362.503,66	-39
<b>6. Abschreibungen auf immater. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen</b>	<b>1.129.054,91</b>	<b>1.328.327,09</b>	<b>199</b>
<b>7. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	<b>251.267,27</b>	<b>223.428,55</b>	<b>-28</b>
<b>8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge</b>	<b>1.578,00</b>	<b>0,42</b>	<b>-2</b>
<b>9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen</b>	<b>0,00</b>	<b>2.585,86</b>	<b>3</b>
<b>10. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>7.197,72</b>	<b>7.186,17</b>	<b>0</b>
<b>11. sonstige Steuern</b>	<b>7.197,72</b>	<b>7.186,17</b>	<b>0</b>
<b>12. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>

## 2.28.8 Kennzahlen

### Finanzkennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	87	89	-2
Eigenkapitalrentabilität	43	40	0
Anlagendeckungsgrad 2	135	132	3
Verschuldungsgrad	15	12	3
Umsatzrentabilität	0	0	0

### 2.28.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2022 beschäftigte der Wasserverband 27 Mitarbeiter (Vj. 27).

### 2.28.10 Geschäftsentwicklung

Die Ziele des Wasserverbandes Aabach-Talsperre waren auch im Jahr 2022 auf Versorgungssicherheit, Anlagensicherheit und Wassergütesicherung sowie auf straffes Kostenmanagement ausgerichtet. Die Entwicklungen bei gesetzlichen Regelungen werden aufmerksam durch die Geschäftsführung verfolgt. Wesentliche Veränderungen mit Auswirkungen auf den Betrieb der Talsperre, der Wasseraufbereitung (siehe hierzu Punkt Trinkwasserqualität) bzw. der Speicherung und des Transportes sind nicht eingetreten bzw. bekannt geworden. Die finanzielle und wirtschaftliche Lage des Wasserverbandes ist unverändert stabil. Die Umsatzerlöse entsprechen der Aufwandsentwicklung. Die Liquidität war jederzeit gesichert. Die Kapitalausstattung ist ausreichend. Neue Darlehen wurden nicht aufgenommen. Auch dieses Jahr war der Wasserverband erheblich von der Corona-Pandemie beeinflusst. Der sich daraus ergebende Krankenstand war in 2022 deutlich höher als in den ersten beiden Jahren der Pandemie. Innerbetriebliche Ansteckungen konnten aber durch die konsequente Einhaltung der vorgeschriebenen Corona-Schutzmaßnahmen sowie weitergehende Verhaltensweisen erfolgreich verhindert werden. Die Handlungsfähigkeit des Verbands war jederzeit gewährleistet und die Versorgung sichergestellt. Jedoch konnten einzelne Maßnahmen bzw. Projekte nicht in der geplanten Zeit umgesetzt bzw. fertiggestellt werden. Am 17.11.2022 fand routinemäßig die Talsperrenkontrolle durch die jeweiligen Aufsichtsbehörden statt. Beanstandungen wurden nicht festgestellt. Die Qualität des abgegebenen Trinkwassers entsprach uneingeschränkt den Anforderungen der TrinkwV und wies eine über den Jahresgang gleichmäßige Beschaffenheit auf. Das 2015 zertifizierte Energiemanagementsystem des Wasserverbands nach ISO 50001 wurde einem Überprüfungsaudit am 03.05.2022 unterzogen, welches erfolgreich bestanden wurde. Neben den ökologischen Effekten des effizienten Energieeinsatzes bewirkt die Zertifizierung auch steuerliche Vorteile bei der Besteuerung der eingesetzten Energie. Das Managementsystem wurde und wird weiterentwickelt. Die Schwerpunkte waren im Jahr 2022 Organisation und Ablaufdokumente, Arbeitssicherheit, Bestandsdokumentation und wiederkehrende Wartungen und Aufgaben. Derzeit ist ein Assetmanagement im Aufbau und wird in den nächsten Jahren weiterentwickelt.

### WASSERDARGEBOT

Das Berichtsjahr fiel ausgesprochen trocken aus. Der Zufluss betrug im Berichtsjahr 10,72 Mio. m<sup>3</sup> (Vorjahreswert 11,16 Mio. m<sup>3</sup>). Dies entspricht einer Unterschreitung des Mittelwertes der Beobachtungsreihe 1953 bis 2022 (13,42 Mio. m<sup>3</sup>) um 2,7 Mio. m<sup>3</sup> bzw. 20 %. Der größte Speicherinhalt im Berichtsjahr betrug 17,76 Mio. m<sup>3</sup> am 11.04.2022. Danach verminderte sich der Stauinhalt stetig bis auf 12,40 Mio. m<sup>3</sup> im Dezember

des Berichtsjahres. Zum 01.01.2022 hatte die Talsperre einen Inhalt von rd. 13,39 Mio. m<sup>3</sup>, was für diese Jahreszeit gut war. Bei einem Gesamtinhalt von rd. 12,5 Mio. m<sup>3</sup> lag das geringste für die Trinkwasserförderung nutzbare Volumen in der Talsperre im Jahr 2022 Anfang November bei 2,6 Mio. m<sup>3</sup> (Vorjahr 2,86 Mio. m<sup>3</sup>), was zu diesem Zeitpunkt als ausreichend angesehen werden konnte.

### **TRINKWASSERABGABE**

Die Niederschlagsdefizite der letzten Jahre und die damit verbundenen niedrigen Wasserstände der Talsperre veranlassten den Vorstand zum 01.05.2022 eine Festsetzung der verfügbaren Vorhaltemenge auf 10,5 Mio. m<sup>3</sup> für ein Jahr auszusprechen. Die Aussprache der Reduzierung erwies sich erneut als ein notwendiges Instrument, um eine Tiefabsenkung der Talsperre mit entsprechend negativen Auswirkungen auf die Rohwasserqualität zu vermeiden. Die außergewöhnlichen Zuflüsse vom Juli 2021 erwiesen sich auch als Vorteil für die Aabach-Talsperre, da hierdurch zu Jahresbeginn 2022 bereits ein hoher Füllstand der Talsperre zu verzeichnen war. Damit Versorgungseinschränkungen zukünftig vermieden werden können, sind verschiedene Untersuchungen für die Bewirtschaftung von Extremereignissen weiter vorangetrieben worden. Die Klimafolgenanpassung soll mit Hilfe der Anpassung der Talsperrenbewirtschaftung und der Suche nach neuen Ressourcen erreicht werden. Bereits im Sommer 2022 wurde ein Antrag zur Anpassung der Mindestwasserabgabe bei der Bezirksregierung Detmold eingereicht. Die Trinkwasserabgabe an Mitglieder und Ausübungsberechtigte des Wasserverbandes betrug im Berichtsjahr 8.699.013 m<sup>3</sup> (Vorjahreswert 8.492.501 m<sup>3</sup>). Sie liegt damit deutlich unter dem angestrebten Bereich.

### **TRINKWASSERQUALITÄT, MELDUNGEN AN DAS GESUNDHEITSAMT, BIOFILM-ERSCHEINUNG**

Die Qualität des vom Wasserverband Aabach-Talsperre abgegebenen Trinkwassers steht auf hohem Niveau und wies auch im Berichtsjahr eine über den Jahresgang gleichmäßige gute Beschaffenheit auf. In diesem Jahr wurde das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn pflichtgemäß über mikrobiologische Auffälligkeiten in verschiedenen Bereichen (Rohrnetz, Hochbehälter und Wasserwerk) unterrichtet. Die Befunde konnten keiner definierten Ursache zugewiesen werden. Die sofortige Nachuntersuchung, die in einem solchen Fall üblich ist, war jeweils unauffällig. In einem Fall wurde die Probenahmeleitung erneuert und angepasst. Zum Sachstand der Biofilm-Erscheinung im Rohrnetz wurden die Mitglieder und Ausübungsberechtigten regelmäßig durch die Geschäftsführung unterrichtet. Die vertieften Untersuchungen zur Ursachenermittlung im Jahr 2022 werden auch im Jahr 2023 fortgeführt. Die Trinkwasserqualität entsprach auch an den Übergabestellen zu jederzeit den Vorgaben der Trinkwasserverordnung.

### **VERBANDSBEITRÄGE UND SPEZIFISCHE WASSERPREISE**

Der Wasserverband Aabach-Talsperre arbeitet nach dem Umlageverfahren und erzielt satzungsgemäß keine Gewinne. Die aus dem Jahresabschluss für das Berichtsjahr ermittelten Verbandsbeiträge und spezifischen Wasserpreise spiegeln damit auch unmittelbar die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse wider. Näheres hierzu wird unter den entsprechenden Abschnitten dieses Lageberichtes ausgeführt. Die endgültige Abrechnung wird anhand des festgestellten Jahresabschlusses genau nach Abnahme und Anteil abgerechnet. Die Mitgliedsbeiträge erhöhten sich von rd. 5.559 T€ im Jahr 2021 um rd. 400 T€ auf rd. 5.959 T€ im Berichtsjahr 2022. Darin enthalten sind Erträge aus der Weitergabe der Belastungen des Wasserentnahmeentgelts Nordrhein-Westfalen von rd. 277 T€. Die Umlage aller Aufwendungen auf die im Berichtsjahr erzielte Wasserabgabe ergibt unter Berücksichtigung der Erlöse aus Stromerzeugung und sonstiger betrieblicher Erträge einen mittleren spezifischen Wasserpreis von 68 ct/m<sup>3</sup>. Dieser Betrag liegt 4 ct/m<sup>3</sup> bzw. 6 % über dem Vorjahreswert. Der mittlere spezifische Wasserpreis setzt sich wie folgt zusammen: 48 ct/m<sup>3</sup> entfallen auf fixe

Kosten (Festbeitrag), 15 ct/m<sup>3</sup> sind auf variable Kosten (Mengenbeitrag) und 5 ct/m<sup>3</sup> werden für das Wasserentnahmeentgelt berechnet

Die Verteilung der Beiträge und Wasserabgabe an die Mitglieder und Ausübungsberechtigten ist der nachfolgenden Aufstellung zu entnehmen.

## BEITRÄGE 2022

	Festbeiträge T€	variable Beiträge* T€	insgesamt T€	Wasserabgabe Tm <sup>3</sup>
Stadt Bad Wünnenberg	421	188	609	893
Stadt Büren	417	200	617	947
Lörmecke-Wasserwerk GmbH	837	356	1.193	1.683
Vereinigte Gas- und Wasserversorgung GmbH	755	399	1.154	1.896
Wasserversorgung Beckum GmbH	827	439	1.266	2.093
Wasserwerke Paderborn GmbH	879	241	1.120	1.187
<b>insgesamt</b>	<b>4.136</b>	<b>1.823</b>	<b>5.959</b>	<b>8.699</b>

\* inkl. Wasserentnahmeentgelt | Beträge ohne Umsatzsteuer

Die gemittelten spezifischen Wasserpreise des Wasserverbandes haben sich seit dem Jahr 2018 wie folgt entwickelt:

## SPEZIFISCHE WASSERPREISE ct/m<sup>3</sup>

	2018	2019	2020	2021	2022
Fest- und Mengenbeiträge	47	53	50	59	63
Wasserentnahmeentgelt	5	5	5	5	5
<b>Summe</b>	<b>52</b>	<b>58</b>	<b>55</b>	<b>64</b>	<b>68</b>

Beträge ohne Umsatzsteuer

## FINANZIERUNGSMAßNAHMEN

Die Deckung des Finanzbedarfs für Investitionen des Berichtsjahres erfolgte gemäß Vermögens- und Finanzplan des Wirtschaftsplanes 2022 über Anlagenabschreibungen.

## KAPITALFLUSSRECHNUNG

gem. DRS = Deutscher Rechnungslegungsstandard Nr. 21

	2021 T€	2022 T€
Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit	2.183	1.483
Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	./ 567	./ 1.440
Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	./ 159	0
<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>3.364</b>	<b>3.707</b>

Insgesamt erhöht sich der Finanzmittelfonds um 343 T€ auf 3.707 T€. Dieser setzt sich im Wesentlichen aus Kontokorrentguthaben zum Stichtag zusammen.

## VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Durch die wesentliche Mehrung des Umlaufvermögens erhöhte sich die Bilanzsumme des Wasserverbandes im Vergleich zum Stichtag des Vorjahres um rd. 374 T€ auf 16.399 T€. Aufgrund dieser Entwicklung bei unverändertem Eigenkapital verringerte sich der Eigenkapitalanteil um 2 Prozentpunkte auf 87,3 %. Die Finanzierung der Investitionen erfolgte ausschließlich aus vorhandenen liquiden Mitteln. Das Anlagevermögen wird vollständig durch Eigenkapital langfristig finanziert. Im Geschäftsjahr ergab sich eine Substanzerhöhung des Anlagevermögens in Höhe von 17 T€ netto. Im Berichtsjahr wurden neben einer vorläufigen mengenunabhängigen Umlage von 4.537 T€ mengenabhängige Beiträge von 17 ct/m<sup>3</sup> (Vorjahr 11 ct/m<sup>3</sup>) festgesetzt. Grundlage hierfür war unter anderem eine mit 9,0 Mio. m<sup>3</sup> budgetierte Trinkwasserabgabe. Die tatsächliche Trinkwasserabgabe lag mit rd. 8,7 Mio. m<sup>3</sup> unter der Prognose, die daraus resultierenden Erlöse erreichten rd. 1.145 T€

Die Summe der Aufwendungen betrug rd. 6.307 T€ und erhöhte sich erwartungsgemäß um rd. 582 T€ im Vergleich zum Vorjahr. Im Wesentlichen erhöhten sich die Aufwendungen für Material sowie Lieferungen und Leistungen (+440 T€), Personalaufwendungen (+316 T€) und sonstige betriebliche Aufwendungen (+28 T€). Dem entgegen ergab sich bei den Abschreibungen (- 199 T€) eine entlastende Entwicklung. Mit den Erträgen aus vorläufiger Beitragsumlage, den mit der Gewinn- und Verlustrechnung für das Berichtsjahr ausgewiesenen Gesamtaufwendungen, den Erlösen aus Stromverkauf sowie sonstigen betrieblichen Erträgen ergibt sich für das Berichtsjahr 2022 eine Beitragsüberzahlung von 425 T€. Das für 2022 veranschlagte Budget von 6.597 Mio. € erhöht sich durch die Einnahme von Fördermitteln (15 T€) und die Aktivierung von Eigenleistungen (35 T€) um 50 T€ auf 6.647 Mio. €. Mit den Ausgaben von 6.307 Mio. € ergibt sich eine Unterschreitung des Budgets von 340 T€ (5,1 %).

AUSBLICK Der Wasserverband liefert seit Bestehen effizient, zuverlässig und sicher qualitativ hochwertiges Trinkwasser an seine Verbandsmitglieder und Ausübungsberechtigten. Großer Aufwand wurde für die Errichtung aller notwendigen Anlagen und Komponenten betrieben. Viele sicherheitsrelevante Bauteile sind bereits älter als 40 Jahre. Deshalb ist es unerlässlich, den Fokus neben der wirtschaftlichen Optimierung und personellen Ausstattung des Verbandes auch auf einen nachhaltigen, sicheren Betrieb und darauf ausgerichtete zustandsorientierte, risikobasierte Instandhaltung und Modernisierung zu richten. Mit drei Mitarbeitern bestehen seit 2021 Altersteilzeitverträge im Blockmodell, die einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen sollen. Die Freistellungsphasen beginnen im Jahr 2024 bzw. 2025. Regulärer Renteneintritt der betroffenen Mitarbeiter ist im Jahr 2025, 2026 und 2027. Die Nachbesetzungen erfolgen frühzeitig. Satzungsgemäß wird der Verband in den Jahren 2022 und 2023 ein ausgeglichenes Ergebnis ausweisen. Der Stauinhalt der Talsperre bewegte sich zum Jahreswechsel 2022/2023 bei ca. 12,4 Mio. m<sup>3</sup> auf einem guten Niveau. Im weiteren Verlauf stellten sich in 2023 steigende Wasserpegel der Talsperre ein. Prognosen zeigen, dass das Stauziel von 17,4 Mio. m<sup>3</sup> vermutlich erreicht werden kann. Diese Situation ist auf den hohen Stauinhalt zum Jahreswechsel und die ergiebigen Niederschläge während der Füllphase zurückzuführen. Mit dieser Entwicklung der Zuflüsse zur Talsperre könnte sich eine vergleichbare Festsetzung der verfügbaren Wasservorhaltemenge ab Mai 2023 wie im Vorjahr ergeben. Abschließend kann die Situation jedoch erst Ende April 2023 bewertet werden, wenn die letzte Festsetzung der verfügbaren Wasservorhaltemenge ausläuft. Eine Abgabemenge, wie in „normalen“ Jahren, scheint derzeit nicht gesichert, da die unterjährigen Zuflüsse momentan ausbleiben. Die Situation wird intensiv beobachtet und regelmäßig mit den Computermodellen abgeglichen. Ähnliche Verhältnisse zeigten sich in den Jahren 1996, 1998, 2001, 2014



und 2017 bis 2022 in denen eine Trinkwasserabgabereduzierung bzw. reduzierte Wasservorhaltemenge ausgesprochen werden musste. In den zurückliegenden Jahren konnten aus der Mengenbeschränkung resultierende Zusatzbedarfe einzelner Mitglieder durch Mengenüberlassungen aus den Kontingenten der übrigen Mitglieder ausgeglichen werden. Zukünftig ist nicht auszuschließen, dass sich in klimabedingten Trockenphasen Lieferengpässe häufen, wenn alle Ausübungsberechtigten ihre Kontingente voll in Anspruch nehmen.

Die Geschäftsführung beschäftigt sich weiterhin damit, wie der Betrieb in Extremsituationen angepasst werden kann und wie weitere Ressourcen erschlossen werden können. Im Laufe des Jahres erwarten wir die Entscheidung der Bezirksregierung bezüglich der Anpassung der Mindestwasserabgabe in den Aabach. Der Vorstand wird regelmäßig über den Fortgang informiert. Im Übrigen sind alle für eine sichere und zuverlässige Durchführung der Verbandsaufgaben geltenden Steuerungs-, Überwachungs- und Maßnahmensysteme einschließlich Risikomanagementsystem angemessen strukturiert und werden ständig weiterentwickelt. Durch vorbeugende und zustandsorientierte Instandhaltungsmaßnahmen wird die technische Sicherheit der Anlagen gewährleistet. Als Risiken werden u. a. unvorhersehbare Witterungseinflüsse gesehen. Durch eine optimale Bewirtschaftung der Talsperre und angepasste Trinkwasseraufbereitung ist die Versorgungssicherheit der Verbandsmitglieder zu einem angemessenen Wasserbezugspreis weiterhin gesichert. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die einen wesentlichen Einfluss auf die Lage des Verbandes haben, sind nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres nicht eingetreten. Neben den Auswirkungen der Corona-Pandemie beeinflusst der russische Angriffskrieg auf die Ukraine die wirtschaftliche Entwicklung des Wasserverbands Aabach-Talsperre erheblich. Der allgemeine Kostenanstieg führt zu einer Steigerung des für 2023 aufgestellten Budgets von 30%. Eine spürbare Entlastung verspricht die Strompreisbremse, zumindest für das Jahr 2023. Insgesamt ist aber von Preisen auf hohem Niveau auszugehen, was sich letztlich auch auf den Wasserpreis auswirkt. Darüber hinaus bleibt die Versorgung mit Ersatzteilen und Aufbereitungsstoffen angespannt. Der Wasserverband Aabach-Talsperre unterstützt die Initiative des VKU zum Wiederaufbau der Ukraine mit einer Sachspende in Form von zwei Transformatoren. Die Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz hat keine Feststellungen ergeben.

### 2.28.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Vorstand, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

#### Vorstand

Dem Vorstand gehörten im Berichtsjahr an:

Ifd. Nr.		
1	Dipl. Ing. Björn Wölfel	Geschäftsführer Vereinigte Gas- und Wasserversorgung GmbH (Verbandsvorsteher)
2	Dipl.-Ing. Andreas Becker	Geschäftsführer Wasserversorgung Beckum GmbH 1. stellv. Verbandsvorsteher
3	Dipl.-Wirt.-Ing. Daniel Rohring	Geschäftsführer Wasserwerke Paderborn GmbH (2. stellv. Verbandsvorsteher ab 29.11.2021)

4	Eva Irrgang	Landrätin Kreis Soest
5	Dr. Andre Brandt	Dezernent Kreis Paderborn (ab 29.11.2021)
6	Holger Hellemeier	Geschäftsführer Lörmecke-Wasserwerke GmbH Salzkotten Geschäftsführer Wasserverband
7	Dipl. -Ing., Betriebswirt Rainer Gutknecht	Aabach-Talsperre

#### Geschäftsführung

Die Geschäftsführung des Wasserverbandes wird vom Vorstandsvorsteher ausgeübt.

#### Verbandsversammlung

##### **Kreis Paderborn**

KA Sabrina Henneke

Amtsleiter Klaus Kasmann

KA Markus Müller

KA Hubertus Nolte

##### **Kreis Soest**

KA Robert Bigge

KVR Birgit Dalhoff

KA Manfred Weretecki

##### **Lörmecke-Wasserwerk GmbH, Erwitte**

KA Karin Adamczewski

Philipp Bress

KA Hans-Werner Neumann

KA Lennard Schlöffel

KA Maximilian Wulf

##### **Wasserversorgung Beckum GmbH, Beckum**

Kreisdirektor, Kämmerer Dr. Stefan Funke

Bürgermeister Michael Gerdhenrich

Bürgermeister Matthias Lürbke

Bürgermeisterin Susanne Mittag

Bürgermeisterin Karin Rodeheger

Bürgermeister Christian Thegelkamp

##### **Vereinigte Gas- und Wasserversorgung GmbH, Rheda-Wiedenbrück**

Dr. -Ing. Carsten Behlert

Dipl.-Ing. Heiko Döring

Dipl.-Ing. Björn Wölfel

eine Stimme ist unbesetzt

##### **Wasserwerke Paderborn GmbH, Paderborn**

Dipl.-Ing. Michel Bernemann

Bürgermeister Uwe Gockel

Dipl.-Wirt.-Ing. Daniel Rohring

#### **4.28.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht**

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten. Dem Verwaltungsrat in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 24 Mitgliedern fünf Frauen an (Frauenanteil: rd. 20,83 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von mehr als 40 Prozent nicht erreicht.

#### **4.28.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG**

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird. Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.



## 4.29 Wasserverband Obere Lippe

### 4.29.1 Basisdaten

Wasserverband Obere Lippe

Königstraße 16

33142 Büren

Tel.: 02951/93390-0, Fax: 02951/93390-10, Internet: [www.wol-nrw.de](http://www.wol-nrw.de)

Gründungsdatum: 01. Februar 1971

### 4.29.2 Mitglieder des Wasserverbandes

Neben dem Kreis Paderborn ist der Kreis Soest Mitglied des Wasserverbandes Obere Lippe.

### 4.29.3 Zweck/ Gegenstand des Wasserverbandes

Der Wasserverband Obere Lippe ist ein Wasser- und Bodenverband im Sinne des Wasserverbandsgesetzes vom 12. Februar 1991. Er ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Der Verband hat zur Aufgabe

1. Regelung des Wasserabflusses, einschließlich Ausgleich der Wasserführung und Sicherung des Hochwasserabflusses der oberirdischen Gewässer oder Gewässerabschnitte seines Verbandsgebietes und in deren Einzugsgebieten,
2. Durchführung von Hochwasserschutzmaßnahmen gemäß Verbandsplan, insbesondere Hochwasserrückhaltebecken, Bedeichungen, Aufforstungen und sonstige abflussregelnde Maßnahmen im Verbandsgebiet auszuführen, zu unterhalten und zu betreiben,
3. seine in einem Verzeichnis eingetragenen Wasserläufe zu unterhalten und nach Bedarf auszubauen einschließlich naturnahen Rückbaus.

Der Verband kann auf Beschluss der Verbandsversammlung Aufträge übernehmen, die zur Erfüllung seiner Aufgaben zwar nicht erforderlich, aber dienlich sind und mit seinen Aufgaben im Zusammenhang stehen. Die Kosten trägt der Auftraggeber. Der Verband darf die Aufträge nur übernehmen, wenn die Ausführung der satzungsmäßigen Aufgaben des Verbandes nicht beeinträchtigt wird. Über auftretende Interessenkollisionen beschließt die Verbandsversammlung. Die Verbandsversammlung kann beschließen, dass verwaltungsmäßige Aufgaben des Verbandes durch die Verwaltung eines Mitglieds gegen Erstattung der Kosten wahrgenommen werden.

### 4.29.4 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Menschen benötigen Wasser. Flüsse und Seen sind ein wesentliches Element unseres Ökosystems, aber auch Erholungsräume und Transportwege. Sauberes Trinkwasser ist ein knappes und teures Gut. Der weltweite Wasserverbrauch hat sich in den letzten 50 Jahren vervierfacht. Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Sicherheit müssen daher langfristig mit dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlage Wasser verträglich sein. Von der Trinkwasseraufbereitung und Abwasserreinigung bis zur Unterhaltung von Gewässern und Deichen nehmen Wasserverbände in Nordrhein-Westfalen eine Vielzahl öffentlicher Aufgabe wahr.

#### 4.29.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn zahlte im Haushaltsjahr 2022 einen Mitgliedsbeitrag in Höhe von 1.511.250,00 €. Der Mitgliedsbeitrag wird auf dem Konto 531307 „Zuweisungen an Wasserverband Obere Lippe“ des Produktes 130101 „Gewässerschutz“ verbucht.

#### 4.29.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>43.681.137,17</b>	<b>43.157.612,13</b>	<b>524</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	134.952,52	144.947,39	-10
II. Sachanlagen	43.546.184,65	43.012.664,74	534
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>560.017,45</b>	<b>1.373.614,03</b>	<b>-814</b>
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	24.907,21	19.824,78	5
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	535.110,24	1.353.789,25	-819
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>
<b>Summe Aktiva</b>	<b>44.241.154,62</b>	<b>44.531.226,16</b>	<b>-290</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>5.894.130,45</b>	<b>5.630.593,48</b>	<b>264</b>
<b>B. Sonderposten</b>	<b>31.074.090,74</b>	<b>31.391.372,88</b>	<b>-317</b>
<b>C. Rückstellungen</b>	<b>140.077,06</b>	<b>156.998,96</b>	<b>-17</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	<b>7.132.856,37</b>	<b>7.352.260,84</b>	<b>-219</b>
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>
<b>Summe Passiva</b>	<b>44.241.154,62</b>	<b>44.531.226,16</b>	<b>-290</b>

#### 4.29.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
<b>1. Umsatzerlöse</b>	<b>2.002.967,05</b>	<b>1.942.511,87</b>	<b>-60</b>
<b>2. andere aktivierte Eigenleistungen</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>-576</b>
<b>3. Sonstige betriebliche Erträge</b>	<b>575.856,04</b>	<b>590.106,66</b>	<b>590</b>
- davon aus Mitgliedsbeiträgen	0,00	0,00	0
<b>4. Materialaufwand</b>	<b>406.158,75</b>	<b>313.824,69</b>	<b>-92</b>
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	23.250,66	17.828,40	-5
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	382.908,09	295.996,29	-87
<b>5. Personalaufwand</b>	<b>924.929,03</b>	<b>924.412,94</b>	<b>-1</b>
a) Löhne und Gehälter	721.324,08	722.945,96	2
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen	203.604,95	201.466,98	-2
<b>6. Abschreibungen auf immater. Vermögen</b>	<b>810.587,67</b>	<b>905.885,21</b>	<b>95</b>
<b>7. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	<b>179.481,02</b>	<b>180.729,69</b>	<b>1</b>
<b>8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen</b>	<b>166.979,90</b>	<b>179.236,62</b>	<b>12</b>
<b>9. Ergebnisse der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>90.686,72</b>	<b>28.529,38</b>	<b>-62</b>
<b>10. sonstige Steuern</b>	<b>2.149,75</b>	<b>2.153,22</b>	<b>0</b>
<b>11. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</b>	<b>88.536,97</b>	<b>26.376,16</b>	<b>-62</b>
<b>12. Einstellungen in die allgemeine Rücklage</b>	<b>88.536,97</b>	<b>26.376,16</b>	<b>-62</b>
<b>13. Bilanzgewinn / Bilanzverlust</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>

## 4.29.8 Kennzahlen

### Finanzkennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	13	13	1
Eigenkapitalrentabilität	0	0	-1
Anlagendeckungsgrad 2	30	30	0
Verschuldungsgrad	123	133	-10
Umsatzrentabilität	4	1	3

## 4.29.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2020 beschäftigte der Wasserverband 14 Mitarbeiter (Vj. 14).

## 4.29.10 Geschäftsentwicklung

### Grundlagen des Verbandes

Der Verband hat zur Aufgabe

1. Regelung des Wasserabflusses, einschließlich Ausgleich der Wasserführung und Sicherung des Hochwasserabflusses der oberirdischen Gewässer oder Gewässerabschnitte seines Verbandsgebietes und in deren Einzugsgebieten,
2. Durchführung von Hochwasserschutzmaßnahmen gemäß Verbandsplan, insbesondere Hochwasserrückhaltebecken, Bedeichungen, Aufforstungen und sonstige abflussregelnde Maßnahmen im Verbandsgebiet auszuführen, zu unterhalten und zu betreiben,
3. seine in einem Verzeichnis eingetragenen Wasserläufe zu unterhalten und nach Bedarf auszubauen einschließlich naturnahen Rückbaus.

Der Verband kann auf Beschluss der Verbandsversammlung Aufträge übernehmen, die zur Erfüllung seiner Aufgaben zwar nicht erforderlich, aber dienlich sind und mit seinen Aufgaben im Zusammenhang stehen. Die Kosten trägt der Auftraggeber. Der Verband darf die Aufträge nur übernehmen, wenn die Ausführung der satzungsmäßigen Aufgaben des Verbandes nicht beeinträchtigt wird. Über auftretende Interessenkollisionen beschließt die Verbandsversammlung.

### **Wirtschaftsbericht- Geschäftsverlauf und Lage des Verbandes**

Gemäß seinen satzungsgemäßen Aufgaben strebt der Verband langfristig n, für sein gesamtes Verbandsgebiet einen möglichst einheitlichen Hochwasserschutzgrad für die gefährdeten sensiblen Überflutungsgebiete zu erreichen.

Darüber hinaus sind die Verbandsgewässer gemäß der EU-WRRRL bis spätestens 2027 in einen guten ökologischen Zustand zu führen. Zur Erlangung dieser Ziele hat der Wasserverband mit mehreren Städten und Gemeinden wo nötig Kooperationsverträge geschlossen, die das Zusammenwirken – Hochwasserschutz für die Gemeinde – Erlangung des guten Gewässerzustands – regeln.

Wegen seiner großen Erfahrung auf den Gebieten des Hochwasserschutzes und der Gewässerrenaturierung übernimmt der Verband in der Regel die Federführung für die Projekte und wickelt auch die gemeinsame Landesfinanzierung ab.

Der Wasserverband bucht seine Geschäftsvorfälle nach dem System der kaufmännischen doppelten Buchführung (§ 26 Abs. 1 der Satzung) gem. Wasserverbandsrecht (§ 8 NRW AGWVG i.V. m § 65 WVG).

Der Verband kann auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2022 zurückblicken. Der Verband erzielte einen ausgeglichenen Haushalt. Der Jahresüberschuss beträgt EUR 88.536,97 wie die nachstehende Erfolgsübersicht (Gewinn- u. Verlustrechnung) zum 31.12.2022 im Vergleich zum Wirtschaftsplan belegt. Die Abweichungen zum Wirtschaftsplan waren geringfügig.

<b>Bezeichnung</b>	<b>Jahresabschluss 2022 EUR</b>	<b>Wirtschaftsplan 2022 EUR</b>	<b>Abweichung EUR</b>
Umsatzerlöse incl. Mitgliedsbeiträge	2.002.967	1.983.500	19.467
(davon Mitgliedsbeiträge)	(1.840.000)	(1.840.000)	(0)
sonstige betriebliche Erträge	575.856	589.733	-14.342
<b>Zwischensumme</b>	<b>2.578.823</b>	<b>2.573.233</b>	<b>5.590</b>
Materialaufwand/Fremdleistungen	406.159	351.000	55.159
Personalaufwand	924.929	979.858	-54.929
Abschreibungen	810.588	890.930	-80.342
sonst. betriebliche Aufwendungen	179.481	170.211	9.270
sonstige Zinsen u. ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsaufwand	166.980	178.234	-11.254
<b>Ergebnis der gewöhnl. Geschäftstätigkeit</b>	<b>90.687</b>	<b>3.000</b>	<b>25.529</b>
sonstige Steuern	2.150	3.000	-850
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>88.537</b>	<b>0</b>	<b>88.537</b>

Der vorliegende Jahresabschluss des Wasserverbandes Obere Lippe zeigt in jeder Hinsicht geordnete Verhältnisse auf sicherer finanzieller Basis.

Die Bilanzsumme zum 31.12.2022 beträgt TEUR 44.241,20 und weist damit eine Verringerung in Höhe von TEUR 290,01 (0,7 %) gegenüber der Bilanz zum 31.12.2021. auf.

Die Vermögensstruktur zum 31.12.2022 ist durch einen Anteil vom Anlagenvermögen an der Bilanzsumme von TEUR 43.681,10 (98,7 %) gekennzeichnet. Das Anlagevermögen besteht überwiegend aus wasserwirtschaftlichen Anlagen und Grundstücken mit TEUR 38.370,10 (87,8 %). Der Bestand des Anlagevermögens hat sich im Laufe des Geschäftsjahres 2022 durch Zugänge vermindert um Abschreibungen um TEUR 523,50 auf TEUR 43.681,10 erhöht.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich um TEUR 813,60 und umfasst einen Gesamtbetrag in Höhe von TEUR 560,00.

Die Kapitalstruktur zum 31.12.2022 ist durch einen Anteil vom Eigenkapital an der Bilanzsumme von TEUR 5.894,10 (13,3 %) gekennzeichnet. Die ausgewiesenen Sonderposten bilden mit TEUR 31.074,10 (70,2 %)



einen weiteren Anteil am wirtschaftlichen Eigenkapital. Die Rückstellungen betragen zum 31.12.2022 TEUR 140,10 (0,3 %).

Auf die Verbindlichkeiten entfallen TEUR 7.132,90 (16,1 %).

Bei Berücksichtigung der Sonderposten im Eigenkapital beträgt die Anlagendeckung 84,6%; diese Kapitalausstattung bietet eine solide Grundlage für eine weiterhin erfolgreiche Entwicklung des Verbandes.

Die Liquidität war im Berichtsjahr gegeben und das ganze Jahr über gewährleistet. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten waren in vollem Umfang durch liquide Mittel abgesichert.

Der Personalbestand entwickelt sich wie folgt:

Geschäftsjahr	2017	2018	Veränderung (in %)	2019	Veränderung (in %)	2020	Veränderung (in %)	2021	Veränderung (in %)	2022	Veränderung (in %)
Mitarbeiter am Jahresende	14	14	0,00	14	0,00	14	0,00	14	0,00	14	0,00

## Einzelheiten zum Verlauf des Haushaltsjahres 2022 (Haushaltswirtschaftsbericht)

### Geschäftsverlauf

#### Investitions- und Finanzierungstätigkeit

Im Investitionsbereich wurden folgende wesentliche Maßnahmen durchgeführt:

Die Förderprojekte „Flurbereinigung Troztbach“, „Renaturierung Troztbachmündung“, Teilprojekt Bau auf ehemaligen Flächen der DB-Netz AG an der Alme“, sowie „Renaturierung NRW -Stiftungsflächen an der Alme in Ringelstein, 2. Bauabschnitt“ wurden fertiggestellt.

Für zwölf Hochwasserrückhaltebecken wurden die gesetzlich vorgeschrieben und sehr umfangreichen vertieften Überprüfungen fertiggestellt und den jeweiligen Bezirksregierungen zur Prüfung und Anerkennung eingereicht. Die meisten Berichte wurden zwischenzeitlich von den Bezirksregierungen geprüft und freigegeben. Für das Hochwassermanagement-Portal wurden einige Erweiterungen beauftragt. Hierbei handelte es sich um die Einbindung einiger neuer Pegelstationen des Kreises Soest. Zusätzlich wurden die Erneuerung des Niederschlagsvorhersageraster für die Kartendarstellung sowie einer flussgebietsbezogenen Niederschlagsverteilung der radarbasierenden Niederschlagsprognosen des DWD über das Einzugsgebiet des Wasserverbandes beauftragt. Der WOL in Betrieb genommen und in das Daten- und Warnsystem integriert.

Durch den Wechsel des SCADA-Systems auf das neue Leitsystem FlowChief sind eine Vielzahl von Umrüstungen an den Hochwasserrückhaltebecken erforderlich. Hierzu wurden zusätzliche speicherprogrammierbare Steuerungen verbaut, die einen Datenzugriff über das VPN-Netzwerk des WOL ermöglichen. Die Softwareentwicklungen sind nicht abschließend, sondern zeigen sich als fortwährendes Projekt mit ständiger Weiterentwicklung Pflege.

In Kooperation mit der Stadt Paderborn (Federführung) wurde die bauliche Umsetzung zur Umgestaltung der Beke in Neuenbeken weiter fortgeführt. Die Bauabschnitte 1.1.1 bis 1.1.4 wurden 2019 fertiggestellt. Die bauliche Umsetzung für die Bauabschnitt 1.3.1-3 erfolgen in 2021. Die Ausschreibung und Beauftragung für

den letzten Bauabschnitt erfolgt in 2022, die Maßnahme soll 2023 abgeschlossen werden. Ziel der Maßnahme ist die ökologische Verbesserung des Gewässers und die Verbesserung des Hochwasserschutzes für die Ortslage. Der WOL betreut die Maßnahmen fachtechnisch und beteiligt sich zu 50 % an den nicht geförderten Kosten.

Am Troz bach im Bereich zwischen Erwitte Millinghausen und Böckum und am Furlbach in Hövelriege wurden zwei umfangreiche Renaturierungsmaßnahmen in 2022 weitgehend fertiggestellt. An der Ems wurde durch den Bau von Sohlgleiten die ökologische Durchgängigkeit an weiteren 3 Querbauwerken hergestellt. Im Bereich der Ortslage Brenken wurde die Baumaßnahme zum Hochwasserschutz und zur Renaturierung des Almeabschnitts begonnen. Die Maßnahme soll 2023 fertiggestellt werden.

Im Rahmen der Flurbereinigungsverfahren Altenau II, Büren II und Brenken II konnten weitere Flächen erworben werden, die für die Umsetzung der Ziele der WRRL genutzt werden können.

Insgesamt hat sich die Verbandsstrategie bewährt zahlreiche (>35) Projekte in unterschiedlicher Projekttiefe parallel zu bearbeiten. Erst dadurch ist gewährleistet, dass trotz der zahlreichen projektspezifischen Probleme jährlich die bauliche Umsetzung von Einzelprojekten erfolgen kann. Dabei ist festzustellen, dass die Planung und der Bau von Renaturierungsmaßnahmen zeitlich deutlich schneller als lokale Hochwasserschutz-Projekte durchzuführen sind. Neben der Komplexität der Planungen innerhalb der Ortslagen, der i.d.R. längeren Genehmigungsphasen und intensiver Bürgerbeteiligung behindern z.B. auch Klageverfahren die Umsetzung. Der Verband bearbeitet z.Z. 6 derartige lokale Hochwasserschutzprojekte in unterschiedlicher Projekttiefe.

Diese und weitere 2022 durchgeführte Maßnahmen wurden den Mitgliedern der Verbandsversammlung in einer ausführlichen Präsentation mitgeteilt und erläutert.

Die Finanzierung des Verbandes ist im Übrigen wie folgt geregelt:

Der durch den Vorstand aufzustellende und durch die Verbandsversammlung festzusetzende Wirtschaftsplan enthält alle für die Erfüllung der Verbandsversammlung festzusetzende Wirtschaftsplan enthält alle für die Erfüllung der Verbandsaufgaben erforderlichen Erträge und Aufwendungen des kommenden Haushaltsjahres. Er bildet die Grundlange für die Haushaltswirtschaft des Verbandes. Die zur Deckung der Aufwendungen benötigten Mittel werden im Wesentlichen in Form von Beiträgen von den Verbandsmitgliedern erhoben.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

- a) Durch die EU-Hochwasserrisiko-Management-Richtlinie und die EU-Wasserrahmenrichtlinie in Verbindung mit den entsprechenden Bundes- und Landesgesetzen, sind die Aufgaben des Verbandes konform mit dem Landesinteresse. Zusätzlich gewinnt der Aspekt der Klimaresilienz im Bereich Hochwasser aber auch im Bereich Niedrigwasser (Dürre) immer mehr an Bedeutung. Der politische Wille in dem Arbeitsfeld zukünftig verstärkt Maßnahmen umzusetzen, wird im Aktionsprogramm „natürlicher Klimaschutz“ des Bundes deutlich. Im Ausblick auf die kommenden Jahre kann deshalb weiterhin mit der starken Unterstützung der zuständigen Behörde bei der Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für die Projekte und mit der Gewährung von Landeszuwendungen für die Maßnahmen des Hochwasserschutzes und der Gewässerentwicklung ausgegangen werden.
- b) Der WOL ist zur ordnungsgemäßen Erfüllung der ihm gestellten Aufgaben auch in der Zukunft auf ein auskömmliches Budget aus Beiträgen seiner Mitglieder und Zuwendungsmitteln des Landes

angewiesen. Solange dies gewährleistet ist, bestehen in finanzieller Hinsicht keine Risiken, die die Umsetzung der durchzuführenden Maßnahmen und den Bestand des WOL gefährden könnten.

- c) Durch das stark fortgeschrittene Alter der ersten Hochwasserrückhaltebecken des WOL entstehen zwangsläufig Sanierungsaufgaben, die sowohl den Betonbau, den Stahlwasserbau sowie die Messtechnik betreffen. Hier werden fortlaufend verstärkte, unvermeidbare Investitionen nötig sein.
- d) Die Kompetenz des WOL begründet sich auf langjährige Erfahrung auf dem Gebiet der Planung und Umsetzung von Maßnahmen des überörtlich wirksamen Gewässer- und Hochwasserschutzes im Einvernehmen mit allen Beteiligten.

Die Forderung der Hochwasserrisikomanagementrichtlinie, die Belange des Hochwasserschutzes und des Gewässerschutzes auf einander abzustimmen passt exakt in die bisherige Projektphilosophie des Verbandes und wird als Chance angesehen, mit den zur Verfügung gestellten öffentlichen Mitteln im Rahmen der Daseinsvorsorge und der nachhaltigen Gewässerentwicklung in Erfüllung der zwingenden rechtlichen Vorgaben und Verpflichtungen einen guten Wirkungsgrad zu erreichen und das zwingend erforderliche flussgebietsbezogene Handeln auf dem Sektor des Hochwasser- und Gewässerschutzes auch weitestgehend erfolgreich in die Tat umsetzen zu können.

#### 4.29.11 Organe und deren Zusammensetzung

Wesentliche Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung als das Hauptorgan, in dem alle Verbandsmitglieder mit mindestens einem Mitglied vertreten sind und der Verbandsvorsteher, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Es kann wahlweise ein Verwaltungsrat gebildet werden, welchem einem Aufsichtsrat vergleichbare Aufgaben zu Teil werden.

##### Verbandsvorsteher, Vorstand und Geschäftsführung

Verbandsvorsteher des Wasserverbandes Obere Lippe ist Herr Landrat Rüter. Der Vorstand besteht darüber hinaus aus: Eva Irrgang, Landrätin des Kreises Soest, Martin Hübner Dezernenten Kreis Paderborn.

Die Funktion des Geschäftsführers hat Herr Dipl.-Ing. (FH) Karthaus inne.

##### Verbandsversammlung

Name		
Birgit Dalhoff	Kommunalverwaltungsbeamtin	Kreis Soest
Hubertus Rickert-Schulte	Landwirt	Kreis Soest
Dr. Günter Friedler	Pensionär	Kreis Soest
Wiebke Mohrmann	Landwirtschaftliche Beraterin	Kreis Soest
Dr. André Brandt	Dezernent	Kreis Paderborn
Michael Pavlicic	Stadtarchivar	Kreis Paderborn
Klaus Zündorf	Landwirt	Kreis Paderborn
Silvia Bunte	Pharmazeutisch-technische Assistentin	Kreis Paderborn
Ralf Niggemeier	Kaufmännischer Angestellter	Kreis Paderborn
Markus Müller	Technischer Angestellter	Kreis Paderborn
Simon Schmitt	Student	Kreis Paderborn
Wolfgang Scholle	Schäfermeister	Kreis Paderborn
Gunda Köster	Berufsbetreuerin	Kreis Paderborn
Lukas Lambrecht	Student	Kreis Paderborn



## **4.30 Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Ostwestfalen-Lippe**

### **4.30.1 Basisdaten**

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Ostwestfalen-Lippe (CVUA-OWL)

Westerfeldstraße 1

32758 Detmold

Tel.: 05231/911-9, Fax: 05231/911-503, Internet: [www.cvua-owl.de](http://www.cvua-owl.de)

Gründungsdatum: Die Anstalt wurde am 01. Januar 2008 errichtet.

### **4.30.2 Zweck/ Gegenstand der Anstalt**

Die Aufgaben des CVUA-OWL ergeben sich aus dem Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) sowie der Verordnung zur Errichtung einer integrierten Untersuchungsanstalt im Regierungsbezirk Detmold. Darüber hinaus ist die Untersuchungsanstalt mit der Durchführung vergleichbarer Aufgaben auf dem Gebiet des Gentechnikrechts, der Strahlenschutzvorsorge und der Untersuchung von Tierarzneimitteln – mit Ausnahme der Untersuchung von Fertigarzneimitteln – betraut.

### **4.30.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Die Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes dient der effizienten, qualitativ homogenen und leistungsstarken hoheitlichen Untersuchungsstruktur dieser Bereiche in Nordrhein-Westfalen und liegt somit im öffentlichen Interesse.

### **4.30.4 Träger der Anstalt**

Träger der Untersuchungsanstalt sind Land Nordrhein-Westfalen, die Stadt Bielefeld und die Kreise Gütersloh, Herford, Höxter, Lippe, Minden-Lübbecke und Paderborn.

### **4.30.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen**

Der Kreis Paderborn zahlte im Jahr 2021 eine Umlage in Höhe von 731.007,50 €. Die Zahlungen wurden auf dem Konto 523401 „Erstattungen an das CVUA (Entgelte)“ des Produktes 020401 „Veterinärwesen und Verbraucherschutz“ verbucht.

#### 4.30.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>22.567.763,09</b>	<b>22.455.112,92</b>	<b>113</b>
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	36.170,23	50.170,04	-14
II. Sachanlagen	2.728.071,26	3.204.942,88	-477
III. Finanzanlagen	19.803.521,60	19.200.000,00	604
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>4.159.324,41</b>	<b>3.001.923,82</b>	<b>1.157</b>
I. Vorräte	137.898,11	130.947,71	7
II. Forderungen u. sonst. VG	564.153,05	604.377,59	-40
III. Liquide Mittel	3.457.273,25	2.266.598,52	1.191
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>248.525,42</b>	<b>205.747,13</b>	<b>43</b>
<b>Summe Aktiva</b>	<b>26.975.612,92</b>	<b>25.662.783,87</b>	<b>1.313</b>
<b>Passiva</b>			
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>4.828.486,78</b>	<b>4.179.077,07</b>	<b>649</b>
I. Gezeichnetes Kapital	250.000,00	250.000,00	0
II. Kapitalrücklage	630.028,50	630.028,50	0
III. Gewinnrücklage	3.288.370,27	3.338.370,27	-50
IV. Bilanzgewinn / -verlust	660.088,01	39.321,70	621
<b>B. Sonderposten</b>	<b>781.403,56</b>	<b>920.751,95</b>	<b>-139</b>
<b>C. Rückstellungen</b>	<b>21.121.705,41</b>	<b>20.344.381,37</b>	<b>777</b>
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	<b>244.017,17</b>	<b>218.573,48</b>	<b>25</b>
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>
<b>Summe Passiva</b>	<b>26.975.612,92</b>	<b>25.662.783,87</b>	<b>1.313</b>

#### 4.30.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	15.891.104,59	15.873.780,51	17
2. Sonstige betriebliche Erträge	806.525,77	131.404,81	675
3. Materialaufwand	4.387.933,43	1.559.457,53	2.828
a) Aufwendungen für R/H/B	1.174.505,27	1.170.069,01	4
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	3.213.428,16	389.388,52	2.824
4. Personalaufwand	6.604.676,46	9.591.251,18	-2.987
a) Löhne und Gehälter	4.358.825,75	6.338.598,57	-1.980
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.245.850,71	3.252.652,61	-1.007
5. Abschreibungen auf immater. VG	684.955,19	697.059,43	-12
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.173.103,36	3.884.533,14	-711
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.135,56	237,43	2
8. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	896.478,40	0,00	896
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	302.157,37	322.659,00	-21
<b>10. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>650.461,71</b>	<b>-49.537,53</b>	<b>700</b>
11. sonstige Steuern	1.052,00	953,00	0
<b>12. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</b>	<b>649.409,71</b>	<b>-50.490,53</b>	<b>700</b>
13. Verlust-/Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	-39.321,70	11.168,83	-50
14. Entnahmen aus Gewinnrücklagen	50.000,00	0,00	50
<b>15. Bilanzgewinn/-verlust</b>	<b>660.088,01</b>	<b>39.321,70</b>	<b>621</b>

## 4.30.8 Kennzahlen

### Finanzkennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	18	16	2
Eigenkapitalrentabilität	13	-1	14
Anlagendeckungsgrad 2	116	110	6
Verschuldungsgrad	442	492	-50
Umsatzrentabilität	4	0	4

### Individuelle Leistungskennzahlen

Untersuchungen im Geschäftsjahr	2020	2021	Ver- ände- rung (in %) <sup>6</sup>	2022	Ver- ände- rung (in %)
Fleischhygiene-Untersuchungen	42.136	45.349	7,63	44.618	-1,61
Diagnostische Untersuchungen	148.010	143.085	-3,33	143.020	-0,05
Lebensmittel-Untersuchungen	8.431	8.592	1,91	11.126	29,49
Umweltanalytik	12.018	11.525	-4,10	12.289	6,63
sonstige Untersuchungen	571	402	-29,60	468	16,42
<b>Summe</b>	<b>211.166</b>	<b>208.953</b>	<b>-1,05</b>	<b>211.521</b>	<b>1,23</b>

## 4.30.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2022 beschäftigte die Anstalt öffentlichen Rechts 144 (davon 8 Beamte) Mitarbeiter (Vj. 146 [davon 9 Beamte]).

## 4.30.10 Geschäftsentwicklung

Die fachlichen Ergebnisse und Statistiken des Chemischen und Veterinäruntersuchungsamtes Ostwestfalen-Lippe werden in einem gemeinsamen Jahresbericht aller CVUÄ in NRW auf den jeweiligen Homepages der Ämter veröffentlicht. Näheres und mehr zur Arbeit des CVUA-OWL ist dort zu erfahren.

Von Beginn des Berichtsjahres an arbeitete das CVUA-OWL nach den neuen Untersuchungsschwerpunkten entsprechend der letzten Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten vom 23.11.2021. Die dazu in 2021 vorbereiteten Organisationsänderungen haben sich bewährt. Es hat sich gezeigt, dass der zweite Schritt der Schwerpunktbildung vor allem dazu führt, dass hochspezialisierte Untersuchungen gepaart mit spezifischem Fachwissen und spezieller Technik in NRW noch effizienter zum Einsatz kommen können.

Während in 2021 nach 10.674 Humanproben in 2020 noch 2.248 mittels PCR auf SARS-CoV-2 untersucht wurden, sank die Zahl dieser Untersuchungen in 2022 auf 212. Einen größeren Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie konnte das CVUA-OWL bei der sogenannten Mutationskontrolle, also der Untersuchung positiver Proben mittels NGS (Next-Generation-Sequencing) auf die unterschiedlichen Varianten des Coronavirus, leisten: Während im Jahr 2021 295 positive Proben, die uns v.a. vom CVUA Münsterland-Emscher-Lippe übersandt worden waren, in diesem aufwändigen Verfahren untersucht wurden, stieg diese Probenzahl in 2022 auf 955. Die Ergebnisse unserer Untersuchungen auf Mutationen wurden an das Robert-Koch-Institut übermittelt.

In ganz NRW wurde in 2022 in insgesamt 126 Fällen hochpathogene Aviäre Influenza (AI, Geflügelpest) festgestellt (vergleiche 2021: 49 Fälle).

Diese Tierseuche wurde in Ostwestfalen-Lippe in 2022 insgesamt 19-mal ermittelt. In 11 Fällen (2021:14 Fälle) waren Betriebe, also gehaltenes Geflügel, betroffen. In 8 Fällen wurde Aviäre Influenza in 2022 bei Wildvögeln in OWL festgestellt (2021:15 Fälle).

Seit dem 01.09.2022 haben die CVUÄ in NRW gemeinsam eine rotierende Rufbereitschaft an Wochenenden etabliert, um insbesondere auch der steigenden Anzahl von AI-Fällen zu begegnen und den Kommunen weiterhin eine schnelle Diagnostik zur zügigen Einleitung von Bekämpfungsmaßnahmen auch an Wochenenden und Feiertagen sicher zu ermöglichen.

Obwohl die Afrikanische Schweinepest (ASP) Deutschland bereits im September 2020 erreichte und das Seuchengeschehen unter Wildschweinen auch in 2022 unvermindert anhielt (deutschlandweit in 2022 insges. 1.603 Feststellungen), erreichte diese Tierseuche NRW bislang noch nicht. Das CVUA-OWL führt allerdings weiterhin Untersuchungen zur Kontrolle und Bestätigung der Abwesenheit des Krankheitserregers in hiesigen Wild- und Hausschweinebeständen durch und ist neben dem virologischen Nachweis der Tierseuche auch auf serologische Surveillance-Untersuchungen vorbereitet. In 2022 wurden hier 264 erlegte oder tot aufgefundene Wildschweine auf ASP untersucht.

Im Bereich der Lebensmittelüberwachung zeigte sich im Laufe des Jahres 2022 deutlich, dass die im CVUA-OWL seit wenigen Jahren etablierte Untersuchungstechnik NGS die Handlungsmöglichkeiten bei der Detektion von Zoonoseerregern wie z.B. Listerien oder Salmonellen erheblich erweitert. Mit diesen Ganzgenomsequenzierungen und nachfolgenden bioinformatischen Analysen lassen sich genetische Verwandtschaftsbeziehungen von bakteriellen Zoonoseerregern in höchstmöglicher Auflösung untereinander darstellen. Das trägt zur schnellen Aufklärung von Humanausbrüchen bei und dient der Prävention durch die Aufdeckung von Eintragsquellen und Verbreitungswegen in lebensmittelherstellenden Betrieben. Seit Ende des Jahres 2022 ist das CVUA-OWL Netzwerkpartner der Datenplattform miGenomeSurv des Robert-Koch-Institutes. Hier erfolgt ein Abgleich von *Listeria monocytogenes*-Isolaten des CVUA mit Humanisolaten.

Der Wasserschaden, der sich im November 2021 im Neubau ereignete, konnte in 2022 noch nicht behoben werden, insbesondere, weil die Versicherung des Schadensverursachers (Gerätehersteller) u.a. durch ein von ihr beauftragtes Gutachten die Schadensregulierung verzögerte. Mit der uneingeschränkten Nutzung der wiederhergestellten Laborfläche kann erst im Sommer 2023 gerechnet werden. In 2022 gelang es trotz der räumlichen Einschränkungen, den Laborbetrieb in erforderlichem Umfang aufrechtzuerhalten. Dies erforderte einen hohen organisatorischen Aufwand und die Disziplin aller Mitarbeitenden.

Große Anstrengungen hat das CVUA-OWL -zum Teil auch gemeinsam mit den anderen Untersuchungsämtern im Land- unternommen, um die Folgen der Umsetzung der Neuregelung der Umsatzsteuerpflicht in § 2 b des Umsatzsteuergesetzes einschätzen und eingrenzen zu können.

Obwohl der Bund Ende des Jahres eine nochmalige Verlängerung der Optionsfrist bis zum 31.12.2024 beschlossen hat, werden die CVUÄ ihre Bemühungen unvermindert fortsetzen.

Ein Fokus im Zusammenhang mit der Umsatzsteuerproblematik liegt beim CVUA-OWL auf dem Personal, das vom Kreis Paderborn, von der Stadt Bielefeld und vom LANUV gestellt wird. Hier ist klar, dass auf die Lohnkosten des gestellten Personals ab dem 01.01.2025 Umsatzsteuer gezahlt werden muss. Zum



Jahreswechsel waren noch 37 Mitarbeitende unseres Hauses bei anderen Trägern beschäftigt. Bei immerhin bereits 18 dieser Mitarbeitenden ist es zwischenzeitlich gelungen, den Wechsel zum CVUA-OWL durch den Abschluss von Arbeitsverträgen zu sichern oder zumindest die Zustimmung hierzu zu erhalten.

Die Ergebnisse der einzelnen Geschäftsbereiche stellen sich wie folgt dar:

Umsatzträger	Jahr 2021		Jahr 2022		Veränderungen	
	Unter- suchungs- zahlen	Ergebnis in Tsd. €	Unter- suchungs- zahlen	Ergebnis in Tsd. €	Unter- suchungs- zahlen	Ergebnis in Tsd. €
Fleischhygiene- Untersuchungen	45.349	-343	44.618	-233	-731	110
Diagnostische Untersuchungen	143.085	-3.248	143.020	-3.342	-65	-94
Lebensmittel- Untersuchungen*	8.592	-8.641	11.126	-7.987	2.534	654
Umweltanalytik*	11.525	-425	12.289	-452	764	-27
sonstige Untersuchungen*	402	-140	468	-100	66	40
Sonstiges			0	0		0
<b>Summe</b>	<b>208.953</b>	<b>-12.797</b>	<b>211.521</b>	<b>-12.114</b>	<b>2.568</b>	<b>683</b>

\* Probenzahl

### Forschung und Entwicklung

Tätigkeiten im Bereich Forschung und Entwicklung wurden nicht ausgeübt.

### Ertragslage

Das CVUA-OWL hat das Geschäftsjahr mit einem Überschuss von 649 T€ gegenüber einem Fehlbetrag von 50 T€ im Vorjahr abgeschlossen. Die Ergebnisverbesserung resultiert insbesondere aus der Auflösung eines Teils der Rückstellung für die Sanierung des Wasserschadens. Die Zuführungen für Pensions- und Beihilferückstellungen lagen unter den prognostizierten Werten, dem stand ein deutlicher Verlust beim Versorgungsfonds gegenüber.

Im Folgenden wird hierauf näher eingegangen:

Die Umsatzerlöse beliefen sich auf 15.891 T€ (Vorjahr: 15.874 T€):

in T€	2021	2022	Differenz
Umlage Träger	12.747	12.747	0
Fleischhygiene-Untersuchungen	1.601	1.592	-9
Umweltanalytik	850	876	26
Diagnostische Untersuchungen	365	299	-66
davon: Entgelte von der Tierseuchenkasse	227	176	-51
Lebensmitteluntersuchungen	51	24	-27
Zusatzaufgaben	81	43	-38
Corona-Untersuchungen	78	209	131
Sonstige Untersuchungen und fachliche Stellungnahmen	100	100	0
periodenfremde Umsatzerlöse	0	0	0
Sonstiges	1	1	0
<b>Gesamt</b>	<b>15.874</b>	<b>15.891</b>	<b>17</b>

Die Umsatzerlöse waren insgesamt relativ konstant. Einem deutlichen Anstieg der Erlöse aus den Corona-Untersuchungen (Sequenzierungen) standen Rückgänge bei den Erlösen aus Zusatzaufgaben, insbesondere aus den Projekten für das Land zur Etablierung neuer Untersuchungsverfahren, und aus den Untersuchungen für die Tierseuchenkasse gegenüber. Bei den Erträgen von der Tierseuchenkasse fielen insbesondere die Einstellung der Früherkennungsuntersuchungen von Geflügel (- 48 T€) und der Rückgang der Untersuchungen auf BHV1 und BVD (- 9 T€) ins Gewicht. Bei den sonstigen diagnostischen Untersuchungen gingen die Erträge nach einem kontinuierlichen Anstieg in den Vorjahren leicht zurück (- 14 T€). Die Erträge für die Fleischhygiene-Untersuchungen waren insgesamt relativ konstant. Im Weißfleischbereich gingen sie aufgrund niedriger Schlachtzahlen bei den Masthähnchen leicht zurück, während sie im Rotfleischbereich durch vermehrte Schlachtungen von Schweinen geringfügig stiegen.

Die Erträge aus Lebensmitteluntersuchungen sanken auf 47 % des Vorjahresniveaus. Insbesondere bei den Exportuntersuchungen war ein Einbruch um 92 % (-17 T€) zu verzeichnen. Die Erträge aufgrund von Beanstandungen von Lebensmittelproben sanken um 39 % auf 15 T€ (Vorjahr: 24 T€), bei den Verfolgsproben (Art. 79 EU VO 2017/625) gingen sie im Vergleich zum Vorjahr erneut leicht zurück (2022: 8 T€, 2021: 9 T€). Hier sind regelmäßig erhebliche Schwankungen zwischen den einzelnen Jahren zu verzeichnen.

Die übrigen Umsatzerlöse lagen im Bereich der üblichen Schwankungen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen deutlich (2022: 807 T€, 2021: 131 T€). Hier wirkte sich insbesondere die anteilige Auflösung der Rückstellung für den Wasserschaden um 580 T€ aus (s. hierzu auch Ausführungen zu den Rückstellungen). Aufgrund der Zuschüsse des Landes für Investitionen in das NMR-Gerät sowie für die Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest ergab sich ein Anstieg der Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (2022: 127 T€, 2021: 56 T€). Weitere größere Erträge wurden durch die Entschädigung der Inventarversicherung des CVUA für Beschädigungen durch den Wasserschaden und durch periodenfremde Erträge im Zuge der Anpassung der Sonderposten und aufgrund von Erstattungen der Unfallkasse und der GKD Paderborn erzielt.

Die betriebsgewöhnlichen Aufwendungen gingen gegenüber dem Vorjahr deutlich zurück (2022: 14.851 T€, 2021: 15.732 T€).

Die Aufwendungen für das gestellte Personal (2.964 T€) wurden gegenüber den Vorjahren vom Personalaufwand zu den bezogenen Leistungen umgegliedert.

Gleichwohl stellt der Personalaufwand insgesamt den größten Posten bei den Aufwendungen dar. Der Anteil der Personalaufwendungen an den betrieblichen Aufwendungen betrug 44 % (2021: 61 %, bei entsprechender Umgliederung 43 %). Die Personalaufwendungen gingen trotz Tarifsteigerungen gegenüber dem Vorjahr zurück. Ursächlich hierfür war eine deutlich geringere Zuführung zu den Beihilferückstellungen. Die Mehraufwendungen für Gehälter und die entsprechenden Sozialbeiträge betragen 344 T€. Bei den Gehältern gab es Verschiebungen von den Aufwendungen für die Personalgestellung sowie von der Beamtenbesoldung hin zu den Entgelten für die Tarifbeschäftigten aufgrund des Ausscheidens von gestelltem Personal sowie einer Beamtin. Insgesamt lagen die Aufwendungen aufgrund von Stellenvakanzen unter dem Budget. Die Aufwendungen für Beihilfeleistungen für die aktiven Beamten stiegen von 40 T€ in 2021 auf 47 T€. Innerhalb der vergangenen Jahre gab es hier, auch durch die geringe Zahl an Beamten, erhebliche Schwankungen. Bei den sonstigen Personalaufwendungen handelte es sich im Wesentlichen um Schnelltests auf das Coronavirus für die Beschäftigten sowie eine Zuführung zu der Jubiläumsrückstellung.

In T€	2021		2022	Differenz
	Ohne Umgliederung	mit Umgliederung	mit Umgliederung	
Bezüge der Beamten	632	632	611	-21
Gehälter der Tarifbeschäftigten	5.697	3.442	3.729	287
Beiträge zur Sozialversicherung	1.169	692	736	44
Beihilfen	40	40	47	7
Zusatzversorgung für die Tarifbeschäftigten	372	222	236	14
Anpassung Rückstellungen	1.647	1.647	1.211	-436

Sonstiges	34	34	35	1
Summe	<b>9.591</b>	<b>6.709</b>	<b>6.605</b>	<b>-104</b>

Die bezogenen Leistungen verringerten sich aufgrund des Rückgangs der Aufwendungen für die Personalgestellung (2022: 2.694 T€, 2021: 2.882 T€) von 3.271 T€ in 2021 (ohne Umgliederung: 389 T€) auf 3.213 T€. Ein Anstieg war vor allem bei den Aufwendungen für Unteraufträge durch die Aufteilung der Arbeiten für die Sequenzierung der Corona-Proben mit dem CVUA-MEL zu verzeichnen (+ 121 T€). Daneben stiegen die Kosten für die Auditierungen durch die DAkkS (+ 11 T€) sowie für die arbeitsmedizinischen Untersuchungen (+ 2 T€). Die übrigen bezogenen Leistungen lagen im Bereich der üblichen Schwankungen.

Die Materialintensität (Materialaufwand/Gesamtleistung) betrug 26 % gegenüber 28 % im Vorjahr (ohne Umgliederung: 10 %).

Ein weiterer großer Aufwandsposten waren die Gebäudemieten mit 1.590 T€ (2021: 1.579 T€). Die Jahresmiete stieg aufgrund des Anstiegs des Preisindex für die Lebenshaltungskosten aller privaten Haushalte in Deutschland (Basis für die Anpassung des Mietzinses laut Mietvertrag) um 0,68 %.

Die Kosten für den Materialaufwand, insbesondere für Laborverbrauchsmaterial, waren nahezu konstant (2022: 1.175 T€, 2021: 1.170 T€).

Der Abschreibungsaufwand ging gegenüber dem Vorjahr leicht zurück (2022: 685 T€, 2021: 697 T€). Hier wirkte sich die geringere Investitionstätigkeit vor dem Hintergrund der Auswirkungen des Wasserschadens aus. Auf die Sofortabschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern entfielen 26 T€. Hier gab es gegenüber dem Vorjahr, vorwiegend durch die Beschaffung von IT-Geräten einen Anstieg von 5 T€.

Die sonstigen Gebäudekosten -neben der schon erwähnten Miete- gingen gegenüber dem Vorjahr um 738 T€ zurück (2022: 1.051, 2021: 1.789 T€, 2020: 822). Hier wirkte sich der Sonderfaktor in 2021, die Bildung der Rückstellung für die Sanierung des Wasserschadens, aus. Aufgrund der geringeren Reinigungsfläche bedingt durch den Wasserschaden nahmen die entsprechenden Kosten ab. Da es sich bei den sonstigen Gebäudekosten im Wesentlichen um Abschlagszahlungen für die Mietnebenkosten handelt, sind die Zahlen nur bedingt aussagekräftig.

Die Nebenkostenabrechnung des BLB für das Jahr 2022 liegt noch nicht vor. Es kann daher noch keine Aussage zu der Entwicklung der Verbrauchskosten getroffen werden. Die bisherigen Äußerungen der Versorgungsunternehmen lassen allerdings einen deutlichen Anstieg der Energiekosten (Gas, Strom, Fernwärme) erwarten. Aus der Nebenkostenabrechnung 2021 ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang der Stromkosten um 1 % entsprechend der Entwicklung des Verbrauchs und eine Steigerung der Heizkosten um 18 %. Die Kosten für die Wartung der technischen Anlagen sanken von 163 T€ auf 145 T€. Dies liegt im Rahmen der üblichen Schwankungen bei der Bewirtschaftung des Gebäudes bzw. der Wartung der Anlagen z.B. aufgrund von Wartungsintervallen oder dem Neuabschluss von Verträgen. Die übrigen Kosten waren im Vergleich zum Vorjahr relativ konstant.

Die Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen, insbesondere von Laborausstattung, sanken gegenüber dem Vorjahr um 10 % (- 41 T€). Nach mehreren Jahren mit zum Teil deutlichem Anstieg der Kosten liegt dies bei der Vielzahl der technischen Laborgeräte im Amt im Rahmen der üblichen Schwankungen.

Die Kraftfahrzeugkosten stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 7 T€ (+ 35 %), insbesondere aufgrund der gestiegenen Treibstoffkosten sowie einer größeren Reparatur.

Die Reisekosten erhöhten sich nach den coronabedingten Rückgängen in den Vorjahren von 7 T€ in 2021 auf 20 T€ in 2022. Sie liegen aber weiterhin deutlich unter den langjährigen Durchschnittswerten vor der Coronazeit.

Bei den sonstigen Verwaltungskosten ergaben sich höhere Kosten für die Bekanntmachung von Stellenausschreibungen bedingt durch größere Personalfluktuationen, vermehrtes altersbedingtes Ausscheiden von Beschäftigten sowie der Notwendigkeit von wiederholten Ausschreibungen aufgrund von Bewerbermangel (+ 10 T€) sowie für Transporte, insbesondere für den Probentransport zwischen den CVUÄ in NRW aufgrund der gestiegenen Treibstoffpreise, (+ 5 T€) und höhere Rechts- und Beratungskosten im Zuge der Abwicklung des Wasserschadens und aufgrund eines zusätzlichen Gutachtens zur Prognose der Pensions- und Beihilferückstellungen (+ 4 T€). Die Kosten für Fortbildungsveranstaltungen gingen durch vermehrte Online-Veranstaltungen zurück (- 13 T€). Ebenso reduzierten sich die Nebenkosten des Geldverkehrs nach dem Wegfall der Verwahrenngelte (- 4 T€) sowie die Verwaltungskosten für das Personal, insbesondere aufgrund der Abnahme der Personalgestellung (- 4 T€).

Aufgrund der Anpassung der Archivierungsrückstellungen stiegen die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 24 T€.

Periodenfremde Aufwendungen fielen im geringen Umfang für eine Anpassung des Vorsteuerabzugs, eine nachträgliche Rechnungstellung für Laborsoftware sowie für die Abrechnung des Steuerabschlusses für den BgA an (3 T €).

Aufgrund der Wertentwicklung des Versorgungsfonds musste eine Abschreibung der Finanzanlage i.H. v. 896 T€ vorgenommen werden.

Die übrigen Aufwendungen lagen im Bereich der üblichen Schwankungen.

Der Aufwandsdeckungsgrad (Verhältnis betriebliche Erträge zu betriebliche Aufwendungen) lag bei 112% (Vorjahr: 102 % ), die Deckung durch Umsatzerlöse bei 107 % (Vorjahr: 101 %).

Das Finanzergebnis verschlechterte sich durch die Abschreibung auf den Versorgungsfonds massiv (2022: - 1.196 T€, 2021: -322 T€).

### **Finanz- und Vermögenslage**

Zum Bilanzstichtag belief sich der Bestand an liquiden Mitteln (Bankguthaben bis zu einer Laufzeit von einem Jahr) auf 3.457 T€ (2021: 2.267 T€). Neben den Mitteln auf den Kontokorrentkonten für die laufenden Geschäftsausgaben sind die Mittel als Termingelder angelegt. Entsprechend dem Beschluss des Verwaltungsrates vom 07.12.2017 wurden weitere Pensionsgelder in die Versorgungsfonds der kommunalen Versorgungskassen Westfalen-Lippe (kwv) investiert. Insgesamt belief sich der Vermögensanteil am kwv-Versorgungsfonds Klassik auf 19,8 Mio. € gegenüber 19,2 Mio. € Ende 2021. Aufgrund der Fondsentwicklung musste hier eine Wertkorrektur i.H.v. 896 T€ vorgenommen werden.

Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 198 T€ in Vermögensgegenstände (Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände) investiert (vgl. Anlagespiegel). Das geringe Investitionsvolumen ist insbesondere auf den Wasserschaden zurückzuführen, weshalb große Laborflächen nicht nutzbar sind, sodass geplante Investitionen zurückgestellt wurden.

Die Investitionen wurden vorwiegend in neue Laborgeräte (173 T€) getätigt. Insbesondere wurden auch in Vorbereitung auf einen möglichen Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest drei veraltete, störanfällige bzw. defekte Real-time PCR-Thermocycler zur molekularbiologischen Diagnostik ersetzt und ein vorhandener Pipettierautomat für serologische Proben um weitere Funktionen erweitert und aktualisiert. Zur fachgerechten Aufbewahrung der serologischen Blutproben wurde ein spezieller Labor-Umluft- Kühltisch beschafft.

Für IT-Geräte wurden im Rahmen der Anpassung an den aktuellen Standard 12 T€ verausgabt. Die geringwertigen Wirtschaftsgüter (vorrangig IT- und Labor-Geräte sowie Einrichtungsgegenstände) im Umfang von 26 T€ wurden sofort abgeschrieben.

Der Anteil des Anlagevermögens (immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen) an der Bilanzsumme lag bei 10 % (Vorjahr: 13 %). Die Investitionsquote (Verhältnis Bruttoinvestition zu Abgängen und Abschreibungen des Anlagevermögens) betrug 29 % (2021: 131 %). Insgesamt sank das Anlagevermögen von 3.255 T€ auf 2.764 T€.

In der Position Sonderposten finden sich die aktuellen Buchwerte der Investitionszuschüsse, insbesondere des Landes für Investitionen im Zuge der Kapazitätsausweitung für die ASP-Diagnostik sowie für die Durchführung und Weiterentwicklung des Untersuchungsportfolios von Landesaufgaben. Diese werden parallel zu den beschafften Anlagegütern abgeschrieben (Wert 2022: 781 T€, 2021: 921 T€).

Die Bilanzsumme stieg gegenüber dem Vorjahr von 25.663 T€ auf 26.976 T€ Der Anstieg bei den Aktiva ergab sich in erster Linie aus dem Anstieg der liquiden Mittel insbesondere vor dem Hintergrund der geringen Investitionstätigkeit (+ 1.191 T€) sowie den höheren Anteilen an den Versorgungsfonds der kww zur Deckung zukünftiger Pensionsverpflichtungen (+ 604 T€). Demgegenüber sank das Anlagevermögen (immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen) um 491 T€.

Bei den Passiva stieg das Eigenkapital aufgrund des Jahresüberschusses um 649 T€. Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital / Bilanzsumme) stieg auf 18 % (Vorjahr 16 %).

Im Einzelnen entwickelte sich das Eigenkapital wie folgt:

in T€	2021	2022	Differenz
Stammkapital	250	250	0
Kapitalrücklage	630	630	0
Investitionsrücklage gem. § 3 Abs. 1 der Finanzsatzung	728	728	0
Investitionsrücklage gem. § 3 Abs. 2 der Finanzsatzung	550	550	0
allg. satzungsmäßige Rücklage gem. § 3 Abs. 1 der Finanzsatzung	728	728	0
allg. satzungsmäßige Rücklage gem. § 3 Abs. 3 der Finanzsatzung	750	750	0

andere Gewinnrücklagen	583	533	-50
Jahresüberschuss/-Fehlbetrag	-50	649	699
Vortrag auf neue Rechnung	11	11	0
<b>Eigenkapital</b>	<b>4.180</b>	<b>4.829</b>	<b>649</b>

Die Rückstellungen für Pensionen und pensionsähnliche Leistungen erhöhten sich aufgrund im Berichtsjahr erworbener Ansprüche der Beamten, einer Verringerung des Rechnungszinssatzes für die potentielle Verzinsung der Pensionsrückstellungsbeträge sowie eines Ausgleichs bei den Beihilferückstellungen für den zuletzt coronabedingt zu geringen Ansatz der Kopfschäden um 2.200 T€ (2022: 33.484 T€, 2021: 31.284 T€). Dem stehen Erstattungsansprüche an die ehemaligen Dienstherrn der Beamten i. H. v. 2022: 13.726 T€ (2021: 12.875 T€) gegenüber; diese werden nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) mit den Pensionsrückstellungen saldiert.

Gegenüber dem Vorjahr sanken die sonstigen Rückstellungen (2022: 1.363 T€, 2021: 1.935 T€). Der Rückgang ist in erster Linie auf die Anpassung der Rückstellung für die Sanierungskosten aufgrund des Wasserschadens zurückzuführen (2022: 330 T€, 2021: 910 T€). Hier wurden die aktuelle Kostenschätzung des betreuenden Architekten (547 T€), die erste Rückmeldung der Versicherung zur Erstattung der Kosten (durchschnittlicher Zeitwert i.H.v. 53,33%) sowie mögliche Rechtskosten zur Durchsetzung der Schadenersatzforderungen (50 T€) berücksichtigt. Bislang ist allerdings noch keine Zahlung der gegnerischen Versicherung erfolgt. Erhöht haben sich die Rückstellungen für die Archivierung (+ 32 T€) sowie für die sonstigen Personalkosten aufgrund eines Sabbatjahres (+ 19 T€). Die Rückstellung für Altersteilzeit wurde aufgrund der Inanspruchnahme um 35 T€ reduziert, die Rückstellung für Überstunden verringerte sich entsprechend dem Überstundenvolumen um 13 T€.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 21 T€ (2022: 224 T€, 2021: 203 T€). Dies liegt aufgrund der Stichtagsbetrachtung der Bilanz im Bereich der üblichen Schwankungen

Verbindlichkeiten aus Lohn und Gehalt gab es zum Bilanzstichtag wie im Vorjahr nicht. Die Werte sind jeweils abhängig vom Zeitpunkt der Abrechnung der Kosten für das gestellte Personal durch die jeweiligen Träger und der Personalkostenabrechnung durch das Landesamt für Besoldung und Versorgung.

### **Ergebnisverwendung**

Der Jahresüberschuss i. H. v. 649 T€ wird wie folgt verwendet: Die Differenz zwischen den Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen sowie auf die immateriellen Vermögensgegenständen und den Investitionen in Höhe von 486.724,94 € wird gem. § 3 Abs. 2 der Finanzsatzung des CVUA-OWL der zweckgebundenen Investitionsrücklagen zugeführt, 162 T€ den anderen Gewinnrücklagen. Die entstehende Rundungsdifferenz wird mit dem Bilanzgewinn verrechnet.

## **Chancen und Risiken für die Geschäftsentwicklung**

Um Risiken für den Erfolg sowie den Fortbestand des CVUA-OWL frühzeitig zu erkennen, zu bewerten und nach Möglichkeit zu vermeiden bzw. nach deren Auftreten den möglichen Schaden zu minimieren, wurde ein Risikomanagement eingerichtet, das voll in das vorhandene Qualitätsmanagement-System integriert ist.

Die Einhaltung der Vorgaben für die Akkreditierung des Amtes wird regelmäßig durch die DAkkS überprüft. Bei erheblichen Abweichungen stünde die Akkreditierung für die betroffenen Bereiche in Frage.

Der Anteil der Umlagen der Träger an der Gesamtleistung des Amtes beträgt 76 %. Die Aufgabenwahrnehmung und Leistungsfähigkeit des CVUA-OWL hängt damit entscheidend von der sachgerechten und angemessenen Anpassung der Umlagehöhe an die Kosten- und Bedarfsentwicklung entsprechend den fachlichen Vorgaben ab. Beschlüsse über die Höhe der Umlage bedürfen gern. § 9 Abs. 3 i.V.m. § 8 Abs. 3 des IUAG NRW einer Mehrheit von mindestens Dreiviertel der Stimmen der gesetzlichen Mitglieder des Verwaltungsrates, d.h. mindestens 11 Stimmen. Dies erschwert eine kurzfristige Reaktion auf aktuelle Bedarfsänderungen.

Mit dem Steueränderungsgesetz 2015 vom 02.11.2015 wurde die Umsatzsteuerpflicht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts neu geregelt. Nach § 2 b Umsatzsteuergesetz (UStG) gelten juristische Personen des öffentlichen Rechts nicht als Unternehmer, soweit sie Tätigkeiten ausüben, die ihnen im Rahmen der öffentlichen Gewalt obliegen; dies gilt nicht, sofern dies zu größeren Wettbewerbsverzerrungen führen würde. Beim CVUA-OWL könnte sich die geänderte Rechtslage neben der Umsatzsteuerpflicht für die Zahlungen an die Träger für die Personalgestaltung, auf die Untersuchungsgebühren sowie die wechselseitigen Beistandsleistungen der CVUÄ-NRW, insbesondere im Rahmen von Schwerpunktbildungen, auswirken. Eine Klärung der konkreten Auswirkungen läuft derzeit. Das CVUA-OWL hat mit Antrag beim Finanzamt Detmold von dem Optionsrecht der Fortführung des bisherigen Umsatzsteuerrechts bis zum 31.12.2020 Gebrauch gemacht (§ 27 Abs. 22 UStG). Die Frist wurde zwischenzeitlich bis zum 31.12.2024 verlängert.

Die Körperschaftsteuerbescheide des Finanzamtes Detmold für die Jahre 2019 bis 2021 stehen unter dem Vorbehalt der Nachprüfung nach § 165 Abs. 1 Satz 2 Abgabenordnung. Ebenso stehen die Umsatzsteuerbescheide für die Jahre 2019 bis 2021 unter dem Vorbehalt der Nachprüfung nach § 164 Abgabenordnung. Nachträgliche Änderungen können nicht ausgeschlossen werden.

Der Betrieb gewerblicher Art (BgA) erwirtschaftet weiterhin Verluste; Möglichkeiten einer grundlegenden Verbesserung der Situation sind aufgrund der Marktgegebenheiten nicht erkennbar. Ferner steht der Vorwurf des Landesrechnungshofs einer nicht zulässigen staatlichen Beihilfe im Sinne des Art. 107 Abs. 1 AEUV im Raum. Bei kurzfristiger Aufgabe des BgA würde dessen Deckungsbeitrag für die Overheadkosten des CVUA-OWL entfallen und sich das wirtschaftliche Jahresergebnis des CVUA-OWL entsprechend verschlechtern.

Allgemeine Risiken werden durch Versicherungen (u.a. D&O-, Inventar- und Betriebshaftpflichtversicherung) abgedeckt.

## **Ausblick/Prognose**

Noch immer ist zu befürchten, dass das Seuchengeschehen der Afrikanischen Schweinepest (ASP) sich in Deutschland weiter Richtung Westen ausbreitet. Das würde den Umfang entsprechender Untersuchungen auch in OWL massiv erhöhen. Hinzu kommt, dass sich die Geflügelpest zwischenzeitlich zu einem Tierseuchengeschehen entwickelt, das in Deutschland ganzjährig auftritt. Insbesondere im wirtschaftsgeflügelreichen Ostwestfalen-Lippe muss das Untersuchungsamt daher ständig auf den Ausbruch



und die nachfolgenden Maßnahmen zur Bekämpfung vorbereitet sein. Schnelle und effektive Labordiagnostik leistet hier einen wesentlichen Beitrag zur Bekämpfung. Die in den CVUÄ in NRW, die mit Tierseuchendiagnostik befasst sind, 2022 dauerhaft eingerichtete rotierende Rufbereitschaft ist nur ein Baustein dieser effektiven Leistung.

In Untersuchungstechniken wie der Ganzgenomsequenzierung von Bakterien durch das NGS zeigt sich deutlich, dass „One Health“, die EINE Gesundheit der Menschheit, der Tiere und der Umwelt, künftig auch bei den Untersuchungen im CVUA-OWL stärkere Beachtung finden wird und die CVUÄ insgesamt hier einen bedeutenden Anteil zu liefern haben.

#### 4.30.11 Organe und deren Zusammensetzung

Organe der Anstalt öffentlichen Rechts sind der Vorstand bzw. die Geschäftsführung und der Verwaltungsrat.

##### Vorstand/ Geschäftsführung

Ab 01.12.2021 ist Dr. Ulrich Kros alleiniger Vorstand des CVUA-OWL.

##### Verwaltungsrat

Die Mitglieder des Verwaltungsrates sind:

lfd. Nr.	Name
1	Frau Dr. Christiane Krüger (Vorsitzende)
2	Herr Thomas Kuhlbusch (stellv. Vorsitzender)
3	Herr Dr. Thomas Delschen
4	N.N. Vertreter Herr Rainer Kaschel
5	Herr Markus Altenhöner
6	Herr Dr. Ronald Woltering
7	Frau Astrid Lehre
8	Herr Jörg-Michael Schrader
9	Herr Dr. André Brandt

#### 4.30.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Verwaltungsrat in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 9 Mitgliedern zwei Frauen an (Frauenanteil: rd. 22,22 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von mehr als 40 Prozent nicht erreicht.

#### 4.30.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist hier nicht bekannt.

## **4.31 d-NRW AöR**

### **4.31.1 Basisdaten**

d-NRW Anstalt öffentlichen Rechts

Rheinische Str. 1

44137 Dortmund

Tel.:0231/222438-10, Fax: 0231/222438-11, Internet: www.d-nrw.de

Gründungsdatum: Die Anstalt wurde am 1. Januar 2017 errichtet.

### **4.31.2 Zweck/ Gegenstand der Anstalt**

Die Anstalt unterstützt ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. d-NRW entwickelt und betreibt für die öffentlichen Gesellschafter verwaltungsübergreifende E-Government-Lösungen. Ziele sind die Förderung der kommunal-staatlichen und interkommunalen Zusammenarbeit sowie der Aufbau von modernen, flächendeckenden und wirtschaftlichen E-Government-Komponenten.

### **4.31.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Der Einsatz von Informationstechnik und die elektronische Abwicklung von Geschäftsprozessen leisten einen wichtigen Beitrag zur Modernisierung der öffentlichen Verwaltung: Die Prozesse werden beschleunigt, die Kommunikation vereinfacht und damit insgesamt die Qualität und Effizienz des öffentlichen Verwaltungshandelns erhöht. Für die Bürgerinnen und Bürger und die ansässigen Unternehmen eröffnen sich neue Möglichkeiten, mit der Verwaltung in Kontakt zu treten.

### **4.31.4 Träger der Anstalt**

Die Träger der d-NRW AöR zum 31.12.2021 sind:

- a) Land Nordrhein-Westfalen – vertreten durch das für Digitalisierungen zuständige Ministerium,
- b) 253 Städte und Gemeinden,
- c) 31 Kreise inkl. Der Städteregion Aachen sowie
- d) Die Landschaftsverbände LVR und LWL.

### **4.31.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen**

Im Haushaltsjahr 2022 waren keine finanziellen Auswirkungen zu verzeichnen.

#### 4.31.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Bilanz (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
<b>Aktiva</b>			
<b>A. Anlagevermögen</b>	<b>139.703,73</b>	<b>75.850,25</b>	<b>-64</b>
I. Immaterielles Vermögen	63.822,98	7.416,00	-56
II. Sachanlagen	75.880,75	68.434,25	-7
<b>B. Umlaufvermögen</b>	<b>25.942.496,26</b>	<b>20.520.081,37</b>	<b>-5.422</b>
I. Vorräte	2.396.237,37	2.392.488,83	-4
II. Forderungen und sonstige VG	4.788.233,34	7.780.437,14	2.992
III. Flüssige Mittel	18.758.025,55	10.347.155,40	-8.411
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>10.155,51</b>	<b>5.088,01</b>	<b>-5</b>
<b>Summe Aktiva</b>	<b>26.092.355,50</b>	<b>20.601.019,63</b>	<b>-5.491</b>
<b>Passiva</b>			0
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>2.896.752,40</b>	<b>2.809.752,40</b>	<b>-87</b>
I. Gezeichnetes Kapital	1.368.000,00	1.281.000,00	-87
II. Kapitalrücklage	1.528.752,40	1.528.752,40	0
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>5.607.394,23</b>	<b>3.339.662,11</b>	<b>-2.268</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>17.558.628,87</b>	<b>14.451.605,12</b>	<b>-3.107</b>
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>29.580,00</b>	<b>0,00</b>	<b>-30</b>
<b>Summe Passiva</b>	<b>26.092.355,50</b>	<b>20.601.019,63</b>	<b>-5.491</b>

#### 4.31.7 Entwicklung der Gewinn und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung (in €)	2022	2021	Veränderung Berichts- zu Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	101.209.076,39	51.001.544,75	-50.208
2. Sonstige betriebliche Erträge	432.735,97	344.201,31	-89
3. Materialaufwand	-96.866.327,83	-47.342.141,81	49.524
5. Personalaufwand	-4.039.919,59	-3.312.697,13	727
a) Löhne und Gehälter	-3.225.433,05	-2.663.559,37	562
b) soziale Abgaben und Aufwendungen	-814.486,54	-649.137,76	165
6. Abschreibungen	-45.626,74	-39.777,47	6
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	-676.092,82	-636.770,92	39
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-13.837,42	-31.327,63	-17
<b>9. Ergebnis nach Steuern</b>	<b>7,96</b>	<b>-16.968,90</b>	<b>-17</b>
10. Sonstige Steuern	7,96	7,96	0
<b>11. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>

## 4.31.8 Kennzahlen

### Finanzkennzahlen

	Berichtsjahr	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	11	14	-3
Eigenkapitalrentabilität	0	0	0
Anlagendeckungsgrad 2	18.656	27.160	-8.504
Verschuldungsgrad	800	633	167
Umsatzrentabilität	0	0	0

### 4.31.9 Personalbestand

Zum Bilanzstichtag am 31. Dezember 2022 beschäftigte die Anstalt öffentlichen Rechts durchschnittlich 69 (VJ. 62) Mitarbeiter.

### 4.31.10 Geschäftsentwicklung

#### Geschäftsmodell des Unternehmens

Die d-NRW AöR ist auf der Grundlage des Gesetzes vom 25.10.2016 über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“, das am 05.11.2016 in Kraft getreten ist – geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23.01.2018 (GV. NRW. S. 90), in Kraft getreten am 02.02.2018, durch Artikel 3 des Gesetzes vom 30.06.2020 (GV. NRW. S. 644), in Kraft getreten am 14.07.2020 und durch Artikel 5 des Gesetzes vom 01.02.2022 (GV. NRW. S. 122), in Kraft getreten am 19.02.2022 – seit dem Jahreswechsel 2016/2017 als Rechtsnachfolgerin der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG und der d-NRW Besitz-GmbH Verwaltungsgesellschaft tätig.

Die d-NRW AöR unterstützt ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Mit der im Berichtsjahr erfolgten Änderung des Errichtungsgesetzes können der Anstalt gem. § 6 Absatz 2 (n. F.) nunmehr Digitalisierungsaufgaben der Landesverwaltung mit strategischer Bedeutung durch Rechtsverordnung zugewiesen und zugleich eine Betrauung Dritter mit diesen Aufgaben ausgeschlossen werden. Die zugehörige Rechtsverordnung zur Aufgabenübertragung auf die d-NRW AöR (d-NRW VO) vom 28.03.2022, verkündet durch Bekanntmachung im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes NRW am 25.04.2022 (GV. NRW. 2022 S. 493), ist am 26.04.2022 in Kraft getreten. Folgende Aufgaben sind dadurch auf die Anstalt übertragen worden:

Geschäftsstelle Onlinezugang / Koordinierung und Bereitstellung von sog. EfA-Diensten (Kommunalvertreter.NRW) / FIM-Koordinierung nebst Landesredaktion NRW / Geschäftsstelle Digitales Archiv NRW und die Weiterentwicklung, Pflege und Wartung in den Aufgabenbereichen Serviceportal.NRW / Wirtschafts-Service-Portal.NRW / Vergabeportal.NRW / Meldeportal Behörden und Lichtbildportal / Förderplan.web / Sozialplattform / KiBiz.web / Bauportal.NRW / PfAD-Familie sowie Betrieb von einzelnen XStandards mit der Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT).

Überdies unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des nordrhein-westfälischen E-Government-Gesetzes.

Träger der d-NRW AöR sind mit Stand vom 31.12.2022 das Land Nordrhein-Westfalen sowie 368 nordrhein-westfälische Kommunen (Städte, Gemeinden, Kreise inkl. der Städteregion Aachen und die beiden Landschaftsverbände).

## **Geschäftsverlauf**

### *a) Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft*

Die deutsche Gesamtwirtschaft ist im Berichtsjahr trotz Inflation, Ukraine-Krieg, Energiepreiskrise und fortdauernder Lieferschwierigkeiten um ca. 2,0 % (Vorjahr: 2,9 %) gewachsen. Wie schon in den Vorjahren ist der IT-Sektor vergleichsweise gut durch die Krise gekommen. Für den Bereich Information und Kommunikation konnte ein deutlicher Zuwachs von 3,6 % verzeichnet werden. Aufgrund der voranschreitenden Digitalisierung gewinnt die Informationstechnologie-Branche weiter an Bedeutung, was sich im stetigen Umsatzwachstum des IT-Bereichs, insbesondere in der IT-Dienstleistungsbranche widerspiegelt. Es gilt, die großen Chancen und Potentiale der Digitalisierung noch intensiver zu erschließen und die digitale Transformation weiter zu beschleunigen. Die Digitalisierung der Verwaltung im Zusammenhang mit dem sich vollziehenden digitalen Wandel von Gesellschaft und Wirtschaft bildete die Grundlage für weiterhin gute Umsätze.

### *b) Produktentwicklung*

Bei der Produktentwicklung standen die Zusammenarbeit von Land und Kommunen im Bereich des Serviceportals.NRW, die Weiterentwicklung des Wirtschafts-Service-Portals.NRW, die Entwicklung der Sozialplattform, die Realisierung des Bauportal.NRW, die Umsetzung eines Antragservice für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, die IT-Unterstützung für die Abwicklung des Förderprogrammcontrollings verschiedener Ressorts, die Aufträge für den Ausbau von IT-Lösungen für den Bereich Kinder und Jugend im Geschäftsbereich des MKJFGFI, diverse Entwicklungen im Bereich der PfAD-Projekte sowie weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) im Vordergrund.

### *c) Absatz- Beschaffungspolitik*

Wesentliche Vertragspartner auf der Beschaffungsseite waren die BMS Consulting GmbH, Düsseldorf, die Capgemini Deutschland GmbH, Ratingen, die Cassini Consulting AG, Düsseldorf, die cosinex GmbH, Bochum, die Deloitte Consulting GmbH, Düsseldorf, die Detecon International GmbH, Köln, die flowconcept Agentur für Kommunikation GmbH, Oberhaching, die KPMG AG, Hamburg, die Materna Information & Communications SE, Dortmund, die Nortal AG, Berlin, die publicplan GmbH, Düsseldorf, die T-Systems International GmbH, Düsseldorf, sowie das Kommunale Rechenzentrum Niederrhein, Kamp-Lintfort, und das Kommunale Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe, Lemgo. Wesentliche Vertragspartner auf der Absatzseite waren das Land Nordrhein-Westfalen und die Kommunen in NRW.

### *d) Produktion*

Die Produktion erfolgte unmittelbar durch die unter lit. c) genannten Projektpartner auf Beschaffungsseite.

### *e) Investitionen*

Die Anstalt hat im Jahr 2022 keine nennenswerten Investitionsmaßnahmen ergriffen.

### *f) Finanzierung*

Die Finanzierung der Anstalt erfolgte im Geschäftsjahr 2022 vollständig durch die Kostenerstattung aus Aufträgen.

### *g) Personal*

Die Anstalt hat im Jahr 2022 im Durchschnitt 69 Mitarbeiter:innen beschäftigt. Kennzeichnend war – wie bereits in den Vorjahren – die Aufstockung der Personalressourcen infolge von neuen Aufgaben und zunehmenden Projektaufträgen.

#### *h) Umwelt*

Umweltrisiken und umweltrechtliche Auflagen oder Anforderungen bestehen nicht. Umweltschutzmaßnahmen wurden infolgedessen nicht durchgeführt.

#### *i) Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr*

Auf die im Berichtsjahr erfolgte Änderung des Errichtungsgesetzes der d-NRW AöR, die insbesondere eine Verordnungsermächtigung (§ 6 Abs. 2) beinhaltet, und die exklusive Zuweisung von Digitalisierungsaufgaben auf die Anstalt per Rechtsverordnung (d-NRW VO) wurde bereits unter I. hingewiesen. Im Zusammenhang mit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom 15.05.2022 haben sich nachfolgende Umressortierungen ergeben, die für die d-NRW AöR bedeutsam sind. Die allgemeine Aufsicht über die Anstalt ist vom vormaligen Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie (MWIDE) NRW auf das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung (MHKBD) NRW übergegangen, das zugleich auch das Land Nordrhein- Westfalen als Träger der Anstalt vertritt.

Im Berichtsjahr erfolgte im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung zur Gewinnung von externen Dienstleisterkapazitäten zur Umsetzung, Wartung, Pflege, Gestaltung und Redaktion von nrw GOV- Themenseiten die Zuschlagserteilung mit einer Obergrenze von bis zu 3 Mio. EUR und einer Laufzeit von 4 Jahren.

Als sog. Kommunalvertreter.NRW bildet die d-NRW AöR die Schnittstelle zwischen den IT Dienstleistern und kommunalen Verwaltungen und organisiert zentral für nachnutzbare Online-Dienste die rechtliche und organisatorische Abwicklung des Leistungsaustauschs und stellt den Kommunen diese Dienste zur Nachnutzung bereit. Damit zusammenhängend waren im Berichtsjahr 85 Beitritte von Städten, Gemeinden und Kreisen zu verzeichnen, die den Trägerkreis der d-NRW AöR bis zum Jahresende 2022 auf insgesamt 368 Kommunen haben anwachsen lassen.

#### **Lage des Unternehmens**

Die d-NRW AöR konnte im Jahr 2022 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 101.209 verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr (TEUR 51.002) ergibt sich mithin eine signifikante Steigerung der Umsatzerlöse, die maßgeblich im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket des Bundes für externe Dienstleisterkapazitäten zur Umsetzung des Online Zugangsgesetzes (OZG) für die jeweiligen Bedarfe der Landesverwaltung NRW steht.

#### *a) Vermögenslage*

Die Anstalt hat Vermögen in erster Linie durch Erlöse aus Projektaufträgen für Softwarelösungen aufgebaut. Durch die Umwandlung von der privatrechtlichen in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform greift seit dem Jahr 2017 das Kostenerstattungsprinzip.

<b>Wesentliche Bilanzposten</b>	<b>31.12.2021</b>	<b>31.12.2022</b>	<b>Veränderung</b>
<b>Aktiva</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>	<b>T€</b>
Anlagevermögen	76	140	+64
Umlaufvermögen	20.520	25.942	+5.422
Rechnungsabgrenzung	5	10	+5
<b>Passiva</b>			
Eigenkapital	2.810	2.897	+87
Fremdkapital	17.791	23.195	+5.404
<b>Bilanzsumme</b>	<b>20.601</b>	<b>26.092</b>	<b>+5.491</b>

Im Vergleich zum 31.12.2021 hat sich das Umlaufvermögen um +TEUR 5.422 erhöht. Grund dafür sind bei einer Erhöhung der bereits geleisteten Anzahlungen (+TEUR 4) vor allem zusätzliche Geldmittel (+TEUR 8.411)

bei zugleich verringerten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (-TEUR 2.194) sowie eine Verringerung bei den sonstigen Vermögensgegenständen (-TEUR 802).

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital etwas erhöht (+TEUR 87) und das Fremdkapital ist um +TEUR 5.404 gestiegen. Beim Fremdkapital sind die „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ (+TEUR 1.116) und die „Sonstige Verbindlichkeiten“ (+TEUR 2.102) gewachsen. Demgegenüber sind die „Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen“ (-TEUR 112) im Vergleich zum 31.12.2021 verringert. Die „Rückstellungen“ sind gegenüber dem Vorjahr erhöht (+TEUR 2.268). Maßgeblich sind insoweit vor allem die Einstellungen in die Rückstellungen für Ausgleichsverpflichtungen (+TEUR 2.557) und die Rückstellungen für Urlaub und Mehrarbeit (+TEUR 28), bei verringerten „Sonstige Rückstellungen“ (-TEUR 279) und verringerten Rückstellungen für Gewährleistungen (-TEUR 42).

*b) Finanzlage*

Die Finanzlage der Anstalt ist in 2022 zufriedenstellend gewesen. Finanzierungsquellen waren Aufträge aus dem Kreis der Anstaltsträger. Die Anstalt hat über eine ausreichende Liquidität verfügt.

Die Eigenkapitalquote hat sich im Vergleich zum Vorjahr wegen der höheren Bilanzsumme (+TEUR 5.491), insbesondere aufgrund von erhöhten Geldmitteln (+TEUR 8.411), auf 11,1 % (31.12.2021: 13,6 %) verringert. Der Finanzmittelbestand (Bankguthaben, Kassenbestand) beträgt TEUR 18.758 (31.12.2021: TEUR 10.347). Die Liquidität 2. Grades beträgt 101,6 % (Vorjahr: 101,9 %).

*c) Ertragslage*

Die Ertragslage hat im Wirtschaftsjahr 2022 in engem Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb in den Produktbereichen Onlinezugangsgesetz (OZG), Wirtschafts-Service-Portal.NRW, Sozialplattform, Förderprogrammcontrolling, Landesredaktion FIM, Kommunalvertreter. NRW, Serviceportal.NRW, Digitales Archiv, Online Sicherheitsprüfung, PfAD, Meldeportal Behörden und KiBiz.web sowie den Beratungsleistungen im Bereich der Landesverwaltung gestanden. Diese Bereiche haben sich positiv entwickelt.

	2021	2022	+/- Vj.
	TEUR	TEUR	TEUR
Betriebserträge	51.345	101.642	+50.297
Betriebsaufwendungen	-51.314	-101.628	+50.314
Finanzergebnis	-31	-14	-17
Jahresergebnis	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>

Für das Geschäftsjahr 2022 wird ein Jahresergebnis von TEUR 0 ausgewiesen. Nach § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR erhebt die Anstalt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Zweck der Anstalt. Für den Fall von Kostenüberdeckungen ist grundsätzlich von einer Ausgleichsverpflichtung auszugehen. Dieser Ausgleichsverpflichtung ist zunächst – soweit möglich – auftragsindividuell nachzukommen. Sofern dies nicht möglich ist, resultiert aus § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR die grundsätzliche Verpflichtung, in einem Geschäftsjahr insgesamt entstehende Kostenüber- oder -unterdeckungen bei der Entgeltgestaltung zukünftiger Geschäftsjahre entgeltmindernd (Kostenüberschreitung) bzw. entgelterhöhend (Kostenunterdeckung) zu berücksichtigen.

Die **Umsatzerlöse** setzen sich wie folgt zusammen:



	2021 TEUR	2022 TEUR	+/- Vj. TEUR
Projekterlöse	22.604	16.184	-6.420
Dienstleistungen	29.819	87.582	57.763
übrige Umsatzerlöse	1	0	-1
	<u>52.424</u>	<u>103.766</u>	<u>51.342</u>
Aufwand/Ertrag aus Ausgleichsverpflichtung	-1.423	-2.557	-1.134
	<u>51.001</u>	<u>101.209</u>	<u>50.208</u>

Die Materialaufwendungen betreffen im Wesentlichen Leistungen von Subunternehmern für Programmierleistungen. Die Fremdleistungen sind um +TEUR 49.524 auf TEUR 96.866 gestiegen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen i. H. v. TEUR 676 (Vorjahr: TEUR 637) betreffen vor allem die allgemeinen Kosten im Zusammenhang mit dem Dienstbetrieb der weiterhin stark im Wachstum befindlichen Anstalt – z. B. Telefonkosten TEUR 24 (Vorjahr: TEUR 21), Raummiete TEUR 195 (Vorjahr: TEUR 185), Fortbildungskosten TEUR 57 (Vorjahr: TEUR 62), Rechts- und Beratungskosten TEUR 105 (Vorjahr: TEUR 52), Arbeitssicherheit/-medizin TEUR 5 (Vorjahr: TEUR 11), Abschluss- und Prüfungskosten TEUR 14 (Vorjahr: TEUR 22) sowie Buchführungskosten TEUR 27 (Vorjahr: TEUR 25).

Bei den Zinsaufwendungen TEUR 14 (Vorjahr: TEUR 31) – ausgewiesen im Finanzergebnis – handelt es sich um Verwahrentgelte.

#### *d) Finanzielle (und nichtfinanzielle) Leistungsindikatoren*

Finanzielle Leistungsindikatoren der Anstalt sind vor allem die bestehenden Rahmenverträge „RV 2019-2023 (Lose 1-7)“ mit einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von TEUR 3.238 (von ursprünglich TEUR 40.000), „nrwGOV & NRW.OS 2020-2024 (Lose 1-2)“ mit einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von TEUR 922 (von ursprünglich TEUR 10.000), „RV 2021- 2025 (Lose 1-6)“ mit einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von TEUR 121.000 (von ursprünglich TEUR 200.000).

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind ebenfalls mit den Rahmenverträgen verbunden. Die Inanspruchnahme von Leistungen aus den Rahmenverträgen der d-NRW AöR bedeutet für die auftraggebenden Stellen (Ministerien) eine wesentliche Vereinfachung und ist daher grundsätzlich mit einer großen Kundenzufriedenheit verbunden. Entsprechendes gilt für die Nachnutzung von sog. EfA-Diensten durch die Kommunen, deren Arbeit damit maßgeblich erleichtert wird. Dies spiegelt sich im Hinblick auf den Trägerkreis der d-NRW AöR auch in den zahlreichen Beitritten im Berichtsjahr wider. Hinsichtlich der Beschäftigten der d-NRW ist zu vermerken, dass für die Organisation seit jeher eine große Zufriedenheit der Mitarbeiter:innen kennzeichnend ist. Hinweise darauf finden sich nicht nur in den einschlägigen Bewertungsportalen, sondern sind auch in der äußerst geringen Fluktuationsrate (4 % in 2022) erkennbar. Veränderungen ergeben sich zumeist aus persönlichen Gründen (z. B. Nähe zum Wohnort, weniger aus Gründen, die mit der Tätigkeit bei d-NRW verbunden sind). Positiv hervorgehoben werden die Fortbildungsmöglichkeiten, die den Beschäftigten eine persönliche und fachliche Weiterentwicklung gestatten. Einen großen Zuspruch finden die IPMA-Schulungen mit denen eine Zertifizierung für das Projektmanagement verbunden ist. Ebenso haben sich die berufsbegleitenden Fortbildungen zum Master (z. B. im Bereich IT-Management) als beliebtes Mittel zur Qualifizierung und Bindung der Beschäftigten bewährt. Für den Gesamtkontext befindet sich ein Personalentwicklungskonzept in der Aufstellung. Die d-NRW AöR verfügt mit einem Durchschnittsalter der Beschäftigten von 36,4 Jahren (Stand: 31.12.2023 – ohne studierende Aushilfen) über ein agiles und hochmotiviertes Team, das maßgeblich für den Erfolg der Anstalt ist.

#### *e) Risikomanagement*

Ein dokumentiertes Risikofrüherkennungssystem gibt es bislang nicht. Aktuell wird vor dem Hintergrund des stetigen Wachstums der d-NRW AöR ein Risikomanagementsystem etabliert.

### **IV. Wesentliche Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung**

#### *a) Chancen*

Hinsichtlich der Umsatz- und Auftragsentwicklung ist die durch die Rechtsformänderung zur AöR noch engere Bindung an das Land NRW sowie die größere Nähe zu den kommunalen Trägern nebst der zugehörigen IT-Dienstleister weiterhin hervorzuheben. Eine wesentliche Chance der Anstalt liegt damit in ihrer Verankerung im kommunal-staatlichen Umfeld. An der Schnittstelle von Land und Kommunen kann die d-NRW AöR öffentliche Aufgaben im Bereich der kommunal-staatlichen Zusammenarbeit übernehmen und hierfür Aufträge sowohl von Landesseite als auch von kommunaler Seite erwarten. Exemplarisch ist insoweit die Rolle der Anstalt als sog. Kommunalvertreter.NRW. Die d-NRW AöR ist damit die zentrale Anlaufstelle der Kommunen für nachnutzbare Online-Dienste im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes und sorgt für die rechtliche und organisatorische Abwicklung des Leistungsaustausches. Im Zusammenhang mit dem länderübergreifenden Leistungsaustausch ergeben sich weitere Potentiale für die Anstalt. Weitere Chancen, sich im verwaltungsübergreifenden Umfeld zukünftig noch stärker zu etablieren, sind auf der Grundlage der bereits o. g. d-NRW VO zu erwarten, mit der der Anstalt strategische Digitalisierungsaufgaben exklusiv per Rechtsverordnung übertragen worden sind. Dadurch kann sich die d-NRW AöR noch stärker in die digitale Transformation einbringen.

#### *b) Risiken*

Unwägbarkeiten ergeben sich im Geschäftsbetrieb der Anstalt weiterhin dadurch, dass in der neuen Rechtsform für Leistungen kostendeckende Entgelte zu erheben sind, d. h. die Erzielung von Gewinn nicht Zweck der Anstalt ist. Insoweit wurde, wie mit der Aufsichtsbehörde vereinbart, eine Rückstellung für Ausgleichsverpflichtungen aufgrund von Kostenüberdeckungen gebildet.

Grundsatzentscheidungen zum E-Government auf Bundes- und Landesebene können die Entwicklungsperspektiven beeinträchtigen, wenn damit erhebliche Verzögerungen für Auftragserteilungen einhergehen (z. B. Ausgestaltung des OZG-Folgegesetzes). Unwägbarkeiten ergeben sich zudem noch im Nachgang der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 2022, weil die Ausrichtung der weiteren Digitalisierung der Verwaltung in NRW bislang noch nicht abschließend geklärt ist.

#### *c) Prognose*

Vor dem Hintergrund, dass die Konjunkturmittel des Bundes in Höhe von TEUR 200.000, die im Zusammenhang mit der OZG-Umsetzung derzeit bewirtschaftet werden, nur zeitlich befristet zur Verfügung stehen, ist zu erwarten, dass sich Umsatzerlöse und damit einhergehend auch die Betriebserlöse und – aufwendungen in den kommenden Jahren voraussichtlich reduzieren werden, d. h. sich wieder in Richtung der Vorjahreswerte bewegen werden.

### **4.31.11 Organe und deren Zusammensetzung**

Organe der Anstalt öffentlichen Rechts sind der Vorstand bzw. die Geschäftsführung und der Verwaltungsrat.

#### Vorstand/ Geschäftsführung

Die Geschäftsführung besteht aus der/ dem Vorsitzenden und einer allgemeinen Vertreterin/einem allgemeinen Vertreter. Sie wird vom Verwaltungsrat für die Dauer von höchstens fünf Jahren bestellt. Eine erneute Bestellung ist zulässig. Als Vorsitzenden der Geschäftsführung der d-NRW AöR hat die Aufsichtsbehörde im

Dezember 2016 Herrn Dr. Roger Lienenkamp bestellt. Zum allgemeinen Vertreter der Geschäftsführung der Anstalt hat die Aufsichtsbehörde Herrn Markus Both bestellt.

Verwaltungsrat: Der Verwaltungsrat setzt sich zum 31.12.2022 wie folgt zusammen:

lfd. Nr.	Name	
1	Sebastian Kopietz	Stadtdirektor Stadt Bochum
2	Harald Zillikens	Bürgermeister Stadt Jüchen
3	Andreas Wohland	Beigeordneter Städte & Gemeindebund NRW
4	Dirk Brügge	Kreisdirektor Rhein-Kreis-Neuss
5	Dr. Marco Kuhn	Landkreistag NRW
6	Prof. Dr. Andreas Meyer-Falcke	MHKBD NRW (CIO)
7	Simone Dreier	MAGS NRW
8	Lee Hamacher	MKFFI NRW
9	Dr. Heinz Oberheim	FM NRW
10	Katharina Jestaedt	IM NRW
11	Diane Jägers	MHKBG NRW

#### 4.31.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Verwaltungsratgremium diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 11 Mitgliedern drei Frauen an (Frauenanteil: 27,27 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

#### 4.31.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird. Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung. Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG ist uns nicht bekannt.



## 4.32 Breitband OWL eG

### 4.32.1 Basisdaten

Breitband OWL eingetragene Genossenschaft

Aldegrevestraße 10 – 14

33102 Paderborn

Tel.:05251/308-9115, Fax: 05251/308-899115, Internet: -

Gründungsdatum: Die Breitband OWL eG wurde am 12.03.2018 in das Genossenschaftsregister des Amtsgerichts Paderborn unter GnR 351 eingetragen.

Die Gesellschaft ist eine Kleinstkapitalgesellschaft im Sinne des § 267a HGB.

### 4.32.2 Zweck/ Gegenstand der Genossenschaft

Ziel der Genossenschaft ist es, ein flächendeckendes Telekommunikationsnetz zu schaffen, welches auch der steigenden Nachfrage an hochbitratigen symmetrischen Bandbreiten standhalten kann. Das Genossenschaftsmodell sieht vor, dass die von der Genossenschaft errichteten oder an die Genossenschaft übertragenen Infrastrukturen gebündelt vermarktet werden. So sollen sich die kommunalen Investitionen im Laufe des Betriebes innerhalb von 20 Jahren refinanzieren. Zweck der Genossenschaft ist die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder.

### 4.32.3 Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Traditionell gehört zu den gemeindlichen Aufgaben die Schaffung sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Einrichtungen der sog. Daseinsvorsorge. Die Daseinsvorsorge umfasst auch die Grundversorgung der Bevölkerung mit digitaler Infrastruktur. Nur durch flächendeckenden hochbitratigen Breitbandanschluss kann echter Wettbewerb stattfinden - und nur so bleibt der ländliche Raum überhaupt angeschlossen und überlebensfähig in Konkurrenz zur Sogkraft der urbanen Räume.

Es ist die Aufgabe der kommunalen Entscheidungsträger, hierfür die beste Lösung zu finden und die Finanzierung sicherzustellen. Traditionell gehört zu den gemeindlichen Aufgaben die Schaffung sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Einrichtungen der sog. Daseinsvorsorge. Die Daseinsvorsorge umfasst auch die Grundversorgung der Bevölkerung mit digitaler Infrastruktur. Nur durch flächendeckenden hochbitratigen Breitbandanschluss kann echter Wettbewerb stattfinden - und nur so bleibt der ländliche Raum überhaupt angeschlossen und überlebensfähig in Konkurrenz zur Sogkraft der urbanen Räume.

Es ist die Aufgabe der kommunalen Entscheidungsträger, hierfür die beste Lösung zu finden und die Finanzierung sicherzustellen.

### 4.32.4 Mitglieder der Genossenschaft

Neben dem Kreis Paderborn sind die Städte Bad Lippspringe, Bad Wünnenberg, Delbrück, Lichtenau und Salzkotten sowie die Gemeinden Altenbeken, Borcheln und Hövelhof Mitglieder der Genossenschaft.

### 4.32.5 Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreis Paderborn hat zur Deckung der laufenden Kosten 2.254,51 € an die Genossenschaft gezahlt. Die Zahlung wurde über das Konto 543155 „Prüfungs- und Beratungsleistungen“ des Produktes 150101 „Wirtschaftsförderung“ verbucht.

#### 4.32.6 Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Die Generalversammlung hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 noch nicht festgestellt. Zu den Punkten 4.32.6 „Entwicklung der Bilanzen“, 4.32.7 „Entwicklung der Ertragslage“, 4.32.8 „Finanzkennzahlen“, 4.32.10 „Geschäftsentwicklung“, „Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Genossenschaft können für die hier behandelte Genossenschaft daher nur eingeschränkt Angaben gemacht werden.

#### 4.32.7 Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

Siehe Punkt 4.32.6

#### 4.32.8 Kennzahlen

Siehe Punkt 4.32.6

#### 4.32.9 Personalbestand

Die Genossenschaft hat kein eigenes Personal.

#### 4.32.10 Geschäftsentwicklung

Die Gesellschaft ist eine Kleinstkapitalgesellschaft im Sinne des § 267a HGB. Kleine Kapitalgesellschaften und Kleinstkapitalgesellschaften brauchen keinen Lagebericht i. S. d. § 289 HGB zu erstellen.

#### 4.32.11 Organe und deren Zusammensetzung

Eine eingetragene Genossenschaft (eG) hat drei Organe: den Vorstand, den Aufsichtsrat und die Generalversammlung.

Vorstand:, Herr Dezernent Tiemann sowie der Bürgermeister der Stadt Bad Wünnenberg Herr Christian Carl.

Generalversammlung: Vertreter des Kreises in der Generalversammlung ist ab dem 21.6.2021 Herr Kreistagsabgeordneter Langer , Dieser wird vertreten von Herr Kreistagsabgeordneten Konersmann.

Aufsichtsrat: Dem Aufsichtsrat (von den einzelnen Genossen entsendet) gehörten im Jahr 2022 an:

Ifd. Nr.	Name
1.	Lütke-meier, Stefan
2.	Lange, Ulrich
3.	Wittler, Christoph
4.	Gockel, Uwe
5.	Freise, Dirk
6.	Neisens, Udo
7.	Berger, Ulrich (stellv. Vorsitzender)
8.	Rüther, Christoph (Vorsitz)

#### 4.32.12 Informationen der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsratsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 7 Mitgliedern keine Frauen an (Frauenanteil: 0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderter Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

#### **4.32.13 Vorliegen eines Gleichstellungsplans nach § 2 Abs. 2 und § 5 LGG**

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt uns nicht vor.





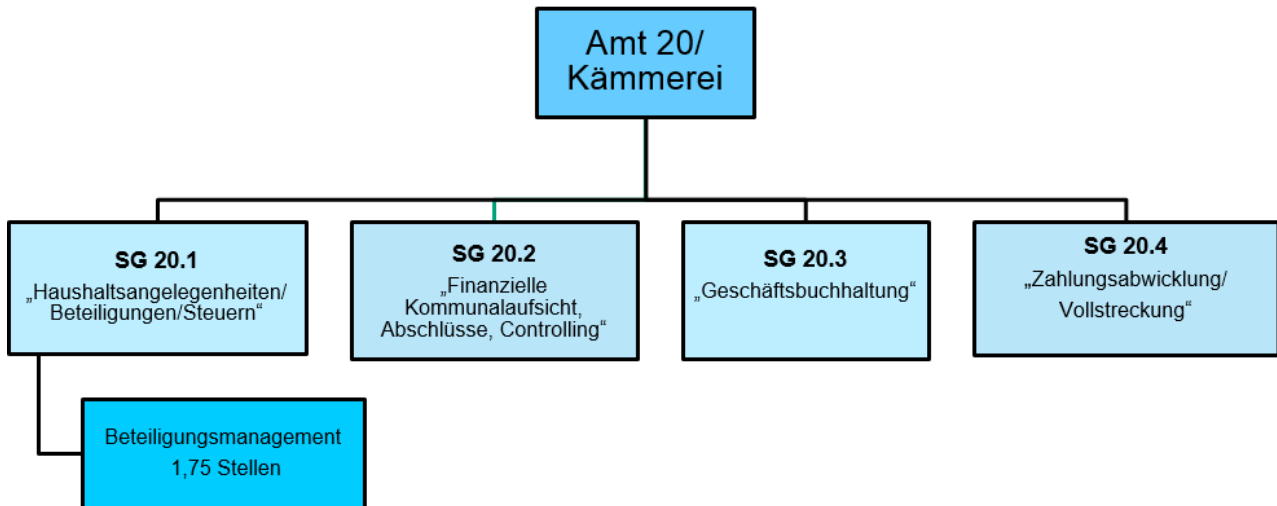


## 5. ORGANISATION DER BETEILIGUNGSVERWALTUNG



## 5.1 Organisation der Beteiligungsverwaltung

Der Kreis Paderborn hat die Verwaltung der Beteiligungen organisatorisch im Amt 20 Kämmerei angesiedelt. Sowohl die Beteiligungen in privater Rechtsform, die Beteiligungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform als auch die Beteiligungen anderer Rechtsformen werden aufgabenorientiert nach den zugrundeliegenden wichtigen gemeindlichen Interessen und nicht in erster Linie gewinnorientiert geführt.



## Impressum

Kreis Paderborn  
- Der Landrat – Kämmerei  
Aldegrevestraße 10 – 14  
33102 Paderborn  
Tel.: 05251 308 - 2010  
E-Mail: kaemmerei@kreis-  
paderborn.de, www.kreis-  
paderborn.de;

 @KreisPaderborn

 kreis\_paderborn

## Satz und Gestaltung

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Kreis Paderborn

Stand: September 2023



**Kreis  
Paderborn**

*...nah bei den Menschen!*